

Vorbemerkung

Das hiermit im Internet veröffentlichte Protokoll des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands beruht auf der Veröffentlichung des Protokolls von 1972 im Dietz Verlag, Berlin (Ost). "Protokoll des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands" Dietz Verlag Berlin 1972.

Die Internetausgabe des Protokolls wurde neu überarbeitet. So wurden alle Anmerkungen der Dietz-Ausgabe von 1972 entfernt. Der Text sollte als Dokument, ohne spätere Anmerkungen erscheinen. Die Gefahr, achtzig Jahre nach der Gründung der KPD wirke manches unverständlich, da das damals vorhandene Hintergrundwissen heute fehlt, wird in Kauf genommen. Die Internetausgabe soll auch eine Buch-Veröffentlichung mit weiterführenden Darlegungen nicht ersetzen. In Gegenteil, die Internetausgabe soll für interessierte auch eine Anregung sein, sich ausführlich mit der Gründung der KPD auseinanderzusetzen.

Auslassungen des Protokolls sind mit ... gekennzeichnet, Anmerkungen in eckigen Klammern sind nicht im Protokoll vorhanden, sie dienen dem besseren Verständnis des Textes.

In seinem Buch: "Die Gründung der KPD", Dietz Verlag Berlin 1993, ISBN 3-320-01818-3, macht Hermann Weber die Erstveröffentlichung des Protokolls für sich geltend. "Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien. Herausgegeben und eingeleitet von Hermann Weber. Frankfurt/M. - Wien 1969. Nach Webers Meinung beruht die Dietz-Ausgabe von 1972 auf der von ihm edierten Veröffentlichung des Protokolls von 1969, das in der Europäischen Verlagsanstalt erschien.

Der Gründungsparteitag fand vom 30. Dezember 1918 bis zum 01. Januar 1919 im preußischen Abgeordnetenhaus in Berlin - heute Abgeordnetenhaus von Berlin - statt.

Berlin im Dezember 1998
Peter Schulz

Protokoll des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands

Der Parteitag trat am 30. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Festsaal des Abgeordnetenhauses in Berlin zusammen. Voraufgegangen war am Tage vorher eine nichtöffentliche Konferenz des Spartakusbundes, in der gegen drei Stimmen die Trennung von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und Gründung einer eignen Partei beschlossen worden war.

Der Parteitag war von 100 Teilnehmern besetzt.

Die Tagesordnung lautete:

1. Die Krisis in der US P . Referent: Karl Liebknecht.
2. Die Nationalversammlung. Referent: Paul Levi.
3. Unser Programm und die politische Situation. Referent: Rosa Luxemburg.
4. Unsere Organisation. Referent: Hugo Eberlein.
5. Wirtschaftliche Kämpfe. Referent: Paul Lange.
6. Internationale Konferenz. Referent: Hermann Duncker. Zu Vorsitzenden des Parteitages wurden gewählt die Genossen Pieck (Berlin) und Walcher (Stuttgart), zu Schriftführern die Genossen Heckert (Chemnitz) und Rosi Wolfstein (Düsseldorf).

Die Tagungszeit wurde auf die Zeit von 9 bis 1 und von 3 bis 7 Uhr festgesetzt.

Erster Verhandlungstag: Montag, den 30. Dezember 1918

Vormittagssitzung

Genosse Ernst Meyer begrüßte im Namen der Zentrale den Parteitag.

Genosse *MEYER* [Berlin Zentrale]: An dem Tage, an dem wir zum ersten Male in aller Öffentlichkeit verhandeln, wollen wir einen kurzen Rückblick werfen auf die Geschichte unserer Bewegung. Bereits in den ersten Tagen des August 1914 fand sich ein kleiner Kreis, der jetzt noch bei uns weilt, zusammen, um zu beraten, wie man der imperialistischen Strömung begegnen könne. Dem Brief Liebknechts folgte eine Reihe von Publikationen im In- und Auslande. Zu gleicher Zeit, als die Genossen schriftlich zu werben versuchten, fanden eine Reihe von Versammlungen und Sitzungen statt. Wir suchten so viel wie möglich in den breiten Massen zu wirken. Im Winter 1914/15 Flugblatt (Die Welt speit Blut -), das im Ausland abgedruckt wurde und als erstes Zeugnis der Arbeiterklasse gegen den Krieg zu bewerten ist. Referentenmaterial. In den ersten Wochen war noch keine scharfe Trennung zwischen dem linken Flügel der USP und uns zu spüren. Sehr bald bildeten sich aber die Gegensätze heraus und zwangen uns, eigenes Material herauszugeben. Im Frühjahr 1916 wurden diese Publikationen zum ersten Male gezeichnet mit »Spartakus«. Dieser Name mehr zufällig. Infolge der wütenden Hetze namentlich der Korrespondenz.. Wir sind mit dem Namen verbunden und sind heute stolz darauf. Diese publizistische Tätigkeit wurde unterstützt von der parlamentarischen Tätigkeit der Genossen Liebknecht und Rühle. 1916 erste Konferenz in der Wohnung des Genossen Liebknecht. Dort die Leitsätze angenommen.' Ihr Zweck war die scharfe Scheidung von den Mehrheitssozialisten. Mit der Beitragssperre trieb der Spartakusbund einen scharfen Keil in die alte Partei. Weiter kam die Konferenz von Gotha, die Konstituierung der USP. Die Zentrale hat den Eindruck, daß diese Arbeitsgemeinschaft nicht von Schaden gewesen ist, solange sie gedauert hat, daß sie unserer prinzipiellen Klarheit nicht geschadet hat. Die Zentrale hat ihre Tätigkeit immer in erster Linie auf die Wirkung auf die Massen eingestellt) Sie hat großen Einfluß auf die Stimmung, das Urteil und die Aktivität der Masse ausgeübt.

Die Konferenz beschloß, an die Genossen Mehring und Zetkin, die treuen Berater und Vorkämpfer des Spartakusbundes von seiner Entstehung ab, Begrüßungstelegramme zu senden.

I. Punkt der Tagesordnung: Die Krisis in der USP

Genosse *Liebknecht* [Berlin Zentrale]: Genossen! Die USP, wie sie heute noch zu bestehen scheint, zu verstehen, bedarf es eines Rückblicks auf ihre Entstehung. Sie ist entstanden im Verlaufe der Zersetzung der alten Sozialdemokratie, die latent war und mehr oder weniger stürmisch eingesetzt hatte längst vor dem Kriege, die

durch den Krieg mit außerordentlicher Geschwindigkeit bis zur Spitze getrieben worden ist und bisher noch nicht ihren Abschluß erreicht hat. Die USP ist schlechthin ein Produkt aus den prinzipiellen und taktischen Gegensätzen, die bestanden haben vor dem Kriege, sie ist als ein Gelegenheitsprodukt während des Weltkrieges entstanden. Die USP hat sich zusammengesetzt aus den allerverschiedensten Elementen. Sie ist entstanden aus der "Arbeitsgemeinschaft", die zunächst nur einen mehr oder weniger parlamentarischen Charakter trug. Erst nach eineinhalb Jahren gelang es, die Mehrzahl der Fraktionsangehörigen auf eine bestimmte oppositionelle Basis zu bringen. Die Spaltung von den Regierungssozialisten erfolgte am 16. März 1916. Das war bereits die zweite Spaltung. Ihr vorangegangen war die erste, prinzipielle Spaltung, die sich durch das Abtrennen des Genossen Rühle und meiner Wenigkeit kennzeichnete. Die Fraktion der "Arbeitsgemeinschaft" hat lange Zeit, wie ich bereits hervorhob, nur ein parlamentarisches Dasein geführt. Eine selbständige Konstituierung der USP erfolgte erst im Jahre 1917. Die Art, in der die Kämpfe im Parlament geführt wurden von der "Arbeitsgemeinschaft" und von der nun selbständig gewordenen Fraktion der USP, ist Ihnen bekannt. Sie ist keineswegs die Aktion einer zielklaren, rücksichtslos die Interessen des internationalen Proletariats vertretenden Klassenpolitik, sondern sie ist beherrscht von dem unausgesetzten Hinundherschwanken, Lavieren, von einer vollkommenen Aktionsunfähigkeit. Weder die "Arbeitsgemeinschaft" noch die USP hatten ein Programm, hatten theoretisch klare Grundsätze, hatten ein taktisches Aktionsprogramm. Bis zum heutigen Tage besteht diese Tatsache, und diese Tatsache der völligen Prinzipienlosigkeit in den Grundsätzen und in der Taktik, in der Aktion, diese Tatsache ist nicht eine zufällige Wirkung irgendeiner persönlichen Nachlässigkeit, irgendeines äußeren Versehens, eines Versäumnisses, sondern ist die Wirkung dessen, daß die USP nach ihrer ganzen Zusammensetzung einfach unfähig ist, ein Programm zu schaffen und eine wirkliche Aktion zu führen. Diese Unfähigkeit erklärt sich aus der Zusammensetzung der Partei. Jeder Versuch, die Partei in ein klares Fahrwasser zu bringen, jeder Versuch, sie zu nötigen, eine rücksichtslos proletarische Politik zu betreiben, mußte scheitern, weil, wenn er durchgeführt worden wäre, er sofort zu einer Spaltung in der Partei geführt haben würde. Es gehören zur Partei Revisionisten reinsten Wassers, wie Eduard Bernstein und Genossen, die, durch die besondere Konstellation der Kriegspolitik, durch besondere Sympathien internationalen Charakters, durch Traditionen, von denen sie sich nicht mit der Geschwindigkeit der Umlerner vom 4. August haben losreißen können, [beeinflusst, der USP beitraten,] die [aber] in ihren grundsätzlichen reformistischen Auffassungen vollkommen die alten geblieben sind. Und derartige Mitglieder gibt es eine große Zahl. Das gilt sowohl von den sogenannten Führern wie von den Massen.

Dieser Charakter der USP hat es verhindert, daß sie im Parlament und außerhalb des Parlaments eine Politik treiben konnte, die den zum Klassenkampf bereiten Sozialisten und Proletarier befriedigen konnte. Sie war aber das unter den damaligen Verhältnissen relativ noch erträglichste, erschien jedenfalls in weiten Kreisen so, zumal es unserer Richtung durch die Verfolgungen, durch Inhaftsetzung einer großen Zahl der Mitglieder unmöglich wurde, mit ganzem Nachdruck in der Öffentlichkeit aufzutreten. Es ist kein Zweifel, daß diese Politik der scheinradikalen Impotenz, die die USP kennzeichnet, in der Tat nur in ganz bedingtem Sinne nützlich, vorantreibend gewirkt hat. Nur sehr bedingt, denn gerade die parlamentarische Tätigkeit der USP, die in erster Linie dazu beigetragen hat, sie in gewissen Kreisen populär zu machen, war doch gleichzeitig eine Tätigkeit im Sinne des parlamentarischen Kretinismus. ("Sehr richtig!") Eine Tätigkeit, die durchaus in den Bahnen der alten parlamentarischen Taktik aus der Vorkriegszeit sich bewegte und es geradezu peinlich vermied, mit derjenigen rücksichtslosen Schärfe aufzutreten, die notwendig war, die das Gebot der Stunde war. Es wurde vermieden, die einzige Politik zu führen, die in dieser Zeit im Parlamente geführt werden mußte: eine Politik antiparlamentarischen Charakters mit dem Ziel der Sprengung dieses Parlaments. Immer wieder der Gedanke, wenn wir zu heftig auftreten, dann werden wir Schwierigkeiten haben. Die wollen wir nicht haben. Und so werden wir im alten Trott weiterarbeiten. Und die radikalen Reden, die von Haase bis Ledebour gehalten wurden, sie konnten nach der ganzen Politik nur dazu beitragen, in den Massen den Eindruck zu erwecken, als ob etwas für sie geschehe.

Genossen, das ist ja das Kennzeichen des parlamentarischen Kretinismus, das ist seine schlimmste Wirkung, daß er, statt die Massen aufzupeitschen, die Massen beruhigt in dem Wahn, daß ja tüchtige Vertreter ihre Interessen im Parlament schützen. Genossen, die parlamentarische Tätigkeit der "Arbeitsgemeinschaft", der USP hat sich in geradezu gefährlicher Weise gezeigt bei der Baralong-Affäre, in ihrer Haltung gegenüber der russischen Revolution, in ihrer schwächlichen Haltung gegenüber dem Zersetzungsprozeß, den Meuterungserscheinungen in der Armee und in der Marine, in ihrer Haltung gegenüber dem großen Januarstreik usw. In allen Fällen, wo es sich um wirklich revolutionäre Aktionen der Masse handelte, in allen diesen Fällen hat die Fraktion im Reichstag gänzlich versagt, und dem entsprach auch die außerparlamentarische Politik der USP.

Genossen, es ist bis zur Revolution vom November eine gewisse innere Wandlung eingetreten gewesen, insofern, als einzelne Mitglieder der USP und gerade aus der Leitung der USP sich sehr energisch beteiligt haben an der sogenannten Vorbereitung der Revolution. Sowenig ich die Bravheit und Tüchtigkeit der Genossen in dieser Beziehung bezweifeln will, es muß darauf hingewiesen werden, daß sich auch in dieser Tätigkeit eine außerordentlich beschränkte Auffassung zeigt über das Wesen der Revolution, über die Aufgaben, die eine

politische Partei zu verrichten hat. Es wurde von einer geradezu kindlich-mechanischen Auffassung ausgegangen, wie man die Revolution zu machen habe. Es wurden technische Vorbereitungen als das wichtigste betrachtet. Man glaubte, bestimmte Tage im voraus festsetzen zu können, an denen man die Revolution programmäßig machen wollte, und man hielt es geradezu für ein Verbrechen an der Revolution, wenn man wünschte und verlangte, daß an einem früheren Tage die Revolution gemacht werden müsse. Wenn man früher anfinge, würde alles durcheinanderkommen. Diese kindliche Auffassung ist ein Kennzeichen für die prinzipielle Unklarheit auch dieser an sich verwendbaren und nicht wertlosen Mitglieder der USP. Sie zeigten den Hauptmangel ihrer ganzen Aktion, ihrer ganzen politischen Auffassung, die Verkennerung der entscheidenden Bedeutung der Massenaktionen selbst, die Überschätzung der bürokratischen, parlamentarischen und anderer Arbeiten, von denen man das Heil erwartet.

Genossen! Dasjenige, was ich Ihnen zur Kritik der USP bisher mitgeteilt habe, ist nicht etwas, was uns überrascht hat. Wir waren uns von vornherein klar über dieses Wesen der USP. Wir kannten die Grenzen ihrer Wirksamkeit, ihre schweren Mängel vollkommen. Trotzdem, Genossen, schlossen wir uns, wie Ihnen bekannt, in Gotha der Partei an, wenn auch in einer sehr lockeren Weise mit vielen Vorbehalten. Das Wesentliche war, daß wir uns, wie in allen Aktionen früher, die absolut freie Initiative und Selbständigkeit in der Aktion vorbehielten. Es wurde erklärt: Wir sind mit Euch, wenn Ihr ernstlich kämpft. Wir werden ohne Euch handeln, wo Ihr versagt. Wir werden gegen Euch sein, wenn Ihr Eure Pflicht vernachlässigt. In diesem Sinne ist unsere Tätigkeit in der USP gewesen. So ist wenigstens mit unserem Willen nicht in einem Augenblick durch diese Zugehörigkeit unterbunden worden, verhindert worden dasjenige, was geboten war durch die Pflicht des revolutionären Sozialismus.

Genossen! Wir haben der USP angehört, um aus der USP herauszuschlagen, was herausgeschlagen werden kann, um die wertvollen Elemente der USP voranzutreiben, um sie zu radikalieren, um auf diese Weise schließlich bei einem Zersetzungsprozeß, bei weiterem Fortgang des Zersetzungsprozesses zu erreichen, daß möglichst starke revolutionäre Kräfte gewonnen werden könnten für die Zusammenfassung in einer geschlossenen, einheitlichen, revolutionären proletarischen Partei. Wir haben uns an dieser Arbeit abgemüht, es war eine Sisyphusarbeit schwierigster Art. Ich habe einmal aus dem Zuchthaus heraus geschrieben, geheim natürlich: "Ich zerbreche mir jetzt seit Wochen und Wochen Tag und Nacht den Kopf, wie man aus Sandsäcken oder Mehlsäcken Feuer schlagen kann. Es gelingt nicht, beim besten Willen nicht." Das, was erreicht wurde, war außerordentlich gering. Und trotzdem, Genossen, wir haben die Mitgliedschaft der USP benutzt, um die Massen zu gewinnen für unsere Grundsätze, wenn wir die Führer nicht gewinnen konnten. Da ist es uns schon besser gelungen, da haben wir in der Tat Proselyten gemacht, und das Ergebnis wenigstens dieses inneren Kampfes in der USP, den wir geführt haben bis zum heutigen Tage, ist, daß wir heute bei einer so stattlichen Korona von Vertretern aller größeren Orte Deutschlands verhandeln können über die weiteren Schicksale der USP, über unser weiteres Schicksal.

Genossen! Seit dem November hat sich die Politik der Prinzipienlosigkeit, Halbheit, Unentschlossenheit, die Politik des heimlichen Verrats in den maßgebenden Instanzen der USP gesteigert bis zu einem Grade, der uns vor die Entscheidung stellt, wie wir künftig unser Verhältnis zur USP einrichten wollen. Mitglieder der Leitung der USP sind in das Kabinett Ebert-Scheidemann eingetreten, in ein Kabinett mit Mehrheitssozialisten, obwohl die Mehrheit bereits am Abend des 9. November zum Ausdruck brachte, daß sie keine klare, proletarisch-revolutionäre Politik zu treiben gedächte, nachdem ich sie vor diese Frage gestellt hatte. Sie haben seit dem 9. November mit Ebert-Scheidemann zusammengewirkt und damit zweierlei getan. Sie haben erstens als Feigenblatt gedient für die Ebert-Scheidemann. Sie haben den Eindruck der Einigkeit, die Parole der Einigkeit vertreten, der Einigkeit mit den Mehrheitssozialisten durch ihre Zusammenarbeit. Sie haben in den Massen das Gefühl für einen Unterschied zwischen der Politik der USP und [der] der Mehrheitssozialisten geradewegs verwischt. Sie haben damit als Feigenblatt gedient nicht nur für die Ebert-Scheidemann, sondern für die ganze Gegenrevolution, deren geheime Agenten die Herren Scheidemann, Ebert und Genossen sind. Sie haben damit in die Massen der Arbeiter Verwirrung getragen, ein Verbrechen, das gerade in einer revolutionären Periode auf das schwerste wiegt. Sie haben sich aber damit nicht begnügt. Sie haben allen den infamen Akten, die von der sogenannten sozialistischen Regierung seit dem Anfang November vorgenommen worden sind, sei es durch Duldung Vorschub geleistet, sei es geradezu durch Mittäterschaft ihren eigenen Stempel mitaufgedrückt.

Genossen! Die Politik des Kabinetts hat eine gerade, klare Linie vom ersten Tage an gehabt. Das war die Linie der Niederhaltung der sozialistischen Revolution, der Niederhaltung der revolutionären Strömung im Proletariat, der Wiederaufrichtung und Befestigung der kapitalistischen Klassenherrschaft. Vom ersten Tage an wurde die Heiligkeit des Privateigentums proklamiert. Sie stellten sich vor die Geldsäcke des großen Kapitals. Es wurde von der Regierung ein Feldzug inszeniert zur Beruhigung der Arbeiter, gegen Streikbewegungen, und es war ein unabhängiges Mitglied der Regierung, Barth, das sich herumschicken ließ von Ebert-Scheidemann als Wanderredner, überallhin, wo Unruhen in der Arbeiterschaft auszubrechen drohten, um die Arbeiterschaft zu beruhigen und [ihr] ihre Pflicht klarzumachen, still und ruhig unter dem Joche des Kapitalismus weiterzuschuffen.

Genossen! Es ist ein Mitglied der USP gewesen, das sich dazu hergegeben hat, mit Billigung aller Mitglieder des Kabinetts. Die Regierung hat sich damit nicht begnügt, sondern im Einverständnis mit den USP-Mitgliedern ist der ganze alte bürokratische Apparat wieder in seine Funktionen eingesetzt worden und damit den herrschenden Klassen eine ihrer stärksten Machtpositionen zurückgegeben worden. Es ist weiterhin mit Billigung der USP-Mitglieder die Kommandogewalt wiederhergestellt worden und damit den gegenrevolutionären Offizieren das Schwert in die Hand gedrückt worden, um die Revolution niederzuschlagen. Es wurde von der Regierung unter der Hand und öffentlich alles getan, um die herrschenden Klassen und die Klassenherrschaft wieder fest in den Sattel zu setzen, und nichts wurde dagegen von den Haase und Genossen getan, wohl aber vieles dafür getan. Wir brauchen uns nur die Vorgänge vom 6. Dezember zu vergegenwärtigen: das Blutbad, der Versuch, ein Präsidium Ebert zu schaffen. Alle die Ereignisse vom 6. Dezember, sie sind veranlaßt durch die Politik des Kabinetts in seiner Gesamtheit. Es kann kein Zweifel obwalten, daß mindestens die Mitglieder Ebert, Scheidemann, Landsberg Mitwisser des Putsches waren, wenn nicht seine Organisatoren. Es waren Dinge, die die Spatzen von den Dächern pfeifen, die dokumentarisch bewiesen werden konnten. Die Haase und Genossen blieben im Kabinett.

Es kam der Rätekongreß. Auf dem Rätekongreß wurden die reaktionärsten Beschlüsse gefaßt unter Mitwirkung der unabhängigen Mitglieder. Auf dem Rätekongreß wurde der Zentralrat zu einer Marionette herabgewürdigt, ohne daß die Unabhängigen die Folgerung daraus zogen, aus dem Kabinett auszutreten. Es war die Frage Nationalversammlung oder Rätesystem. In dieser Frage kann es Meinungsverschiedenheiten nicht geben in einer proletarischen Partei. Hier scheiden sich die Wege schlechthin. Rätesystem heißt Diktatur des Proletariats, heißt alle Macht in den Händen des Proletariats zur Durchführung der sozialen Revolution, der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Nationalversammlung heißt Wiederherstellung des bürgerlichen Parlamentarismus, Wiedereinsetzung der Klassenherrschaft, Erdrosselung der sozialen Revolution. Das ist eindeutig. Aber unter Schändung des Wortes Demokratie wurde von der großen Mehrheit der Unabhängigen Sozialdemokratie die Nationalversammlung propagiert und das Rätesystem, die Parole: Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten, bekämpft. Das war Hochverrat an der Revolution. Und dieser Hochverrat wurde vollendet auf dem Rätekongreß.

Genossen! Es wurde längst vor dem Rätekongreß die Forderung erhoben, daß über diese wichtige Frage, Nationalversammlung oder Rätesystem, daß über die ganzen Fragen der inneren Politik ein Parteitag bestimmen soll. Es war nicht möglich, einen Parteitag zusammenzubringen. Es wurde von den zuständigen Instanzen schlechterdings abgelehnt, einen Parteitag zusammenzuberufen.

Genossen! Aus der ganzen Politik, die ich eben gekennzeichnet habe, erwuchs eine Verwirrung in den Arbeitermassen, erwuchs eine Verwirrung in den Soldatenmassen. Die Unabhängigen duldeten es, daß eine wahnsinnige Hetze gegen die revolutionären Elemente der deutschen Arbeiterschaft betrieben wurde, daß die Fronttruppen geradezu gereizt wurden durch falsche Vorstellungen über die Vorgänge im Innern Deutschlands. Es wurde von der Regierung unterlassen, revolutionäre Aufklärung, revolutionäre Begeisterung in die Arbeiter- und Soldatenmassen zu tragen. Und all das haben mitgemacht, haben mitgeduldet und geradezu mitverschuldet die unabhängigen Leute in der Regierung. Sie sind es, die dadurch geschaffen haben die Voraussetzungen, unter denen sich die gegenrevolutionären Mächte so rapid entwickeln konnten, wie sie es getan haben bis zum heutigen Tage. Sie haben damit den Untergrund geschaffen für den Konflikt vom 6. Dezember, für den 23. und 24. Dezember in Berlin. Auch die Blutschuld dieser Tage liegt mit auf den Mitgliedern der USP. Sie sagen, sie haben davon nichts gewußt. Sie mußten davon wissen. Sie sagen, sie haben nichts davon gewußt; wenn sie nichts davon wußten, so wußten sie doch und mußten sie doch wissen, daß durch ihre ganze bisherige Politik die gegenrevolutionären Mächte dermaßen gewachsen waren, daß man jeden Augenblick mit ihrem Eingreifen zu rechnen hatte. So durften sie nun und nimmer mit Ebert- Scheidemann weiter Gemeinschaft machen. Sie hätten längst ausgetreten sein müssen, wenn sie nicht die Verantwortung trugen. Sie trugen die Verantwortung für alles, was Ebert- Scheidemann, wenn auch hinter ihrem Rücken, getan haben, weil sie, wenn sie nicht pflichtvergessen und gänzlich mit Blindheit geschlagen waren, wußten und wissen mußten, daß sie von Ebert- Scheidemann das zu erwarten hatten, was diese getan haben. Sie sind nicht getäuscht worden, denn es ist nicht wahr, daß die Ebert- Scheidemann sich geänert hätten zum Schlechten. Sie haben einfach ihre Politik fortgesetzt. Genossen, deshalb ist es vollkommen eindeutig, daß die Verantwortung für alle diese Vorgänge die Haase- Dittmann- Barth und damit die ganzen Unabhängigen in ihren Repräsentanten trifft.

Genossen! Wir haben uns, wie Ihnen gesagt, von vornherein keine Illusionen gemacht über den Charakter der USP. Wir haben trotzdem die Überzeugung gehabt, daß die Massen der USP unendlich besser sind als die sogenannten Führer. Wir haben die Massen zu gewinnen versucht, und wir haben, je mehr sich dieser unerträgliche Zustand in der USP entwickelte, um so mehr den Versuch unternommen, durch den Appell an die Massen der USP zu erzwingen eine Entscheidung darüber, ob die USP künftig eine revolutionäre, sozialistische Politik führen wird, ein Urteil der Massen zu provozieren über die durch die bisherige Politik der USP kompromittierten Mitglieder. Wir haben gefordert, daß ein Parteitag zusammenberufen wird. Die Forderung ist ergebnislos geblieben. Die revolutionären Obleute Berlins haben den gleichen Antrag erhoben, ebenfalls

ergebnislos. Wir haben dann, um einen endgültigen Entschluß fassen zu können, [um] eine klare Situation zu schaffen, am 22. Dezember noch einmal ein

Ultimatum an die Parteileitung gerichtet, mit der Forderung, einen Kongreß einzuberufen. Dieses Ultimatum ist, wie Ihnen bekannt, nicht beantwortet worden, außer durch eine Notiz der "Freiheit" [vom 24. Dezember] abgelehnt. Es ist kein Parteitag zustande gekommen bis zum heutigen Tage. Die USP will weiterwursteln. Damit sind wir vor eine Lage gestellt, in der es gilt, eine klare Entscheidung zu treffen.

Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob durch die neuesten Ereignisse eine andere Lage geschaffen worden ist. Haase und Genossen sind, wie Ihnen bekannt, aus dem Kabinett ausgetreten. Angeblich sind auch die Mitglieder des preußischen Kabinetts der USP ausgetreten. Klarheit über das letztere habe ich noch nicht. Ist dadurch eine neue Lage geschaffen? Genossen, wie ist der Austritt zustande gekommen? Die "Freiheit" bringt heute die charakteristische Überschrift über diese Meldung: "Herausgedrängt". Sie beklagt sich darin, daß sie herausgedrängt worden sind. (Lachen.) Auch die Erklärung der Kabinettsmitglieder zur Krisis ist eine Lamentation darüber, daß sie vom Zentralrat in letzter Stunde im Stich gelassen worden sind. Sie wären also gern im Kabinett geblieben, es wurde ihnen aber vom Zentralrat der Stuhl vor die Türe gesetzt. Genossen! Kann ein derartiges Verhalten uns die Gewähr dafür bieten, daß die USP künftig eine andere Politik führen wird? Ich denke, im Gegenteil, gerade die Art, wie dieser Hinauswurf erfolgte, ist ein Beweis dafür, daß sie heute noch genau dieselbe ist wie früher. Dieser Vorgang ist charakteristisch als der Ausdruck der Prinzipienlosigkeit und Aktionsunfähigkeit, die die ganze Politik der USP kennzeichnen. Im übrigen, es wäre ja ganz oberflächlich, wenn wir durch einen einzelnen politischen Akt uns bestimmen ließen in unserer Haltung. Und die Politik der USP ist nicht zufällig, nicht durch das Verschulden dieser oder jener Persönlichkeiten hervorgerufen, sondern durch die innere Struktur der USP zu einem Verhängnis für diese Partei geworden. Die Zusammensetzung der USP ist noch die alte. Und die Faktoren, die darin wirken, gegen die Interessen des Proletariats, [die] schwankend verhüllt und offen verräterisch wirken, sind nach wie vor vorhanden und werden nicht ausgeschaltet durch die Tatsache des Hinauswurfs aus dem Kabinett.

Wir sehen hier, wie die USP nicht nur in ihren Führern verderbt ist, sondern, allerdings wesentlich mit durch die Politik ihrer Führer, auch in den Massen sich der Zersetzungsprozeß in einer sehr deutlichen, in einer geradezu unerträglichen Weise geltend macht. Die Mitgliedschaften, und zwar hier unter Förderung durch den Parteivorstand, der dieser Politik noch nicht abgeschworen hat, sie gehen bei den Wahlen zusammen mit den Mehrheitssozialisten. Die Mitgliedschaften verschmelzen sich in immer größerem Umfange. Wir haben in dem einen seltenen, aber wahrscheinlich bald nicht mehr so seltenen Falle Eduard Bernsteins einen Fall der Zugehörigkeit zu beiden Parteien. Dieser Vorgang kennzeichnet die innere Zersetzung, die absolute Unhaltbarkeit der ganzen Partei, nicht nur in bezug auf einzelne Personen, sondern auch in bezug auf die Zusammensetzung der Mitgliedschaften selbst. Es ist eine Scheidung notwendig. Im Grunde ist die USP bereits heute tot, und im Grunde ist dieser Austritt aus dem Kabinett nichts anderes als ein mißglückender Versuch, den Leichnam noch einmal zum Leben zu erwecken.

Genossen, wir stehen vor der Tatsache, daß ein weiteres Verbleiben im Verbands der USP geradezu bedeutet eine Solidarisierung mit der Gegenrevolution, eine Preisgabe der Ehre des Sozialismus. Wir stehen vor der Tatsache, daß trotz aller radikal scheinenden, in Wirklichkeit opportunistischen Eskapaden die USP in ihrer Gesamtheit heute bedeutet eine schwere Gefährdung der Revolution und daß eine Trennung von ihr geboten wird durch die Treue zur Revolution. Genossen, können wir uns noch länger solidarisch erklären mit Leuten wie Haase, Barth, Dittmann, mit Leuten, die der Vereinigung der beiden Parteien das Wort reden, mit Leuten, die all das geduldet haben, was ich aufgezählt habe, die natürlich bereit sein werden, weiterhin Gleiches zu dulden, die jedenfalls keine Gewähr dafür bieten, daß künftig nicht Gleiches von ihnen geduldet werde? Es ist heute eine Ehrensache für uns - es würde geradezu eine Selbstbefleckung sein, eine Selbstbeschimpfung, wenn wir weiter der USP unter den gegenwärtigen Umständen angehören würden - , es ist ein Gebot der Reinlichkeit, sich jetzt von der USP zu scheiden, und es kann keinen Aufschub mehr ertragen, es muß sofort gehandelt werden. Das ist die Auffassung, die sich aus unseren gestrigen Erörterungen ergeben hat, die auch Sie in Ihrer großen Mehrheit erfüllt. Es gilt nun heute, jetzt, vor aller Öffentlichkeit den großen Trennungsstrich zu ziehen.

Wir haben keine Gemeinschaft mehr mit der USP, wir müssen eine selbständige Partei werden. Wenn wir heute auseinandergehen, muß eine neue Partei gegründet sein, eine Partei, die im Gegensatz zu den scheinsozialistischen Parteien steht, zu denen auch die USP zu rechnen ist, im Gegensatz zu den Parteien, die das Wort Sozialismus mißbrauchen, um die Massen zu verwirren und den herrschenden Klassen in die Hände zu arbeiten, eine Partei, die entschlossen und rücksichtslos die Interessen des Proletariats vertritt, eine Partei, die geschlossen und einheitlich zusammengesetzt ist im Geiste und im Willen, eine Partei, die ein klares Programm hat, eine Partei, in der das Ziel und die Mittel zum Ziele gewählt sind mit klarer Entschlossenheit, mit einer Entschiedenheit, die nicht verwirrt werden kann, [in der] die Mittel gewählt worden sind nach den Interessen der

sozialistischen Revolution, nach den Interessen, die die sozialistische Weltrevolution erfordert.

Genossen, wir haben ein Programm nötig, wir haben taktische Grundsätze nötig, aber das Programm und die taktischen Grundsätze, die von Ihnen festzulegen sein werden auf diesem Kongreß, sie werden für uns nichts Neues sein. Wir haben alle diese Grundsätze der Taktik und des Programms, der Prinzipien, wir haben alle diese Grundsätze bereits verfochten im Verlaufe unserer gesamten Entwicklung. Unsere ganze Geschichte ist Bestätigung der Grundsätze, deren Festlegung, deren Bestätigung jetzt durch Sie zu erfolgen haben wird. Wir haben nicht uns als etwas Neues zu schaffen, wir sind bereits da. Nicht nur wir selbst wissen, was wir wollen, sondern auch die Massen des Volkes, die Massen der Arbeiterschaft, die herrschenden Klassen in Deutschland und im Auslande, sie alle wissen bereits, ehe wir nötig hatten, ein Programm zu machen, wer wir sind und was wir wollen. Deshalb fürchten sie uns. Was wir heute zu tun haben, ist nichts weiter als das, was längst gewesen ist, nunmehr förmlich zu bestätigen: die Konstituierung einer neuen Partei, die das Werk fortsetzt auf breiter Basis, das von dem Spartakusbund bisher geführt worden ist. Genossen, ich schlage Ihnen vor, eine Resolution anzunehmen, die ich Ihnen verlesen möchte:

Resolution

Die USP ist zwar aus der allgemeinen Krisis in der deutschen Sozialdemokratie hervorgegangen, in ihrer Zusammensetzung jedoch das Erzeugnis der besonderen Gegensätze in der Kriegspolitik. Sie entstand durch Zusammenschluß verschiedenartiger Elemente, die weder in den Grundsätzen noch in der Taktik übereinstimmen und in den offiziellen Instanzen überwiegend eine verhängnisvolle scheinradikale Impotenz verkörpern. Die Politik der USP war von Anfang an niemals eine solche der sozialistischen Klarheit, des entschlossenen Klassenkampfes, des konsequenten Internationalismus, sondern nur eine solche der opportunistischen Verworrenheit, der ängstlichen Kompromisselei, der nationalen Rechnungsträgerei und so von Anfang an zur Aktionsunfähigkeit verdammt.

Seit der Novemberrevolution hat sich die Halbheit und Unsicherheit dieser Politik bis zur völligen Prinzipienlosigkeit gesteigert. Obwohl die Mehrheitssozialisten schon am 9. November unzweideutig erklärten, daß sie eine proletarisch-revolutionäre Politik auch künftig ablehnen würden, traten Vertreter der USP in das paritätische Kabinett ein. Sie haben damit der Verwirrung und Versumpfung der Arbeiter- und Soldatenmassen stärksten Vorschub geleistet, indem sie den Ebert-Scheidemann als Feigenblatt dienten. Sie haben sich acht Wochen lang aller Verbrechen und Verrätereien der "sozialistischen" Regierung, deren Ziel die Wiederherstellung und Erhaltung der kapitalistischen Klassenherrschaft ist, durch Duldung oder offene Mittäterschaft mitschuldig gemacht. Sie haben die Voraussetzungen für ein rapides Anwachsen der gegenrevolutionären Mächte schaffen helfen und in verderblichster Weise dazu beigetragen, die revolutionäre Kraft der Arbeiter zu schwächen.

Sie haben damit auch die Mitverantwortung für die traurigen Vorgänge am 23. und 24. Dezember auf sich geladen.

Der jetzige erzwungene Austritt ihrer Mitglieder aus der Regierung ist nicht geeignet, die USP zu entlasten und zu rehabilitieren. Noch weniger vermag dieser verspätete Akt für die Zukunft eine Abkehr von der bisherigen Politik der Grundsatzlosigkeit und Schwäche zu gewährleisten, die vielmehr auch gerade diesem Akte den charakteristischen Stempel aufdrückt.

Die offizielle Politik der USP hat zur Folge gehabt, daß die Mitglieder der USP in immer größerem Umfang sich für die bevorstehenden Wahlen mit der Mehrheitspartei verbinden und selbst völlig verschmelzen. Alle Versuche, im Rahmen des Organisationsstatuts eine Entscheidung und ein Urteil der Masse der Parteigenossen selbst über diese verderbliche Politik herbeizuführen, alle Bemühungen, die Einberufung eines Parteitages zu erzwingen, der eine proletarisch-revolutionäre Politik durchsetzen und ein Gericht über die kompromittierten Mitglieder der USP abhalten sollte, sind an dem Widerstand der Instanzen gescheitert, ein Ergebnis, das wiederum die Zerfahrenheit und Aktionsunfähigkeit der USP selbst eklatant bestätigt.

Damit ist ein Zustand eingetreten, der nicht länger ertragen werden kann. Die USP hat das Recht verwirkt, als Partei des sozialistischen Klassenkampfes anerkannt zu werden.

Die revolutionäre Lage gebietet mehr als je klare Entscheidung, unzweideutige Haltung, Lossagung von allen lauen und opportunistischen Elementen, Zusammenschluß aller ehrlich und entschlossen proletarisch-revolutionären Kämpfer. Ein Länger in der USP Verweilen hieße die Pflichten gegen das Proletariat, den Sozialismus und die Revolution aufs schwerste verletzen.

Wir haben uns niemals irgendwelchen Illusionen über das Wesen der USP hingegeben, dieses Gelegenheitsproduktes des Weltkrieges, das mit dem Abschluß des Weltkrieges dem Zerfall geweiht ist. Jetzt hat die Stunde geschlagen, in der alle proletarisch-revolutionären Elemente der USP den Rücken kehren müssen, um eine neue, selbständige Partei mit klarem Programm, festem Ziel, einheitlicher Taktik, höchster revolutionärer Entschlossenheit und Tatkraft zu schaffen, als ein starkes Instrument zur Durchführung der beginnenden sozialen Revolution.

Indem die Reichskonferenz des Spartakusbundes das kämpfende Proletariat aller Länder brüderlich begrüßt und zur gemeinsamen Tat der Weltrevolution aufruft, beschließt sie:
 Unter Lösung seiner organisatorischen Beziehungen zur USP konstituiert sich der Spartakusbund als selbständige politische Partei unter dem Namen: Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund).

Genossen, ich möchte Sie bitten, diese Resolution anzunehmen und damit hinauszurufen in die Welt, daß wir entschlossen sind, mit unserem Fleisch und Leben einzutreten für die Revolution, zu sorgen, daß dasjenige, was bisher verraten worden ist, was die letzten Monate und Wochen zu unserer Pflicht machten, zur geschichtlichen Aufgabe des Proletariats in Deutschland, daß die soziale Revolution durchgeführt werde, daß niedergedrungen werden die Klassenherrschaft, die Ebert- Scheidemann, daß niedergedrungen werden auch die halben Elemente, die falschen Freunde der Arbeiterschaft, die das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse hemmen, daß die Revolution zur Tat werde, die die Welt aufruft, die das Proletariat aller Länder aufruft, daß der Weltimperialismus, der zu triumphieren glaubte, am Schlusse dieser revolutionären Periode am Boden liegen wird, zertrümmert durch die Macht des in Einheit zusammengeschlossenen Proletariats der ganzen Welt! (Lebhaftes "Bravo!")

Vorsitzender *Pieck* [Berlin Zentrale]: Wir haben alle ein Interesse daran, daß diese wuchtigen Anklagen gegen die von der Leitung der USP geführte Politik nicht durch eine endlose Diskussion abgeschwächt werden. Bei der Reichhaltigkeit der Tagesordnung schlagen wir Ihnen vor, von jeder Diskussion Abstand zu nehmen. Wir haben uns bereits gestern unterhalten über die Notwendigkeit, eine Trennung von der USP herbeizuführen. Ich glaube, daß wir am besten unsere Trennung, unseren Widerstand gegen diese Politik bekunden durch eine geschlossene Abstimmung, unter Abstandnahme von jeder Diskussion.

Nur über den Namen der neuen Partei bestehen Meinungsverschiedenheiten. Ich würde die Namensnennung zunächst von der Abstimmung ausscheiden. Außer dem Antrag der Kommission, den Namen "Revolutionäre Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)" [anzunehmen], liegt ein Vorschlag von Heckert und 28 Genossen vor, den Namen "Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)" zu wählen.

Ich will Ihnen noch mitteilen, daß sich die Kommunisten bereit erklärt haben, sobald wir die Trennung von der USP vollziehen, geschlossen der neuen Partei beizutreten. Da gegen meinen Vorschlag kein Widerspruch erfolgt, lasse ich über die Resolution insgesamt, mit Ausschluß der Namensnennung, abstimmen. Der Antrag ist gegen eine Stimme angenommen.

Zu dem Antrag des Genossen Heckert, die neue Partei "Kommunistische Partei Deutschlands" zu nennen, erhält der Antragsteller das Wort.

Genosse *Heckert* [Chemnitz] bemängelt die Länge des Namens "Revolutionäre Kommunistische Partei Deutschlands", das ist fast ein Referat, und der Redner wird müde, wenn er diesen Namen oft aussprechen soll. Der Kommunismus ist doch eine revolutionäre Sache, es ist in der heutigen Zeit undenkbar, daß man eine kommunistische Partei gründen könnte, die nicht politisch revolutionär wäre. Der Name "Spartakusbund", der nachgesetzt wird, sagt alles. Wir haben keine Veranlassung, einen allzulangen Namen zu nehmen.

Genosse *Pieck*: Das wäre also der einzige Differenzpunkt, und ich bitte Sie, auch hier von einer Debatte Abstand zu nehmen und über die drei Namen "Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands", "Revolutionäre Kommunistische Partei Deutschlands" und "Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)" abzustimmen.

Ich konstatiere, daß Sie mit großer Mehrheit sich für den Namen "Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)" entschieden haben. Damit ist der erste Punkt der Tagesordnung erledigt.

Ich teile Ihnen mit, daß auf unsere Einladung hin vier Genossen als Vertreter der russischen Sowjetrepublik sich hier befinden, und ich begrüße diese Genossen als unsere besten Mitkämpfer. Zur Begrüßung der Konferenz selbst wird ein Vertreter der russischen Sowjetrepublik, Karl Radek, das Wort nehmen.

[Genosse *Radek*:] Genossen! Der Zentralausschuß der russischen Arbeiter- und Soldatenräte hat eine sechsgliedrige Delegation zum Kongreß der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte entsandt. Die freundliche Aufnahme seitens des Generals Falkenhayn und der Regierung Ebert- Haase - wir wurden mit Maschinengewehren in Molodetschno empfangen - hat uns verhindert, an dem Kongreß teilzunehmen. Mir ist es gelungen, hierherzukommen, um Euch dem Gründungstag der Kommunistischen Partei, die herzlichsten Grüße und die Erklärung der Solidarität des Arbeiter- Rußlands zu überbringen.

Als die Nachricht von der deutschen Revolution zu uns gelangte, ergriff ein wahrer Freudentaumel die Arbeiterschaft Rußlands. Nicht nur deshalb, weil der Sieg der deutschen Revolution ein für allemal dem

deutschen Imperialismus den Tod brachte, den Ring der imperialistischen Mächte sprengte und auf diese Weise die russische Revolution von der Umklammerung befreite, sondern auch aus dem Grunde, weil die viel jüngere, organisatorisch viel weniger erfahrene Arbeiter-schaft Rußlands sich voll bewußt ist, daß ohne die sozialistische Revolution in Deutschland die russische Arbeiter-revolution, allein auf sich gestellt, nicht die genügenden Kräfte haben würde, um auf den Trümmern, die der Kapitalis-mus hinterlassen hat, ein neues Haus zu bauen. Das Gefühl, daß der ältere Bruder, von dem wir gelernt haben, jetzt Z * zusammen mit uns an das Werk der Befreiung herangetreten ist, daß dadurch die Welle der Arbeiterrevolution über die Grenzen Rußlands hinweg nach dem Westen getragen wird, hat die russischen Arbeiter mit tiefer Freude erfüllt. Die schmachliche Politik der sogenannten sozialistischen Regierung Deutschlands der sozialistischen Republik Rußland ge-genüber hat keinesfalls irgendwelche Enttäuschung in den Massen geweckt. Als die Regierung Ebert- Haase das Brot zu rückwies, das die russischen Arbeiter, obwohl selbst hungernd, freudigen Herzens den deutschen Arbeitern sandten, um ihnen zu zeigen, daß sie gewillt sind, alles mit ihnen zu teilen, mit allen Mitteln an dem gemeinsamen Werk der Befrei-ung mitzukämpfen, da sagten die russischen Arbeiter: Wir haben das Brot nicht den Herren Ebert und Haase gesandt, die es ja gewiß mit Leichtigkeit im Schleichhandel bekommen können, sondern wir haben es den deutschen Arbeitern gesandt und sind weiter gewillt, alle Kräfte anzustrengen, um diese symbolische Brotsendung in der Zukunft in einen re- gen Austausch alles dessen zu verwandeln, was das russische Volk hat, mit dem, was das deutsche Volk hat, zum ge-meinsamen Kampf, zum Schutz- und Trutzbündnis mit den Arbeitern Deutschlands. Und der Augenblick wird bald kom-men, wo das Angebot der Hilfe, das die russische Arbeiterklasse macht, nicht mit Hohn zurückgewiesen, sondern freudig und brüderlich empfangen wird.

Die russischen Arbeiter waren durch das Benehmen der Ebert- Haase nicht enttäuscht, denn das, was sie jetzt in Deutschland beobachten, das haben sie selbst vor einem Jahre in Rußland erlebt. Wir sahen in diesen vorübergehenden Erscheinungen und in den schwankenden Gestalten, die jetzt auf der Oberfläche des deutschen Lebens herumhuschen, sich als die Leiter des deutschen Volkes aufspielen, alte Bekannte wieder. Wir hatten auch eine Regierung, die der Ar-beiterschaft erklärte, die Arbeiterklasse könne nicht mit eigener Kraft das Werk der Befreiung vollziehen, sie könne sich nicht mit eigener Kraft von den Nöten des Krieges, von dem furchtbaren Elend des Zusammenbruches des Kapitalismus befreien. Sie müsse dazu die Hilfe des Bürgertums haben.

Das Wesen der Politik unserer kleinbürgerlichen Sozialisten, der Menschewiks und Sozialisten- Revolutionäre, bestand eben darin, daß sie in der Zusammenarbeit mit dem Bürgertum, der sogenannten Koalition, den Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse sahen. Die Ebert und Haase treiben seit dem ersten Tage der Revolution dieselbe Politik des Mißtrauens gegen die Arbeiterklasse und des Vertrauens zur Bourgeoisie, deren Vertreter sie als "Fachminister" in allen entschei-denden Ämtern zulassen, so daß die groteske Situation entsteht, daß der kaiserliche Sklavenverwalter, Herr Solf, die auswärtige Politik der deutschen Revolution leitet, während Karl Kautsky, der Theoretiker der 11. Internationale, zu sei-nen Füßen als jüngerer Hilfsarbeiter sich in der Staatskunst übt. Acht Monate lang herrschte die Koalitionspolitik in Ruß-land. Die Verräter des Sozialismus suchten die "lebendigen Kräfte" des Bürgertums für die Sache der Befreiung der Ar-beiterklasse auszunützen und stießen nur Tag für Tag große Teile der Arbeiterklasse ab. Um die Opposition der Arbei-terklasse zu brechen, suchten sie ihre Führer, die Kommunisten Rußlands, als deutsche Spione vor dem Volke verächt-lich zu machen. Als das nicht half, suchten sie diese Opposition mit Waffengewalt niederzuwerfen. Es floß kostbares Ar-beiterblut, aber nach acht Monaten hatten wir die erdrückende Mehrheit der Arbeiter und Bauern hinter uns, die erdrücken-de Mehrheit aller derer, die Elend litten, alles, was ächzte unter dem Joch des Krieges und des Kapitalismus. Wie kam dies? Die Koalition der Arbeiterklasse und des Bürgertums war nicht imstande, den Krieg zu beenden, sie war nicht imstande, dem Volke freie Bahn zu schaffen aus allem Elend, das der Krieg uns hinterließ, denn das Bürgertum, das für den Krieg verantwortlich war und das den Krieg durch seine Politik des Eigennutzes herbeigeführt hatte, wollte trotz der Revolution das Volk ausbeuten, wie es dies unter den blutigen Fittichen des Krieges getan hat. Wenn der Krieg liquidiert wird, steht vor den Volksmassen die Frage der ungeheuren Kriegsschuld, die Frage, ob die Arbeitermassen, die doch gegen den Krieg waren, die Kriegslasten zu tragen haben. Wenn der Krieg zu Ende ist, stehen wir vor der Frage: Wie soll die ganz zerrüttete Wirtschaft wiederhergestellt werden? Soll das verarmte Volk noch Parasiten ernähren? Oder soll es, eben weil es ärmer geworden ist, alles, was es in den Händen hat, dazu benutzen, um die Tränen der Witwen zu stillen, um die Millionen der zurückgebliebenen Waisen und Krüppel zu ernähren, um sich aus den Trümmern den Weg zu ebnen zu einem neuen Leben, wo eine kleine Clique nicht mehr imstande ist, das Volk in das Gemetzel des Weltkrieg-es zu werfen und es auszubeuten? Die Arbeiter sahen die Tatsache, daß dieses "Zusammenarbeiten" mit dem Bürger-tum nur ihre Leiden verlängern würde.

Solange die Industrie in den Händen des Bürgertums blieb und der Profit, nicht die Bedürfnisse des Volkes das Wirt-schaftsleben beherrschten, mußte die Vergeudung der Volkskräfte weiterdauern und die wirtschaftliche Zerrüttung sich steigern. Solange man mit dem Bürgertum zusammenging, konnte man nicht an die Abschüttelung der Kriegsschulden denken. Solange man mit dem Bürgertum ging, konnte der Krieg nicht beendet

werden, da es, verbunden mit dem Ententekapital, von ihm sein Heil erwartend, den Krieg verlängerte. Die Arbeitermassen, die Bauernmassen überzeugten sich immer mehr, daß diese sogenannte Mitarbeit mit dem Bürgertum eine Unterwerfung unter den Kapitalismus bedeutet, und sie zerrissen im November 1917 die Schlinge. Das "kleine Häuflein" der Warner kam zur Macht.

Hier in Deutschland liegen die Sachen in manchem anders. Die Bourgeoisie ist bereit, sich dem Ententekapital zu unterwerfen, um nur seine Hilfe gegen das Proletariat zu erlangen. Die Ententeräuber wollen ihr nur einen Teil ihres Kapitalgegentums wegnehmen, und sie tröstet sich, daß sie sich schadlos halten wird, indem sie aus der Haut des deutschen Volkes Riemen schneiden wird. Die Arbeiter strecken aber die Hand nach dem ganzen Kapitalbesitz, der ein Produkt ihrer Hände ist.

Die Friedensfrage wird in Deutschland als Faktor des Abwirtschaftens der Koalition der Sozialpatrioten mit den Kapitalisten nicht die Rolle wie in Rußland spielen. Die Volksmassen werden sich gegen diese Koalition aufbäumen, wenn es sich zeigt, daß die Eberts Polizeihunde der Kohlen- und Eisenbarone, Verteidiger der junkerlichen Brotwucherer sind. Das wird schneller kommen, als mancher glaubt: Die Entwicklung in Oberschlesien, Rheinland- Westfalen zeigt es. Die Lebensmittelfrage, die Arbeitslosenfrage werden die Arbeiter sehr bald vor die Frage des rücksichtslosesten Kampfes gegen die Bourgeoisie stellen, die Illusionen der "Mitarbeit" werden zusammenbrechen, und die Nationalversammlung, die alle Klassen des Volkes zur "gemeinsamen Arbeit" vereinigen soll, sie wird die Kluft, die sie voneinander trennt, täglich demonstrieren. Dieselben Arbeiterräte, die sich heute degradieren lassen zu einem Feigenblatt der Diktatur Eberts, des Diktators im Interesse des Kapitals, sie werden genötigt sein, die Macht in ihre Hände zu nehmen.

Da sind Erfahrungen, die wir während des Jahres, wo sich die Macht in den Händen der Arbeiterklasse befindet, gemacht haben, von größter historischer und praktischer Bedeutung für das Proletariat Deutschlands wie aller anderen Länder. Nicht, als ob die russische Revolution sich kopieren ließe. Die Verhältnisse in den verschiedenen Ländern weichen von einander ab. Die soziale und politische Struktur der einzelnen Länder ist verschieden. Der Weg der Arbeiterklasse wird in einzelnen Ländern voneinander abweichen. Trotzdem bedeutet die russische Revolution, das Jahr der Arbeiterdiktatur in Rußland, eine große Probe auf das grundsätzliche Exempel: auf die Frage der Herrschaft der Arbeiterklasse überhaupt. Die deutsche bürgerliche Presse, die jetzt zusammen mit der Ententepresse heult und keinen größeren Feind sieht und kennt als die Bolschewiki, das heißt die kommunistische Arbeiterrevolution, die Presse der Verräter des Sozialismus, die sich deshalb als Sachverständige in den Fragen des Sozialismus aufspielen, weil sie alle seine Grundsätze mit Füßen getreten haben, sie erklären, die russische Revolution zeige, daß man den Weg der Revolution nicht betreten darf denn sie hat nur zerstört und Rußland ins Unglück geworfen. Deshalb müssen die Arbeiter Deutschlands gewarnt werden vor diesem Wege. Dasselbe behauptet auch Wilson, das Haupt der amerikanischen Finanzoligarchie, dasselbe behauptet der bekannte "Arbeiterfreund" Clemenceau, dasselbe behauptet ein dritter "Freund" der Arbeiter, Lloyd George. Diese Herren, die niemals an etwas anderes gedacht haben, als wie sie der darbenenden Arbeiterschaft die schweren Prüfungen ersparen könnten, sie sind ganz derselben Meinung wie die Scheidemann, Ebert, Kautsky. jeder Arbeiter, der sich nur daran erinnert, daß diese so um sein "Wohl" bekümmerten Staatshäupter bisher nur daran dachten, wie die Arbeiterklasse auszubeuten und unter der Fuchtel zu halten ist, daß die mit ihnen um die Wette heulenden Scheidemann keine Lippe riskierten, als das Arbeiterblut in Strömen floß für die Interessen der Kapitalisten, wird sich sagen müssen: Ich fürchte die guten Ratschläge dieser Danaer. Aber [für] uns handelt es sich nicht nur darum, Mißtrauen zu den neuen "Arbeiterfreunden" zu streuen, sondern um klare Antwort auf ihre Warnungsrufe. Der erste lautet: Hütet Euch vor dem Bürgerkriege!

Als wir noch vor zwei bis drei Wochen an die deutschen Soldaten herantraten und ihnen die Frage erklärten, mußten wir diese Frage theoretisch behandeln und sie an den Tatsachen aus der russischen Wirklichkeit erklären. jetzt, nachdem die Herren Wels und Ebert sich als Strategen des Bürgerkrieges schon bewährt haben, jetzt, nach dem 6. und 24. Dezember, brauchen wir nicht mehr theoretisch darüber zu sprechen, die deutsche Arbeiterklasse hat schon die erste praktische Lehre des Bürgerkrieges bekommen. Und wenn heute die ganze bürgerliche Presse schreit, man solle die obereschlesischen Grubenarbeiter mit blauen Bohnen traktieren, weil diese Parias der kapitalistischen Gesellschaft, die bisher in den Schächten Millionen für die Kohlenbarone anhäuferten, die Revolution in erster Linie als Besserung ihrer elenden Lage verstehen, da können die deutschen Arbeiter auf die Frage, was ist der Bürgerkrieg, leicht die Antwort geben: Es ist die bewaffnete Verteidigung der Geldsäcke der Bourgeoisie! Niemals in der Geschichte der Menschheit hat eine besitzende Klasse ihre Vorrechte abgegeben ohne den Kampf bis zum Äußersten. Wer behauptet, daß eine besitzende Klasse sich jemals dem Beschluß einer Mehrheit unterwirft, spricht eine bewußte Lüge aus. Wenn jetzt das Wort "sozialistische Republik" keine Phrase sein soll, die das Volk einlullt, so bedeutet es, daß die Arbeiterschaft auf diesem oder jenem Wege die Produktion in ihre Hände zu bekommen suchen wird, und wenn das der Fall ist, so stehen wir vor der größten Umwälzung, die die Geschichte je gesehen hat, und eine solche kann sich nicht schiedlich- friedlich abwickeln. Alle bisherigen Revolutionen bedeuteten, daß die Produktionsmittel aus der Hand einer Minderheit in

die Hand einer anderen Mehrheit übergangen. Heute soll zum ersten Male in der Geschichte die besitzende Klasse gänzlich abgeschafft werden. Und das kann nicht geschehen durch parlamentarische Verhandlungen und Beschlüsse. Das hat die russische Erfahrung klar bewiesen.

Die Kerenski-Regierung wurde nicht gestürzt, sie brach in sich zusammen. Wenn Sie jetzt die Erinnerungen des Ministers Maljantowitsch lesen, der Justizminister unter Kerenski war, so sehen Sie vor sich ein Häufchen von Menschen, hinter denen niemand steht, die nicht einmal mehr ihrem Chauffeur zu befehlen hatten. Eine solche Regierung brauchte man nicht zu stürzen. In dem Endkampfe gegen Kerenski sind fast keine Opfer gefallen. Die Regierung wurde vom Volke einfach im Stich gelassen. Der Kongreß der Sowjets, also die Vertretung der erdrückenden Mehrheit des russischen Volkes, bildete eine neue Regierung, den Rat der Volkskommissare, aber die ersten, die sich nicht unterwarfen, die die Waffen gegen sie erhoben, das waren die Vertreter der Bourgeoisie und der Junker. Das war General Krasnow, der jetzt die Truppen am Don gegen uns leitet und 16 000 Bergarbeiter füsillieren ließ und den die Arbeiter im Oktober 1917 im ersten Dusele des Sieges laufen ließen, als er das Offizierswort gab, nicht mehr gegen sie zu kämpfen.

Den Bürgerkrieg begannen das Bürgertum, das seine Fabriken zurückhaben wollte, die Offiziere, die sich nach der Zeit zurücksehnten, wo sie die Soldaten als ihre Knechte behandelten, die Großgrundbesitzer, die den Bauern den Boden entreißen wollten. Wenn man bei uns gegen den Bürgerkrieg predigt, so antworten die russischen Arbeiter: Ihr Herren Mörder, legt Ihr zuerst die Waffen aus der Hand! Solange die besitzenden Klassen das nicht tun, solange wird der Arbeiter Rußlands die Waffen nicht aus der Hand legen. Er hat die Eroberungen der Revolution mit seinem Blut gemacht, und er wird sie nicht lassen, möge eine Welt gegen ihn anstürmen. Die den Arbeitern die Fabriken, den Bauern Grund und Boden, dem Volke die Macht aus der Hand nehmen wollen, sie sollen nur kommen und sich holen, was sie haben wollen.

Der Bürgerkrieg wird mit der größten Erbitterung geführt, mit einer Erbitterung die weit die des imperialistischen Krieges übersteigt. Zwischen den Ausbeutern verschiedener Länder kann es ein Kompromiß geben: Sie teilen die Beute, sie ziehen den Arbeitern aller Länder gemeinsam die Haut über die Ohren. Zwischen den Ausgebeuteten und den Ausbeutern kann es kein Kompromiß geben: Es gibt nur Sieg oder Vernichtung. Die besitzenden Klassen, die uns der verschiedensten Greuel anklagen, sie führen den Bürgerkrieg mit dem Blutdurst wilder Tiere. Als die ukrainischen Bourgeois Kiew mit Hilfe der deutschen Truppen eroberten, haben sie 1 500 Arbeiter füsilliert ohne jedes Gerichtsverfahren: Wer am Tage des Einzuges des Siegers auf der Straße getroffen wurde und schwielige Arbeiterfäuste hatte, der wurde füsilliert. Die siegreichen finnischen Bourgeois ermordeten über 30 000 Arbeiter, Krasnow am Don 16 000. Eine entthronte, bisher herrschende Klasse rächt sich bitter für die erlebte Erniedrigung ihres Machtbewußtseins, wenn sie wieder zur Macht gelangt. Die Arbeiterklasse hat es noch nicht in sich entwickelt, sie ist voll von Sentimenten, sie läßt sich noch durch das Geschrei der bürgerlichen Presse einschüchtern. Die "wilden Bolschewiki" haben in all ihren Kämpfen, von der Gefahr umgeben, keine paar tausend Bourgeois getötet. Nicht nur, weil sie Menschenleben schonen wollten, sondern weil ihre Bestrebungen auf die Änderung der sozialen Einrichtungen, nicht auf Ausrottung der Menschen gerichtet sind. Und selbst die paar tausend, sie sind gefallen im gerechten Abwehrkampf gegen die Konterrevolution, die, gestützt auf fremde Bajonette, das russische Volk versklaven will. Wenn die Vertreter dieser Bajonette, wenn die Herren Scheidemann, die Lakaien des deutschen Imperialismus, Zeter und Mordio schreien gegen den bolschewikischen Terror, so sagen wir ihnen: Eure Hände, o Verächter des bolschewikischen Terrors, sie triefen noch vom Blute nicht nur der vielen Millionen der in diesem Kriege Gefallenen, sondern von Zehntausenden lettischer, finnischer, ukrainischer und russischer Arbeiter, die die Generale ermorden ließen, denen Ihr die Kriegskredite bewilligt habt. Und Ihr, Gegner des Abwehrkampfes der Arbeiterklasse, des Bürgerkrieges für den Sozialismus, Ihr mordet schon deutsche Arbeiter im Interesse des Kapitals. Und gestützt auf das ausgezeichnet organisierte deutsche Kapital, auf die ausgezeichnet organisierten Junker, bereitet Ihr einen viel blutigeren Bürgerkrieg [vor], als ihn je die russische Revolution gesehen hat, und gleichzeitig sucht Ihr Eure zukünftigen Opfer mit dem Geschrei gegen den Bürgerkrieg einzulullen, damit sie keine Abwehr vorbereiten! Das wird Euch aber nicht gelingen!

Die Verräter des Sozialismus erklären, der Bürgerkrieg zerstöre die Produktion und auf diese Weise die Voraussetzung des Sozialismus, und die Arbeiterklasse werde am Schlusse ihres siegreichen Bürgerkrieges in einer Wüstenei sitzen. Parteigenossen! Der schwere, opferreiche Bürgerkrieg in Rußland hat während eines Jahres nicht so viele Menschen gekostet und nicht so viele Werte vernichtet, wie ein Tag des "glorreichen Krieges", in dem auszuharren die Scheidemann die Arbeiter aufforderten. Wir schließen die Augen nicht vor der Tatsache, daß der Bürgerkrieg vieles vernichtet, daß er den schöpferischen Prozeß der Schaffung einer neuen, kommunistischen Gesellschaftsordnung ohne Unterdrückte und Unterdrücker, daß er diesen schöpferischen Prozeß aufhält, ihn schädigt. Aber wir stehen vor der Tatsache der Unvermeidlichkeit des Bürgerkrieges, und in dieser Lage wird sich die Arbeiterklasse aller Länder befinden, daß sie mit einer Hand den Feind abwehren muß, der die ganze schöpferische Arbeit zerstören will, und nur die andere Hand frei hat für den aufbauenden, schöpferischen Prozeß. Wir sind überzeugt, daß der weitere Gang der Weltrevolution bestätigt

wird, daß die große systematische, aufbauende Arbeit im vollen Umfange erst dann möglich sein wird, nachdem die Arbeiterklasse die Feinde niedergeworfen haben wird, nachdem sich in diesen schöpferischen Prozeß keine frevelhafte Hand mehr störend einmischet. Und trotzdem können wir auf die Arbeit, die wir geleistet haben, stolz zurückblicken.

Gestern brachte der "Vorwärts" einen Aufruf gegen den Bolschewismus, in dem es heißt, die deutschen Arbeiter sollen nach Rußland gehen und sich dort die Trümmerhaufen ansehen. Ich kann im Namen des Zentralausschusses der russischen Sowjetregierung erklären, daß er die Vertreter der deutschen Regierung und des Zentralvollzugsrates nur begrüßen würde, wenn sie nach Rußland kommen, um die Verhältnisse zu studieren. Bisher waren es nicht wir, die die deutschen Arbeiter von den russischen absperrten, um ihnen die "schreckliche Wirklichkeit" Rußlands zu verhüllen. Vielmehr umgekehrt. Die Maschinengewehre in Molodetschno sollten uns den Zutritt zum "Paradies" der deutschen Arbeiter verhindern. Die russische Arbeiterschaft hat die Fabriken in ihren Händen. Da sagen die Herren: Aber Ihr habt doch keine Kohle, kein Eisen. Die Fabriken stehen still. Das nimmt sich sehr gut aus im Munde der Vertreter einer Partei, die die alte imperialistische Regierung in ihrem Raubzuge gegen die Ukraine unterstützte, wo 70 Prozent der russischen Kohle und des Eisens samt dem Brot, das die russischen Arbeiter bisher ernährte, sich befinden. Trotzdem wir durch den Raubzug des imperialistischen Deutschland von den Hauptquellen des Rohstoffmaterials abgeschnitten waren, obwohl uns jetzt die Entente von einem anderen Teil unserer Rohstoffe abschneidet, trotzdem arbeitet ein Teil der russischen Industrie und beweist entscheidend, daß, nachdem die Revolution die kapitalistische Zwangsdizziplin vernichtet [hat], sie eine neue, freiwillige Disziplin schafft. In unseren Fabriken finden während der Arbeit keine Meetings statt, unsere Arbeiter leisten ein Maximum dessen, was für die gegebene Industrie von der Zentralbehörde festgesetzt worden ist. Würden die Vertreter der jetzigen deutschen Regierung sehen, wie in den russischen Fabriken gearbeitet wird, so würden sie den deutschen Arbeitern sagen: Die russischen Arbeiter halten Ordnung, und bei Euch geht es drunter und drüber. Sie würden dabei nur eines vergessen, namentlich die Tatsache, daß die russischen Arbeiter eben Herren in ihrem eigenen Lande sind und wissen, daß sie sich in den eigenen Leib schneiden¹ wenn sie keine Ordnung halten. Sie sind von dem Kadavergehorsam bewußt zur selbstbewachten, freiwilligen Disziplin, zur Schöpfung eines neuen Lebens übergegangen. Wäre dies nicht der Fall, so könnte gar nicht erklärt werden, wie in dem durch den Krieg ausgeplünderten, dann durch den deutschen und Ententekapitalismus von neuem ausgeraubten Rußland das Getriebe des sozialen Lebens, das Eisenbahnwesen usw. überhaupt aufrechterhalten wird. Unsern Anklägern sagen wir: Die Wunden, aus denen Rußland blutet, die hat ihm das Weltkapital geschlagen; wenn es aber nicht verblutet, so hat es dies der Arbeit des Sozialismus zu verdanken.

Auf dem Dorfe hat ein tiefer Prozeß der sozialen Differenzierung stattgefunden. Der russische Bauer, der Dünge der russischen Geschichte, beginnt bewußt seine Geschichte zu machen. Die Dorfbourgeoisie kämpft gegen uns für den Privatbesitz an Grund und Boden. Wir verstanden es in einem Jahre unserer Regierung, Millionen armer Bauern zu mobilisieren, die zusammen mit den städtischen Arbeitern darangingen, Brot für sich und die hungrigen Arbeiterkinder zu erobern. Diesen armen Bauern, die ohne Inventar, ohne landwirtschaftliche Geräte dastehen, helfen wir, Kommunen zu gründen. Und die Privatbesitzgier, die im Bauern steckt und die man ihm mit Agitation nicht austreibt, sie weicht der Sprache der Tatsachen, die dem armen Bauern sagen, daß er nur gemeinsam wirtschaftend ein menschliches Leben erreichen kann. Der Klassenkampf auf dem Dorfe, der Kampf um Brot für die Hungernden, die Organisation der armen Bauern, dies alles, was die kapitalistische Presse als Raub und Totschlag bezeichnet, es ist ein kultureller Faktor von ungeheurer Bedeutung: Er schüttelt den Bauern aus seiner Gleichgültigkeit, reißt ihn aus der Provinzidiotie heraus, weckt in ihm Hunger nach Wissen. Rußland wird jetzt mit einem Netz von Schulen bedeckt, wie sie in keinem Lande existieren. Die russische Arbeiterklasse, die russischen Bauern haben zwar die große Lügenpresse der Bourgeoisie vernichtet, sie haben sich aber eine eigene Presse geschaffen, die in das letzte Dorf hineinkommt, um dorthin die Kunde von allen revolutionären Begebenheiten, von dem großen Emanzipationskampf des Proletariats zu bringen. Wenn es Euch vergönnt wäre, in den großen Sälen der ersten früheren Opernhäuser, der Restaurants, in denen die russischen Kapitalisten das Volksgut verjubelten, jetzt die Abende zuzubringen mit den russischen Arbeitern, denen die besten künstlerischen Kräfte Rußlands es ermöglichen, auch nur ein Gefühl zu bekommen, was Schönes und Großes die alte, gestürzte Welt hinterlassen hat, dann würden alle Warnrufe vor dem Bolschewismus verschallen, sie würden nicht den geringsten Eindruck machen. Die deutschen Kriegsgefangenen, die mit uns gearbeitet haben, sie haben dieses Rußland kennengelernt als würdig, ihr Blut für dieses Rußland zu vergießen. Ich will damit nicht sagen, daß die Lage der Volksmassen in Rußland leicht ist. Sie ist äußerst schwer: Auf den Ruinen läßt sich nicht im Nu ein wohnliches Haus hervorzaubern. Wir sind dort erst in den Anfängen des Aufbaues. Große Not lastet über dem Volke, oft drohte der Zusammenbruch. Was ich sagen will ist das, daß die Arbeiterklasse mit größter Zähigkeit kämpft, weil sie versteht, daß sie nicht um die Herrschaft einer Clique von Phantasten, sondern um ihre Zukunft kämpft.

Im Innern haben wir die gegenrevolutionären Kräfte niedergedrückt. Nur am Don, in der Ukraine und im

Kaukasus unter dem Schutze der Entente wagen sie, uns Widerstand zu leisten. Im Kampfe gegen sie steht eine disziplinierte Armee, im Lande wird fieberhaft gerüstet, die Arbeiter lernen nach der Fabrikzeit noch das Kriegshandwerk. Ich habe mir einmal die Freude gemacht, einen Vertreter der Berliner Disconto- Gesellschaft, Herrn Dr. Golmer, in Moskau in eine Versammlung mitzunehmen. Als wir um 10 Uhr abends zurückkehrten, erblickte der Vertreter der deutschen Bankwelt erstaunt und erschrocken eine Marschkolonne ohne Waffen. Er fragte mich, was es sei. Ich wußte es selbst nicht und fragte einen der Marschierenden. Und da erfuhren wir, daß die Arbeiter in diesen Vorstädten, wenn sie aus den Versammlungen heim kehren, in geschlossenen Kolonnen marschieren, um die Marschbewegungen zu lernen. Was bedeutet das? Man sagt, die bolschewistische Herrschaft stütze sich auf die Bajonette. Diese Bajonette liegen doch in den Händen von Menschen. Warum stürzen uns diese Menschen nicht, wenn wir ihr Land in eine Wüstenei verwandelt haben? Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder der Bolschewiki ist nicht sehr groß, und doch haben wir die moralische Kraft, die ungeheuren Massen um uns geschart zu halten. Diese Frage ist die wichtigste Frage, die sich jeder deutsche Arbeiter beantworten muß. Die "Gewaltherrschaft" besteht darin, daß die Arbeitermassen es verstehen - und sie verstehen es ausgezeichnet - , daß der Sturz der bolschewistischen Herrschaft nichts anderes bedeutet, als daß die russische Arbeiterklasse dezimiert wird durch die Konterrevolution, daß ihr die Fabriken entrissen werden, daß sie zur Sklavin des Kapitalismus erniedrigt wird, daß sie die Kosten des Krieges zu tragen haben wird. Die russischen Bauern, denen wir die Möglichkeit geben, zum ersten Male in der Geschichte der Menschheit bewußt einen kulturellen Aufstieg zu nehmen, sie verstehen es, daß, wenn der Bolschewismus gestürzt wird, der Grund und Boden mit Hilfe der Ententebajonette dem Großgrundbesitz zurückgegeben werden würde. Um die Führer der Gegenrevolution sammelt sich das ganze Gesindel, das das russische Volk jahrhundertlang ausbeutete. Das ist die größte Lehre, die die Arbeiter und Bauern verstehen, die uns Kraft gibt im Kampfe. Wir haben Samara, Kasan genommen, die Wolga befreit von den gut organisierten gegenrevolutionären tschechoslowakischen Heeren, die zum Konzentrationspunkt der ganzen Konterrevolution wurden. Jetzt stehen wir vor einem neuen, größeren Kampfe.

Die größte Gefahr, die der russischen Revolution drohen konnte, bestand darin, daß es dem internationalen Kapitalismus gelingen konnte, den Krieg durch ein Kompromiß abzuschließen. Würden der deutsche und der englische Imperialismus einen Verständigungsfrieden geschlossen haben, dann würden die Prinz von Baden und die Scheidemänner nichtfürstlichen Geblüts, ohne mit der Wimper zu zucken, sich als Henker an die Entente vermietet haben, um das russische Volk zu erdrosseln. Die Ausweisung der russischen Botschaft aus Berlin sollte den Weg zu einem solchen Kompromiß frei machen, dessen Opfer die russischen Arbeiter werden sollten. Nur waren die Pläne schon durchkreuzt in dem Moment, wo sie in dem Jovishaupten von Scheidemann und Ebert reiften. Die deutschen Arbeiter und Soldaten haben dem deutschen Imperialismus den Genickfang gegeben, und das ermöglicht uns, mit voller Zuversicht in die Zukunft zu schauen. Im März 1918 mußten wir mit dem deutschen Imperialismus einen erniedrigenden Frieden schließen, weil wir, erst kurz an der Macht, keine Kraft hatten, diesem durch seine Nähe und Organisation so machtvollen Gegner bewaffneten Widerstand zu leisten. Um seine Gier zu stillen, rissen wir Stücke von unserem eigenen Fleische und warfen sie blutend dem Untier zu. Dann organisierten wir unsere Kräfte, arbeiteten rastlos, um mit ihm den Kampf aufnehmen zu können, wenn er schwächer, wir aber stärker werden. Unsere Haupthoffnungen gingen auf die deutsche Arbeiterklasse, zu der wir das Vertrauen selbst in den schwersten Tagen nicht verloren haben und die wir nicht durch Worte, sondern durch unsere Taten mitzureißen suchten. Unsere Hoffnungen wurden nicht betrogen. Die deutsche Arbeiterklasse hat von uns die Last des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus genommen, die Gefahr seiner Koalition mit der Entente gegen die russische Arbeiterklasse gebannt. Jetzt haben wir als einzigen außenpolitischen Feind das Ententekapital, denn wenn auch die Lakaien der Entente, Herr Ebert und Scheidemann, gerne mithelfen würden, den bolschewikischen Herd der Revolution auszustampfen, es fehlen ihnen die Kräfte zu diesem löblichen Tun. Die Entente hat uns außerhalb des Gesetzes gestellt. Wir haben mit einem verständnisvollen Lachen quittiert. Die Kapitalisten haben gegen die kämpfende Arbeiterklasse niemals irgendwelche Gesetze geachtet. Im Jahre 1848 und 1871 dezimierten und füsilierten sie die besiegten Arbeiter von Paris, und ohne daß uns Lloyd George, Clemenceau und Wilson, die Vertreter der Mammonherrschaft, ihren Abscheu ausdrückten, wußten wir ganz gut, was uns erwartet, wenn der Weizen dieser Herren blüht. Aber er wird nicht blühen. Der Sieger von heute wird das Opfer des morgigen Tages, wie der Sieger von Brest-Litowsk unter dem grünen Rasen ruht. Die Armee der Entente besteht nicht nur aus Maschinen, nicht nur aus Tanks. Die Tanks siegen über die deutsche Armee, weil Deutschland in Brest-Litowsk den europäischen Völkern das Medusenhaupt eines Räubers gezeigt hat und weil der Schandfriede von Brest-Litowsk den letzten französischen Arbeiter antrieb, seine schwindenden Kräfte zu sammeln gegen den deutschen Imperialismus. Das Arbeiter-Rußland bringt keinem Volke Vergewaltigung. Es hat das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannt. Man mag über die Formel der Selbstbestimmung theoretisch streiten. Sie bedeutet eines: Wir wollen den Volksmassen keiner Nation irgend etwas aufzwingen, sie sollen sich frei entscheiden, ob sie mit uns gehen oder nicht. Jetzt, wo wir Litauen und Lettland wieder in den Händen haben, überlassen wir der Arbeiterklasse dieser Länder die Freiheit zu entscheiden, ob sie sich mit uns auf Leben und Tod verbinden wollen oder nicht. Und es ist unser Stolz, daß sie sich für uns entschieden haben, obwohl die Entente sie deswegen mit allen Strafen der Hölle bedroht. Das arbeitende Volk Rußlands bringt die

Kunde von der Befreiung allen geknechteten Völkern, und wenn die Herren Lloyd George, Clemenceau und Wilson ihren Soldaten sagen: Tötet die Bolschewiki, weil sie Gewalttaten verüben!, so weiß doch jeder Arbeiter in Amerika, daß Sozialisten, wenn sie keine Lakaien der Kriegshetzer sind, sondern Rebellen, in Amerika auf dem elektrischen Stuhl getötet werden, so weiß jeder Arbeiter in Frankreich, daß Clemenceau ein Bluthund ist. Wir haben von französischen Soldaten erfahren, daß sie General Franchet d'Esperey, der die französischen Truppen im Süden Rußlands befehligen soll, "Assassin", Mörder, nennen. Sie erzählen uns, daß dieser General die Soldaten nötigte, seinem Auto, auch wenn es leer war, zu salutieren, und dieser General Franchet d'Esperey, der Vertreter der blutigen Gamaschenknöpfe in Frankreich, der soll den französischen Soldaten den Abscheu vor der "Gewaltherrschaft" beibringen ..., hinter der die russische Arbeiterschaft steht. Wenn die Leute die Soldaten unter der Losung der "Ordnung" gegen uns aufzuputschen versuchen werden, so werden die Arbeiter sich umsehen und fragen, ob es eine Ordnung ist, daß man Millionen von Menschen hinmordet und die Zurückkehrenden zu Hause ohne Arbeit läßt und sie auseinanderjagt, wenn sie nach Brot rufen. Entweder wird die Entente ihre Truppenmassen nach dem Süden Rußlands senden, dann werden diese Truppen so zersetzt werden wie die deutschen. Die Revolution kam nicht zu ihnen, so kommen sie auf die Akademie der Revolution, nach Rußland. Wir können sie gut bearbeiten. Oder die Entente wird versuchen, mit dem toten Werk des Menschen, mit ihren Maschinen, uns niederzuwerfen. Dann werden wir den Kampf siegreich durchführen. Denn wenn Sie die Kriegsgeschichte studieren, von den Siegen der Karthager anfangend, niemals siegt das tote Material über den Menscheng Geist, der sich nicht knechten lassen will. Und die russische Arbeiterklasse wird sich nicht knechten lassen. Und wenn die Scheidemann- Ebert damit rechnen, daß wir bald auf der Strecke liegen werden, so kann ich heute vor Euch die Verpflichtung übernehmen, daß wir heil und gesund länger die Geschicke des russischen Volkes in der Hand behalten, als die starken Männer in der Wilhelmstraße in der Lage sein werden, das deutsche Volk zu knechten.

Die Menschewiki, die wir im Oktober niedergeworfen haben, welche die Nöte der Arbeiterschaft ausnutzten, um sie gegen uns aufzuputschen, obwohl sie wußten, daß unser Zusammenbruch der der Arbeiterklasse wäre, sie sahen sich jetzt genötigt, sich an die Arbeiterklasse der ganzen Welt mit einem Aufruf zu wenden, in dem sie sagen, der Kampf der Entente gehe nicht gegen die Bolschewiki, sondern gegen die gesamte Arbeiterklasse Rußlands und ihre Errungenschaften. Das bedeutet das glatte Eingeständnis dieser Leute, die uns eine neue Gewaltherrschaft nannten, daß die Arbeiterregierung die Schutzwehr des russischen Volkes ist. Das bedeutet das Eingeständnis, daß diese Leute jetzt selbst die Arbeiter aufrufen müssen zu der Verteidigung der russischen Sowjetregierung. Wir haben daraus die Konsequenzen gezogen. Wir haben sie verfolgt, als sie der Konterrevolution dienten; als sie sich in den Dienst der Revolution stellten, mögen sie noch so schwankend sein, haben wir sie aus den Gefängnissen befreit, ihre Presse und Organisationen legalisiert. Ich sage Ihnen dies nicht deshalb, um Ihnen unsere Toleranz in schönen Farben zu zeigen. Wir sind nicht tolerant. Wir sind Kämpfer des Sozialismus, und wir haben nicht verheimlicht, daß der Versuch, gegen die Revolution zu kämpfen, die Leute dort finden wird, woher sie gekommen sind. Das Kleinbürgertum schwankt zwischen zwei Lagern. Die Lehre aber, daß wir uns nicht niederringen ließen, die Einsicht, daß die Befreiung vom Bolschewismus die Konterrevolution bedeutet, das hat diesen Überresten der kleinbürgerlichen Sozialdemokraten gezeigt, daß es kein Drittes gibt als entweder mit den Bolschewiki zu stehen und für die Revolution zu kämpfen oder auf der Seite der fremden Eindringlinge zu stehen und gegen die Revolution zu kämpfen. Sie wissen, wie die Menschewiki gewählt haben. Das beweist, die Kleinbürgerlichen verstehen, daß wir in diesem Kampf die Sieger sein werden. Das Kleinbürgertum geht mit den Stärkeren. Der Kampf wird sehr schwer sein. Unsere Munitionsindustrie arbeitet mit Volldampf, sie kann sich aber nicht messen mit den Fabriken Englands und Amerikas. Wir haben Mangel an allem. Unsere Armeen leiden oft Hunger. Aber wir sind überzeugt, wir werden so lange kämpfend das sozialistische Rußland verteidigen, bis die Entente genötigt sein wird, entweder den Kampf mit dem ganzen europäischen Proletariat aufzunehmen oder überhaupt auf den Kampf zu verzichten.

Das Hauptargument in den Händen der Scheidemänner gegen die Kommunistische Partei Deutschlands ist, daß sie der Entente die Wege öffnet nach Deutschland. Niemals wurde eine größere Lüge in die Volksmassen hineingeworfen. Wenn die Entente heute kommen würde, sie würde keinen Widerstand im deutschen Volke finden. Wenn aber die deutschen Arbeiter die Besitzer der Fabriken sind, wenn die deutschen Arbeiter mit dem Elend den Kampf begonnen haben, wenn sie sich als die Herren des Landes fühlen, dann werden sie verstehen, daß der Kampf nicht der Verteidigung des Geldsacks, sondern der Verteidigung ihres eigenen Hauses, ihrer eigenen Zukunft gilt. Es gibt kein anderes Mittel, Deutschland wehrhaft zu machen und zu verteidigen gegen das Joch das ihm die Entente auferlegen will, als die deutschen Arbeiter zu Herren in Deutschland zu machen. Dieselbe russische Armee, die im März, als unsere Revolution noch jung war, in dem Volke noch keine tiefen Wurzeln gefaßt hatte, panikartig nach Hause flüchtete, dieselben Arbeiter und Bauern sterben jetzt mutig, weil sie wissen, daß sie etwas zu verteidigen haben. Nichts fürchten die Herren der Entente so, als mit Arbeitern, die wissen, was sie wollen, ihre Heere in Berührung treten zu lassen. Wenn die französischen Truppen nach Deutschland kommen, was haben sie da, was sie aufmuntern könnte zum Kampfe gegen die eigene Regierung? Sie haben hier eine Republik, die sich sozialistisch nennt, in der aber die streikenden Arbeiter mit blauen Bohnen

behandelt werden. Wenn die französischen Arbeiter über Deutschland die rote Fahne der sozialistischen Revolution sehen, wenn sie sehen, daß die deutschen Arbeiter wirklich die Herren im Hause sind, dann werden sie fragen. Sollen wir, die Sieger, noch länger Sklaven bleiben? Dieser Gegensatz zwischen dem Sieg der Arbeiterschaft in dem besiegten Lande und ihrer Sklaverei im siegreichen, er wird Dynamit sein gegen die Pläne der Ententeregierungen. Die beste Verteidigung besteht darin, der deutschen Arbeiterklasse zur Macht zu verhelfen. Wer etwas anderes behauptet, sagt dein deutschen Volke: Ihr sollt Lakaien der deutschen Bourgeoisie sein, damit die Entente sich sagt: Diese Leute sind ungefährlich, und Euch schon. Niemals aber hat ein raubgieriges System Leute geschont, die den Rücken beugten. Es legte ihnen ein Joch auf. Deshalb sind wir tief überzeugt, daß der Weg, den Ihr geht, und Ihr geht ihn aus demselben Grunde, aus dem wir unseren Weg gewählt haben, daß dieser Weg nicht die Wehrlosmachung des deutschen Volkes, sondern die Wehrhaftmachung des deutschen Volkes bedeutet, daß Ihr die Träger der Zukunft des deutschen Volkes seid, nicht derjenigen Kultur, in der die einen im Keller wohnen und die anderen in der ersten Etage, sondern in der der deutsche Arbeiter zum ersten Male wirklich fähig sein wird zu verstehen und zu genießen, was deutsche Geistesarbeit Großes geschaffen hat.

Ihr werdet als Nachahmer der russischen Revolution dargestellt, Ihr werdet als Agenten des Sowjetrußlands dargestellt. Was die Nachahmung anbetrifft, so hat die russische Revolution unendlich viel gelernt von dem deutschen arbeitenden Volk. Das, was wir jetzt in Rußland verwirklichen, das ist nichts anderes als die große unverfälschte Lehre des deutschen Kommunismus, den Marx vor der Arbeiterklasse der ganzen Welt vertrat. Unsere Orientierung, der Gedanke des Räte systems, ist empirisch aufgewachsen, aber die großen Auseinandersetzungen über die zukünftigen Kampfesformen der Arbeiterklasse, wie sie die deutsche Arbeiterwelt vor dem Kriege bewegten, sie haben unsere Gedanken genährt, und die russische kommunistische Partei ist stolz darauf, daß sie einst in naher Bundesgenossenschaft mit Rosa Luxemburg, Eurer geistigen Führerin, gearbeitet hat. Wenn Ihr beschimpft werdet als Agenten des bolschewistischen Rußlands, so sind wir gemeinsame Agenten einer großen Sache, die über Euch und uns steht, der Sache der Befreiung des arbeitenden Volkes vom Joch des Kapitalismus.

Und wenn sich jetzt keiner der großen Staatsmänner des Kapitals mehr sicher fühlt in seinem Palaste vor dem Geist des Bolschewismus, so nicht deswegen, weil in den Gepäckstücken der russischen Botschaft dieser Geist transportiert wird. Wir haben jetzt keine Gesandtschaften, die Welt des Kapitalismus sucht sich von uns hermetisch abzusperren. Aber umsonst. Nicht nur, weil wir Soldaten der Revolution überallhin gelangen werden, wo[hin] uns das Interesse der Weltrevolution ruft, sondern weil der Bolschewismus nichts anderes ist als die Tränen der Witwen und Kinder, der Schmerz um die Getöteten und die Verzweiflung der Zurückgekehrten. Und diesen Geist werden sie nicht töten. Dieser Geist wird die internationale Arbeiterklasse zu einer Armee vereinigen. Wir bieten den Scheidemann und Ebert keinen Waffenbund an. Die Herren irren, wenn sie meinen, wir möchten eine Kampfgenossenschaft mit ihnen schließen: Diese Leute sind für uns nicht bündnisfähig, sie können dem Kapitalismus nicht trotzen, aus dem einen Grunde, weil sie seine Lakaien sind. Euch aber brauchen wir kein Bündnis anzubieten. Wir stehen im Bündnis seit den ersten Tagen des Krieges, seit dem Tage, wo Liebknecht sein "Ich klage an!" von der Tribüne des deutschen Reichstages in die Welt geschleudert hat. In dem Moment aber, wo Ihr zur Macht kommt, wird sich der Ring schließen, in dem Moment werden die deutschen und russischen Arbeiter Arm in Arm kämpfen. Nichts ruft einen solchen Enthusiasmus bei den russischen Arbeitern hervor, als wenn wir ihnen sagen, es kann die Zeit kommen, wo Euch die deutschen Arbeiter zu Hilfe rufen und wo Ihr zusammen mit ihnen am Rhein kämpfen müßt, wie sie an unserer Seite am Ural kämpfen werden. Wir sind überzeugt, daß die Weltrevolution im Eilschritt gehen wird, wir sind überzeugt, daß es unwahr ist, der Bolschewismus sei die Krankheit der besiegten Völker. Das würde bedeuten, daß die Arbeiterklasse der siegreichen Nationen für immer Sklave bleiben muß. Wir sind überzeugt, daß der internationale Bürgerkrieg uns befreien wird vom Kampfe der Völker. Aber niemand kann das Tempo der Entwicklung berechnen. Wir mußten auf die deutsche Revolution ein Jahr lang warten. Wir haben gerüstet, gekämpft, wir haben uns selbst verteidigt, und wir haben den großen Tag erlebt, wo das erfüllt wurde, was Genosse Liebknecht uns zum Sowjetkongreß telegraphierte: "Genossen, wir kommen!" Als wir sein Telegramm dem Kongreß vorlesen, da hatten wir schon die Kunde davon, daß Ihr gekommen seid. Wir sind überzeugt, daß dasselbe bald mit den Italienern und Franzosen der Fall sein wird und daß die Pläne des Ententekapitalismus, die russische und deutsche Revolution zu erdrosseln, daran scheitern werden. Aber solange das nicht der Fall ist, seid sicher, wir stehen mit den Gewehren in der Hand und werden den Boden, den wir erobert haben, uns nicht entreißen lassen. Und wir sind überzeugt, daß Ihr inzwischen die Wacht der deutschen Revolution bildet. Und daß wir zusammen mit Euch den Tag erleben werden, wo hier in Berlin der internationale Arbeiterrat tagen wird, wo keiner uns mehr hindern wird, mit allen Völkern der ganzen Welt die Erfahrungen der neuen Zeit auszutauschen.

Auf Ihre Tagung blicken wir mit den größten Hoffnungen. Wir wissen, Ihr seid noch schwach. Wir waren noch schwächer im April vorigen Jahres. Die Überzeugung, daß Ihr siegen werdet, daß Ihr die Macht seid, um die die Arbeiter Deutschlands sich sammeln werden, schöpfen wir aus der geistigen Rücksichtslosigkeit, mit der Ihr mit

der Vergangenheit gebrochen habt und Euch als selbständige kommunistische Partei konstituiert habt. Die Angst vor dem Bolschewismus wird wachsen. Man wird alles gegen Euch organisieren. Aber niemals hat eine Partei, die die Interessenvertretung des ganzen Proletariats darstellt, die bewußt, klar und rücksichtslos, keine Opfer scheuend, vorgeht, mit größerem Recht und Zuversicht in die Zukunft geschaut als Ihr. Denn Eurer Partei ist das Glück zuteil geworden, geboren zu werden in einer Zeit der größten Weltkrise, in der alle Masken fallen und die Massen die revolutionären Wahrheiten so nötig wie Brot haben. Die deutsche Sozialdemokratie, sie ist tot. Sie war die Autorität in der ganzen Arbeiterwelt. Die Autorität ist dahingeschwunden, kein Teil der Internationale wird jetzt diese Bedeutung haben, die die deutsche [Sozialdemokratie] hatte. Die Internationale wird ein Bund von Arbeiterklassen sein, in dem jede weiß, wofür sie kämpft, in dem jede den eigenen Weg marschiert und es trotzdem derselbe ist wie der der anderen. In diesem Bunde werden wir zueinander stehen, und es wird der Tag kommen, wo der Ruf, mit dem ich schließe, zur Wirklichkeit wird, der Tag, wo die Weltrevolution die Arbeiterklassen befreien wird, der Sozialismus nicht mehr das Objekt des Kampfes sein wird, sondern der Gegenstand unserer zielklaren Arbeit. Die russische Revolution ist von Euch abgeschnitten, aber ihr Geist lebt in Euch, Euer Geist beseelt die Massen der russischen Arbeiterklasse, dieser Geist der vorwärtsstürmenden Arbeiterklassen, die es satt haben, der Amboß der Geschichte zu sein, und jetzt einmal Hammer sein wollen.

Es lebe die internationale Revolution, es lebe die internationale Räterepublik! (Stürmischer Beifall.)

[Genosse] Liebknecht richtete darauf Worte des Dankes an die Vertreter der russischen Regierung. Wie Diebe und Verbrecher hätten sie sich in die angeblich sozialistische Republik Deutschland hineinschleichen müssen. Eine gewaltige Schuld habe das deutsche Proletariat gegenüber dem russischen abzutragen. Rußland sei die Geburtsstätte der deutschen Revolution. Erst wenn wir uns mit dem russischen Proletariat verbünden, erst dann würde die Stunde der Weltrevolution, die den Kapitalismus endgültig beseitigt, angebrochen sein. (Lebhafter Beifall.)

Einstimmig wurde beschlossen, der russischen Sowjetregierung ein Begrüßungstelegramm zu senden.

An die russische sozialistische Sowjetrepublik!
Die Reichskonferenz des Spartakusbundes, die heute die Kommunistische Partei Deutschlands gegründet hat, sendet die aufrichtigsten Grüße der russischen Räterepublik, den russischen Mitkämpfern gegen den gemeinsamen Feind der Unterdrückten aller Länder. Das Bewußtsein, daß bei Euch alle Herzen für uns schlagen, gibt uns in unserem Kampfe Kraft und Stärke.
Es lebe der Sozialismus! Es lebe die Weltrevolution!

Erster Verhandlungstag: Montag, den 30. Dezember 1918

Nachmittagsitzung

Genosse *Pieck* eröffnete gegen 3 Uhr die Sitzung. Es wird vor Eintritt in die Tagesordnung die **Absendung nachstehenden Telegramms an die streikenden oberschlesischen Bergarbeiter** beschlossen:

Der heutige Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) sendet Euch zu Eurem Kampfe den Ausdruck herzlicher Sympathie. Erst die Niederkämpfung des Kapitalismus und die Durchführung des Sozialismus werden die volle Befreiung des arbeitenden Volkes bedeuten. Im Kampfe für diese Zukunft und im Kampfe gegen die kapitalistische Regierung Ebert-Scheidemann, die Euch mit blauen Bohnen traktieren will, werdet Ihr uns immer an Eurer Seite finden.
Es lebe der Sozialismus! Es lebe die proletarische Revolution!

2. Punkt der Tagesordnung: Die Nationalversammlung

Genosse Dr. *Levi* [Berlin Zentrale]: Ich weiß, es ist keine leichte Aufgabe, wenn ich eintrete für die Wahlen zur Nationalversammlung. Ich weiß, daß wir die mißliche Lage selbst verschuldet haben. Wir konnten in der Presse diese Frage nicht ohne Hemmung erörtern, ob Nationalversammlung, ob Rätssystem. Dabei ist in den Hintergrund getreten die Entscheidung, wie wir uns stellen, wenn die Entscheidung für die Nationalversammlung gefallen ist. Die ganze Wucht kommt zum Ausdruck in der Stimmung, die jetzt gegen die Nationalversammlung sich geltend macht ..., die zeigen wollen, daß der revolutionäre Geist in der Provinz herrscht und nach Berlin verpflanzt werden müsse, wo man schon begünne, vom rechten Wege abzuweichen. Die Frage muß kühl und ruhig überlegt werden.

Die ganze Macht müßte sich stützen auf die Räteregierung gegen die Nationalversammlung. Darin sind wir einig. Das Proletariat ist gezwungen, aus diesem Chaos herauszuschreiten und neue Formen zu schaffen in

wirtschaftlicher und politischer Beziehung. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß der Gedanke der Räteverfassung, kommend aus dem Osten, dem revolutionären Proletariat vorgedacht im Osten, eine faszinierende Gewalt haben mußte auf die Sinne des deutschen Proletariats. Es ist eine Selbstverständlichkeit, das Proletariat ist sich tief bewußt, daß nur auf dem Boden des Rätesystems es kommen kann zu einer wirklichen Erfassung, zu einer wirklichen Ergreifung der politischen Macht im Staate und in der Gesellschaft. Es ist eine Selbstverständlichkeit, und jeder stimmt dem zu, daß nur das Gebilde der Räteverfassung jene wunderbare Vereinigung [ist], in der der Wille und die Tat beieinanderwohnen, in der das Proletariat nicht nur darauf beschränkt ist, durch Vertreter in einem Parlament Stimmen abzugeben und die ganze Exekutive zu überlassen einem eingelernten Stab von Technikern und Beamten, die ihm nur die Möglichkeit gibt, das ganze staatliche und wirtschaftliche Gebilde zu durchdringen mit sozialistischem Geist. Und es ist weiter für uns alle eine Selbstverständlichkeit, nur in dieser Betätigung selbst, nur in dem lebendigen Ergreifen aller staatlichen und wirtschaftlichen Gebilde wächst in dem Proletariat selbst der Gedanke des Sozialismus. Nur in jenem lebendigen Kampf wird auch in ihm der Sinn erweckt, der möglich ist, um das Gefäß des Sozialismus auszufüllen mit einem sozialistischen Geiste. Und, Parteigenossen, weiter: Wenn wir rein theoretisch auch nur eine Minute im Zweifel gewesen wären, den Vorzug zu geben der Räteverfassung oder der Nationalversammlung, so war die politische Entwicklung in Deutschland die, daß schon sie ohne weiteres Ausschlag geben müßte für das Proletariat.

Die Nationalversammlung ist das Panier der Gegenrevolution. Die Nationalversammlung ist gedacht als die Burg, die die Gegenrevolution sich aufbauen will und in die sie sich zurückziehen will; mit allen ihren Schranzen, mit Ebert und Scheidemann, mit allen ihren Generälen, mit Hindenburg und Groener, mit allen ihren wirtschaftlichen Mächten, mit Stinnes und Thyssen und den Direktoren der Deutschen Bank, will sie ihre Unterkunft suchen in der Nationalversammlung. Sie braucht die Nationalversammlung, sie wird der Anker sein, an dem sie ihre schwimmenden Boote noch einmal wird festlegen können.

Genossen, über alles das sind wir uns vollständig klar. Da ist nicht [die] geringste Differenz zwischen Ihnen und uns. Wir wissen ganz genau, der Weg des Proletariats zum Siege, er kann nur gehen über die Leiche der Nationalversammlung hinweg. Ich gebrauche das Wort der Leiche, obgleich es in Berlin in gewissem Sinne in Mißkredit gekommen ist. Auch über folgendes geben wir uns keinem Zweifel hin. Die Nationalversammlung wird ganz nach Wunsch der Bourgeoisie, ganz nach dem Wunsche ihrer Agenten Ebert und Scheidemann ein gefügiges Instrument in den Händen der Gegenrevolution sein. Es ist kein Zweifel, daß in dieser Nationalversammlung die Vertreter der entschlossenen revolutionären Richtung innerhalb des Proletariats in der Minderheit sich befinden werden.

Parteigenossen! Trotzdem schlagen wir Ihnen vor, die Nationalversammlungswahlen nicht beiseite liegen zu lassen. Wir schlagen Ihnen vor, in diese Wahlen zur Nationalversammlung einzutreten mit aller Kraft. (Rufe: Niemals! Nein!) Lassen Sie mich ausreden! Sprechen Sie Ihr "Niemals!" erst am Schluß. Wir schlagen Ihnen vor, in diese Wahlen einzutreten und sie durchzukämpfen mit aller Erbitterung und aller Energie und aller Kampfesfreudigkeit, sage ich Ihnen, die Sie gezeigt haben in jedem Kampfe, um jede Position, die die Gegenrevolution bis jetzt vor Ihnen aufgerichtet hat. (Rufe: Vergeudung von Kraft!)

Parteigenossen! Man sagt Vergeudung von Kraft. Ja, der Genosse hat recht. Wenn die Positionen, die die Gegenrevolution vor uns aufrichtet, genommen werden können ohne Kraftaufwand, ohne daß wir sie stürmen, dann hat der Genosse Kahlert recht. Solange die Bourgeoisie nicht bereit ist, das zu tun, solange wird sie uns den Kampf aufdrängen, solange sie freiwillig nicht einen Schritt zurückgeht, solange sie kämpft, solange ist es unsere Aufgabe, den Kampf mit der Bourgeoisie aufzunehmen um jede Position, in der sie sich befindet. ([Zwischenruf:] Durch die Revolution!)

Ihre Einwürfe kommen im wesentlichen alle auf das gleiche hinaus, und Sie gestatten mir vielleicht, die Einwände, die nicht zu fern vom Wege abliegen, im voraus zu erörtern. Sie sagen, der Eintritt in die Nationalversammlung und die Beteiligung an den Wahlen ist ein unnützer Kräfteaufwand. Denn wenn ich Sie richtig verstehe, soll das heißen, es wird eine richtige Schwatzbude, wie der Reichstag war. Man wird beieinander sitzen und miteinander reden, schöne Reden halten und dann wieder auseinandergehen, und für die Revolution ist nichts geschehen. Glauben Sie doch nicht, daß dieser Einwand ein so originaler sei, daß wir ihn hier nicht auch erwohnen hätten. So weit vom Wege liegt der Einwand nicht ab. Ich bitte Sie, das Folgende zu erwägen: Bedenken Sie die Geschichte des Parlamentarismus des Deutschen Reichstags. Worin lag seine Schwäche? Seine Schwäche und die Schwäche der Sozialdemokratie im Reichstag bestanden darin, daß sie revolutionär wirken sollte in einem Parlament zu einer Zeit, wo keine revolutionäre Situation bestand. Lesen Sie etwa die Reden von Bebel aus den neunziger Jahren, noch aus dem Anfang dieses Jahrhunderts im Deutschen Reichstag. Es sollte Revolution gemacht werden, wo keine war. Man beschränkte sich darauf, zu reden und zu prophezeien von der drohenden Revolution, und jener klaffende Widerspruch zwischen einer revolutionären Phraseologie und einer mangelnden revolutionären Situation in der Arbeiterschaft und dem Staate, der mußte im letzten Ende die sozialdemokratische

Fraktion in jene äußere Untätigkeit hineintreiben, die wir alle miteinander am Deutschen Reichstag verabscheuen.

Aber heute, wie ist denn heute die Situation? Ist es denn heute so? Wenn Ihre Vertreter in die Nationalversammlung ein treten, ist es denn so, daß sie nur stehen und von der kommenden Revolution prophezeien? Ist denn die Situation nicht vielmehr die, daß, und wenn es nur zwei Mann sind, die Sie vertreten, sie einmarschieren können in diesen Saal und sprechen können wie jener Gesandte Friedrichs des Großen in London: Hinter mir marschieren die Millionen des deutschen Volkes! Können sie nicht, wenn sie heute eintreten, eine ganz andere, nicht nur moralische, sondern auch physische Gewalt in die Waagschale werfen? Sie sagen, die Proletarier, sie sollen alles tun. Sie sollen mit Handgranaten auf die Straße gehen. Ja, Genossen, schließt denn eines das andere aus? Ist denn nicht, was Sie mir sagen, die notwendige und selbstverständliche Ergänzung einer Aktion im Parlament? Das ist ja gerade der Unterschied zwischen dem, was

Sie im Parlament sehen und dem, was wir darunter verstehen. Sie sehen im Parlamente immer nur jenes lendenlahme Gebilde, das das Parlament war und sein mußte, solange das Proletariat nicht in einer revolutionären Situation war. Es ist heute ein anderes Ding geworden. Ihre Vertreter würden heute in das Parlament eintreten, nicht zum Reden, nicht zum Schwatzen, nicht zum Verbesserungsantragsstellen, nicht, um in Kommissionen mit den oder jenen Vertretern zu verhandeln, nicht, um hin und her zu lavigieren. Sie werden stehen und fechten müssen mit der Androhung der offenen Gewalt, die hinter diesen proletarischen Vertretern steht. (Zwischenrufe: Dann hätten wir in der USP bleiben können!)

Nein, verehrte Genossen, nein, Genossen, das, was uns letzten Endes von der USP trennt und was den Genossen, der den Zwischenruf machte, unterscheidet von uns, das ist ja gerade, daß wir sagen, die USP war nie und nimmer bereit, das Hauptgewicht der revolutionären Opferfreudigkeit, der revolutionären Kraft in die Waagschale ZU Werfen, daß sie zurückgeschreckt ist vor den letzten Konsequenzen des revolutionären Kampfes, daß sie deswegen auch nicht bereit sein will, jene letzten Konsequenzen und Folgerungen zu ziehen, die gezogen werden müssen, und davor wird keiner von uns zurückschrecken.

Und ich sage, Parteigenossen, wenn Sie heute der Bourgeoisie die Möglichkeit geben, eine Nationalversammlung zu bilden, zusammenzutreten, und Sie sind fern, welche Möglichkeiten haben Sie? Sie haben die Möglichkeit, mit Waffen gewalt zu erscheinen, und, wenn es Ihnen gelingt, die Vertreter auseinanderzujagen. Die Möglichkeit steht vor Ihnen, Haben Sie die physische Gewalt, so mag es sein, daß es genügt, daß Sie die physische Gewalt haben in einem Orte, in dem die Nationalversammlung zusammentritt. Und was ist dann geschehen? Dann wird die Nationalversammlung auseinandergejagt sein, und dann wird Ihrer aller glühender Wunsch erfüllt sein. Und sage mir einer: Wird durch dieses Auseinanderjagen in irgendeinem Punkte die reale Macht der Bourgeoisie, die reale Macht der Gegenrevolution gebrochen sein? Ich sage nein! Sie können die Nationalversammlung auseinanderjagen. Sie können vierhundert deutsche Bourgeois verhaften und irgendwo in Sicherheit setzen, und die Konterrevolution wird trotzdem genauso weitermarschieren, wie wenn die vierhundert Mann noch vorhanden wären. Ihre Position ist eine andere. Sie müssen in jede Schanze, die die Bourgeoisie Ihnen aufbaut, eindringen und in zähem Kampfe Mann gegen Mann die Schanze erstürmen. Sie müssen auch in diesem Parlament gegenüber allen Anschlägen kämpfen und wieder kämpfen, und ich sage Ihnen, anders kämpfen als bisher, als mit Reden. Sie müssen auftreten in dem Bewußtsein, daß hinter Ihnen steht die Macht des Proletariats. Nur in diesen Kämpfen, Parteigenossen, können Sie moralisch überwinden den Feind, und nur in diesen Kämpfen wird es so weit kommen, daß, wenn Sie gezwungen sein sollten, physisch ihn zu überwinden, der physische Kampf den Erfolg haben wird, daß die Bourgeoisie in einer Zinne, die sie sich gebaut hat, eine politische Niederlage erleiden wird, die für sie wohl das Ende sein wird.

Sie können nun sagen, das ist keine politische Niederlage. Sie können sie im Kampfe überwinden, das ist der Punkt, in dem die Bourgeoisie dauernd ihre Machtposition in Deutschland verliert. In Rußland haben bekanntlich auch die Bolschewiki sich stets an den Wahlen zur Nationalversammlung beteiligt. Die Bolschewiki haben es getan, obgleich sie wußten, daß sie in der Nationalversammlung eine verschwindende Minderheit werden würden. Und erst als im Laufe der Nationalratswahlen die Situation so wurde, daß objektiv die Nationalversammlung überholt war durch den Zustand, in dem Rußland sich befand, haben sie die Nationalversammlung auseinandergejagt. ([Zwischenruf:] Machen wir sofort!)

Sie sagen, das machen Sie sofort. Woher wissen Sie, daß ganz Deutschland heute bereits in einem so vorgeschrittenen Stadium der Revolution ist, wie der Genosse es glaubt? Gewiß, es kann sein. Wir können es in Berlin machen, in Rheinland- Westfalen sind die Verhältnisse soweit, es kann auch sein, in Oberschlesien. Aber sind die drei Bezirke Deutschland? Ich sage nein! Ich sage, hinter dieser Macht, die die Nationalversammlung aufheben will und in der Auflösung glaubt bekunden zu können den völligen politischen Niederbruch der Bourgeoisie, muß mehr stehen als diese drei Zentren, von denen ich eben sprach und von denen Sie glauben,

daß sie ein Abbild geben der deutschen Verhältnisse.

Die Bolschewiki zu Anfang, als keiner hinter ihnen stand, haben sich an den Wahlen zur Nationalversammlung beteiligt, und erst als der Zersetzungsprozeß so weit gediehen war, (laß am Schluß der ganzen Kampagne und beim Zusammentritt der Nationalversammlung sie die Macht hinter sich hatten, erst in diesem Moment haben sie sich darauf konzentriert, die Nationalversammlung auseinanderzujagen. Es ist nicht wahr, daß die Russen eine Taktik eingeschlagen hatten, wie die, daß sie von Anfang an gesagt hätten, kommt das Ding zusammen, so jagen wir es auseinander. Im Gegenteil, sie hatten sich vorbereitet, in die Nationalversammlung einzutreten, um dort zu reden und zu handeln. Mir scheint, daß die ganze Auffassung, die obwaltet, doch eine höchst äußerliche und rohe Auffassung ist von den Begriffen Revolution und Konterrevolution, die glaubt, daß man Revolution machen kann, und die glaubt, daß man die Gegenrevolution erwürgen kann, wenn man sich an irgendeinem beliebigen Symptom vergreift. So sind die Dinge nicht. Sie müssen jede Position, in denen die Bourgeoisie Ihnen die Stirn bietet, angreifen. Sie müssen von jeder Position im Wahlkampfe Besitz nehmen.

Parteigenossen! Ich bitte Sie doch nur, sich die Folgen vorzustellen, die eintreten würden im Falle der Nichtbeteiligung an den Nationalratswahlen. Ich bitte Sie, folgendes zu bedenken: Der Genosse aus Wilhelmshaven, der so eifrig hier Zwischenrufe macht, bedenke doch, gewiß es kann eine große Schar von Männern geben, die während des ganzen Krieges zu uns gehalten haben. Es mag sein, daß sie den Boykott der Wahlen verstünden. Aber denken Sie doch an die ungeheure Schar, die jetzt zum ersten Mal sich an den Wahlen beteiligt, sei es, daß sie zum ersten Mal durch die Revolution hineingerissen sind in den Strudel der politischen Betätigung, sei es jene ungeheure Schar von jugendlichen und Frauen, die jetzt zum ersten Mal das Wahlrecht in die Hand bekommen. Wenn Sie jetzt die Parole für Boykott der Wahlen ausgeben, so wird es Ihnen nie und nimmer gelingen, jene gewaltigen Scharen, die innerlich mit uns sympathisieren, die innerlich mit uns stehen und die wir in kurzer Zeit mit uns verbinden könnten [zu gewinnen], sie werden bei Seite stehen. Und wir werden, Genosse Rühle, keinen Humbug mit ihnen treiben, sondern wir werden sie treiben in das Lager derer, wo wirklich Humbug mit ihnen getrieben wird. Das wird der Erfolg der ganzen Taktik sein.

Und, Genossen, Sie scheinen ja im wesentlichen Ihre Meinung schon gebildet zu haben. Ich möchte Ihnen nur ernstlich einmal folgendes vorstellen und Sie bitten, nicht aus von zu Hause mitgebrachten, vorgefaßten Meinungen zu entscheiden. Die Frage ist zu ernst. Wir sehen alle die Situation so an, daß an der Entscheidung dieser Frage für Monate hinaus das Schicksal unserer Bewegung sich entscheiden kann. Wir bestehen durchaus auf der tiefen und entscheidenden Bedeutung dieser Frage. Wir verkennen nicht, Parteigenossen, werden Sie die Frage in anderem Sinne entscheiden als wir, die deutsche Revolution wird daran nicht sterben, das ist selbstverständlich. Sie werden auf lange Zeit hinaus unsere Bewegung lähmen. Denn denken Sie doch nur an folgende Situation. Die Nationalversammlung wird zusammentreten. Sie wird, und das können Sie nicht verhindern, auf Monate hinaus vielleicht das gesamte politische Bild Deutschlands beherrschen. Sie wird im Zentrum der deutschen politischen Bewegung stehen. Sie werden nicht verhindern können, daß alle Augen darauf schauen, Sie werden nicht verhindern können, daß selbst Ihre besten Anhänger sich orientieren, sich informieren, zusehen müssen, was geht in der Nationalversammlung vor. Sie wird in das Bewußtsein der deutschen Proletarier eintreten, und gegenüber dieser Tatsache wollen Sie draußen stehen und von draußen wirken?

Parteigenossen! Sie wollen die Nationalversammlung auflösen. Was glauben Sie, wenn etwa die Nationalversammlung tagt an einem Orte wie Schilda? (Zwischenruf: Dann ist sie von selbst gerichtet!) Von selbst richtet sich kein Ding, das noch eine so gewaltige Macht repräsentiert wie die deutsche Bourgeoisie. Die deutsche Bourgeoisie konstituiert sich, faßt ihre ganze Macht zusammen, schafft sich ein Organ, um noch einmal die Revolution zu unterdrücken, und da kommen Sie und sagen, das richtet sich von selbst. Das richtet sich nicht von selbst. Es ist unsere Pflicht, in jenes Gebäude einzudringen, es ist unsere Pflicht, die Feuerbrände zu werfen in diese Schanzen, unsere Pflicht, auch so weit den Kampf aufzunehmen, wie wir ihn aufnehmen würden in jeder anderen Situation, wo die Bourgeoisie uns die Stirne bietet. Es kommt auf nichts anderes heraus als darauf, da, wo die Bourgeoisie sich aufbaut, wo sie noch einmal alle Kräfte zusammenballt, noch einmal bereit ist, den Kampf aufzunehmen, da sagen Sie, wir machen da nicht mit. Und ich sage Ihnen, Sie werden mit dieser Entscheidung sich selbst und unserer Bewegung den größten Schaden zufügen. (Lebhafter Widerspruch)

Diskussion

Genosse Preda [wahrscheinlich handelt es sich um den Delegierten Prudlo] schlägt vor, in der Aussprache abwechselnd je einen Redner für und einen gegen die Wahlbeteiligung zu Worte kommen zu lassen. Es wird so beschlossen.

Genosse *Rühle* [Pirnal: Ich bin gegen den Vorschlag Levi, uns an den Wahlen zur Nationalversammlung zu beteiligen. Noch vor wenigen Tagen war ich der Meinung, daß die Frage der Wahlbeteiligung für uns überhaupt indiskutabel ist. Ich wurde zu meiner großen Überraschung durch den Artikel der "Roten Fahne" eines anderen belehrt, und heute haben wir es erlebt, daß uns die Zumutung gestellt wurde, wir sollen uns an den Wahlen zur Nationalversammlung beteiligen. Gestern und heute haben wir uns von einem Leichnam befreit, den wir uns durch den Beschluß von Gotha aufgeladen haben, und betreten nun sofort wieder den Boden einer opportunistischen Kompromißpolitik. Wir haben mit Kompromissen und Opportunismus genug erlebt. Ich richte die dringende Mahnung an Sie, sich nicht auf diesen Boden zu begeben und die Beteiligung an den Nationalversammlungswahlen entschieden abzulehnen. Wir schweben dadurch vollständig in der Luft.

Es ist selbstverständlich, daß mit dem Zustandekommen der Nationalversammlung die große Abwürgung der Arbeiter- und Soldatenräte vorgenommen wird. Müller vom Parteivorstand, Fräßdorf aus Dresden sind schon dafür eingetreten, daß mit dem Zustandekommen der Nationalversammlung das Ende der Räte gekommen ist. Wir müssen die lebende Politik der Straße immer weiter aufstacheln, wir dürfen die Bewegung nicht wieder einlullen, indem wir dem Arbeiter einen Stimmzettel in die Hand geben. Was sollen wir den Leuten sagen? Wählt uns in die Nationalversammlung, damit wir sie von innen aushöhlen und sprengen können, damit wir sie sabotieren, damit wir sie dem Gelächter der Welt preisgeben. Das verstehen die Leute einfach nicht. Wenn man gesagt hat, man muß den Frauen und Jugendlichen die Möglichkeit geben zu wählen. Ich weiß nicht, wie man ihnen klarmachen soll, daß sie uns hineinwählen sollen. Wir können diesen Parlamentarismus nicht mehr als unser Instrument ansehen. Wir wählen nicht zu einer Nationalversammlung. Ihr werdet Gelegenheit haben zu wählen, wenn es gilt, Vertreter aus Euren Betrieben zu den Räten zu wählen. Dieses allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht haben wir von der bürgerlichen Gesellschaft verlangt.

Wenn wir erst einmal in der Macht sind, werden wir etwas anderes wollen, etwas anderes schaffen. Wir sind doch im Begriff, die Macht an uns zu reißen. Wenn wir die Macht haben, werden wir sie uns nicht wieder entwinden lassen durch die Nationalversammlung. jedenfalls liegen die Dinge so, wenn zwei oder drei Leute von uns in die Nationalversammlung hineinkommen, sie auch nicht die Tribüne haben werden, die sie erwarten. Der Reichstag ist auch nicht mehr die Tribüne für uns gewesen. Die kleinen Anfragen sind verschwunden, sind nicht mehr durchgelassen worden, die Zurufe sind nicht mehr ins Stenogramm hineingekommen, der Reichstag war längst nicht mehr die Tribüne für uns. Genosse Levi sagte, daß wir diese Tribüne brauchten. Wir haben jetzt andere Tribünen. Die Straße ist die großartigste Tribüne, die wir errungen haben und die wir nie wieder aus den Händen geben, wenn man auch auf uns schießt, wir geben sie nie wieder aus der Hand. Wir vergleichen sie gar nicht mit dieser lächerlichen, armseligen Parlamentstribüne, die wir in der Nationalversammlung haben, wo es vielleicht einem von unseren Rednern gelingt, zu sprechen. In den Zeitungen werden zwei bis drei Zeilen von seiner Rede stehen, das einzige Blatt, das die Rede wiedergibt, wird "Die Rote Fahne" sein. Und "Die Rote Fahne" kann Dutzende und Hunderte ihrer wunderbaren Artikel bringen. Dadurch ist der Sache ganz anders gedient als durch eine Parlamentsrede.

Genosse Levi sagt, die Frage ist ernst und das Schicksal unserer Bewegung steht auf dem Spiel. Wenn das Schicksal unserer Bewegung von unserer Beteiligung an den Wahlen abhängig ist, dann muß es um unsere Bewegung jämmerlich bestellt sein. Wenn man die Nationalversammlung nach Krähwinkel verlegt, dann richtet sie sich selbst. Genosse Levi sagt, sie richtet sich nicht von selbst. Nun, Genossen, laßt die Nationalversammlung nach Schilda verlegen, dann werden wir hier in Berlin eine andere Regierung haben, dann wird es unsere Aufgabe sein, zunächst zu versuchen, sie zu sprengen. Und wenn das nicht gelingt, dann laßt sie nach Schilda gehen. Dann etablieren wir uns hier in Berlin als neue Regierung. Wir haben noch 14 Tage Zeit. In diesen 14 Tagen können wir in die entlegensten Gebiete gehen und können den Genossen klarmachen, um was es sich handelt. Das Organ der Bourgeoisie mag die Nationalversammlung sein. Unser Organ sieht anders aus. Unser Organ schaffen wir uns entweder nach der Nationalversammlung oder, wenn es nicht geht, sie zu sprengen, zugleich mit der Nationalversammlung. Nun werden wir den Kampf in allen Formen aufnehmen können.

Ich richte den dringenden Appell an Sie, lassen Sie sich auf diese opportunistische Politik nicht ein. Ich sage nicht, daß es eine gewollte opportunistische Politik sei. Aber in ihrer Wirkung wird sie eine opportunistische sein. Sie läuft für die breite Masse der Landbewohner, der Kleinstädter auf eine Kompromißpolitik hinaus. Ich richte den dringenden Appell an Sie, lassen Sie sich darauf nicht ein, verfolgen Sie den gradlinigen Weg einer ganz konsequenten Politik, die die einzige Forderung erhebt: Räte-system!

Genossin *Luxemburg* [Berlin Zentrale] (von lebhaftem Beifall begrüßt): Jeder von uns, einschließlich des Genossen Levi, betrachtet vor allem den stürmischen Widerspruch und die Stimmung, die sich hier während seines Referats entwickelte, mit der inneren Freude über die Quelle, aus der dieser Widerspruch kommt. Wir verstehen alle und schätzen ungeheuer hoch den revolutionären Elan und die Entschlossenheit, die aus Euch

allen spricht, und wenn Genosse Rühle Euch alle vor unserem Opportunismus warnte, so lassen wir diese Rüge über uns gehen. Wir haben vielleicht nicht umsonst gearbeitet, wenn wir so entschlossene Parteigenossen finden. Die Gefahr unseres Opportunismus ist nicht so groß, wie sie Genosse Rühle hier ausgemalt hat. Ich habe die Überzeugung, daß es unsere Pflicht ist, auch dann zu Euch laut und deutlich zu sprechen, wenn wir eine Meinung zu vertreten haben, die der Euren entgegenggeht. Wir wären traurige Vertreter des Spartakusbundes, der gegen die ganze Welt im Trotz auftritt, wenn wir nicht den Mut hätten, unsere eigenen Genossen entgegenzutreten.

Die Freude, der ich soeben Ausdruck gegeben habe über die Stimmung, die Ihr so stürmisch ausdrückt, ist nicht ungemischt. Ich betrachte sie mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Ich habe die Überzeugung, Ihr wollt Euch Euren Radikalismus ein bißchen bequem und rasch machen, namentlich die Zurufe "Schnell abstimmen!" beweisen das. Es sind nicht die Reife und der Ernst, die in diesen Saal gehören. Es ist meine feste Überzeugung, es ist eine Sache, die ruhig überlegt und behandelt werden muß. Wir sind berufen zu den größten Aufgaben der Weltgeschichte, und es kann nicht reif und gründlich genug überlegt werden, welche Schritte wir vor uns haben, damit wir sicher sind, daß wir zum Ziele gelangen. So schnell übers Knie brechen kann man nicht so wichtige Entscheidungen. Ich vermisse das Nachdenkliche, den Ernst, der durchaus den revolutionären Elan nicht ausschließt, sondern mit ihm gepaart werden soll.

Ich will ein kleines Beispiel dafür geben, wie unüberlegt Sie entschließen wollen über Dinge, die einer reifen Überlegung bedürfen. Einer von den Genossen, der besonders heftig und von revolutionärer Ungeduld getrieben hier Zwischenrufe macht, verlangt, man solle überhaupt keine Zeit verschwenden. Eine Diskussion über eine der wichtigsten Fragen nennt man Zeitverschwendung. Dieser Genosse hat sich auf Rußland berufen, und dieses Beispiel kann Euch zeigen, daß man sich keine Zeit nimmt, die Argumente, die man vorbringt, auf ihre Richtigkeit zu prüfen. In Rußland war die Situation, als man die Nationalversammlung ablehnte, ein bißchen ähnlich der heutigen in Deutschland. Aber habt Ihr vergessen, daß vor Ablehnung der Nationalversammlung im November etwas anderes stattgefunden hat, die Machtergreifung durch das revolutionäre Proletariat? Habt Ihr vielleicht heute schon eine sozialistische Regierung, eine Trotzki-Lenin-Regierung? Rußland hatte vorher eine lange Revolutionsgeschichte, die Deutschland nicht hat. In Rußland beginnt die Revolution nicht im März 1917, sondern bereits im Jahre 1905. Die letzte Revolution ist doch nur das letzte Kapitel, dahinter liegt die ganze Periode von 1905 an. Da erreicht man eine ganz andere Reife der Massen als heute in Deutschland. Ihr habt nichts hinter Euch als die elende halbe Revolution vom 9. November. Wir haben sehr reif zu überlegen, was der Revolution jetzt am meisten frommt und wie ihre nächsten taktischen Aufgaben aussehen und zu formulieren sind.

Nicht so eilig, habt Geduld, zu Ende zu hören. Im Parlament mit Schlagworten will man arbeiten. Nicht das ist das entscheidende. Welcher Weg ist der sicherste, um die Massen in Deutschland zu erziehen zu den Aufgaben, die sie haben? Ihr geht aus in Eurer Taktik von der Konstellation, daß man in 14 Tagen, wenn die Leute aus Berlin herausgehen, in Berlin eine neue Regierung machen kann. "Wir machen in 14 Tagen hier eine neue Regierung." Ich würde mich freuen, wenn das der Fall wäre. Aber als ernster Politiker kann ich meine Taktik nicht auf eine Spekulation aufbauen. Es sind allerdings alle Möglichkeiten nicht ausgeschlossen. Ich werde Ihnen zu entwickeln haben, daß überhaupt durch die neue Wendung in der Regierung die nächste Phase eine sehr starke Auseinandersetzung mit sich bringen wird. Aber ich bin verpflichtet, die Wege zu eben, die sich aus meiner Auffassung über die Zustände in Deutschland ergeben. Die Aufgaben sind gewaltig, sie münden in die sozialistische Weltrevolution. Aber was wir bisher in Deutschland sehen, das ist noch die Unreife der Massen. Unsere nächste Aufgabe ist, die Massen zu schulen, diese Aufgaben zu erfüllen. Das wollen wir durch den Parlamentarismus erreichen. Das Wort soll entscheiden. Ich sage Ihnen, gerade dank der Unreife der Massen, die bis jetzt nicht verstanden haben, das Rätesystem zum Siege zu bringen, ist es der Gegenrevolution gelungen, die Nationalversammlung als ein Bollwerk gegen uns aufzurichten. Nun führt unser Weg durch dieses Bollwerk hindurch. Ich habe die Pflicht, alle Vernunft dagegen zu richten, gegen dieses Bollwerk anzukämpfen, hineinzuziehen in die Nationalversammlung, dort mit der Faust auf den Tisch zu schlagen, des Volkes Wille ist das höchste Gesetz. Hier haben wir zu entscheiden. Wenn die Masse so reif ist, so wird sie ja das kleine Häuflein, die Minderheit, zur herrschenden Macht gestalten, so werden sie uns die Macht geben, von innen heraus diejenigen aus dem Tempel zu weisen, die nichts darin zu suchen haben, unsere Gegner, die Bourgeoisie, die Kleinbürger usw. Dazu kommen sie nicht.

Sie müssen konsequent sein. Auf der einen Seite spekulieren Sie auf eine solche Reife der Verhältnisse, auf eine solche revolutionäre Macht und Bewußtsein der Massen, daß Sie in 14 Tagen versprechen, an Stelle der Nationalversammlung eine sozialistische Regierung zu setzen, auf der anderen Seite sagen Sie, kommt die Nationalversammlung zustande, so wird der Druck der Straße sie hinwegfegen. Bilden Sie sich doch nicht ein, daß, wenn wir ihnen vorschlagen, ihren Stimmzettel nicht in die Urne zu werfen, daß dann die Wahlen anders aussehen werden. Die Wahlen stellen ein neues Instrument des revolutionären Kampfes dar. Sie sind befangen

in der alten Schablone. Für Sie existiert nur das Parlament des Deutschen Reichstags. Sie können sich nicht vorstellen, dieses Mittel zu gebrauchen im revolutionären Sinne. Sie verstehen: entweder Maschinengewehre oder Parlamentarismus. Wir wollen etwas verfeinerten Radikalismus. Nicht bloß dieses grobkörnige Entweder-Oder. Es ist bequemer, einfacher, aber das ist eine Vereinfachung, die nicht der Schulung und Erziehung der Massen dient.

Aus rein praktischen Gesichtspunkten heraus, könnt Ihr wirklich mit ruhigem Gewissen sagen, wenn Ihr den Boykott beschließt, Ihr seid der beste Kern der deutschen Arbeiterschaft, und als Vertreter der revolutionärsten Schicht habt Ihr die Möglichkeit, mit ruhigem Gewissen zu versichern, die gewaltigen Massen der Arbeiterschaft werden wirklich Eurer Boykottparole folgen und sich nicht beteiligen? Ich spreche von den gewaltigen Massen, nicht von den Gruppen, die zu uns gehören. Es kommen Millionen in Betracht, Männer, Frauen, junge Leute, Soldaten. Ich frage klar, ob Sie mit gutem Gewissen sagen können, daß diese Massen, wenn wir hier beschließen, die Nationalversammlung zu boykottieren, den Wahlen den Rücken kehren werden oder noch besser, ihre Fäuste gegen die Nationalversammlung richten werden? Das könnt Ihr nicht mit gutem Gewissen behaupten. Wir kennen die Zustände, die in den Massen herrschen, wie sehr sie noch unreif sind. Die Tatsache besteht, daß Sie uns gerade, die wir in diese Hirne revolutionären Geist hineinbringen wollen, ausschalten von der Möglichkeit, der Gegenrevolution die Herrschaft zu entreißen. Während wir für die Aktivität im revolutionären Sinne sind, macht Ihr es Euch bequem, wendet den gegenrevolutionären Machenschaften den Rücken, überlaßt die Massen den gegenrevolutionären Einwirkungen. Sie fühlen selbst, daß Sie das nicht können.

In welcher Weise wollen Sie die Wahlen beeinflussen, wenn Sie von vornherein erklären, wir halten die Wahlen für null und nichtig? Wir müssen den Massen zeigen, daß es keine bessere Antwort gibt auf den gegenrevolutionären Beschluß gegen das Räte-system, als eine gewaltige Kundgebung der Wähler zustande zu bringen, indem sie gerade Leute wählen, die gegen die Nationalversammlung und für das Räte-system sind. Das ist die aktive Methode, um die gegen uns gerichtete Waffe gegen die Brust des Gegners zu richten. Sie müssen begreifen, daß derjenige, der den Verdacht des Opportunismus gegen uns ausspricht, sich im Drängen der Zeit und Arbeit nicht Zeit genommen hat, ruhig und gründlich zu prüfen sowohl seine wie unsere Auffassung.

Es kann sich nur darum handeln, welche Methode die zweckmäßigere ist zu dem gemeinsamen Zweck der Aufklärung der Massen. Von Opportunismus ist in diesem Saale keine Rede, merken Sie sich das, Genosse Rühle! Es liegt ein tiefer Widerspruch in Ihrer eigenen Argumentierung, wenn Sie sagen, ich fürchte die nachteiligen Folgen des Parlamentarismus auf die Massen. Auf der einen Seite sind Sie der revolutionären Reife der Massen so sicher, daß Sie darauf bauen, in 14 Tagen bereits eine sozialistische Regierung hier aufzurichten, also bereits den endgültigen Sieg des Sozialismus. Auf der anderen Seite befürchten Sie für dieselben so reifen Massen die gefährlichen Folgen des Wählens. Ich muß Ihnen offen sagen, ich fürchte mich überhaupt vor gar nichts. Ich bin überzeugt, daß die Masse von vornherein durch die gesamte Lage dazu geschaffen und geboren ist, daß sie richtig verstehen wird unsere Taktik. Wir müssen die Massen im Sinne unserer Taktik erziehen, daß sie verstehen, das Instrument des Wählens zu gebrauchen nicht als eine Waffe der Gegenrevolution, sondern als klassenbewußte, revolutionäre Massen zur Niederschmetterung mit derselben Waffe derjenigen, die sie uns in die Hand gedrückt haben.

Ich schließe mit der Formulierung: Es ist zwischen uns im Zweck und in der Absicht gar kein Unterschied, wir stehen alle auf demselben Boden, daß wir die Nationalversammlung als ein gegenrevolutionäres Bollwerk bekämpfen, daß wir die Massen aufrufen und erziehen wollen, um die Nationalversammlung zunichte zu machen. Es ist die Frage der Zweckmäßigkeit und der besseren Methode. Die Eure ist die einfachere, die bequemere, die unsere ist etwas komplizierter, und gerade deshalb schätze ich sie, um die geistige Revolutionierung der Massen zu vertiefen. Außerdem, Eure Taktik ist eine Spekulation auf die sich überstürzenden Verhältnisse der nächsten Wochen, unsere behält im Auge den noch weiten Weg der Erziehung der Massen. Unsere Taktik berechnet die nächsten Aufgaben im Zusammenhang mit den Aufgaben der ganzen uns bevorstehenden Revolution, bis die deutschen proletarischen Massen so reif sind, um die Zügel zu ergreifen. Sie kämpfen gegen Windmühlen, wenn Sie mir solche Argumente unterstellen. Wir werden dann doch zur Straße greifen müssen, unsere Taktik fußt darauf, daß wir auf der Straße die Hauptaktion entwickeln. Dies beweist also, daß Sie entweder Maschinengewehre anwenden wollen oder in den Deutschen Reichstag einziehen. Umgekehrt! Die Straße soll überall zur Herrschaft und zum Triumph kommen. Wir wollen innerhalb der Nationalversammlung ein siegreiches Zeichen aufpflanzen, gestützt auf die Aktion von außen. Wir wollen dieses Bollwerk von innen heraus sprengen. Wir wollen die Tribüne der Nationalversammlung und auch diejenige der Wählerversammlungen. Ob Sie so oder anders beschließen, Sie stehen auf dem gemeinsamen Boden mit uns, auf dem Boden des revolutionären Kampfes gegen die Nationalversammlung.

Genosse *Gelwitzki* (Berlin): Sie haben alle Ausführungen gehört, die in der Frage der Nationalversammlung uns vorgelegt wurden. Ich möchte bitten, daß Ihr Euch an den Genossen Rühle anschließt. Ich bitte Sie, folgende

Resolution an zunehmen, die eine Anzahl Berliner Bezirksversammlungen angenommen haben. Dann lege ich noch eine zweite Resolution vor.

Diese beiden Resolutionen sind einstimmig in meinem Bezirk angenommen worden trotz aller Machinationen, die man angewendet hat, die Arbeiter einen anderen Weg zu führen. Es würde vielleicht ein anderer Genosse auf dieser Konferenz als Delegierter fungieren, wenn ich nicht den Standpunkt vertreten hätte, der sich mit diesem Standpunkt der Resolutionen deckt. Das unglückselige Referat, das heute Genosse Levi gehalten hat, wird in Erinnerung des Vormittags, den wir anwesenden Genossen niemals aus dem Gedächtnis verlieren werden, keinen Eindruck hinterlassen. In Anbeacht dessen halte ich den Nachmittag, wenn man das Fazit zieht, für beschämend, daß diese Frage noch stundenlang diskutiert werden muß. Wenn die Sache so liegt, wie die Genossen im Reich bekundet haben, braucht es keine großen Diskussionen mehr, das Urteil ist gefällt. Wenn man Argumente anführt bezüglich der hohen Werte der Gedanken, die uns tragen, diese Werte steht uns überall zur Verfügung. Die brauchen wir nicht auf der Tribüne der Nationalversammlung, die haben wir auf jeder Straßenecke, auf jedem Balkon, überall haben wir die Tribünen, um zu den Massen zu sprechen, die Massen aufzurufen. Wir halten die Beteiligung an der Nationalversammlung für eine Verwirrung in der jetzigen Situation. Die Zielklarheit, mit der wir bisher die Massen gewonnen haben, die darf nicht erschüttert werden durch die Machinationen irgendeiner zentralen Funktion. Es ist erfreulich, daß wir heute erklären können, wir haben uns frei gemacht von der Autoritätsduselei unserer Führer. Man hat mit allen autoritativen Mitteln gearbeitet, um die Massen den verkehrten Weg zu führen, sie haben die Gefolgschaft nicht geleistet. Es wird erklärt, wenn wir uns an den Wahlen nicht beteiligen, dann werden die Stimmen, die uns eventuell zugute kämen, den Unabhängigen zugute kommen. Das Argument ist so wurmstichig wie nur etwas. Das ist weiter nichts als wie Stimmenfang. Wollen wir Stimmenfang betreiben? Nein, wir wollen keine Stimmen, wir wollen Kämpfer. Zehn Mann auf der Straße sind mehr wert als tausend Stimmen bei den Wahlen.

Dann haben wir gleichzeitig die Pflicht zu überlegen: Was tun wir als Ersatz dafür? Als Ersatz tun wir das: Die ganze Macht den Arbeiter- und Soldatenräten! Diese Parole, die man uns gegeben hat, mit der wir die Massen erst gewonnen haben, hinter die sich die revolutionären Elemente Groß-Berlins stellen, diese Parole müssen wir sehen durchzuführen bis zum 19. Januar. Bis zum Tage der Nationalversammlung haben wir die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, mit äußerster Energie zu arbeiten, diesen Gedanken in die Massen zu tragen, nicht bloß in den Fabriken. Die größte Pflicht liegt darin, daß wir in die Kasernen gehen, daß wir den Unterschied klarlegen: hier Räteversammlung, hier Nationalversammlung. Die Räteversammlung ist die Regierung des Weltproletariats, und die Nationalversammlung ist die Regierung der Gegenrevolution. Das müssen wir den Arbeitern klar und deutlich zeigen. Dann werden wir den Erfolg haben, wenn wir in eine intensive Tätigkeit bis zum 19. Januar eintreten. Das ist die folgerichtige Taktik, die wir unbedingt durchzuführen haben. Der größte Schaden liegt darin, wenn wir uns an den Wahlen beteiligen, das muß jedem klar sein, das ist eine Verwischung des Grundprinzips. Das ist eine tatsächlich verschwommene Politik. Ich gebe Ihnen zu bedenken, die bürgerlichen Blätter würden mitsamt den Scheidemännern über uns herfallen. Ein lautes Geheul würde durch die ganze internationale Welt gehen, wenn wir uns nicht dazu hergeben, unseren Standpunkt klar zu präzisieren. Es wurde sogar die Äußerung getan, daß die Genossen, die vielleicht hineingehen, sich der Gefahr aussetzen würden, einen Orden zu bekommen. Wir müssen Aufklärung treiben und Aktionen veranstalten, um alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten zuzuführen. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Arbeiter- und Soldatenräte, wie sie jetzt zusammengesetzt sind, nicht die Vertretung sind, die wir haben müssen, um die proletarische Revolution zu verankern. Wir müssen diese Räte so ausbauen, daß sie auch tatsächlich das Proletariat fest und sicher verankern. Das ist momentan nicht der Fall. Wenn man der Konferenz der Räte beiwohnte und gesehen hat, wie die meisten Soldatenvertreter aus Offizieren bestanden, daß Chargierte und Wachtmeister im Zirkus Busch gewählt wurden, daß man Liebknecht nicht zu Worte kommen ließ. Dieses Lebenselement der sozialen Revolution muß von Grund auf anders gestaltet werden, so daß wir die Gewähr haben, daß das proletarische Deutschland auch richtig vertreten ist. Das ist jetzt nicht der Fall.

Man sagt, wir müssen die Entwicklung ihre Wege gehen lassen. Wer ist die Entwicklung? Sind nicht wir die Entwicklung? Wir sind die ausführenden Organe, die die Entwicklung vorwärtszutreiben haben. Wir haben die Pflicht, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß zum Durchbruch kommt, was wir wollen, alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten. Ich bitte Sie, unsere Resolution einstimmig anzunehmen. Beteiligen Sie sich nicht an den Nationalversammlungswahlen. Wenn der Zeitpunkt gekommen ist und wir können die Wahlen nicht verhindern, müssen wir in die Lage versetzt sein, durch unsere Aktion uns ein Parlament zu schaffen, denn wir wollen keine Vernichtung der Revolution, sondern eine durchgreifende Fortführung der Revolution.

Genossin *Duncker* [Berlin Zentrale]: Für mich ist die Frage der Beteiligung an den Wahlen keine prinzipielle, sondern eine taktische Frage. In der Beurteilung der Nationalversammlung sind wir uns einig. Darüber wird zwischen uns kein Streit sein. Aber, Genossen! Sie kennen unser Programm. Sie werden sich erinnern der sehr

klaren und deutlichen Ausführungen am Schluß. Wir werden die Macht nur dann ergreifen, wenn der bewußte, der klare Wille der Mehrzahl der Proletarier Deutschlands hinter uns steht. Glauben Sie, daß wir heute schon so weit sind? O nein! Dann irren Sie sich! Noch nicht einmal in Worten sind wir so weit. Und wir sitzen gewissermaßen hier wie die Kinder, die Knospen mit den Fingern aufmachen wollen, ohne zu warten, bis sie von selbst aufgehen.

Wie wollen wir das erreichen, daß wir die Majorität der Proletarier hinter uns bekommen? Wir können es nur dadurch erreichen, daß wir jede Gelegenheit benutzen, die uns für die Agitation für unsere Ziele gegeben ist. Und eine solche Gelegenheit ist auch die Wahlbewegung. Glauben Sie, daß, wenn wir Versammlungen jetzt abhalten mit der Devise: Wir beteiligen uns nicht, daß uns in diese Wahlversammlungen noch Leute hineinkommen, außer denen, die schon auf unserem Boden stehen? Wenn wir dagegen eine formelle Beteiligung beschließen, dann haben wir die Möglichkeit, in den Versammlungen zu den Massen zu sprechen, die Nationalversammlung als das hinzustellen, was sie ist, als die nackte Interessenvertretung der Bourgeoisie, und das Rätssystem in seiner ganzen Überlegenheit zu charakterisieren. Wenn wir mit den Massen sprechen, dann haben wir auch die Möglichkeit, das Rätssystem erst einmal zu dem zu bilden, was es sein soll. Da hat ja Genosse Liebknecht ganz recht, das Rätssystem, als was es sich bis jetzt darstellt, so hat es versagt. Das hat doch die Nationalversammlung beschlossen. Es sind doch die Räte zum großen Teil gewählt in der Weise, wie wir es wünschen. Es ist nicht möglich, wir können nicht anders die Macht gewinnen, als indem wir eben überall jede Möglichkeit der Agitation benutzen.

Eins möchte ich hineinwerfen. Wir müssen doch auch denken an die eine große Hälfte der Wähler, die Frauen, die bis jetzt irgendeine politische Berechtigung nicht hatten, denen jetzt zum ersten Mal das politische Wahlrecht gegeben wird. Glauben Sie, daß die Frauen, nachdem man ihnen Jahrzehnte hindurch gesagt hat, ihr müßt dieses Recht erkämpfen, daß sie uns jetzt folgen werden, wenn wir ihnen sagen, jetzt benutzt es nicht? Das wird eine kleine Zahl derer tun, die aufgeklärt ist. Die großen Massen werden sich hinter die USP stellen, soweit sie überhaupt proletarisch fühlen und denken, und werden die Wahllisten der USP wählen. Die Frauen werden sich dieser Parole in ihrer Majorität nicht fügen. Aber wenn wir die Möglichkeit haben, in unseren Wahlversammlungen mit ihnen zu sprechen, sie aufzuklären, in unseren Wahlversammlungen.

Wir können allgemein aufklärende Versammlungen haben, da werden uns aber gerade die nicht kommen, die sich da nach sehnen, zu erfahren, wen sollen wir wählen. Jetzt haben wir das Wahlrecht. Glaubt Ihr nicht, daß die Frauen dann zu großen Haufen den anderen nachlaufen werden? Dann sagen Sie, wir wollen die Nationalversammlung auseinanderjagen. Ja, haben wir schon die Macht dazu, sie auseinanderzujagen? Gewiß, man kann es heute tun, so wie Sie den "Vorwärts" einmal besetzten, und den anderen Tag lassen Sie ihn wieder zurückkommen. Die Macht ergreift man erst, wenn man die Massen hinter sich hat. Wir müssen in anderer Weise aufklären, ein Stück Anschauungsunterricht geben.

Ich glaube, eines der wichtigsten Anschauungsunterrichtsmittel, das ist diese Nationalversammlung. Wenn sie zustande kommt, gleich am ersten Tage, zeigt sie, was sie ist, als was wir sie denunzierten, eine nackte Interessenvertretung der Bourgeoisie, und wenn das die proletarischen Massen sehen, werden sie sich nicht mehr von Ebert- Scheidemann gän geln lassen. Sie werden sich abkehren von ihren Führern, sie werden zu uns kommen, und sie werden sagen: Die hatten recht, die sagten, die Geschichte taugt nichts. Ohne diesen Anschauungsunterricht werden Sie die Leute nicht überzeugen. Ich wünsche diesen Anschauungsunterricht den Proletariern, die jetzt auf die Nationalversammlung als einziges Heilmittel schwören, dann ist unsere Zeit gekommen. Dann werden wir diese große Majorität des Proletariats hinter uns haben, die uns die Möglichkeit geben wird, die Macht zu ergreifen, die Macht., die nicht eine Diktatur einer kleinen Minderheit des Proletariats, sondern die Macht des Proletariats selbst ist.

Vorsitzender *Pieck*: Es sind hier drei Anträge eingelaufen, ein Antrag Rogg (Duisburg), einheitliche Stimmzettel abzugeben, auf denen mir die beiden Namen Liebknecht und Luxemburg vermerkt sind, zweitens ein Antrag Rühle [Pirna] der die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ablehnt, und drittens ein ähnlicher Antrag von mehreren Berliner Genossen.

Antrag *ROGG*, Duisburg: Die Reichskonferenz wolle beschließen, sich an der Wahl der Nationalversammlung zu beteiligen und für das ganze Reich einheitliche Stimmzettel abzugeben, worauf nur die Namen Liebknecht und Rosa Luxemburg stehen sollen. In diesen Namen verkörpert sich die ganze Stellung zur Nationalversammlung.

Antrag *RÜHLE*, Pirna: Die Reichskonferenz des Spartakusbundes lehnt die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung mit Entschiedenheit ab, verpflichtet ihre Anhänger im Reiche zur Wahlenthaltung und ruft sie auf, das Zustandekommen und die gegenrevolutionäre Tätigkeit dieses Parlaments mit allen Mitteln zu verhindern."

Antrag [Genosse] *Fränkel* [Königsberg], die Redezeit auf fünf Minuten zu beschränken.

[Genosse] *Schubert* [Charlottenburg] spricht dagegen.

Antrag wird abgelehnt.

Genosse *Leviné* (Neukölln): Genossen! Ich möchte mit den Worten meiner Vorrednerin beginnen. Die Frage der Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ist keine prinzipielle Frage. Aber sie ist eine wichtige Frage. Es ist nämlich so, daß von Seiten einiger Gegner der Wahlbeteiligung Argumente aufgestellt werden, die nicht stichhaltig sind und daher von den Freunden der Wahlbeteiligung leicht widerlegt werden können, die die Beteiligung an den Wahlen in den Bereich des Notwendigen rücken. Es wird unseren Genossen, die für die Wahlbeteiligung eintreten, der Vorwurf gemacht, sie wollten sich wieder an Parlamentsaktionen beteiligen. Es ist selbstverständlich davon keine Rede, und ich möchte gerade dieses Argument ausscheiden und andere anführen, die gegen die Beteiligung sprechen.

Unter Parlamentarismus versteht man die Beteiligung im Parlament, die Aktionen außerhalb des Parlamentes ausschließt, Verlegung des Schwerpunktes des politischen Kampfes in das Parlament. Selbstverständlich haben die Genossen, die für die Wahlbeteiligung eintreten, nicht diese Absicht gehabt, sie haben nicht gewollt, die Massen außerhalb der Nationalversammlung lahmzulegen. Weisen wir nun diesen Einwand zurück, so bleiben uns deswegen nicht weniger gewichtige Einwände gegen die Wahlbeteiligung.

Um einen Entschluß zu fassen, müssen wir uns die Frage vorlegen: Welche Aufgaben stellt uns die allernächste Zukunft, und ist mit ihnen die Beteiligung an der Nationalversammlung vereinbar? Es ist nicht etwa die Frage, schickt man einen Redner in eine feindliche Diskussionsversammlung, es ist nicht aus dem Grunde gegen den Genossen *Leviné* polemisiert worden. Wir wollten keine Kraftvergeudung. Die Frage lautet: Sind die Aufgaben der nächsten Zukunft zu vereinbaren mit der Beteiligung an den Wahlen? Wir wissen, daß in beiden Fällen, ob wir uns beteiligen oder nicht, eine kleine Minderheit der arbeitenden Massen hinter uns stehen wird. Im Falle der Beteiligung werden es nur wenige sein, und das hat selbst unsere Zentrale gefühlt, indem sie erklärt, es liegt uns ja nicht daran, etwas im Mehrheitsverhältnis zu verändern. Wir wollen nur ein paar sturmerprobte Genossen hineinbringen. Ich glaube aber auch, daß im Falle eines Boykotts uns nur wenige folgen werden. Womit hängt das zusammen? Es hängt nicht damit zusammen, daß der Spartakusbund etwa nicht die Kraft gehabt hat, genügend Anhänger zu werben, daß er nicht die Kraft gehabt hat, seine Organisation so weit hinauszuschieben. Es hängt mit der frühen Stufe der Revolution zusammen, welche es den Massen noch nicht erlaubt, an unsere Seite zu treten.

Es ist selbstverständlich, daß alle die Tausende Frauen und Mädchen, die jetzt zum ersten Male wählen, ihre Stimmen nicht für uns abgeben. Es ist selbstverständlich, daß sie auch unserem Boykotttruf nicht Folge leisten werden. Aber es ist unsere Aufgabe, die Verhältnisse so zu beeinflussen, daß zwischen dieser und jener Periode, wenn wir die Mehrheit haben, ein möglichst geringer Zeitraum liegt. Wir müssen durch Propaganda und durch Agitation und durch politisches Erleben zeigen, daß aus der ganzen Anarchie der jetzigen Verhältnisse es keinen anderen Ausweg gibt als Kämpfe um die sofortige Sozialisierung. Das ist unsere Stärke im Kampfe gegen die Abhängigen und Unabhängigen, daß wir auf dem Boden der sofortigen Sozialisierung stehen. Und sobald die Arbeitslosigkeit noch mehr wächst, desto mehr können wir auf dieses Mittel hinweisen. Aber das ist ja die Erfahrung, die wir durch die russische Revolution gewonnen haben, daß politische Prinzipien sich nicht gewinnen und aneignen lassen durch Erlasse und Erklärungen, es bedarf eines Anschauungsunterrichts. Auch im politischen Leben gibt es jenes System der Arbeitsschule, wo man durch die Mitarbeit lernt. Das sind die Räte. Wir haben keinen andern Ausweg jetzt in der politischen und wirtschaftlichen Situation, als unsere ganze Macht einzusetzen für die Räte. Uns wird erklärt, die Räte sind im Absterben. jene Zweige sterben ab, die von fremden Bäumen abgeschnitten und in schlechter Weise aufgepfropft worden sind, jene Offiziers- und Koalitionsräte, entstanden aus Verabredungen der Führer der Abhängigen und Unabhängigen. Das sind fremde Treibhausgewächse. Aber jene andern Räte stehen kräftig da, und kein Sturm wird sie entwurzeln. Unsere Aufgabe besteht darin, die Organisation von unten aufzubauen, die Betriebsräte auszubilden, gerade weil die örtlichen Räte jetzt ein Schatten dasein führen, weil sie sich von der Regierung Ebert-Haase an die Wand haben drücken lassen. Wir müssen unser Augenmerk darauf richten, die Betriebsräte für den wirtschaftlichen Kampf einzurichten, jeden Arbeiter heranzuziehen zur Mitarbeit. Jede Beteiligung an einer Wahl ist für diese Zusammenfassung der Massenorganisation von unten auf vereinbar. Wären die Massen so hochstehend, wie viele der Genossen es wünschen, dann würden sie versuchen, in den Betriebsräten tätig zu sein, statt einen kleinen Spaziergang zu machen, um ihren Wahlzettel in die Urne zu werfen. Gerade die Genossen von der Zentrale sagen, daß die Massen noch nicht genügend aufgeklärt sind, das spricht gegen die Wahlbeteiligung. Wir könnten es hier den Genossen vielleicht erklären, wie man gegen die

Nationalversammlung und für die Beteiligung an den Wahlen sein kann. Aber diese Genossen werden nicht mehr fähig sein, in den Betrieben ihren Kollegen dasselbe beizubringen. Es ist ganz richtig, die Massen denken primitiv, und soweit sie nicht politisch aufgeklärt sind, haben sie vielleicht einen Gedankengang, der nicht streng logisch ist, daß es absolut nicht notwendig ist, daß man gegen die Nationalversammlung und deswegen gegen die Wahlen sein soll.

Aber die Masse denkt so. In dem Augenblick, wo man ihr sagt, beteiligt Euch an den Wahlen, verwischt sich ihre strenge Gegnerschaft zur Nationalversammlung, und der Schwerpunkt verlegt sich von der Aufgabe des Ausbaus der Betriebsräte auf die Hoffnung, in der Nationalversammlung etwas erringen zu können. Es ist daher eine große Gefahr, dieses Schlagwort zu brauchen. Es ist viel davon gesprochen worden, daß all der agitatorische Widerhall, den wir zu finden glaubten durch unsere Wahlbeteiligung, jetzt wegfallen. Man zeigt uns von einer Seite das russische Beispiel, von der anderen Seite wird uns ... Wie ist denn die Lage? Die Partei der Bolschewisten hat sich niemals Illusionen gemacht über die Nationalversammlung. Aber sie sagt, die russische Bevölkerung mußte die Beteiligung durchmachen. Warum? Weil in der russischen Bevölkerung seit Jahrzehnten von den anderen sozialistischen Parteien die Nationalversammlung als ein gewisses Heiligtum propagiert worden war, was in den breitesten Schichten der Bevölkerung tatsächlich den Glauben ausgelöst hatte, daß die Nationalversammlung etwas tun könne. Sie mußten daher eigentlich erst enttäuscht werden. Aber wie liegt die Sache hier? Hier ist eigentlich die Nationalversammlung dem Fühlen der meisten Schichten des Volkes genauso fremd wie das Rätssystem. Allerdings, die Spitzen des Proletariats haben den Gedanken der Nationalversammlung erlebt. Für sie bedeutet das Rätssystem kein Losreißen von lieb gewordenen Gedanken.

Die Situation liegt so, ob wir wollen oder nicht: Die Massen werden in die Nationalversammlung gehen, die Massen werden unsere Gegner wählen, die Bürgerlichen, die Abhängigen und die Unabhängigen. Wie können wir es jetzt durch unsere Stellung zur Nationalversammlung bewirken, daß die Massen später zu uns zurückkehren? Wir stehen jetzt in der nächsten Zeit vor der Möglichkeit einer Diktatur Ebert-Scheidemann. Es stehen uns die schwersten Kämpfe bevor. Es hängt davon ab, ob diese Kämpfe erfolgreich sind oder ob wir zurückkehren werden müssen zur illegalen Arbeit. Auf jeden Fall müssen wir versuchen, der Nationalversammlung, der Koalition des Bürgertums mit den Mehrheitssozialisten eine reale Macht entgegenzusetzen. Diese reale Macht ist der Ausbau des Rätensystems. Glaubt Ihr etwa, die reale Macht des Bürgertums wird gebrochen, wenn Ihr Maschinengewehre gegen sie auffahren laßt? Sie wird auch nicht gebrochen, wenn Ihr ein paar Genossen hineinsetzt, sondern nur durch den Kampf von außen, durch den Kampf im Betrieb und auf der Straße. Diese Kämpfe müssen wir organisieren. Wenn es uns gelingt, dann wird das Problem überhaupt nicht aktuell, dann verschwindet die Nationalversammlung. Gelingt es uns aber nicht, und werden wir zunächst niedergeworfen, dann wird etwas anderes eintreten: Die Massen werden eine Enttäuschung erleben, und sie werden sagen. Die Spartakusleute und Kommunisten hatten doch recht, als sie uns sagten: Geht nicht hinein in die Nationalversammlung! Baut an Euren Räten! Organisiert Eure ganze Macht außerhalb, bereitet Euch vor zu einem Kampfe!

Genossin Duncker sagt uns, wir sind wie die Kinder, die Knospen frühzeitig zum Reifen bringen. Ich glaube, es ist die Wucht der Ereignisse, die wie ein Sprühregen im Frühjahr die Knospen auf einmal sich öffnen läßt. Wenn man aber schon jemand mit Kindern vergleichen will, so sind es diejenigen, die, anstatt jetzt daranzugehen, die Blüte der Revolution, das Rätssystem, zu hegen und zu pflegen und zum Wachstum zu bringen, bunten Schmetterlingen nachjagen, den Wahlen zur Nationalversammlung. Oder, ich möchte richtiger sagen, das Rätssystem, die Revolution ist nicht bloß eine Blüte, es ist eigentlich, als ob man in einem Urwald gehen müßte und unsere Genossen legen die Axt beiseite und wollen ihren Schmetterlingen nachjagen. Da sage ich ihnen, laßt Eure bunten Schmetterlinge und legt Eure Axt an das Gebäude der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Genosse *Heckert* (Chemnitz): Aller Opportunismus ist schändlich, der Opportunismus der Realpolitiker wie der revolutionäre Opportunismus, der gemacht wird von den Genossen, die gegen die Wahlbeteiligung sprechen. Wenn wir ihre Argumente hören und den Elan, mit dem sie hier gegen die Nationalversammlung arbeiten, möchte man fast zu der Überzeugung kommen, man hätte die 4 1/2 Jahre Weltkrieg verträumt, ganz Deutschland wäre schon während des Krieges angefüllt mit einer Schar von Helden. Einzelne sind es gewesen, die in den 4 1/2 Jahren geradegestanden haben, es hat mühseliger Arbeit bedurft, um ein größeres Häuflein zu schaffen. Der Radikalismus vor dem 9. November hat sich nicht breitgemacht. Nach dem 9. November haben die Heldenbrüste angefangen zu schwellen. Das muß festgestellt werden. Was hat es für einen Sinn, sich in blumen- und schmetterlingsreichen Phrasen zu ergehen? Laviné war gestern noch für die Nationalversammlung, und heute mittag hat er sich zu einem Gegner derselben bekehrt. Das ist keine besondere Schande, wenn sich einer zu einer anderen Meinung bekehrt. Diese Politik, die Sie empfehlen, ist allerdings die bequemste, nicht für Sie, aber wenigstens für die Mehrzahl unserer Anhänger. Wir wissen es genau, wir erfahren es täglich, die wir die Agitation betreiben, daß der Elan für eine wirkliche positive Arbeit in unserem Sinne durchaus nicht so üppige Blüten treibt. Die Genossen drücken sich gern von der Arbeit und vor allem von gefährlicher Arbeit und nicht nur

in der Kriegszeit, das tun sie zum Teil noch jetzt. ([Zwischenruf:] Was hat das mit der Nationalversammlung zu tun?) Die Genossen sind zu einem wesentlichen Teil abgeneigt, Arbeit zu leisten, darum, wenn Sie kommen und Ihnen sagen werden, wir wollen uns nicht an den Wahlen zur Nationalversammlung beteiligen, werden sie herzlich erfreut sein. Sie können uns aber nicht versprechen, in derselben Zeit, die wir benutzt hätten, um im Wahlkampfe tätig zu sein, daß Sie die Genossen auf die Beine bringen werden, um gegen die Nationalversammlung tätig zu sein.

Keiner der Genossen, die gesprochen haben für die Nationalversammlung, hat Ihnen die Nationalversammlung als ein Allheilmittel empfohlen. Wir haben sie alle nicht gewollt. Es kommt aber darauf an, daß wir in diesen Wahlkampf eintreten und den Massen sagen, daß die Nationalversammlung der größte Schwindel ist. Ich brauche mich nicht gegen irgendeinen Opportunismus zu verteidigen. Ich habe auf dem Rätekongreß meine Meinung gegen die Nationalversammlung zum Ausdruck gebracht.

Auch in Rußland setzten sich die Bolschewiki für die Wahlen zu der Nationalversammlung ein, weil die russischen Arbeiter und Bauern erst die Erfahrung machen mußten. Hier gilt das nicht, sagt Leviné. Dieses Argument hinkt. Die drei Stunden, die sie Ihrer Meinung nach tagen wird, wird sie nicht beweisen können, ob sie gut oder schlecht ist. Dem deutschen Volk ist eingedrillt worden, von einem freien Parlament etwas zu erhoffen. Wir haben 50 Jahre in Deutschland in der Sozialdemokratie einen Kampf geführt für das gleiche Wahlrecht in Preußen, und wir sagten durchaus nicht den Arbeitern, der ganze Parlamentarismus ist eine Phrase. Wir sagten den Arbeitern, der Reichstag ist deshalb so miserabel, weil in der Junkerkammer des preußischen Staates die Politik gemacht wird. Wir haben 50 Jahre für das gleiche Wahlrecht gekämpft, wir haben mit einer Stimmung zu rechnen, die in den Massen steckt. So notwendig, wie in Rußland das Experiment war, so notwendig ist es in Deutschland, damit die Arbeiter überzeugt sind, daß die Nationalversammlung ihnen kein Heil bringen kann. Wir werden die Massen gar nicht vom Wählen abhalten können. Wir können ihnen nur sagen, wenn Ihr in die Nationalversammlung wählt, dann werdet Ihr eine konterrevolutionäre Institution schaffen, die die Probleme nicht lösen wird.

Wir werden mit Begeisterung für die Räte eintreten, es kommt aber nicht darauf an, ob wir wünschen, daß die Räte da sind, ob wir sie ausbauen wollen oder ob die anderen diese Räte noch gestatten. In aller Ruhe erkläre ich Ihnen, wenn wir gegen die Nationalversammlung jetzt auftreten, dann werden unsere Leute draußen sagen: Da beteiligen wir uns ebenfalls nicht an den Gemeinderatswahlen. Das eine entspricht dem anderen. Dazu möchte ich sagen, es gibt in Deutschland Proletariatsgemeinden, wo wir imstande wären, die Mehrheit zu bekommen. Das werden Sie nicht bestreiten wollen. Wenn wir erklären, wir beteiligen uns nicht an den Wahlen, wir sind für die Arbeiter- und Soldatenräte und die wollen wir ausbauen, so besteht die Möglichkeit, daß die Nationalversammlung beschließt: Es gibt keine Arbeiter und Soldatenräte mehr. (Zwischenruf: "Wir brauchen keinen großen Respekt davor zu haben!") Dazu möchte ich bemerken, daß zum Beispiel im Sachsenlande unsere Macht nicht so groß ist, daß wir alle Machtmittel anwenden könnten. Die Maschinengewehre sind leider auch in größerer Anzahl bei den anderen. Es gibt Gemeinden, in denen keine Räte sind. Wenn wir uns nicht an den Wahlen beteiligen, so werden die Gemeinden, wo wir die Mehrheit haben könnten, den reaktionären Gegnern ausgeliefert werden. Wie lange, weiß ich nicht. Der Genosse Rühle kann mir nicht versprechen, daß der Zustand, in dem wir gegenwärtig leben, in 14 Tagen oder 3 Wochen schon erledigt ist. Mit schönen Beispielen wird immer operiert.

Die russischen Bolschewiki, die im Juli den Rätekongreß verließen, riefen: Es lebe die Nationalversammlung! Die haben dann die Nationalversammlung gesprengt. Es ist von der Genossin Luxemburg dargestellt worden, wie die russischen Genossen dazu übergingen, die Nationalversammlung zu sprengen, als sich bereits die Macht in den Händen der linken Gruppe befand, die Macht, die wir noch nicht haben, und es wird wohl eine Weile dauern, bis wir sie in unsere Hände bekommen.

Ich bin dafür, daß wir uns an den Wahlen beteiligen, weil wir jede Position ausnutzen müssen. Auch der Wahlkampf ist eine Position. Ich verspreche mir nicht viel Mandate davon, und diejenigen, die hineinkommen, werden drinnen gar nichts erreichen. Wir werden nur erreichen, daß das deutsche Volk sieht, die Nationalversammlung ist derselbe Schwindel wie der alte Reichstag. (Große Heiterkeit.) Verzeihen Sie, Ihnen kommt das lächerlich vor, der Mehrzahl der Arbeiter ist das gar nicht lächerlich. Die Mehrzahl der Arbeiter ist der Anschauung, daß die Dinge im Deutschen Reichstag anders lagen als heute in der Nationalversammlung. Ich habe nichts dagegen, daß Sie das den Massen täglich in die Ohren schreien, aber es kommt nicht darauf an, was Sie den Massen sagen, sondern was die Massen selber glauben. Und sie glauben an die Nationalversammlung. ([Zwischenruf:] Die Masse will keine Nationalversammlung!) Die Tatsache, daß die Masse keine Nationalversammlung will, wird bewiesen dadurch, daß die Demonstration der Scheidemänner größer war als die unsrige. In unserem Zuge waren keine 160 000 Mann wie bei den Scheidemännern. ([Zwischenruf:] "Lassen Sie sich das Zählen beibringen!" Glocke des Präsidenten.) Es kann sein, daß ich mich geirrt habe, es war jedenfalls bei den anderen ein beträchtlicher Haufe beisammen. Chemnitz ist eine Arbeiterstadt, und für uns haben nur 7

000 Stimmen gewählt, während auf die anderen 10 000 Stimmen entfielen.

Wir haben bewiesen in unserer Gegend, daß wir für die Revolution gearbeitet haben, und es wird keinen Menschen der deutschen Arbeiterbewegung geben, der uns irgendeinen Vorwurf machen kann. Genosse Jacob ruft mir zu, daraus spricht der Geist Noskes. Ich weiß, von welchem Geist hier die Arbeiterschaft erfüllt ist. Wenn ein anderer Geist herrschte, so wäre es unmöglich gewesen, daß ein solch lächerliches Organ, wie es das Berliner "Mitteilungs- Blatt" war, die Arbeiter ein Jahr lang befruchtet hätte. Schaut doch hin, wohin Ihr mit dem "Vorwärts"- Boykott gekommen seid. Ich bin so wie Ihr der Anschauung, daß wir mit unserer ganzen Kraft einzutreten haben, um die Revolution vorwärtszutreiben, daß nur die Räte uns erlösen können aus dem Elend. Ich bin aber nicht dafür, daß wir uns passiv verhalten sollen, wo es darauf ankommt, die größte revolutionäre Tatkraft zu entfalten. (Zwischenruf: "Nein! Nie!")

Sie sagen nein. Ich kann Sie nicht daran hindern. Ich habe nicht die Absicht, eine Position, die gegeben ist, zu verlassen. Die Argumente, die Sie vorgebracht haben, sind von demselben revolutionären Opportunismus diktiert wie früher die Argumente der Realpolitiker. Werden Sie in diesen Wahlkampf eintreten mit eigenen Listen, nicht mit kompromittierten Leuten aus der USP, sondern Liebknecht und Rosa Luxemburg, dann könnte niemand kommen und sagen, wir hätten die Absicht, die Revolution zu erwürgen. Die Kräfte, die im deutschen Arbeiter stecken, die ein Wahlkampf entwickelt, sollen für unsere Zwecke benutzt werden. Es soll im Wahlkampf gesagt werden, daß die Nationalversammlung ein Schwindel ist, wenn wir aber den Weg gehen, den Sie vorschlagen, dann werden wir zum 19. Januar nicht den fünften Teil der Leute auf die Beine bringen.

Genossin *Naumann* (Dresden): Wir in Dresden sind absolute Gegner der Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung. Das Referat der Genossin Luxemburg und der anderen Redner, die dafür gesprochen haben, konnten mich auch heute eines anderen nicht belehren. Wir stellen uns in direkten Widerspruch, wenn wir den Massen sagen müssen, die Nationalversammlung ist das Erbärmlichste und Schändlichste, was geschaffen wird, trotzdem wollen wir uns beteiligen, um agitatorisch besser wirken zu können. Das trifft nicht zu. Es wird von der Tribüne der Nationalversammlung noch weniger der Fall sein, als es den Genossen Liebknecht und Rühle im Reichstag möglich war. Dazu sind uns unsere besten Genossen viel zu schade, und es ist unnötige Kräftevergeudung. Wenn die Nationalversammlung zustande kommt, so wird es nicht allzulange dauern und die Verhältnisse werden wieder stärker sein und für sich selbst arbeiten, um die Nationalversammlung wieder auseinanderzujagen. Es wird uns bedeutend leichter werden, den Massen zu erklären, daß wir uns mit solchem Schmutz nicht bewerben wollen. Deshalb bitte ich Sie alle, Ihre Kräfte dafür überall einzusetzen und gegen die Beteiligung einzutreten und den Antrag des Genossen Rühle anzunehmen.

Genosse *Rogg* (Duisburg): Genossen, ich ersuche Sie dringend, nicht in den Fehler zu verfallen, die Stimmung der Massen mit der Stimmung auf der Konferenz zu verwechseln. Sie würden eine arge Enttäuschung erleben. Die Aktivität der Massen ist erwacht, und wir müssen jedes Mittel anwenden, diese Aktivität im Flusse zu erhalten. Es würde ein Fehler sein, wenn wir uns an der Wahl überhaupt nicht beteiligen würden. Dieser Beschluß würde bei großen Teilen der Arbeiterschaft überhaupt nicht verstanden werden. Ich denke nicht im geringsten daran, einer Wahlbeteiligung aus Opportunität oder aus Neigung zu parlamentarischen Kompromissen das Wort zu reden, sondern ich denke an eine Wahlbeteiligung im Sinne des Protestes. Zu diesem Zwecke ersuche ich Sie, meinen Antrag anzunehmen, welcher besagt:

Die Reichskonferenz wolle beschließen daß wir uns an der Wahl beteiligen, einheitliche Stimmzettel für das ganze Reich herausgeben, auf denen nur die Namen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg stehen sollen. In diesen beiden Namen verkörpert sich unsere ganze Stellungnahme zur Nationalversammlung. Sie sind ein flammender Protest gegen dieselbe. Beteiligen wir uns an der Wahl nicht, so werden eine Menge Stimmen auf die Scheidemänner fallen, die sonst für uns abgegeben würden.

Genosse *Tetens* (Wilhelmshaven): Genossen! Wir müssen uns klarwerden über die Wirkungen, die hervorgerufen werden, wenn wir uns an den Wahlen zur Nationalversammlung beteiligen. Gestern haben wir uns als neue Partei konstituiert. Fassen wir heute den Beschluß, uns an der Nationalversammlung zu beteiligen, so tragen wir eine Totgeburt aus der Konferenz. Wir dürfen nicht in dieselben Fehler verfallen, wegen deren wir die Unabhängigen bekämpfen. Unsere Ziele müssen wir klar vor dem klassenbewußten Proletariat auftragen, sonst verwirren wir unsere eigenen Anhänger und verlieren ihr Vertrauen. Die Nationalversammlung unter dem Protektorat Ebert- Scheidemann wird den Staatskarren genau wie Kerenski in Rußland nur noch fester hineinfahren, und daran dürfen wir uns nicht beteiligen. Die Nationalversammlung, der Tummelplatz der Bourgeoisie, wird das vorhandene Chaos und auch die Lebensmittelnot nicht bannen können. Das Chaos wird noch größer werden, die von der Nationalversammlung geohrfeigten, jetzt noch denktrügen Massen werden zu uns kommen, weil wir eine zielklare Politik verfolgt haben. Die wirtschaftliche Anarchie läßt von selbst die proletarische Revolution heranreifen. Dann wird auch unser Zeitpunkt gekommen sein, die Zügel in die Hand zu

nehmen, und wir müssen dann durch die sofortige Verwirklichung unseres Programms das Vertrauen der breitesten Massen zu gewinnen suchen. Vor allen Dingen dürfen wir nicht vergessen, im Falle wir uns an den Wahlen beteiligen, was auch eine Kraftvergeudung unsererseits bedeutet, so verlieren wir alle Sympathien bei den revolutionären Genossen des Auslandes. Dagegen bestärken wir sie in ihrem Kampfe für die Weltrevolution, wenn auch wir unser Banner klar entfalten. Für uns gibt es nur einen Weg, die Massen für politische Aktionen heranzubilden, nur ein Ziel, für das wir alle Kräfte einzusetzen haben, die Räterepublik.

Genosse *Kindl* (Magdeburg): Genossen, ich kam hierher mit gebundenem Mandat. Ich habe mich eines anderen befehlen lassen. Wir Magdeburger standen auf dem Standpunkt der Ablehnung der Nationalversammlung, aber Beteiligung an den Wahlen aus agitatorischen Rücksichten. Wir gingen von dem Standpunkt aus, daß die Nationalversammlung ein Schwindel ist, wie schon so vieles andere während der Kriegszeit, und haben das durch die [Teilnahme an den Wahlen zur] Nationalversammlung beweisen wollen, um jedes Argument der Gegner abzuschneiden, damit nicht gesagt werden könnte, Ihr habt Euch ja nicht an den Wahlen beteiligt, sonst wäre es anders gekommen. Wir haben die Absicht, uns an der Wahl zu beteiligen.

Genosse *Schubert* (Charlottenburg): Die Ausführungen des heutigen Vormittags, sowohl des Genossen Liebnecht wie des Genossen Radek, haben bewiesen, daß man in revolutionären Zeiten klare Richtlinien und Parolen aufstellen soll. Die ganze Frage der Nationalversammlung am Nachmittag ist heute morgen durch den Genossen Liebnecht widerlegt worden. Er hat heute morgen den Standpunkt vertreten, der Sozialismus ist eine Frage der Macht, die in keinem Parlament, sondern auf der Straße und auf den Schlachtfeldern vertreten werden muß. Auch die Genossin Luxemburg hat auf der Berliner Verbandsgeneralversammlung genau wie Liebnecht eine ganz andere Stellung zur russischen Revolution eingenommen als heute. Sie sagte dort, den letzten beißen die Hunde, heißt es sonst. Hier bei den russischen Genossen ist es anders gewesen, sie haben als erste versucht, den Kommunismus durchzuführen und den Parlamentarismus abzuschaffen. Aus diesem Grunde fangen wir da an, wo die russischen Genossen aufgehört haben. Genosse Levi sagt: Wenn wir uns an den Nationalversammlungswahlen nicht beteiligen, so lähmen wir unsere Bewegung.

Dieser Standpunkt ist ein Standpunkt, den man als Revolutionär nicht vertreten kann und darf, wenn man nicht in Kollisionen kommen will mit der Masse, die auf dem Standpunkt steht, daß die Macht in den Händen der Arbeiter liegen muß. Es kann nur eines geben, die Verwirklichung des Sozialismus durch die Macht der Arbeiterräte. Wenn wir uns heute in diesem Stadium der Revolution für das Parlamentarisieren erklären, so würden die Leute, die noch schwankend sind, sehen, daß keine Klärung zwischen Spartakus und Unabhängigen vor sich gegangen ist, weil wir in den althergebrachten Formen den Stimmzettel handhaben. Mögen sie Ebert und Scheidemann wählen, uns kann das nicht in unserm Tun beirren. Es steht fest, wenn wir in diesem Sinne arbeiten, werden wir ein schweres Feld haben, aber weil wir überzeugt sind, daß sich die Verhältnisse zu unseren Gunsten entwickeln, gibt es für uns keine andere Lösung als die Parole. Nieder mit dem Parlamentarismus, und kein Paktieren. Die Charlottenburger Genossen stehen auf dem Standpunkt, zum Spartakusbund überzutreten, wenn wir nicht heute zu dem Resultat kommen, der Spartakusbund will dasselbe wie die USP. Ihr Theoretiker könnt es anders auslegen, aber der Instinkt der Masse faßt das nicht so schnell. Pflicht der Arbeiter- und Betriebsräte ist es, die Führer, die uns von unserem Wege abbringen wollen, auf den rechten Weg zu lenken.

Antrag [Genosse] *Schuhmacher* (Halle) auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

[Genosse] *Gehrke* (Braunschweig): Parteigenossen, ich gönne der Zentrale die Niederlage, sie hat selbst schuld daran. Wir Braunschweiger können nicht anders, als für die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung sprechen. Die Braunschweiger Verhältnisse bedingen das, und wir können davon nicht abgehen. Wir sagen uns, es muß unbedingt diese Agitation für die Nationalversammlung zugleich auch eine Agitation für uns sein. Wenn wir jetzt zurückstehen, dann erleiden wir in Braunschweig ein Fiasko, wie es nicht auszudenken ist. Konsequenter einer Sitzung muß ich dafür plädieren, daß die Versammlung für Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ist.

[Genosse] *Hirsch* (Cuxhaven): Bevor ich zum Kongreß fuhr, hatte ich mit meinen Parteigenossen Rücksprache genommen über den Punkt Nationalversammlung. Die Stimmung war geteilt, eine Abstimmung erfolgte nicht. Die heutige Diskussion hat mich vollkommen davon überzeugt, daß wir uns an den Wahlen zur Nationalversammlung beteiligen müssen. Die Argumente, die gegen die Beteiligung an den Wahlen vorgebracht wurden, entbehren jeglicher Sachlichkeit. Wenn Genosse Rühle erklärte, daß die Beteiligung an den Wahlen ungefähr dasselbe sei wie die Bewilligung der Kriegskredite, so ist das zweifellos ganz verkehrt. Die Scheidemänner bestätigten die Kredite, damit Krieg geführt werden könne, wir beteiligen uns an den Wahlen, um auf diese Weise die Nationalversammlung besser sprengen zu können. Unsere Genossen werden immer Gelegenheit haben festzustellen, daß sie gegen die Nationalversammlung sind. Nicht weniger als fünf Redner haben erklärt, sie stimmen gegen die Nationalversammlung, während es sich doch nicht um die

Nationalversammlung, sondern um die praktische Beteiligung an den Wahlen handelt.

Die Gegner der Beteiligung haben mehrfach die Unreife der Massen angeführt. Die Unreife der Massen aber gerade spricht dafür, daß wir heute die Nationalversammlung nicht verhindern können. Die politische Lage muß hier zweifels ohne maßgebend sein. Die politische Lage ist aber heute so, daß wir die Mehrheit des Proletariats noch nicht hinter uns haben. Wenn auch hier in Berlin die Demonstrationen der Spartakusleute bei weitem in der Mehrheit gegenüber den Scheidemännern waren, so ist das doch nur ein Berliner Zustand. In der Mehrheit des Landes sind die Proletariermassen, die für uns sind, heute noch in der Minderheit. Und das ist das ausschlaggebende. Ein Zeichen dafür sind doch die Beschlüsse des Zentralrates, daß wir eine Nationalversammlung haben sollen. Wir könnten eventuell hier in Berlin eine Regierung einrichten, wie es Genosse Rühle meint. Aber das ist nicht der Zustand, den wir erstreben. Ich setze mich dafür ein, daß wir die Herrschaft erst übernehmen wollen, wenn wir die geschlossene Mehrheit des Proletariats hinter uns haben. Wir wollen nicht die Masse des Proletariats vergewaltigen gegen ihren Willen, sondern wir wollen ihren Geist vergewaltigen, bis wir ihn auf unserer Seite haben. Wenn wir uns an den Wahlen zur Nationalversammlung beteiligen, haben wir jedenfalls eine Tribüne mehr; wir brauchen deshalb die anderen Tribünen der Straße nicht zu vernachlässigen.

Es wurde mehrmals gesagt, wenn wir unsere Genossen in die Nationalversammlung hineinbekommen, so wird es da nicht besser sein als im Reichstag. Ich meine, die Nationalversammlung wird noch schlechter sein als der Reichstag. Desto eher wird sie abgewirtschaftet haben. Ich meine, daß die nächste Zeit für diejenige Partei, die am Ruder ist, ungläubliche Schwierigkeiten bringen wird. Diese Schwierigkeiten würden wir auch mit unseren wirtschaftlichen Prinzipien nicht bewältigen können. Je schlimmer der wirtschaftliche Bankrott, den die Bourgeoisie und ihre Sklaven herbeiführen, und je schlimmer diese konterrevolutionäre Nationalversammlung, desto besser für uns, desto [eher] wird das Proletariat einsehen, daß diese Nationalversammlung und ihre Schöpfer seine Feinde sind, die wir bekämpfen müssen. Darum soll die Nationalversammlung kommen, und darum, weil sie kommen soll und wird, müssen wir uns an ihr beteiligen, damit wir nicht mundtot gemacht werden können. Ich spreche mich dafür - aus, daß wir uns an den Wahlen beteiligen. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß dieser Beschluß wichtig ist, und bitte Sie, sich nicht dadurch beeinflussen zu lassen, wenn die Mehrheit der Diskussionsredner dagegen spricht.

[Genosse] *Rieger* (Berlin): Obgleich seit vielen Jahren Gegner des Parlamentarismus, habe ich doch eine Zeitlang geschwankt, ob wir gut daran tun, uns aus der Nationalversammlung auszuschalten und auf ihre Ausnutzung im Sinne der Revolution zu verzichten. Ich habe aus dem Grunde zunächst geschwankt, weil ich mir sagte, daß es ein Teil der Genossen sicher nicht verstehen könnte, daß man hier, wo es sich nicht direkt um eine dauernde gesetzgebende Körperschaft handelt, sondern um ein Zweckparlament, das einzig und allein die Aufgabe hat, den Bau der zukünftigen Gesellschaft aufzurichten, daß es möglicherweise nicht verstanden wird, wenn man bei dieser Zusammenkunft der Zimmermeister nicht zugegen sein könnte. Ich bin aber von diesem Schwanken abgekommen, und zwar durch die Erwägung, wenn wir zu diesem ausgesprochen gegenrevolutionären Schandstück gegen das Machtinstrument, auf dem wir unsere ganze Kraft und Zukunft aufzubauen willens sind, dieses Gegenstück gegen das Rätssystem, wenn wir uns an den Wahlen zur Nationalversammlung beteiligen, würde erst recht Verwirrung geschaffen werden. Eine gewisse geistige Konzession an den Gedanken der Nationalversammlung ...

Wir müssen uns frei machen von der Phrase der Demokratie im althergebrachten, vergifteten Sinne. Es ist nicht Demokratie, wenn wir zwar gleiches Wahlrecht haben, aber im übrigen kein gleiches soziales Recht. Das gleiche Genußrecht ist viel wichtiger als alles andere. Wir müssen mit diesem Schwindel, mit dem Parlamentarismus im bürgerlichen Sinne, klipp und klar brechen. Die Mehrheit in den Arbeiterräten soll der sichtbarste Ausdruck der wahren Demokratie werden. Zwecklos reden ist Toren Vergnügen, sagte Wilhelm Liebknecht. Wir müssen den Kontakt mit den Massen draußen herstellen und uns den Einlaß erzwingen wie die Deputation der Soldatenräte in Berlin. Das Vertretungssystem müssen wir auf alle Fälle ablehnen. Wir müssen Mut haben zu bekennen, welchen reaktionären Zwecken die Nationalversammlung dienen soll, nämlich, die Arbeiterräte illusorisch zu machen. Es kann daher kein Paktieren mit irgendwelchen Institutionen der Bourgeoisie geben. Also bleiben Sie konsequent! Lassen Sie sich nicht abbringen, und lehnen Sie jede Wahlbeteiligung ab!

[Genosse] *Widmann* (Frankfurt am Main): Obwohl meine Mitgliedschaft in ihrer Mehrheit für eine Beteiligung an den Wahlen ist, kann ich nicht dafür stimmen. Die Gründe haben ja meine Vorredner bereits angeführt. Eins vermisste ich in der Debatte, wir sind gar nicht darauf eingegangen, wie wir die Agitation betreiben wollen während der Wahl. Das ist ein wichtiger Punkt, das müßte mehr besprochen werden. Vorübergehen dürfen wir diese Gelegenheit nicht lassen, ohne daß wir eintreten in eine rege Agitation. Das ist der günstigste Augenblick, unseren Standpunkt klarzustellen. Es geht doch nicht an, Wahlversammlungen einzuberufen, um den Leuten zu erklären, wählet nicht. Man würde uns dann eben auslachen. Es bleibt also nichts übrig, als in gegnerische

Versammlungen zu gehen und dort unseren Standpunkt zu präzisieren. Dazu gehören Redner, und so muß Berlin auch einmal an die Provinz denken. Dann Flugblätter usw. in Massen hinauswerfen.

Es entspinnt sich hierauf eine längere Geschäftsordnungsdebatte über Schluß der Diskussion. Schließlich wird ein Antrag des Vorsitzenden angenommen, daß je ein Genosse aus Bayern, Rheinland und Berlin das Wort erhält.

Genosse *Triebel* erklärt, daß sich die Mitgliedschaft seines Bezirks gegen eine Beteiligung an den Wahlen ausgesprochen hat. [es kann sich sowohl um Gustav Triebel aus Düsseldorf als auch um Oskar Triebel aus Barmen handeln]

Genosse *Liebknicht*: Glauben Sie wohl, daß es keine angenehme Aufgabe ist, in dieser Debatte für die Wahlbeteiligung einzutreten. Glauben Sie wohl, daß die Argumente, die von Ihrer Seite angeführt worden sind, von uns wohl verstanden und gewürdigt werden. Glauben Sie ja nicht ' daß wir diese Argumente etwa nichtachtend beiseite schieben. Ich bitte Sie dringend darum, nicht mit Worten wie "Opportunismus", "parlamentarischer Kretinismus" gegen uns anzukämpfen. Ich glaube, daß unsere ganze bisherige politische Tätigkeit uns vor derartigen Auffassungen Ihrerseits schützen sollte. Seien Sie überzeugt, daß, wenn wir für die Wahlbeteiligung uns entschlossen haben, daß wir dies aus Erwägungen getan haben, die auch nicht um Haaresbreite abweichen im Schlußresultat von den Erwägungen, die Sie zu Ihrer Stellungnahme veranlaßt haben. Glauben Sie nicht, daß es uns darauf ankam, wie ein Redner gesagt hat, irgendwelche politischen Vorteile aus der parlamentarischen Tätigkeit in dem Sinne herauszuschlagen, in dem man im gewöhnlichen Sinne vom Parlamentarismus spricht. Glauben Sie vor allen Dingen nicht, daß wir es auch nur über uns bringen könnten, ein Wort zu sagen für die Beteiligung an den Nationalversammlungen, wenn wir der Auffassung wären, daß diese Beteiligung nachteilig wäre für den revolutionären Geist der Bevölkerung, daß damit auch nur im allergeringsten dem Räteystem Abbruch getan wird.

Wer meint, daß wir das Räteystem preisgeben wollten, der verkennt vollkommen die Gesichtspunkte, von denen wir ausgegangen sind. Es ist ja gerade von uns mit zuallererst der Ruf gerufen worden übers Land, nachdem der Rätekon greß die Macht der Räte selbst verraten und preisgegeben hatte, der Ruf: Gleichviel wie dieser Kongreß beschlossen hat, wir halten daran fest, es bleibt bei der Macht der Arbeiter- und Soldatenräte. Es wird von uns diese Macht durchge führt werden, gleichviel, was die Nationalversammlung tun wird. Wir werden uns auf die Massen stützen und werden die bisher noch in ihrer Mehrzahl reaktionären Räte umgestalten zu einem wirksamen Werkzeug der Revolution. Wir haben dies als Hauptaufgabe bezeichnet. Wir sind nicht bloß in Worten dafür, sondern wir sind, das dürfte Ihnen nach allem Bisherigen deutlich sein, wir sind entschlossen, auch alles dafür zu tun. Wir wissen, daß nicht in Worten die Politik gemacht wird, wir wissen, daß gehandelt werden muß, und wir sind entschlossen, nichts zu tun und für nichts die Hand zu reichen, was irgendwie dem Räteystem nachteilig werden könnte.

Die einzige Differenz, die einzige Frage ist, ob die Wahlbeteiligung wirklich in dem Sinne gegenrevolutionär wirkt, wie Sie in Ihrer Mehrzahl meinen. Darin liegt die Differenz. Genossen, Sie werden ja zu entscheiden haben. Ich bin überzeugt, daß Sie so viel Einsicht haben in die politische Lage, so viel Einsicht in die Stimmung der Massen, in die weiteren Aussichten der deutschen Revolution, daß Sie mit Ihrer Entscheidung schließlich doch das Richtige treffen werden.

Aber, Genossen, trotz allem, es ist unsere Pflicht, unsere Auffassung geltend zu machen. Es ist doch möglich, wir sind ja hier, um uns gegenseitig zu belehren, es ist doch möglich, daß unsere Auffassung von Ihnen als richtig betrachtet wird. Es sind zwei Möglichkeiten der Entwicklung in Deutschland vorhanden. Die eine Möglichkeit ist, daß rapid mit dem Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft, unter dem Zusammenbruch der politischen Hoffnungen, die die Massen auf die Revolution des November gesetzt haben, eine außerordentlich schnelle Entwicklung sich vollziehen wird, daß wir vor überstürzenden Ereignissen stehen, daß wir in den nächsten Wochen vor der Tatsache der sozialistischen Revolution stehen. Ob wir die politische Macht im Namen des Proletariats ergreifen werden, ist eine Möglichkeit, die ich keineswegs von der Hand weisen will. Die nächsten Tage können Überraschungen bringen. Es geht oftmals über die Köpfe der sogenannten Führer hinweg die Entwicklung und Erkenntnis der Massen. Wir haben gerade in der letzten Zeit Proben davon gehabt, daß die Massen das Richtige erkannten, eher als die Führer. Jegliche Schulmeisterei liegt mir durchaus fern. Trotzdem möchte ich darauf hinweisen, daß neben dieser einen Möglichkeit der Entwicklung doch eine zweite Möglichkeit besteht, daß sich jetzt die Konterrevolution konsolidiert in den Händen der Scheidemann, Ebert und Genossen im Bunde mit dem Bürgertum. In der nächsten Zeit werden wir vielleicht zu illegaler Tätigkeit verurteilt werden, werden wir eingesperrt werden usw. Das würde eine Entwicklung sein, die uns veranlassen würde, auf eine etwas längere Spanne Zeit unsere Taktik einzurichten. Und für diese letztere Möglichkeit, nicht für die erstere Möglichkeit sosehr ist es, daß mir ein Beschluß auf Nichtbeteiligung an den Wahlen durchaus unzweckmäßig

erscheint.

Sehen Sie, nehmen Sie an, daß wir mit einer längeren Periode der Entwicklung noch zu rechnen haben. Fassen Sie ins Auge, daß gegenwärtig das Proletariat in seiner großen Mehrzahl noch nicht vollständig revolutionär durchgebildet ist, dann werden wir genötigt sein, alle Mittel anzuwenden, um die Massen zu gewinnen und aufzuklären. Ich weiß, daß jeder von Ihnen ganz derselben Auffassung ist. Es handelt sich nur darum, welche Mittel kommen dafür in Frage. Selbstverständlich wird das bei weitem wichtigste Mittel für uns sein, die Massen bei ihren direkten Aktionen, die die Revolution geboren hat und die nimmer unterdrückt werden können, auf den Straßen, in den Fabriken zu unterstützen und voranzutreiben. Selbstverständlich wird unsere wichtigste Aufgabe sein, die Massen aufzuklären durch den Anschauungsunterricht, das Rätssystem zu revolutionieren, in den Betrieben selbst die Massen, wo sie in dem sozialen organischen Zusammenhang sich befinden, zu erfassen in ganz anderer Weise als bisher. Selbstverständlich werden wir das Hauptgewicht darauf legen, daß diese organisatorische Grundlage der revolutionären Entwicklung in keiner Weise verschandelt wird, im Gegenteil, sich mit immer größeren Kräften berausbildet. Aber es fragt sich, ob außerdem es nicht auch einen Wert hat, dasjenige zu tun, was wir Ihnen vorgeschlagen haben. Das ist nicht gedacht als etwas anderes als die Massenaktionen, sondern es ist nur gedacht als ein Moment zur Unterstützung der Massenaktionen. Und nun überlegen Sie sich! Wir stehen in der Wahlagitation. Es ist richtig, wir können Versammlungen abhalten und können heftige Angriffe gegen die Nationalversammlung richten, sie im voraus demaskieren, wie schon getan. Das ist natürlich von größtem Wert, und daß das geschehen wird, darüber dürfte Einmütigkeit bestehen. Niemand denkt an Untätigkeit, daß wir einfach bei den Wahlen stillsitzen wollten. Es handelt sich nur darum, ob wir nicht diesen Wahlkampf ausnutzen wollen in einem positiven Sinne, um durch ihn einen stärkeren Eindruck machen zu können, wenn wir in den Zielen dieser Agitation noch präziser zum Ausdruck bringen unsere Gegnerschaft gegen die Nationalversammlung, indem wir den Massen klarmachen: Ihr sollt für uns stimmen, nicht, weil Ihr zufällig das Recht habt, jetzt einen Stimmzettel abzugeben. Ihr, die Ihr von dem Rechten Gebrauch macht, gut, macht Gebrauch davon, aber in einem Sinne, wie er der revolutionären Entwicklung entspricht, zum Zwecke der Bekämpfung der Nationalversammlung. Und, Genossen, es ist möglich, das den Massen klarzumachen: Schickt uns hinein, nicht damit wir dort parlamentarisieren, damit wir dort Vorteile ergattern, damit wir in irgendwelche Verhandlungen eintreten mit den Scheidemännern, wie von irgendeiner Seite gemeint worden ist, sondern damit wir mit Zähnen und Nägeln darin sitzen zur Vernichtung der Nationalversammlung.

Es wurde gemeint, ein solcher Kampf würde gänzlich bedeutungslos sein auf unsere parlamentarische Tätigkeit, während sie im Kriege nicht wertlos gewesen ist. Man mag sagen, was man will, tatsächlich war doch die Möglichkeit gegeben, bis zum Schluß, bis ich eingesperrt wurde ins Zuchthaus, war die Möglichkeit vorhanden, im Reichstage selbst zur Zerstörung des Reichstags, zu seiner Entlarvung vor der Öffentlichkeit beizutragen. Man sagt, es kann die Presse so arbeiten, es können die Berichte so abgefaßt werden, daß nichts in die Öffentlichkeit dringen wird. Durch Unterbindung der Presse kann in starkem Maße das, was wir in der Nationalversammlung zu tun haben werden, unterdrückt werden. Eines ist möglich, und eines kann nicht unterbunden werden, und eines dringt unzweifelhaft in die Öffentlichkeit hinein, nämlich, wenn nicht lange Reden gehalten werden - diese Reden verschwinden -, sondern wenn im Parlament selbst solche Aktionen unternommen werden, die die Verhandlungen stören. Es ist möglich, daß unter Umständen es zu heftigen Konflikten und Zusammenstößen kommen wird; schreckt man nicht davor zurück, so kann es auch zur Sprengung kommen. Es ist daher von einem gewissen Wert, daß man hereingewählt wird. (Zwischenruf: Sehr zweischneidig!) Es ist nach meiner Ansicht möglich, auf diese Weise aufpeitschend nach außen zu wirken, die Nationalversammlung zu diskreditieren, gerade die direkte Aktion zu machen.

Im übrigen hat die Agitation ihren ganz besonderen Wert auch gerade im antiparlamentarischen Sinne. Ich betone, daß wir stets nur ins Auge gefaßt haben eine Beteiligung an den Nationalversammlungswahlen im antiparlamentarischen Sinne, eine Beteiligung an den Wahlen, die nicht sein soll eine Umänderung unserer früheren Auffassung über die Nationalversammlung und ihre Tätigkeit, sondern die vielmehr sein soll eine Bestätigung, eine Bekräftigung dieser Auffassung. Ich gebe Ihnen vollkommen zu, daß die außerparlamentarischen Aktionen nicht abhängig sind von der Tätigkeit in der Nationalversammlung. Ich weiß genau, daß die Wurzeln der außerparlamentarischen Aktionen ganz woanders liegen. Ich weiß genau, daß unsere Wirksamkeit in der Nationalversammlung eine außerordentlich geringfügige sein würde. Ich halte es nicht für eine Lebensfrage für uns, aber ich bin der Ansicht, daß es ein großer Fehler ist, wenn man eine Möglichkeit der Wirksamkeit aufgibt. Wenn wir eine rapide Entwicklung jetzt haben werden, wie sie nicht ausgeschlossen ist, dann allerdings wird unser Beschluß ja von vornherein gegenstandslos sein. Dann werden wir in der Tat einfach vor den außerparlamentarischen Aktionen stehen. Die Nationalversammlung wird niemals in Existenz treten; es wird ein vollkommen ausgeblasenes Ei sein von vornherein. Aber es ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß die Nationalversammlung repräsentieren wird eine gewisse Zusammenfassung der Macht der herrschenden Klassen.

Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß durch eine derartige Tätigkeit - sie müßte sich in dem Rahmen der antiparlamentarischen Tätigkeit halten -, daß dadurch der außerparlamentarische Kampf und der Kampf für das Rätssystem nicht gestört werden könnten. Das ist in der Hauptsache, was uns veranlaßte zur Auffassung, daß die Wahlbeteiligung sich empfiehlt. Es ist, Genossen, darüber dürfen wir uns keinem Zweifel hingeben, so, daß dieses künftige Parlament, wenn sich wirklich eine gegenrevolutionäre Entwicklung, wie eine Möglichkeit besteht, zeigen wird, daß dieses Parlament eine gewisse Macht repräsentieren wird. Es ist die Möglichkeit vorhanden, daß sich gerade um dieses Parlament die weiteren außerparlamentarischen Kämpfe entspinnen werden. Die Geschichte gibt Beispiele dafür, daß wir nicht in einer vollkommen bedeutungslosen Körperschaft sitzen, sondern in einer Körperschaft von äußerster Gefährlichkeit für das Proletariat, nicht um dort zu schwätzen, um zu parlamentarisieren, sondern um dort mitten unter den Feinden des Proletariats zu sein und ihnen die Maske vom Gesicht reißen zu können, um ihre Arbeit zu zerstören mit allen Mitteln, um Brust [an Brust] mit den Feinden des Proletariats kämpfen zu können. Dieser Gedanke ist etwas ganz anderes, als was uns vielfach unterstellt worden ist. Dieser Gedankengang ist wohl der Überlegung wert, er ist wert, von diesem Gesichtspunkt die Sache noch einmal zu überlegen. Ich halte die Angelegenheit nicht für eine Kabinettsfrage, [aber] immerhin für sehr bedeutungsvoll. Wir werden natürlich nicht meinen, daß unsere Auffassung eine richtigere ist als die Auffassung, die Sie in Ihrem Beschluß zum Ausdruck bringen. Sie werden zu entscheiden haben. Ich bitte Sie nur, unsere Argumentation und unsere Stellungnahme nicht anders zu bewerten, als sie gemeint ist, nämlich nur zu bewerten als eine Stellungnahme, die bezweckt, alle Mittel auszunutzen zur Niederrichtung der Feinde des Proletariats, zur Erringung der Macht des Rätessystems.

[Genossin] *Rosi Wolfstein* (Düsseldorf): Ich gebe gern zu, daß von den Rednern, die sich gegen eine Beteiligung ausgesprochen haben, schief und weit über das Ziel hinausgehend argumentiert worden ist. Die Genossen haben auch uns, die wir gegen die Beteiligung sind, zum Teil etwas unterstellt, was nicht richtig ist. Genossin Luxemburg, wenn sie sagt, daß der Radikalismus, der für die Ablehnung der Nationalversammlungswahlen ist, es sich bequem macht, tut uns unrecht. Nicht aus Bequemlichkeit haben wir es beschlossen, sondern weil wir, wenn wir überhaupt mit der Möglichkeit rechnen würden, daß von uns Vertreter hineingehen sollen, weil wir darin ein viel leichteres Geplänkel sehen als das, was wir ausfechten wollen. Wir sind der Meinung, daß das, was nicht durch Stimmenzahl erscheinen wird am 19. Januar, daß das schon vorher aufgeboten wird. Liebknecht sagt, daß positiv gearbeitet werden muß. Wir haben jetzt schon die Parole ausgegeben, durch wirtschaftlichen Aufstand muß der jetzigen Regierung an die Kehle gesprungen werden, daß sie den Termin entweder zurückzieht oder gestürzt wird und daß die Ereignisse das beschleunigen, wie wir alle wünschen. Wir haben nicht die Absicht der Passivität und der Bequemlichkeit. Wir wissen genau, daß unsere Taktik eine viel intensivere ist als die der Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung. Es wird gefragt, was denn geschehen soll. Die Genossen von Düsseldorf haben das ausgesprochen in einer Resolution, die sich mit der Resolution des Genossen Rühle deckt. Außerdem haben wir die Absicht, eine eigene Versammlung einzuberufen, die sich damit auseinandersetzen soll. Wir haben in die gegnerischen Versammlungen hineinzugehen, zur USP und zu den Scheidemännern, und dort werden wir in der Diskussion uns das Wort erzwingen und werden dort auseinandersetzen, um was es sich bei der Nationalversammlung handelt, daß es wirklich weiter nichts ist als der Zusammentritt der Gegenrevolution. Wir werden es ablehnen, jemanden hineinzusenden, um damit diesen Boden zu legalisieren. Die Genossen von der Zentrale haben auch versucht, die Beteiligung an den Wahlen als geringer hinzustellen, als [sie es] in Wirklichkeit ist. Ich weiß, daß die USP schon mit ihrer Mischmasch-Haltung zur Nationalversammlung, erst Hinausschiebung in Jahren und dann Beteiligung am 19. Januar, was sie damit für eine Verwirrung angerichtet hat. Wir, die wir gegen diesen Parlamentarismus gesprochen haben, wir können jetzt nicht auch noch in der Weise einen kleinen Zickzack machen, indem wir sagen, trotzdem wollen wir dahin gehen. Der Artikel vom 23. Dezember hat kolossal in der Arbeiterschaft verstimmt.

Dann möchte ich noch zwei Dinge zur Anführung bringen, gegen die Nationalversammlung zu sein: 1. Durch die Wahlen während des Krieges und zu den Arbeiterräten haben wir gesehen, daß die radikalen, entschlossenen Elemente eine Abneigung vor jeder Wahl haben, bei der die Bürgerlichen noch abstimmen können. Daß auf unsere Vertreter so wenige Stimmen fallen, ist nicht gleichbedeutend damit, daß wir so wenige Anhänger haben. Die Enttäuschung darüber, was den russischen Genossen durch eine Nationalversammlung gebracht wurde, und über die Wertlosigkeit eines Parlaments ist bei den aufgeklärten Arbeitern so groß, daß wir sie zu den Wahlarbeiten nicht bekommen können, während wir sie jetzt für diejenigen Arbeiten haben können, die wirtschaftlichen Kräfte mobil zu machen, um durch Massenstreiks nicht im Parlament zu kämpfen, sondern es durch solche Argumente in die Luft zu sprengen. Ein zweites Argument ist, daß wir durch den Zusammenschluß mit den Kommunisten, die absolut gegen die Wahlbeteiligung sind, sofort in Konflikt mit ihnen kommen. Wir wollen unsere junge Vereinigung nicht einer solchen Belastungsprobe aussetzen.

[Genosse] *Minster* (Mülheim/[Ruhr]): Sie haben heute morgen einen Beschluß gefaßt, den ich nach meiner Ansicht für verfrüht halte. Ich möchte nicht, daß Sie heute abend einen Beschluß fassen, der zu spät kommt, weil bereits in vielen Bezirken zu den Wahlen zur Nationalversammlung Stellung genommen wurde und Kandidaten

aufgestellt sind. Nun ist die Frage gar nicht so, wie Genosse Rühle sie gestellt hat. Genosse Rühle meinte: Rätssystem oder Nationalversammlung. Darüber sind wir uns einig. Das liegt gar nicht vor. Selbstverständlich sind wir genauso wie Rühle der Anschauung, daß die Nationalversammlung das Todesurteil bedeutet für das Rätssystem. Aber es ist wesentlich anders, wenn ich sage, die Nationalversammlung ist ein gegenrevolutionäres Instrument, als wenn ich sage, wir beteiligen uns an den Wahlen dazu. Genosse Rühle, der Reichstag war nie ein revolutionäres Instrument, und Sie saßen drin bis zum letzten Tag.

Es handelt sich bei der Beteiligung an den Wahlen doch hauptsächlich um die Ausnützung eines vorzüglichen Mittels, um zu den Massen zu sprechen. Wir führen den Wahlkampf nicht des Wählens willen. Der Nachdruck ist auf das Wort "Kampf" zu legen. Es ist nun einmal so, die Nationalversammlung steht im Mittelpunkt des politischen Interesses, und wir müssen zweifellos dieses Interesse ausnützen, um zu den Massen zu sprechen. Ich sagte vorhin schon, daß wir den Massen selbstverständlich sagen, was wir in der Nationalversammlung erblicken. Es ist aber etwas ganz anderes, ob wir deshalb sagen, wir beteiligen uns nicht. Wir haben den letzten Rätekongreß vorübergehen lassen, ohne daß jemand von der Spartakusgruppe ihn benutzt hätte zu einer programmatischen Rede. Wir können die Nationalversammlung dazu verwenden, um eine programmatische Erklärung abzugeben. Wir sehen in ihr nicht ein Parlament, sondern ein Mittel, um für unsere Ideen zu wirken. Wir können die Wahlen nicht verhindern, es ist daher verkehrt, die großen Massen, die doch wählen, den anderen in die Arme zu treiben. Wir wären in der Lage gewesen, ohne Ihren Beschluß von heute morgen, die Nationalversammlung durch das Machtmittel zu verhindern, das Deutschland schachmatt gesetzt hat, durch einen Streik der Kohlengräber. Wir können nur etwas tun, indem wir die Bergleute veranlassen, die Nationalversammlung zu sprengen. Trotzdem bin ich für die Wahlen, weil diese uns die Möglichkeit geben, erst die Bergarbeiter in diesem Sinne aufzuklären und sie dazu zu bringen, die Nationalversammlung zu verhindern.

[Genosse] *Levien* (München): Was wollt Ihr alle hier? Ihr wollt doch alle die Bourgeoisie an die Kandare nehmen. Und ich glaube, daß es keinen Genossen gibt, der das herzlicher wünscht als die Genossin Rosa Luxemburg. Was heißt das, die Bourgeoisie an die Kandare nehmen? Das heißt, die Revolution zum Siege führen. Das ist nicht so einfach. Revolutionen marschieren nicht auf einem Lineal. Sie beschreiben Zickzacke, die durch die verschiedenen Machtverhältnisse ihnen die Schnörkel diktieren. Aber das erste Gebot für eine revolutionäre Klasse ist, dauernd in der Offensive zu bleiben. Es ist vom Opportunismus gesprochen. Es handelt sich da ausschließlich um Fragen der Taktik. Genosse Liebknecht hat gesagt, daß die Möglichkeit besteht, daß die Entwicklung eine längere Periode in Anspruch nehmen wird. Er sprach zu Gunsten der Nationalversammlung, das heißt dann aber die Bankrotterklärung des Glaubens an die gegenwärtigen Gegensätze in den Klassen, die sich bekämpfen. Wenn wir mit einer längeren Periode rechnen wollen, dann müssen wir zu einem revolutionär gestalteten Parlament greifen. Es wäre natürlich auch dabei noch kein Opportunismus. Der Opportunismus stützt sich auf die Quantität, auf die Stimmenzahl. Es ist der Vorschlag gemacht worden, es mögen nur zwei Delegierte gewählt werden: Genossin Luxemburg und Genosse Liebknecht. Dafür sind sie mir zu gut. Wir brauchen sie auf der Straße. Wie glänzend außerhalb des Parlaments unsere Genossen arbeiten können, das haben Liebknecht und Rosa Luxemburg bewiesen in der kurzen Zeit der Revolution. Es ist vom Genossen Liebknecht gesagt worden, daß er dort die Möglichkeit gehabt hat, den Reichstag zu diskreditieren im Reichstag selbst. Er hat vergessen zu sagen, daß wir eine Versammlungsfreiheit damals nicht gehabt haben. Das gleiche war bei der ersten Duma. Gegenwärtig haben wir einen kochenden Kessel proletarischer Bewegung, und in diesen kochenden Kessel wollen wir doch nicht Öl gießen, indem wir die Nationalversammlung wählen und die Aktionskraft der Massen verhindern.

In Bayern werden bald die Wahlen zu einer bayerischen Nationalversammlung ausgeschrieben werden. Die Braunschweiger haben schon gewählt, zu meinem Bedauern. Es ist unmöglich, in die Nationalversammlung zu wählen, ohne gleichzeitig in die bayerische Nationalversammlung zu wählen. Wir lenken die kolossale Bewegung, die wirtschaftlich zum Ausdruck kommt im Ruhrgebiet, in Schlesien, auf ein Gebiet ewiger Wählerei. Wir geben damit den Arbeitern die Illusion des Personenkultus, als wenn die Führer in der Nationalversammlung etwas tun könnten. Ich würde die Auflösung der Nationalversammlung verlangen. Alles andere heißt mitarbeiten. Wenn wir Anträge stellen, halten wir sie doch für legitimiert, die Verfassung des Reiches zu schaffen. Ich möchte Ihnen raten, von der Wahl in die Nationalversammlung abzusehen. Es ist nicht möglich, in die Nationalversammlung zu gehen und gleichzeitig die revolutionären Gegensätze einer Entscheidung zuzuführen und erst warten, bis man hinausgeworfen wird.

Genosse *Levi* [Schlußwort]: Ich will Sie nicht reizen damit, daß ich Ihnen gestehe, ich bin durch den Gang der Verhandlungen in meiner Meinung nicht wankend geworden, sondern eher bestärkt. Denn was sind die Gründe, die es ermöglichen, eine Diskussion von drei oder vier Stunden zu führen? Die Gründe waren zwei. Der eine konzentriert sich um den Namen Gelwitzki, der im Namen der Berliner Genossen sprach. Er sprach von blamabel, von beschämend, wir hätten mit allen Mitteln, also wohl auch mit unlauteren, versucht, die Stimmung zu beeinflussen. Ich habe mir den Posten, auf dem ich stehe, nicht gesucht, und wenn ich gewußt hätte, auf welchen

Posten ich käme, vielleicht hätte ich auf das Referat verzichtet.

Auch in der Sache muß ich entgegnen, ich habe von der Debatte mehr erwartet, als sie gegeben hat. Denn was gab sie? Sie gab nichts anderes als einen heftigen Kampf gegen einen Popanz, den nicht wir aufgestellt haben, den die Redner, die gegen ihn fochten, aufgerichtet haben. Sie haben nicht gefochten gegen unsere Auffassung, Sie haben gefochten dagegen, daß wir das Rätssystem untergraben wollen, indem wir für die Beteiligung an den Wahlen eintreten. Sie konnten nicht im Zweifel sein, daß wir in der Beteiligung an den Wahlen nichts anderes sehen als die lebendigste Möglichkeit, zu kämpfen um den Sturz dieser Nationalversammlung. Und deswegen, Parteigenossen, die ganze Konstruktion, die heute von dem Genossen Leviné, von dem ich etwas anderes erwartet hätte, aufgerichtet worden ist, fällt ins Wasser, sie trifft unsere Argumentation nicht, sie ist eine Verkennung unseres Standpunktes. Sie fechten nicht gegen Windmühlen, sondern gegen Puppen, die Sie sich selbst aufgerichtet haben. Ihr Standpunkt wäre richtig, wenn Sie die Garantie haben, daß der 19. Januar das deutsche Proletariat so stark sehen wird, daß es in der Lage ist, die Macht der Bourgeoisie, konzentriert in der Nationalversammlung, zu brechen. Dann hätten Sie recht. Ich bin nicht so ein Pessimist wie Heckert, ich glaube nicht, daß unsere Demonstration gestern in Berlin schwächer gewesen ist als die der anderen. Im Gegenteil. Aber die eine Tatsache wollen wir doch nicht verkennen: Eine große Masse von Arbeitern, sowohl von Kleinbürgern als auch vor allem eine ungeheure Schar von Landproletariern, die wir zum großen Teil noch nicht erfaßt haben, stehen unserer Bewegung noch fern.

Sie würden sich in einem gefährlichen Optimismus wiegen, das sage ich wiederholt, wenn Sie den Stand unserer Bewegung bemessen würden nach Berlin, Rheinland-Westfalen, Oberschlesien, München. Nichts ist verhängnisvoller, als wenn Sie sich jetzt in Sicherheit wiegen würden, wenn Sie glauben würden, die zweite Revolution, in die wir jetzt eintreten, die proletarische, sozialistische Revolution, wäre im Handumdrehen erledigt, wie die Revolution vom 9. November, wo man mit roten Fahnen unter den Linden marschierte. Sie müssen sich auf die Möglichkeit einrichten, noch längerhin den Kampf zu führen. Die Nationalversammlung soll das Mittel zum Handeln sein. Wenn einer in der Nationalversammlung Politik machen würde in der Weise, wie Leviné verfahren will, dann hätten Sie recht. Er sagte, er würde der Bourgeoisie erklären, legt Euch schlafen. Er würde den Götz von Berlichingen ins parlamentarische Leben einzuführen versuchen. Wenn er glaubt, auf diese Weise Politik in der Nationalversammlung machen zu können, dann wäre es der parlamentarische Kretinismus. Das ist der revolutionäre Kretinismus. Wir stellen uns die Aktion freilich anders vor, wir stellen sie uns vor nicht nur in platonischen Erklärungen, Zwischenrufen und kleinen Anfragen, sondern in dem lebendigen Zusammenarbeiten der Leute, die an diesen Posten gestellt worden sind, mit den gewaltigen Massen, die hinter ihnen stehen.

Vorsitzender: Wir kommen nun zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge, betreffend, die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung. Es liegen vor der Antrag des Genossen Rühle, uns nicht an den Wahlen zu beteiligen, und der Antrag Rogg, einheitliche Stimmzettel mit [den Namen der] Genossen Liebknecht und Luxemburg auszugeben.

Ich konstatiere, daß der Antrag Rühle mit 62 gegen 23 Stimmen angenommen wurde.

Genosse *Becker* [Dresden] von der Gruppe der Internationalen Kommunisten Deutschlands verliest eine Erklärung, die die Verschmelzung dieser Gruppe mit der neuen Kommunistischen Partei Deutschlands bekanntgibt:

Die Internationalen Kommunisten Deutschlands haben auf ihrem Kongreß am 24. Dezember 1918 beschlossen, mit dem Spartakusbund wegen Verschmelzung in Verbindung zu treten. Das Ergebnis der Verhandlungen ist:

1. Die Organe der IKD sind als aufgelöst zu betrachten;
2. an den Orten, wo keine Organe des Spartakusbundes bestehen, wird eine Partei gebildet mit dem Namen "Kommunistische Partei (Spartakusbund)". Wo zwei Gruppen beider Richtungen bestehen, verschmelzen sie zu einer Partei, die den Namen trägt: "Kommunistische Partei (Spartakusbund)".

Genosse *Meyer*: Im Namen des Zentralvorstandes des Spartakusbundes begrüßen wir unsere Kampfgenossen, die bis her in einer besonderen Organisation, den IK Deutschlands, vereinigt waren. Wie Sie alle wissen, haben wir von den ersten Tagen des Krieges zusammen mit unseren Freunden gekämpft, ein Teil der Ortsgruppen, die sich in der letzten [Zeit] den IKD angeschlossen haben, standen mit uns in engster Verbindung. Die Partei ist von uns unterstützt worden, wie auch das Gegenteil stattgefunden hat. Sobald die Bestimmungen des Belagerungszustandes verschwanden, war es keine Frage mehr, daß wir in einer gemeinsamen Kampffront arbeiten können. Wir haben den Genossen in Bremen und in anderen Orten, wo die Organisationen bestanden, versprochen, daß wir entsprechend dem Vorschlage eine Beteiligung der Provinz an der Zentraleitung zugestehen werden. Die näheren Vorschläge werden in dem Referat und der Diskussion über die Organisation unserer neuen Partei gemacht werden. Der Kampf, den wir bisher nebeneinander gegen den gemeinsamen Feind

fürten, werden wir nun mit unseren neuen Freunden in einer Reihe in gesteigerter Form fort setzen.

Zu einer persönlichen Bemerkung erklärt [Genosse] *Gelwitzki* [Berlin], daß er nicht gesagt hat, die Zentrale versucht uns mit unlauteren Mitteln zu überzeugen, sondern mit allen Mitteln.

[Bericht der Mandatsprüfungskommission]

Genosse Krüger (Berlin) erstattet den Bericht: Es sind auf der Konferenz 46 Orte durch 83 Delegierte vertreten. Gegen ein Berliner Mandat liegt ein Protest vor, der noch nicht erledigt sei. Der Rote Soldatenbund sei durch 3 Mitglieder vertreten, die Jugend durch einen Delegierten. Zuhörer aus dem Reiche sind 16 anwesend. Vertreten sind von Berlin die Bezirke 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 16, 17, 18, ferner Barmen, Beuthen, Brandenburg, Bismarckhütte, Chemnitz, Cuxhaven, Dortmund, Duisburg, Dresden, Deuben, Düsseldorf, Danzig-Ohra, Danzig, Essen, Erfurt, Elberfeld, Frankfurt a. M., Göttingen, Hanau, Halle, Herne i. W., Jena, Köln-Ehrenfeld, Köln-Niehl, Königsberg i. Pr., Lübeck, Leipzig, Leipzig-Eutritzsch, Mulda i. E., Magdeburg, München, Nürnberg, Pirna, Oberhausen, Rathenow, Remscheid, Spandau, Stettin, Stuttgart, Mülheim a. R., Braunschweig, Breslau, Krefeld, Werdau, Bromberg.

Zweiter Verhandlungstag: Dienstag, den 31. Dezember 1918

Vormittagssitzung

Nach 1/2 10 Uhr eröffnet Genosse Pieck die Sitzung und schlägt vor, das Referat des Genossen Paul Lange über "Wirtschaftliche Kämpfe" zuerst zu behandeln.

Der Vorsitzende, Genosse Walcher [Stuttgart], verliest ein Begrüßungstelegramm aus Schwientochlowitz [Oberschlesien] und schlägt vor, es in derselben Weise zu beantworten, wie es gestern von der Nachmittagssitzung bereits an eine andere Gruppe streikender Bergarbeiter beschlossen ist, ferner schlägt er die Absendung eines neuen Begrüßungstelegramms an alle ober-schlesischen Bergarbeiter vor. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

Nunmehr nimmt Genosse Lange das Wort zu seinem Vortrage:

5. Punkt der Tagesordnung:

Wirtschaftliche Kämpfe

Genosse *Lange* [Berlin Zentrale]: Werte Genossen! Die politische Verbrüderung der alten Sozialdemokratie mit dem Bürgertum im Jahre 1914 fand ihr Gegenstück in dem Burgfrieden, den die wirtschaftlichen Organisationen, den die Unternehmerorganisationen abschlossen mit den Gewerkschaften der Arbeiter. Sie wissen, wie der Burgfrieden in den Kriegsjahren gewirkt hat. Seine Wirkung war, die Arbeiterlöhne niedrig zu halten und den Unternehmerprofit ins riesenhafte anwachsen zu lassen. Allerdings haben sich das die Arbeiter in ihrer Gesamtheit nicht die ganzen Kriegsjahre gefallen lassen. Das Proletariat kam bald dahinter, welche Wirkungen der Burgfrieden für es haben muß. Es kam zu Streiks, wie in Oberschlesien und in Rheinland-Westfalen. Aber allmählich griffen die Streiks über auf andere Industriezweige. Als man sah, daß der freiwillige Burgfrieden nicht mehr aufrechterhalten werden konnte, paragraphierte man ihn und goß ihn in die Form des Hilfsdienstgesetzes - zu dem offenbaren Zweck, die Macht der Arbeiterklasse zu lähmen - , das in Gemeinschaft mit dem Schützengraben die Aufgabe hatte, das Proletariat niederzuhalten. Auch das Hilfsdienstgesetz hat vom kapitalistischen Standpunkt aus diesen Zweck mir unvollkommen erfüllt, das Proletariat hatte trotz des Hilfsdienstgesetzes allmählich seine Fesseln gelockert, es kam trotz des Hilfsdienstgesetzes zu den großen Streiks im Januar 1918, bis im November 1918 die Revolution das Hilfsdienstgesetz zerschlug.

Wir stehen jetzt im Jahre 1918 nach der Revolution wieder vor derselben Tatsache wie im Jahre 1914, daß nämlich, wie das Bürgertum einerseits sich mit den Scheidemännern verbrüderet, so haben jetzt andererseits das Unternehmertum und die Gewerkschaften die Arbeitsgemeinschaft abgeschlossen, und wir können tatsächlich in der Kapitalistenpresse lesen, daß die Unternehmer vor den Gewerkschaften gar keine Angst mehr haben, sondern im Gegenteil, daß die Kapitalisten besorgt sind, die Arbeiter könnten aus den Gewerkschaften austreten und die Arbeiter würden nicht mehr den Gewerkschaften beitreten. Wir haben neulich in der "Vossischen Zeitung" ein Lob, der Gewerkschaften gelesen, daß sie sehr maßvoll seien, und in dem "Berliner Tageblatt" wurde den Arbeitern zugerufen, sie sollen zurückkehren zu dem alten gewerkschaftlichen System, was nichts weiter bedeutet als einen Zank um einen Pfennig Lohnerhöhung, zurück zu dem alten kapitalistischen System, das heißt zurück von dem Gedanken an die Sozialisierung der Betriebe.

Die Gewerkschaften betrachten es nicht als ihre Aufgabe, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu betreiben, sondern sie halten es günstigstenfalls für ihre Aufgabe, für einen Pfennig Lohnerhöhung sich heranzuschlagen. Die Aufgabe der Gewerkschaften, wie sie sie auffassen, ist nicht, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel herbeizuführen, sondern ein großer Teil der Gewerkschaftsbeamten sieht es geradezu als seine Aufgabe an, die Sozialisierung der Betriebe zu verhindern. Sie sagen, die Sozialisierung der Betriebe ist zur Zeit undurchführbar, vielleicht überhaupt undurchführbar, zumindest in der Gegenwart infolge der Kriegswirkungen nicht möglich. Das sind dieselben Leute, die gleich nach Kriegsausbruch durch die ganze Welt riefen: Sozialismus, wohin wir blicken! Wir haben es in den Gewerkschaftszeitungen gelesen, daß die Militarisierung der Betriebe damals der Arbeiterschaft angepriesen wurde als der Sozialismus. Dieselben Leute, die damals über den Sozialismus jubelten, die die Militarisierung der Betriebe begrüßten, sagen jetzt, ein wirklicher Sozialismus sei nicht durchführbar.

Was hat sich im Laufe der Kriegsjahre in wirtschaftlicher Beziehung zugetragen? Der Lebensmitteleinkauf im Auslande wurde zentralisiert. Unter dem Druck des Auslandes war es notwendig, den Einkauf nicht den einzelnen Kapitalisten zu überlassen, weil der kapitalistische Einkauf im Ausland dazu beitrug, die Nahrungsmittelpreise ins ungeheure zu steigern. Es wurde notwendig, den Einkauf zu zentralisieren, ihn durch bürokratische Einrichtungen verstaatlichen zu helfen. Der Einkauf der Rohstoffe aus dem Auslande ist kontingentiert, staatlich kontrolliert worden. Wir haben ferner gesehen, daß eine große Reihe von Betrieben in den verschiedensten Industriezweigen stillgelegt worden sind. Ich erinnere daran, daß in der Textilbranche unzählige Betriebe stillgelegt, zusammengelegt wurden. Dasselbe gilt von anderen Industrien. Ich erinnere an die Mühlen, von denen viele kleine Betriebe ausgeschaltet worden sind. In unzähligen Betrieben hat man die Werkzeuge, die notwendigsten Inventargegenstände herausgenommen, weil man sie anderwärts brauchte für die Kriegsindustrie, und [hat] auch viele Betriebe in den verschiedensten Industrien lahmgelegt. Viele Kleinbetriebe sind zertrümmert worden zum Nutzen des Großkapitals, vielfach im Interesse des Großkapitals enteignet, das während der Kriegszeit ganz außerordentliche Profite gemacht hat. Es verteilte die Rohstoffe an die Fabriken. Der kapitalistische Betrieb konnte während des Krieges nicht in vollem Umfange aufrechterhalten werden, weil die nötigen Rohstoffe nicht vorhanden waren. Es mußten also allerhand technische Maßnahmen getroffen werden im Interesse der Kriegführung. Und da meine ich nun, daß alle diese vielen technischen Maßnahmen und Eingriffe, die da vorgenommen worden sind, daß die in gewissem Sinne eine Basis dafür bieten, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel herbeigeführt werden kann. Von den Gegnern der Sozialisierung hören wir es gerade umgekehrt. Die Gegner der Sozialisierung erklären, alle diese Maßnahmen müssen wieder abgeschafft werden, die staatliche Kontrolle muß abgeschafft werden, es müssen in der Textilindustrie alle Beschränkungen der Produktion fallen, es muß auch dort wieder der volle kapitalistische Betrieb herbeigeführt werden. Dasselbe gilt von der Verteilung der Nahrungsmittel. Der gesamte kapitalistische Betrieb muß erst seiner vollen Blüte entgegengeführt werden, und nachher ist der Zeitpunkt der Sozialisierung der Betriebe gekommen.

Werte Genossen! Das wird selbstverständlich von den Gegnern der Sozialisierung der Betriebe nicht im Ernst vorgetragen, [sondern deshalb,] weil die Leute Zeit gewinnen wollen, weil man sich sagt, Zeit gewonnen ist alles gewonnen. Aber gerade die gegenwärtigen Verhältnisse in der Industrie, die Tatsache, daß der Unternehmer nicht mehr wie in Friedenszeiten die Rohstoffe zu beschaffen in der Hand hat, die Produktionsgestaltung vielfach im Einvernehmen mit den Behörden geschieht, dadurch wird die Vergesellschaftung nicht erschwert, sondern bedeutend erleichtert. Wir wissen, daß in vielen Industrien der Vertrieb der Produkte nicht in der ungehemmten kapitalistischen Weise geschah, daß auch dort bürokratisiert worden ist, eine Kriegsgesellschaft den Vertrieb der Produkte übernahm. Alles das sind Umstände, die die Vergesellschaftung der Betriebe nicht erschweren, sondern erleichtern, und gerade, weil der wirtschaftliche Neuaufbau erfolgen wird, weil er nur nach Bedarfsgesichtspunkten geschehen darf, deshalb ist es notwendig, daß die Produktion nicht wieder in die alten kapitalistischen Bahnen geleitet wird.

In der Gegenwart müssen alle Maßnahmen getroffen werden, um die Übernahme der Betriebe in die [Hand der] Allgemeinheit zu bewerkstelligen und durchzuführen. Da hat neulich in einer Versammlung der Arbeiterräte der bisherige Volksbeauftragte Barth eine Rede gehalten, in der er den Anwesenden darlegte, die Sozialisierung der Betriebe sei sehr wünschenswert, [jetzt jedoch noch] nicht notwendig. Ohne die Mitwirkung der Unternehmer geht es nicht. Wir müssen sie überzeugen, daß die Sozialisierung der Betriebe auch von ihrem Standpunkt etwas Wünschenswertes und Begrüßenswertes ist. Barth führte dort aus, die Unternehmer werden bei der Sozialisierung etwas verlieren, nämlich den Profit. Aber wenn wir sie richtig überzeugen, werden sie etwas viel Besseres und Schöneres gewinnen, nämlich man muß ihnen beibringen, daß sie durch den Verzicht auf den Profit, durch die Durchführung der Vergesellschaftung das beseligende Bewußtsein finden werden, daß es um sie herum kein Elend und keine Sorgen mehr geben wird.

Genossen, wenn wir solange warten wollen, bis wir dem Unternehmertum dieses beseligende Bewußtsein beigebracht haben, das wird keiner von uns nachher erleben. Die Sozialisierung der Betriebe, die Notwendigkeit

der Sozialisierung der Betriebe ist heute selbst in die Volksmassen gedrungen, die bis dahin für den Gedanken noch ganz unzugänglich waren. Allerdings mit der Einschränkung, daß unter Sozialisierung der Betriebe die bisher indifferenten Volksmassen sich natürlich nicht das vorstellen, was wir wollen, daß aber selbst sie das Bewußtsein haben, daß die bisherige kapitalistische Ausbeutung der Arbeiter durch das Unternehmertum nicht mehr weitergehen kann. So finden wir denn, daß selbst die Zentralauskunftsstelle, an deren Spitze der Staatssekretär Erzberger steht, ein Zirkular herausgegeben hat, in dem steht, "früher oder später werden wir zur Sozialisierung kommen. Wir müssen uns klarmachen, was Sozialisierung bedeutet. Wir müssen ihr mit all ihren Folgen ins Auge sehen, und wir brauchen uns vor ihr nicht zu fürchten. Sozialisierung ist Vergesellschaftung unserer Betriebe, und sie wird überall da eintreten, wo sie wirtschaftlich notwendig oder zweckmäßig ist. Unser Staat soll ein großer, gemeinsamer Wirtschaftsbetrieb werden, in dem jedem ein menschenwürdiges Leben ermöglicht wird."

Wir werden diese Ausführungen nicht überschätzen. Wir werden darin nicht mehr sehen als ein Sand- in- die-Augen Streuen den Arbeitern. Man will die Arbeiter mit solchen Redensarten besänftigen, man will ihnen beibringen, wir wollen das, wir sind für die Vergesellschaftung, bloß jetzt in der Gegenwart darf es nicht herbeigeführt, darf nichts überstürzt werden. Es wird schon alles viel später allmählich kommen. Da meine ich, die Arbeiter tun recht daran, wenn sie nicht Wert auf solche Worte legen, wenn sie alles tun, um die Sozialisierung der Betriebe herbeizuführen. Wir haben allerhand große Bewegungen in den letzten Wochen erlebt, die Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier, die Bewegung in Oberschlesien. Wir haben dort feststellen müssen, daß die Führer der USP, daß die Haase und Barth und Ströbel den Arbeitern beizubringen versuchten: Ihr müßt jetzt in der alten Weise dem kapitalistischen System Rechnung tragen, Ihr müßt für den Profit des Unternehmertums auch weiterhin schuften. Aber die Arbeiter haben nicht mehr das Verständnis für die Lehre, die man ihnen beigebracht hat. Haase und Ströbel mögen sich mißbrauchen lassen für die Regierung, die das Unternehmertum stützt, die Arbeiter sind nicht mehr durchdrungen von der Überzeugung, daß sie für den Profit des Unternehmers da sind, sondern sie sind der Überzeugung, daß die Vergesellschaftung ernstlich in Angriff genommen werden muß.

Genossen, Sie werden die Kundgebung des Zentralrates der Arbeiter- und Soldatenräte gelesen haben, die unterzeichnet ist von Robert Leinert und Max Cohen. Es heißt in diesem Aufruf, daß, wer nicht mitarbeitet, das heißt, wer nicht in dem Sinne der Ebert- Scheidemann mitarbeitet, der verhindert die Sozialisierung der dazu reifen Unternehmungen und treibt das deutsche Wirtschaftsleben in den Abgrund. Das ist ein rechter Demagogenkniff. Ich wollte darauf zurückkommen, daß die Leute, die uns erzählen, wir verhindern die Sozialisierung, daß sie ja überhaupt keine Unternehmungen für reif ansehen und auch nicht ansehen wollen. Da hat der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes, Herr Dr. August Müller, eine Besprechung mit den Vertretern der Berliner Presse gehabt. August Müller, der ja für diese Frage zuständig ist, er hat nach dem "Berliner Tageblatt" den Vertretern der Presse gesagt: "Bei uns ist eine Sozialisierung der Betriebe unmöglich. Die Entente wird uns unser Staatseigentum als Pfand abnehmen. Daher wäre es eine Dummheit, den Bergbau zu verstaatlichen. Die Verstaatlichung des Bergbaus wäre sogar ein Verbrechen."

Ich erinnere Sie daran, daß in derselben Regierung vor zwei Tagen noch der Volksbeauftragte Barth saß, der an die Bergarbeiter im Ruhrrevier ein Schreiben richtete, in dem er sagte, daß er sein Versprechen aufrechterhalten wolle, daß die Sozialisierung des Bergbaus bald in Angriff genommen werde. Müller sagte etwas anderes für das Reichswirtschaftsamt. Er meinte, es gibt nur einen Grundsatz, welches System rationeller ist vom Standpunkt der Allgemeinheit, nicht des Arbeiters. Er unterschied zwischen den Interessen der Allgemeinheit und der Arbeiter. Nur aus dieser Erwägung heraus dürfen wir sozialisieren ... Er meinte weiter, die Sozialisierungskommission ist nicht identisch mit dem Reichswirtschaftsamt. Sie ist eine freie wirtschaftliche Kommission. Für das Reichswirtschaftsamt sind nur die wirtschaftlichen Voraussetzungen maßgebend. Ihre Beschlüsse faßt die Kommission in eigener Verantwortung. Sie übergibt nur dem Reichswirtschaftsamt das Material, aber ohne das Reichswirtschaftsamt wird nicht sozialisiert werden. Die halbamtliche Sozialisierungskommission wird damit ausdrücklich abgeschüttelt, was diese Kommission sagt, ist null und nichtig.

Es ist zwar auch unsere Ansicht, daß diese Sozialisierungskommission nichts weiter ist als ein Theaterstück. Aber es ist doch auch sehr wichtig, daß dies zugegeben wird von der Gegenseite, daß man erklärt, diese Sozialisierungskommission ist nur ein Puppenspiel, die Sozialisierungskommission ist gut für die Arbeiter und für die Weiterführung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die Sozialisierungskommission ist gut für die Unternehmer. Diese Arbeitsteilung werden sich die Unternehmer selbstverständlich gern gefallen lassen. Der Herr Staatssekretär Dr. August Müller wollte die Sozialisierung der Betriebe also von Parlamentsbeschlüssen abhängig machen, und ich weiß nicht, ob er sie auch durch Parlamentsbeschlüsse durchführen wird. Die Arbeiterschaft ist jedenfalls nicht gewillt, auf die Parlamentsbeschlüsse zu warten, sondern wir sehen an den großen Bewegungen im Lande draußen, daß die Arbeiterschaft die Sozialisierung der Betriebe unmittelbar durchführen will. Es ist unsere Aufgabe, mitzuhelfen und hierfür die notwendigen organisatorischen

Voraussetzungen zu schaffen. Und diese notwendigen organisatorischen Voraussetzungen, das sind die Betriebsräte. Sie schaffen die zentralen Streikkommissionen, die in den Vorschlägen, die vorhin an den Tischen verteilt worden sind als "Wirtschaftliche Übergangsforderungen", erwähnt sind. Wir sehen nun, wie die Regierung Ebert- Scheidemann bestrebt ist oder zum größten Teile die Bestrebungen durchgeführt hat, den Arbeitern die politische Macht aus den Händen zu nehmen, andererseits auch die Regierung Ebert- Scheidemann auch bestrebt ist, den Betriebs- und Arbeiterräten die wirtschaftliche Macht aus der Hand zu nehmen. Man will sie nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich totmachen.

Da hat am Sonnabend der Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes Bauer, der bisherige zweite Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, eine 32 Paragraphen umfassende "Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten" herausgegeben. Diese Verordnung bezweckt nicht mehr und minder, als die Arbeiter- und Betriebsräte in den Fabriken totzumachen und zu ersetzen durch dieselben Ausschüsse, wie sie unter dem Hilfsdienstgesetz bestanden haben. Ich will Ihnen diese Verordnung gleich charakterisieren. Es heißt darin nämlich: "Der Arbeitgeber hat für die Leitung der Wahlen zu den Arbeiterausschüssen und den Angestelltenausschüssen je einen aus drei Mitgliedern bestehenden Wahlvorstand zu bestellen. Die Arbeiter brauchen den sogenannten Arbeitgeber nicht mehr, wenn sie Institutionen für sich schaffen wollen, sie verzichten auf die Kontrolle der Unternehmer. Die Arbeiter sind imstande, ihre eigene Vertretung in dem Betrieb aus eigener Kraft herbeizuführen. Nun über die Aufgabe dieser Arbeiter- und Angestelltenausschüsse. Sie haben den Zweck, in Gemeinschaft mit dem Unternehmer darüber zu wachen, daß in den Unternehmen die maßgebenden Tarifverträge durchgeführt werden. Und sie haben außerdem den Zweck, es liegt ihnen ob, das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft oder Angestelltenschaft sowie zwischen diesen und dem Arbeitgeber zu fördern.

Das ist also die Aufgabe, die der Herr Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes den Ausschüssen zugewiesen hat, das gute Einvernehmen zwischen den Arbeitern unter sich im Betriebe herzustellen, darum braucht sich der Herr Staatssekretär nicht zu sorgen. Für das gute Einvernehmen zwischen Arbeiter und Unternehmer sorgen die Arbeiter auch sehr gut. Wir sehen das im Ruhrrevier, in Oberschlesien, und wir hoffen, daß das gute Einvernehmen im ganzen Reich in derselben Weise durchgeführt wird, wie es in Oberschlesien und im Ruhrrevier begonnen wurde.

Diese Verordnung ist außerordentlich charakteristisch für unsere gegenwärtigen politischen Verhältnisse. Sie ist nicht mehr als ein Stück der Gegenrevolution, das wirtschaftliche Stück der Gegenrevolution, die wir sonst auf politischem Gebiet sehen. Ich sagte schon, die Gewerkschaftsführer geben sich alle Mühe, nachzuweisen, daß die Sozialisierung der Betriebe gegenwärtig undurchführbar ist. Der Beamte des Textilarbeiterverbandes, der ehemalige Reichstagsabgeordnete Krätzig, hat in einer Unternehmerzeitschrift der Textilbranche, "Der Confectionär", nachgewiesen, daß die Textilindustrie diejenige Industrie sei, in der die Vergesellschaftung der Produktion überhaupt nicht möglich sei, und wenn sie möglich sei, dann müsse die Textilindustrie der letzte Gewerbezweig sein, in dem sie durchgeführt werden kann. Ich propheteise sonst nicht, aber das eine kann ich Ihnen sagen, in den nächsten Monaten werden die Gewerkschaftsführer aller Berufe anmarschiert kommen, und sie werden wie Krätzig nachweisen, daß gerade in ihrem Beruf die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht durchführbar ist und, wenn sie durchführbar ist, daß ihr Gewerbe in letzter Linie an die Reihe kommen dürfe. Wir kennen die Herren, sie werden, wie sie während des Krieges die Unternehmerinteressen vertreten haben, so auch jetzt für das Unternehmertum sorgen.

Die Arbeiter aber warten nicht darauf, bis die Gewerkschaften die Genehmigung zur Sozialisierung geben. Sie warten ja nicht einmal mehr darauf, daß die Gewerkschaften ihre Lohnbewegungen genehmigen. Im Gegensatz zu den Vorschriften des Staatssekretärs Bauer, die den Zweck haben, die Arbeiterräte abzubauen, haben wir alle Ursache, das Gegenteil zu erstreben, darauf hinzuwirken, daß die Betriebsräte nicht in der Weise abgebaut werden, sondern immer mehr erstarken, daß sie dort, wo sie noch nicht geschaffen sind, sofort geschaffen werden, daß sie innerlich erstarken, daß sie an immer größere Aufgaben in den Betrieben herangehen.

In den Vorschlägen, die Sie gedruckt vor sich finden, heißt es, daß in allen Betrieben der Industrie und des Handels von den Arbeitern und Angestellten Betriebsräte zu wählen sind, die in allen den Betriebsangelegenheiten, soweit die Arbeitsverhältnisse in Betracht kommen, selbständig nach Anhören des Unternehmers entscheiden sollen. Es ist also nicht mehr der Unternehmer die maßgebende Person, sondern die Arbeiterschaft hat selbst zu entscheiden, wie die Arbeitsverhältnisse zu regeln sind, auch die Kontrolle auszuüben über die Produktion und die Geschäftsgebarung des Unternehmers. Sie hat das Recht, jederzeit Einblick in die Geschäftsbücher, in die persönlichen Akten, in die Kalkulationen des Unternehmers zu nehmen. Das sind nicht nur Forderungen, die erst noch propagiert werden sollen, die noch nie praktisch angewendet worden sind, sondern die während der Revolutionszeit in einer großen Anzahl von Betrieben schon durchgeführt wurden. Es ist der berühmte Bolschewismus in den Fabriken, über den Sie in den Zeitungen im November gelesen haben. Diese Funktion, die in verschiedenen Großbetrieben die Arbeiter an sich rissen, wollen sie nun

auch in allen anderen Betrieben übernehmen.

Es ist fernerhin gefordert worden, daß der Betriebsrat ein Büro eröffnen soll, daß dieses Büro unterhalten werden muß von dem Unternehmertum und daß alle Ausgaben dieses Büros, insbesondere auch die Zeitversäumnis, von dem Unternehmer zu ersetzen sind. Es ist weiter gedacht, daß die Betriebsräte natürlich nicht jeder für sich wirtschaften können, sondern vielmehr für jedes zusammenhängende Wirtschaftsgebiet die Arbeiterschaft einen Wirtschaftsrat wählt, der über alle Fragen selbständig zu entscheiden hat. Und schließlich soll als dritte Instanz der Zentralwirtschaftsrat treten zur Kontrolle der Produktion und des Außenhandels und der Belieferung der einzelnen Industrien mit Arbeitsmitteln, vom Standpunkt der Oberleitung in die sozialistische Wirtschaft.

Das, werte Genossen, wird die Aufgabe der Betriebsräte sein, die Aufgabe des Bezirkswirtschaftsrates und die Aufgabe des Zentralwirtschaftsrates. Wir müssen in diesem Sinne die Arbeiter aufklären. Die Lohnbewegungen, die Arbeitseinstellungen in den Betrieben beweisen die Gärung unter der Arbeiterschaft. Dort, wo die Arbeiter noch nicht die nötige Klarheit haben, wo sie mehr aus dem Instinkt heraus in die Bewegung eintreten, dort wird es unsere Aufgabe sein, klare Erkenntnis herbeizuführen über das, was notwendig ist. Dazu ist andererseits erforderlich, daß wir die Bestrebungen der Gewerkschaftsbürokratie und des Unternehmertums, die darauf hinauslaufen, die Arbeiterschaft mit einigen Pfennigen Lohnerhöhung abzufinden, energisch bekämpfen müssen, die Arbeiterschaft auf das sozialistische Ziel hinweisen. Die Bewegungen, die bereits ausgebrochen sind, das habe ich wiederholt erwähnt, haben unsere Sympathie, und durch das Telegramm, das wir nach Oberschlesien richteten, haben wir bereits zum Ausdruck gebracht, wie wir diesen Bewegungen gegenüberstehen. Wir sehen ja, daß die Bewegungen auch dort, wo sie ganz von selbst spontan aus der Masse heraus entstanden sind, doch als Bewegungen charakterisiert werden, die von unserer Seite künstlich herbeigeführt wurden. Wir brauchen diese Bewegungen nicht künstlich herbeizuführen. Überall lebt in den Massen der Gedanke, daß es so nicht weitergehen kann, daß das Frohnden für den Unternehmerprofit aufhören muß, daß sie arbeiten wollen für die Gesamtheit im Interesse der Gesamtheit. Die Scheidemänner und das Unternehmertum belieben es so darzustellen, als ob diese Bewegungen aus der Faulheit der Arbeiter hervorgegangen wären, als ob es die Unlust zur Arbeit gewesen wäre. Jawohl, Unlust zur Arbeit für das kapitalistische System. Diese Unlust, die wollen wir noch weiter fördern, die wollen wir schüren, mit allen Kräften unterstützen, damit die Sozialisierung der Betriebe alsbald herbeigeführt wird. Denn nicht durch das Programm des ehemaligen Genossen Barth kann die Sozialisierung herbeigeführt werden, nicht durch Überzeugungskünste der Rede, sondern nur durch Überzeugungskünste, die durch die Tat erfolgen, kann man der kapitalistischen Gesellschaft beibringen, daß ihr letztes Stündlein geschlagen hat.

Genossen, alles das, was jetzt von den Scheidemännern geschieht, mit dem Vorgeben, man müsse die Sozialisierung der Betriebe in Ruhe und Ordnung herbeiführen, kommt daher, weil sich diese Gesellschaft längst mit der bürgerlichen Gesellschaft verbrüderet hat und weil ihre ganze Gedankenwelt längst verbürgerlicht ist. Wir sehen ja, daß diese verbürgerlichte Gesinnung nicht nur vorhanden ist bei den Scheidemännern, wir lesen sie auch tagtäglich in der Freiheit". Sie lesen jeden Tag das Lamento über die Streiks in der "Freiheit", jeden Tag wird die Schädlichkeit der Streiks dargelegt, die Leute haben keine Ahnung, was in der Arbeiterschaft lebt, und haben nicht die Absicht, den Kampf für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel herbeizuführen. Und aus diesem wirtschaftlichen Gesichtspunkt ist die Trennung nur zu begrüßen. Auch auf diesem Gebiet wird in Erscheinung treten, daß die Kommunistische Partei die einzige ist, die gewillt ist, die Vergesellschaftung der Betriebe nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis durchzuführen. (Bravo!)

Diskussion

Genosse *Hammer* [Essen]: Wie weit die Theorie der Gewerkschaften gediehen ist, können Sie an einer Vereinbarung sehen, die zwischen dem Bergarbeiterverband und dem Zechenverband abgeschlossen wurde, derzufolge am 1. Januar eine Lohnerhöhung von 15 Prozent eintreten soll. Zugleich hat sich der Bergarbeiterverband gegenüber dem Zechenverband verpflichtet, daß er auch für eine Kohlenpreissteigerung eintreten wird. Die Bergarbeiter haben Luft bekommen, sie sind von den Gewerkschaftsangestellten während des Krieges systematisch zur Grube gehetzt worden. Das beweisen alle Versammlungen, die von den Bergarbeitern abgehalten werden. Die Beamten werden mit Heulen empfangen.

Wir hätten von Lange verlangt, daß er uns sagt, wie man sich praktisch zu den Streiks und zu den Gewerkschaften verhalten soll. Draußen liegen die Dinge wesentlich anders. Man kann den Bergarbeiter nicht trösten auf unsere sozialistischen Ziele, sondern er will Taten sehen. Heute hat der bergbauliche Verein einerseits mit dem Verband andererseits ein Abkommen getroffen, daß Verhandlungen nur zwischen den beiden Organisationen stattfinden können. Es wurde vereinbart, daß Einzelstreiks, die ohne Zustimmung des Verbandes ausbrechen, erwürgt werden sollen. Man sagt, die Arbeiter sollen sich totstreiken, dann werden sie ihre Leiter, die sie jetzt gewählt haben, totschiessen. Man kann diese wirtschaftlichen Einzelstreiks nicht ins unendliche

ausdehnen, sonst würde man die Bergarbeiter bei großen politischen Aktionen nicht mehr aus der Grube bekommen. Wir müssen die Bergarbeiter darauf hinleiten, daß sie bei großen politischen Aktionen aus der Grube gehen. Bei vielen Verhandlungen wurden Maschinengewehre und Soldaten auf den Zechen aufgestellt.

Die Arbeiter haben dabei großes Verantwortungsgefühl. Sie verstehen vorzüglich, daß sie die Grube nicht ersaufen lassen sollen. Die Leiter des Bergarbeiterverbandes suchen die Arbeiter, wenn sie sich in einer Kalamität befinden, noch tiefer hineinzuschieben. Der Bergarbeiterverband ist unfähig, die örtlichen Verhältnisse zu regeln. Die Bergarbeiterführer wollen nicht ran, sie wollen die Arbeiter in den Morast zurückstoßen. Auf den großen Zechen haben die Arbeiter schon die Betriebsräte eingeführt, und sie werden fortfahren, diese Betriebsräte auch auf den anderen Zechen einzuführen. Die Gewerkschaftsführer verstehen noch immer nicht die Zeichen der Zeit, sie befinden sich noch in den Gedanken der Vorrevolution. Sie bedenken nicht, daß sie zur Umwertung da sind, daß sie die Produktion als solche übernehmen sollen. Man sieht, wie äußerst rückständig diese Leute noch sind. Wir sagen den Arbeitern, daß sie Betriebs- und Fabriksräte bilden müssen, und sie folgen schon unserem Beispiel. Was sollen wir aber den Arbeitern antworten, wenn sie zu uns kommen und fragen, was tun wir mit den Gewerkschaften, mit den Verbandsbüchern? Zum Teil schmeißen sie die Verbandsbücher schon heute weg. Wir müssen den Arbeitern klarmachen, daß wir eine politische Organisation sind.

Genosse *Rieger* (Berlin): Die Tarifverträge sind einmal vor Jahren von Fräulein Fanny Immler "sozialistische Friedensdokumente" genannt worden. Nicht nur Friedensdokumente sollten sie sein, sondern sie sind in Wahrheit reine Sklavenverträge gewesen, die absolut antisozialistisch wirkten. In einer Reihe von Tarifverträgen ist es zur Pflicht gemacht worden, daß im Falle von vom Verband nicht genehmigten Streiks sogar die organisierten Streikbrecher zu stellen waren. Wir müssen uns also darüber klar sein, daß wir mit Tarifverträgen dieser oder jener Art nichts erreichen. Jede gute Konjunktur für die Arbeiter durfte von den Arbeitern nicht ausgenutzt werden unter der Geltung der Tarife, hingegen dem Unternehmer war es unbenommen, jede Konjunktur auszunutzen. Bequem war die ganze Geschichte, und die Kassen der Verbandsgeneräle waren geschützt.

Der Syndikalismus ist gegen die Tarife. Er will eine freie Taktik. Während durch die Tarife auch den Arbeitern jeder Solidaritätsstreik zur Unmöglichkeit gemacht wurde, will der Syndikalismus keine Tarifverträge und kurze, revolutionär zugespitzte Streiks zur Verbesserung der sozialen Lage. Die Arbeiter sind im sozialen Kampfe zu schulen, die Kämpfe revolutionär zuzuspitzen, so daß es im Verlauf einer sozialen Revolution zu einem Sieg des kommunistischen Gedankens kommt. Bei der Behandlung der Richtlinien des Genossen Lange darf man nicht aus dem Auge lassen, daß es nicht die Aufgabe des Spartakusbundes sein kann, auch die Lohnbewegungen zu führen, solange es nicht zu einem wirklichen Sieg der sozialistischen Revolution kommt. In dieser Zwischenzeit müssen wir darauf Bedacht nehmen, daß die wirtschaftlichen Kämpfe trotzdem zu führen sein werden. Wir müssen darauf Bedacht nehmen, daß die Gewerkschaften auch eine Aufgabe haben. Allerdings mit den Zentralverbänden muß endgültig gebrochen werden. Der Syndikalismus steht auf dem Standpunkt, daß die Arbeiter eines Ortes nicht beruflich getrennt sein dürfen, sondern daß die Arbeiter eines Ortes die Pflicht haben, ihre Kämpfe gemeinschaftlich zu führen. Die einzelnen Berufe sollen nicht in besonderen Organisationen vereint sein, sondern die Arbeiter aller Berufe haben alle das gemeinsame Ziel, den Kapitalismus zu entwurzeln. Solange das noch nicht erreicht ist, solange haben sie die Kämpfe gemeinsam zu führen. Also kurze Streiks, revolutionär zugespitzt, auf breiter revolutionärer Basis, Solidaritätsstreiks auf breitester Grundlage. Dann gibt es eine ganze Reihe von Kampfmitteln in der Übergangszeit, die ja die Arbeiter in Oberschlesien und im Ruhrrevier vorzüglich anzuwenden wissen.

[Genosse] *Springer* (Hanau): Ich sehe mit großer Freude, daß sich die neue kommunistische Partei zunächst mit der Sozialisierung der Betriebe befassen will. Der Schrei der Arbeiter nach Sozialisierung ist groß. Wir müssen immer erst vorangehen mit der Sozialisierung der Industrie und dann mit der Sozialisierung der Betriebe. Es sind schon gewisse Anstalten da, Syndikate, Handelsgesellschaften, in der Bekleidungsindustrie, in der Leder-Großindustrie, [im] Eisenbahnbau, diese Industrien sind wie geschaffen zur Sozialisierung. Diese Gesellschaften haben sich bisher ausschließlich in den Händen der Kapitalisten befunden, es wäre Pflicht und Aufgabe der Arbeiter- und Soldatenräte, in diese Gesellschaften sofort einzudringen, sie zu kontrollieren und sie in unsere Bahnen zu lenken. Ich habe kürzlich einem Kongreß der Bekleidungs- und Instandsetzungsämter beigewohnt, wir haben aus eigener Initiative beschlossen, eine Kontrolle in das Kriegsministerium, [in das] Wumba [Name des Waffen- und Beschaffungsamtes], hineinzuschicken. Das war ein revolutionärer Akt. Wir sahen, daß von dieser Gesellschaft aus große Mengen an Stoffen und Leder usw. in Privathände abgeschoben wurden. Die Gesellschaften sind jetzt bemüht, alle die Rohstoffe, die während des Krieges aufgestapelt worden sind, an Bekleidungsstücken, Stoffen etc. wieder in privatkapitalistische Hände zu bringen. Ich bedauere, daß diese Richtlinien nicht früher in unsere Hände gelangt sind. Ich frage, sollen diese Anordnungen von unserer Seite ausgegeben werden, oder sollen diese Anordnungen von den einzelnen örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten geschehen? Sollen wir warten, bis eine Zentralstelle in Berlin geschaffen worden

ist? Ich bin der Meinung, daß wir den einzelnen örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten die Anweisungen zu geben haben, daß sie in diesem Sinne arbeiten sollen. Wir können nicht warten, bis die Sache von einer amtlichen Stelle in die Hand genommen wird. Die Rohstoffe werden inzwischen verschleppt. Wir haben die Pflicht, dies zu verhindern, damit die Sozialisierung nicht so schwer fällt.

Genosse *Frölich* (Hamburg): Wir in Hamburg sind in der Richtung der Grundlinien schon vorgegangen. Bei uns in den Großbetrieben bestehen die Arbeiterräte, die die nötigen Kontrollen ungefähr im Sinne der Richtlinien ausüben. Sie haben im wesentlichen die Rechte, die dort verlangt werden. Das System muß sich selbstverständlich noch einarbeiten. Von symptomatischer Bedeutung ist mir, daß die Debatte über die Sozialisierung der Betriebe zunächst den Charakter einer Gewerkschaftsdebatte annimmt. Dies ist offenbar das Resultat der Erfahrungen der letzten Zeit. Jeder weiß, daß die Gewerkschaften sich entschieden jeder energischen Maßregel widersetzen. Das hat seinen tiefen Grund. Die Gewerkschaftsführer sagen sich mit Recht, daß die Forderungen der Arbeiter, die einfach notwendig sind, damit die Arbeiter nach diesen 4 1/2 Jahren Hunger wieder einmal eine menschenwürdige Existenz führen, die Existenz des Kapitalismus gefährden. Denn durch diese Forderungen wird der Profit gefährdet und damit das kapitalistische System. Darum vertreten die Gewerkschaftsführer in allen Lohnstreitigkeiten, in allen Streitigkeiten um die Arbeitszeit von vornherein den Standpunkt der Unternehmer.

Es ist unbedingt notwendig, daß wir hier eine klare Entscheidung in der Gewerkschaftsfrage herbeiführen. Es fragt sich, ob wir es verantworten können, daß unsere Arbeitsgenossen jetzt noch in diesen Gewerkschaften bleiben. Wir in Hamburg, überhaupt in den Großstädten der Wasserkante, haben uns mit dem Gewerkschaftsproblem beschäftigt schon seit vielen Jahren, schon nach dem großen Werftarbeiterstreik im Jahre 1913. Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß die alte Gewerkschaftstaktik unmöglich die Arbeiter befriedigen kann, daß gegenüber dem ungeheuer konzentrierten Kapital es unmöglich ist, mit den alten Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes anzukommen. Wir rennen uns da nur den Schädel ein. Auf der anderen Seite steht die Erfahrung, daß der politische Kampf in den alten Formen unmöglich weitergeführt werden kann. Es müßte auch auf politischem Gebiete die ganze wirtschaftliche Macht der Arbeiter in die Waagschale geworfen werden. Wir sahen, wie die beiden Strömungen zusammenflossen. Der wirtschaftliche Kampf konnte nicht mehr anders geführt werden als durch einen Druck auf die politischen Körperschaften. Wir kamen zu dem Schluß, daß es notwendig ist, diese Zerteilung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeit aufzugeben und beide Ströme in ein Bett zu leiten. Ich bin mir klar darüber, daß dieses Problem reif ist nur für die Wirtschaftsgebiete, in denen der Großbetrieb vorherrschend ist. Aber ich habe es als einen Mangel empfunden, daß die Genossen vom alten Spartakusbund, die doch noch eine Reihe von Beziehungen hatten zu der Presse der USP, auf diese Frage nicht ein einziges Mal eingegangen, daß sie es zuließen, daß die "Leipziger Volkszeitung" die Parole ausgab: Nicht aus den Gewerkschaften heraus, sondern in die Gewerkschaften hinein! Man gab sich dem irrigen Glauben hin, wenn wir drin sind, dann machen wir die Gewerkschaften kaputt. Wir haben gesehen, daß dies innerhalb der alten Partei nicht möglich war, innerhalb der Gewerkschaften ist es erst recht nicht möglich. Weil vor allen Dingen das Finanzwesen und die Verhältnisse im Angestelltenwesen zugeschnitten sind auf das bürgerliche Recht und wir mit revolutionären Mitteln nur gegen das bürgerliche Recht kämpfen können und nicht mit dem bürgerlichen Recht im Bunde. Es ist unmöglich, die Gewerkschaften zu gewinnen dadurch, daß man hier und da einen radikalen Vorstand in einer Ortsgruppe wählt. Für uns kann es nur die Parole geben: Heraus aus den Gewerkschaften!

Und was dann? Wir in Hamburg standen im Anfang der Revolution vor der Frage: Sollen wir das, was wir damals theoretisch ausgeführt hatten, auch praktisch durchführen: die Einheitsorganisation? Zunächst hatten wir Bedenken. Wir hatten gesagt, wir leben in der Revolution, da sind gewerkschaftliche Kämpfe nicht mehr nötig. Einige Tage später kam uns die Erkenntnis, daß wirtschaftliche Kämpfe doch noch nötig waren. Wir haben die Einheitsorganisation gegründet. Unsere Mitglieder finden hier auch ihre wirtschaftlichen Interessen vertreten. Weil wir das Hauptgewicht auf die Betriebsräte gelegt haben, so haben wir Gelegenheit, gerade die Kräfte, die jetzt aus den wirtschaftlichen Kämpfen herauskommen, für die revolutionäre Bewegung nutzbar zu machen und jeden wirtschaftlichen Kampf zu verbinden mit einem Kampf auch in den anderen Betrieben.

[Genosse] *Jacob* (Berlin): Die Frage der Sozialisierung, das Endziel unserer revolutionären Ideale, ist die Kardinalfrage, um die es geht. Es ist bedauerlich, daß von unserer jetzigen Regierung die Sozialisierung noch so gut wie gar nicht in Angriff genommen worden ist. Wir müssen energisch dafür eintreten, daß die Sozialisierung sofort vorgenommen wird, die Arbeiter- und Soldatenräte müssen dieselbe durchführen. Die gewerkschaftlichen Organisationen müssen sofort aufgelöst werden. Wir haben Bestimmungen in unserem Programm, die die gewerkschaftlichen Organisationen ersetzen. Alle wirtschaftlichen Bewegungen haben auch politischen Hintergrund. Die Durchführung des Sozialismus kann nur durch die Diktatur des Proletariats geschehen, es gibt keinen anderen Weg. Von unten herauf müssen wir zur Sozialisierung kommen. Die großen Betriebe sind reif zur Sozialisierung, die großen Syndikate und Aktiengesellschaften sind schon Vereinigungen, die aber nur den Interessen der Kapitalisten zugute kommen. Die Arbeiter warten auf die Sozialisierung. Die Landarbeiter warten

darauf, daß die großen Rittergüter sozialisiert werden. Das Leid der Landproletarier ist ungeheuer groß unter diesem kapitalistischen Ausbeutungssystem. Punkt 8, sofortige Beschlagnahme aller Lebensmittel, müßte sofort in Angriff genommen werden. Ebenso die Aufhebung der Rationierung.

Genosse *Seidel* (Düsseldorf): Ich muß auf einiges eingehen, was Genosse Frölich sagt: Die Gewerkschaftsführer glauben, daß eine Sozialisierung der Betriebe nicht durchführbar ist. Meines Erachtens ist nicht das der Hauptgrund, daß unsere Gewerkschaftsführer gegen die sofortige Sozialisierung sind, sondern das hat eine andere Ursache. Schon in der Zeit vor dem Kriege, während des Kriege und jetzt nach dem Kriege zielen die Gewerkschaftsführer darauf hin, einen Kampf für die Tarife zu führen durch Zentralisation der Gewerkschaften, geheime Verhandlungen mit den Unternehmern. Die Gewerkschaftsführer wollen nichts anderes, als sich als herrschende Klasse neben der jetzt herrschenden Klasse zu etablieren, um die Arbeiter mit zu beherrschen. Wenn die Sozialisierung durchgeführt wird, glauben sie, daß damit auch ihre Herrschaft zu Ende geht.

Während die politischen Parteien besonders und auch der Kongreß der Arbeiterräte und die eingesetzte Sozialisationskommission mit der heutigen Regierung verhandeln, handeln die Großindustriellen. Wir sehen in Düsseldorf, daß die Großindustriellen dazu übergehen, die noch vorhandenen Rohmaterialien in das Landinnere zu führen, hinweg aus den Gebieten der Großindustrie, um sie sich zu sichern, weil sie meinen, daß gerade in dem Gebiet der rheinisch-westfälischen Industrie die Arbeiterschaft doch die Energie aufbringen würde, um die Sozialisierung selbständig in die Hand zu nehmen. Dem wollen sie dadurch vorbeugen, daß sie die Rohmaterialien fortschaffen. Wenn immer behauptet wird, daß nur den Unternehmern es möglich ist, die Industrie wieder hochzubringen, so möchte ich darauf hinweisen, welche ungeheure Sisyphusarbeit von den Unternehmern im Einverständnis mit der Reichsregierung geleistet wird. Es wird noch Kriegsmaterial hergestellt, das wird auf Wagen geladen, eine Stunde weit weggefahren und dort wieder zerschlagen, um neues Rohmaterial zu gewinnen. Das alles müßte dazu treiben, die Sozialisierung in die Hand der Arbeiter selbst zu legen.

Aber noch mehr. In einer Verhandlung mit den Großindustriellen wurde diesen nahegelegt, kein Kriegsmaterial mehr herzustellen und statt dessen die Friedensproduktion energisch in die Hand zu nehmen. Da wurde uns geantwortet: ja, wer bezahlt uns denn das? Die Herstellung von Kriegsgütern wird uns von der Reichsregierung bezahlt, oder wenn es uns von der Entente abgenommen wird, wird es uns auch bezahlt. Diese Widersinnigkeiten müssen wir dem Volk predigen, wir müssen ihm zeigen, daß die Gewerkschaftsführer sich deshalb nicht für die Sozialisierung der Betriebe ins Zeug legen, weil sie glauben, dadurch wird ihre Macht zerstört. Wir müssen uns in Verbindung setzen mit solchen technischen Beamten, welche wirklich gesonnen sind, die Sozialisierung durchzuführen, die wirklich auf unserem Boden stehen, daß die Sozialisierung durchgeführt werden kann. Wenn wir diese haben und die Arbeiterschaft dazu, dann kann uns keine Gewerkschaft und keine Reichsregierung mehr hindern, die Sozialisierung selbst in die Hand zu nehmen.

Genosse *Sturm* [Hamburg]: Wenn der Genosse Frölich aus den Erfahrungen der Hamburger gesprochen hat, so möchte ich auf den zweiten Teil der Forderungen eingehen im Hinblick auf die Erfahrungen Rußlands. Gleich beim ersten Punkt des zweiten Teiles der Forderungen. Ein Achtstundentag ist die Minimalforderung, die die Kommunisten aufstellen können. Aber die Einschränkung unter 8 Stunden kann nur durchgeführt werden, wenn der Zentralarbeiterrat die Macht in den Händen hat. Bis dahin müssen wir uns mit der alten Forderung des Achtstundentages begnügen. Anstatt 35 schlage ich vor: 48 Stunden.

Was dann den Punkt 3 dieser Forderung anbetrifft, so bin ich dafür, daß hier eine Änderung eintritt. Es ist hier eigentlich nur ein platonischer Wunsch ausgedrückt, wo es heißt, daß möglichst allen Arbeitern Gelegenheit zur Arbeit zu geben ist. Ich stelle den Antrag, daß dieser Punkt so formuliert wird:

Dadurch hätten wir die Möglichkeit, dafür zu sorgen, daß möglichst wenig proletarische Elemente deklassieren.

Punkt 11: Der 1. Mai gilt als Festtag. Genossen! Der Festtage und Trauertage gibt es im Leben der Arbeiter mehrere, und deshalb stelle ich den Antrag, daß die Liste der Festtage vom Bezirkswirtschaftsamte festzustellen ist.

Punkt 12: Die Unterstützung der erkrankten Arbeiter. Ich glaube, daß dieser Punkt von Genossen, die die Arbeiterversicherung sehr gut kennen, in der Weise gefaßt ist, daß sie den bereits bestehenden Unterstützungsapparat außer acht gelassen haben. Die Krankenkassen haben nach wie vor zu bestehen, die Unterstützungskosten sind aus den Mitteln der Unternehmer voll und ganz zu tragen. Die Unterstützungen sollen nach wie vor von den Krankenkassen ausgezahlt werden.

Punkt 13: Die Wöchnerinnenunterstützung soll nicht 4 Wochen vor und 6 Wochen nach der Entbindung, sondern

6 Wochen vor und 8 Wochen nach der Entbindung gewährt werden, und zwar aus dem Grunde, weil jetzt während des Krieges die Unterernährung ganz besonders stark und es dadurch von besonderer Wichtigkeit ist, daß die neue Generation gut gedeiht.

Punkt 14 und 15: Ich schlage vor, daß diese Punkte, die ja eigentlich in die Kompetenz der Betriebsräte oder des Zentralarbeiterrats fallen, als solche auch hier bezeichnet werden.

Vorsitzender: Um Mißverständnisse zu vermeiden, will ich mitteilen, daß die Richtlinien nicht zur Abstimmung gelangen, sondern als Material der Kommission überwiesen werden.

Genosse Müller [Brandenburg]: Wir wundern uns vielleicht, daß die Arbeiterschaft zum größten Teile so wenig politisches Verständnis hat. Das kommt daher, weil gerade in gewerkschaftlicher Beziehung mit der ganzen Kleinarbeit von seiten der Instanzen versucht wurde, bei den Arbeitern mehr Verständnis dafür zu erwecken als für die großen politischen Fragen. Der wahre Wert der Gewerkschaften, wie sie gewesen sind, besteht eigentlich darin, daß man es verstanden hat, sich Instanzen zu schaffen. Instanzenweg ist Dornenweg. Das Recht der freien Initiative war den Arbeitern genommen. Müller, der Vorsitzende des Transportarbeiterverbandes, sagte bei dem Millionengeschenk an die Reeder, daß die Arbeiter das verstehen müssen. Die Arbeiter müssen die Kleinarbeit aufgeben und sich in großen Organisationen zusammenschließen. Wir haben die Pflicht, die Arbeiter darauf aufmerksam zu machen, daß sie ihre Kräfte nicht vergebend in der Kleinarbeit, sondern eine große kompakte Masse bilden, in der alles unter einen Hut gebracht wird. Wir verwerfen den Generalstreik nicht, aber wie elektrische Funken müssen die kleinen Streiks herumspringen, um die Ununternehmer einzuschüchtern und dann zum letzten großen Ruck die Massen zusammenzuballen. So wecken wir das politische und wirtschaftliche Verständnis der Arbeiter.

Genosse Schröder (Remscheid): Genossen! Es kann nicht die Aufgabe eines einfachen Arbeiters sein, die großen Probleme der Sozialisierung auch nur in der Diskussion zu erörtern. Wir müssen uns darauf beschränken zu versuchen, Anregungen zu geben, wie die Vorarbeiten zur Sozialisierung praktisch gemacht werden könnten. Die Taktik der Gewerkschaften ist immer darauf hinausgelaufen, daß nicht der Wille der Arbeiter, die Lebenshaltung zu verbessern, maßgebend war, sondern der Wille einer kleinen Gruppe vom Vorstand. Niemals war es Prinzip der Gewerkschaften, die Lebenshaltung der Arbeiter wirklich zu verbessern. Das Prinzip der Gewerkschaften war, eine kleine 2-Pfennig-Politik der Lohnerhöhung zu betreiben, das 95-Prozent-Organisieren der Arbeiter, um später den sogenannten großen Stoß machen zu können. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen wir versuchen, etwas zu finden, wie wir den Gewerkschaften entgegenzutreten. Wir müssen die Vertrauensleute der Gewerkschaften für uns gewinnen und sie als Betriebsagitatoren für uns heranziehen. Dann haben wir den ersten Schritt zur Sozialisierung getan. Das Material, das zur Verfügung gestellt ist, muß klarer formuliert und den Vertrauensleuten zugänglich gemacht werden. Wir müssen sie einladen, nicht die Gewerkschaften. Dann wissen wir auch, wie wir Streiks zu leiten und zu bewerten haben. Können wir uns aber nicht der Vertrauensleute bemächtigen, dann ist auch die Sozialisierung noch auf eine lange Zeit hinausgeschoben. Also Aufklärung der werktätigen Bevölkerung!

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß folgende Anträge zur Diskussion stehen:

Antrag Rieger (Berlin). Die Reichskonferenz erklärt: Die Tarifvertragspolitik der gewerkschaftlichen Zentralverbände, die Abwürgung der Streiks und die systematische Unterbindung des sozialen Befreiungskampfes des Proletariats durch die Gewerkschaftsbürokratie sowie die ablehnende, ja feindliche Haltung der Verbandsführer gegen die sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der Produktionsmittel sind in ihrer Wirkung staatsertreuend und darum revolutionsfeindlich. Die Zugehörigkeit zu solchen Gewerkschaftsverbänden ist deshalb unvereinbar mit den Zielen und den Aufgaben der kommunistischen Partei Deutschlands. Für die Führung der wirtschaftlichen Kämpfe und zur Übernahme der Produktion nach dem Sieg der sozialen Revolution ist vielmehr die Bildung revolutionärer, örtlicher, begrenzter Arbeiterorganisationen (Einheitsorganisation) notwendig. Diese Kampforganisationen haben ihre Tätigkeit im besten Einvernehmen mit der Kommunistischen Partei und den zentralen Streikkommissionen auszuüben und die kommunistische Produktion vorzubereiten und durchführen zu helfen.

Ferner ein Antrag mehrerer Delegierter: Die Taktik der Gewerkschaften hat vor und während des Krieges zu einer vollständigen Lahmlegung des revolutionären Klassenkampfes geführt. Die Gewerkschaften von innen heraus zu reformieren, ist nach allen bisherigen Erfahrungen ein aussichtsloses Beginnen. Die Konferenz der Kommunistischen Partei beschließt deshalb, den Kampf gegen die Gewerkschaften von außen aufzunehmen, und fordert die ihr angeschlossenen Organisationen auf, unverzüglich eine Austrittspropaganda aus den Gewerkschaften auf nachdrücklichste zu entfalten. Die Konferenz verpflichtet die Mitglieder der

Kommunistischen Partei Deutschlands, ihren Austritt sofort aus den Gewerkschaften zu vollziehen. In der jetzigen Situation ist der Standpunkt von getrennt geführten wirtschaftlichen und politischen Kämpfen vollständig überholt. Für das revolutionäre Proletariat ist die wirtschaftlich-politische Einheitsorganisation geboten. Diese ist die Kommunistische Partei Deutschlands.
 Unterzeichnet von Schmidt-Hannover und Genossen

[Genosse] *Eder* (Essen): Die Gewerkschaftsfrage der heutigen Zeit ist für uns eine Frage, die schnell erledigt werden muß, weil gerade unsere Gewerkschaftsangehörigen in bürokratischem Sinne gearbeitet haben. Ich bekam im vorigen Jahre bei dem Massenstreik eine Nummer der I. K. zugestellt, in der ein Brief aus dem Felde abgedruckt war, worin sich der Verfasser entrüstet, daß die Arbeiter jetzt streiken, wo die Munition so sehr gebraucht wird. Ich schrieb an den Verlag der I. K., daß es mich interessieren würde zu erfahren, wer der Verfasser dieses Artikels ist, worauf ich zur Antwort erhielt, ich sollte Unterschriften als Zustimmung für diesen Brief sammeln, die Sache wird dann als Flugblatt herausgegeben, um gegen die Kameraden, die im Streik stehen, vorzugehen. Heute ist nicht die Gewerkschaftsfrage, sondern die politische Organisation maßgebend. Heute müssen wir in den Gewerkschaftsversammlungen die Beamten der Gewerkschaften wegfegen und unsere Leute hinsetzen. Die patriotischen Gewerkschaftsangehörigen werden nicht in den politischen Massenstreik eintreten.

Genosse *Heckert* (Chemnitz): Die Genossen machen sich die Beantwortung der Frage sehr leicht. Ich möchte für die Gewerkschaftsbewegung eine Lanze brechen. Nicht, weil ich selbst Gewerkschaftsbeamter bin. Es ist nicht zu bestreiten, daß sich in den Gewerkschaften starke konterrevolutionäre Tendenzen entwickelt haben, daß die Gewerkschaftsführer in ihrer Masse Leute geworden sind, die sicherlich nicht darauf bedacht waren, die Arbeiterklasse mit ganzer Kraft vorwärtszubringen. Es ist immer etwas anderes, ob man eine Frage vom Standpunkt des politischen Kämpfers betrachtet oder vom Standpunkt des Geschichtsschreibers. Es gibt tausend Ursachen, warum diese Gewerkschaftsbürokratie so geworden ist, und warum ließen sich die Arbeiter fortgesetzt das gefallen? Hier treten Genossen auf, die mit einer Handbewegung alle Dinge umschmeißen wollen, als ob es Kartenhäuser wären. Es muß etwas Besseres an die Stelle des Eingeworfenen gesetzt werden. Ich weiß nicht, ob Sie dazu imstande sind.

Ich bestreite, daß die Gewerkschaften überflüssig geworden sind und daß es ein Nutzen wäre, eine Austrittsparole zu geben und gegen die Gewerkschaften anzukämpfen, wenn wir noch nicht die Mittel haben, um das, was wir einreißen, sofort zu ersetzen. Wir haben eine große Aufgabe, die ganze Gesellschaft umzugestalten. Diese Revolution ist nicht nur politisch, sondern auch sozial. Wie steht es mit den Betriebsräten? Nicht besonders günstig für uns. Wir werden in eine Reihe großer Kämpfe verwickelt werden, und die Bürgerlichen werden sich gegen uns zusammenschlagen. In diesen Kämpfen um die Sozialisierung werden die Gewerkschaften nicht mehr die Rolle spielen können, die sie früher gespielt haben. Ihr verwechselt die Zeit vor der Revolution. Aber wir sind jetzt in der Revolution und haben ganz andere Aufgaben nicht nur bei uns, sondern auch die Gewerkschaften. Dieselben sind heute nicht mehr in der Lage, eine derartige Politik zu führen, wie sie sie im Kriege geführt haben. Wenn wir in den Fabriken die Betriebsräte aufgerichtet haben, dann werden wir dazu übergehen, die Betriebe in die Hände der Arbeiter zu übergeben. Damit erledigt sich im wesentlichen der Teil der Gewerkschaftstätigkeit, gegen den Ihr besonders ankämpft. In dem Moment, wo wir den Bergbau sozialisieren, wird die Bergarbeitergewerkschaft eine ganz andere Rolle spielen als früher. Ich bestreite, daß man um die Frage der Sozialisierung herumkommt. Die objektiven Tatsachen sind so, daß die Sozialisierung kommen muß, und wenn alle dagegen ankämpfen. Auch die Gewerkschaften können höchstens den Zeitpunkt des Zusammenbruches des bürgerlichen Staates aufschieben, aber um so rascher wird er zusammenbrechen. Wenn diese Gewerkschaften in ihrer Form schlecht gewesen [sind] und die Leute, die ihnen vorstanden, viele schlimme Dinge verbrochen haben, so ist nicht damit gesagt, daß diese Verbände unter einem neuen historischen Zustand ebenso schlecht weiterwirken werden. Ich weiß es nicht. Wir werden Institutionen haben müssen, die die Produktion in die Hände nehmen und kontrollieren. Wir werden Verbindungen von Fabrik zu Fabrik und von Beruf zu Beruf benötigen, und zu diesem Zwecke ist es notwendig, daß bestimmte Gewerkschaftsverbände der Arbeiter bestehen. Ich bin der Ansicht, daß wir die Gewerkschaften auf dieses Gebiet hinüberschieben können, die objektiven Tatsachen zwingen sie dazu. Das Unterstützungswesen wird nicht mehr die demoralisierende Rolle spielen können wie bisher. Das Volk ist so sehr erschüttert in seiner Gesamtheit, daß man mit den bisherigen Unterstützungen die Frage nicht mehr lösen kann.

Es müssen also in der nächsten Zukunft, wenn wir nicht einen vollständigen Zusammenbruch erleben wollen, andere Mittel angewendet werden. Die Arbeitslosenunterstützung muß eine Reichsunterstützung werden. Wie wir sie dann durch unsere Kraft auszugestalten imstande sind, hängt davon ab, welche Kräfte wir entwickeln. Die gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützungen werden keine so bedeutende Rolle spielen können. Jetzt kommt es darauf an, die gewerkschaftlichen Arbeiter in der politischen Bewegung zu erfassen. Wenn uns das gelingt, dann werden wir die Gewerkschaftsbewegung in andere Bahnen lenken, weil es einfach ganz unmöglich

ist, unter einem anderen geschichtlichen Zustand, wenn die große Masse der Arbeiter in Bewegung gesetzt wird, nicht für ein bestimmtes großes Ziel zu arbeiten, für das jetzt gekämpft werden muß. Ich habe nicht die Befürchtung, daß die Gewerkschaften noch solchen Schaden anrichten können, es bedeutet aber sehr großen Schaden, wenn wir jetzt die Austrittsparole geben.

Genossin Luxemburg: Genossen! Ich bedauere nicht nur [nicht], daß in der heutigen Debatte eine sogenannte Gewerkschaftsdebatte sich entwickelt, sondern ich begrüße es. Es verstand sich von selbst, daß in dem Moment, wo wir an die Aufgabe herantreten, die wirtschaftlichen Aufgaben zu behandeln, wir sofort stolpern über den großen Wall, der in den Gewerkschaften vor uns aufgerichtet ist. Die Frage des Kampfes für die Befreiung ist identisch mit der Frage der Bekämpfung der Gewerkschaften. Wir haben dazu in Deutschland zehnmal mehr Grund als in anderen Ländern. Denn Deutschland ist das einzige Land, in dem während der vier Jahre des Weltkrieges keine Lohnbewegungen stattgefunden haben, und zwar durch Parole der Gewerkschaften. Wenn die Gewerkschaften nichts anderes getan hätten, so wären sie zehnmal wert, daß sie zugrunde gehen. Die offiziellen Gewerkschaften haben sich im Verlaufe des Krieges und in der Revolution bis zum heutigen Tage als eine Organisation des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Klassenherrschaft gezeigt. Deshalb ist es selbstverständlich, daß der Kampf um die Sozialisierung in Deutschland sich in erster Linie befassen muß mit der Liquidierung dieser Hindernisse, die die Gewerkschaften der Sozialisierung entgegenstellen. In welcher Weise ist diese Liquidierung durchzusetzen? Welches positive Gebilde ist an die Stelle der Gewerkschaften zu setzen?

Ich muß mich entschieden gegen die Anregung der Genossen aussprechen, die hier in einem Bremer Antrag die sogenannte Einheitsorganisation vorschlagen. Sie haben eins nicht bemerkt. Wir sind daran, die Arbeiter- und Soldatenräte zu Trägern sämtlicher politischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse und Machtmittel der Arbeiterklasse auszugestalten. Dieser Gesichtspunkt in erster Linie hat maßgebend zu sein für die Organe für den wirtschaftlichen Kampf.

In den Leitsätzen ist ein leitender Gedanke ausgeführt: Die Arbeiterräte sind berufen, die wirtschaftlichen Kämpfe zu leiten und zu beaufsichtigen, und zwar von ihren Betrieben aus. Betriebsräte, gewählt durch Betriebsobleute, im Zusammenhang mit Arbeiterräten, die gleichfalls aus den Betrieben herauskommen, in die Spitze der Reichswirtschaftsräte zu sammenlaufend. Sie werden sehen, daß die Leitsätze auf nichts anderes herauskommen als auf eine vollständige Ausschöpfung aller Funktionen der Gewerkschaften. (Beifall.) Wir expropriieren die Gewerkschaften aus den Funktionen, die sie von den Arbeitern anvertraut bekommen und veruntreut haben. Wir ersetzen die Gewerkschaften durch ein neues System auf ganz neuer Grundlage. Die Genossen, die die Einheitsorganisation propagieren, scheinen befangen in den Gedanken ...

Das waren Mittel und Wege, die man ergreifen konnte vor der Revolution. Heute müssen wir uns auf das System der Arbeiterräte konzentrieren, müssen die Organisationen nicht durch Kombination der alten Formen, Gewerkschaft und Partei, zusammengeschlossen, sondern auf ganz neue Basis gestellt werden. Betriebsräte, Arbeiterräte, und weiter aufsteigend, ein ganz neuer Aufbau, der nichts mit den alten, übernommenen Traditionen gemein hat.

Es geht nicht an, zwischen Tür und Angel einen solchen Antrag von Bremen und Berlin anzunehmen. Auch die Parole des Austritts aus den Gewerkschaften hat einen kleinen Haken für mich. Wo bleiben die kolossalen Mittel in den Händen jener Herren? Das ist nur eine kleine praktische Frage. Ich möchte nicht, daß man alle Gesichtspunkte vergißt bei der Liquidierung der Gewerkschaften, und ich möchte nicht eine Trennung, bei der vielleicht noch ein Teil der Machtmittel in jenen Händen bleibt.

Ich schließe mit dem Antrag: Ich möchte Sie bitten, die hier eingebrachten Anträge zu überweisen derselben Wirtschaftskommission, die hier diese Leitsätze ausgearbeitet hat. Sie ist gewählt von den Arbeiter- und Soldatenräten, die auf dem Boden des Spartakusbundes stehen, und sie arbeitet unter Hinzuziehung von Mitgliedern der Spartakuszentrale. Sie fühlt sich nicht befugt, endgültige Beschlüsse zu fassen, sondern hat die Leitsätze ausgearbeitet, um sie den Genossen im Lande vorzulegen. Die Mitgliedschaften sollen sich damit befassen, damit alles auf die breiteste demokratische Grundlage gestellt wird, damit jeder einzelne teilnimmt. Dann werden wir sicher sein, daß das, was geschaffen ist, eine reife Frucht des Kampfes ist. Ich bitte Sie, die Anregungen nur als Anregungen zu betrachten, sie der wirtschaftlichen Kommission zu überweisen und die Richtlinien den Mitgliedschaften vorzulegen.

Genosse Pieck: Die noch zu bewältigende Tagesordnung zwingt uns, die Diskussion über die wirtschaftlichen Kämpfe nicht allzu lange auszudehnen. Wir müssen Schluß der Debatte eintreten lassen. Wir können keinen endgültigen Beschluß fassen, da wir den Mitgliedschaften Gelegenheit geben müssen, sich über die Frage zu äußern. Ich beantrage daher, die Anträge, die zu diesem Punkte gestellt wurden, einer einzusetzenden Programm- und Organisationskommission, die aus Vertretern aller Bezirke zusammengesetzt ist, zu überweisen,

womit eine weitere Diskussion überflüssig ist.

Als Mitunterzeichner des Antrages Schmidt wünscht Sturm das Wort. Er beantragt, daß hier auf der Reichskonferenz eine Kommission gewählt werden soll, die dann ihre Beschlüsse dem ersten Parteitag der Kommunistischen Partei vorzulegen hätte. Er zieht daher seinen Antrag zurück und bittet, ihn als Material der Kommission zuzuweisen.

Rieger zieht ebenfalls seinen Antrag zurück mit der Maßgabe der Überweisung an die Kommission.

Genosse Frölich beantragt, über die Frage des Austritts aus den Gewerkschaften getrennt abzustimmen. Da der Antrag zurückgezogen ist, wird auch der Antrag Frölich gegenstandslos.

Es wird hierauf die Debatte abgebrochen.

Die Mandatsprüfungskommission teilt noch mit, daß von [den Internationalen] Kommunisten 29 Genossen anwesend sind, so daß im ganzen 127 Delegierte aus 56 Orten teilnehmen.

Schlußwort des Genossen Lange: Nur wenige Worte: Der Genosse Sturm hatte die Liebenswürdigkeit zu sagen, die Kommission sei nicht ganz auf der Höhe gewesen. Ich will die Kommission nicht weiter in Schutz nehmen. Ich möchte mich aber mit der Höhe des Genossen Sturm beschäftigen. Wenn er nämlich sagt, es müsse unbedingt daran festgehalten werden, daß die 48stündige Arbeitszeit beibehalten wird, und man dann später in einer sozialistischen Gesellschaft die Arbeitszeit verkürzen kann, so waren wir der Meinung, daß später, wenn die Arbeiter für die sozialistische Wirtschaftsordnung arbeiten, daß man dann darüber reden kann, wie die Arbeitszeit festgesetzt wird, daß wir aber nicht sagen können, in der kapitalistischen Gesellschaft muß die Arbeitszeit unbedingt 48 Stunden betragen. Ich glaube im Gegenteil, daß die Arbeiter in einer sozialistischen Gesellschaft eher geneigt sein werden, etwas länger zu arbeiten als in der kapitalistischen Gesellschaft. Denn in der sozialistischen Gesellschaft arbeiten sie für sich selbst, sie haben aber keine Ursache, für den Kapitalisten möglichst lange zu arbeiten.

Wenn hier auf die Gewerkschaften eingegangen ist, will ich feststellen, daß selbst in bürgerlichen Berufsorganisationen längst über den Achtstundentag hinausgegangen ist. Ich erinnere daran, daß im vergangenen Monat im Zirkus Busch eine Versammlung von 5 000 Angestellten stattfand, die ihrerseits die 7stündige Arbeitszeit gefordert haben. Ich möchte ferner daran erinnern, daß in verschiedenen Berufen schon vor dem Kriege die 7stündige Arbeitszeit vorhanden war. Wir wollen jedenfalls nicht hinter den freien Gewerkschaften zurückbleiben. Der Genosse Sturm hat sich über die Wöchenerinnenunterstützung ausgesprochen, daß die Wöchenerin noch weiter von der Arbeit verschont bleiben muß, als in Paragraph 13 vorgesehen ist, weil sie zu leicht erschöpft ist. Die männlichen Arbeiter sind auch schon bei 8stündiger Arbeit vollständig erschöpft, es gibt Berufe, wo unbedingt die 8stündige Arbeitszeit eingeführt werden muß.

Ich will nicht auf die Einzelheiten der Forderungen weiter eingehen, weil es schon genügend zum Ausdruck gebracht ist, daß diese Leitsätze nur Material zur Kenntnisnahme sein sollen. Betreffs der Frage der Organisation des Spartakusbundes und der wirtschaftlichen Kämpfe hat sich Heckert meiner Ansicht nach etwas reichlich optimistisch über die künftige Tätigkeit der Bewegung ausgesprochen. Ich teile diesen Optimismus nicht, nachdem alles, was die Gewerkschaften nach der Revolution getan haben, so das Abkommen vom 15. November, die Bildung der Arbeitsgemeinschaft, zeigt, daß die Gewerkschaften nicht mit der Zeit fortgeschritten sind, nicht revolutioniert worden sind, sondern noch immer ihren alten reaktionären Charakter beibehalten haben. Ich bin nicht so optimistisch zu glauben, daß sich das über Nacht ändern würde.

Wenn wir die Frage dahin zuspitzen, ob wir für oder gegen die Gewerkschaften sind oder für den Austritt aus denselben, so meine ich, wir sind nicht verpflichtet, dafür zu sorgen, daß unsere Mitglieder den Gewerkschaften beitreten. Die Frage ist die, daß wir die wirtschaftliche Organisation durch die Betriebsräte durchführen wollen. Die Betriebsräte ersetzen die Gewerkschaften. Wir haben in den letzten Monaten das Charakteristikum zu verzeichnen, daß es keine entschiedenere Bekämpfung der Gewerkschaften gibt als die [durch die] Arbeiter- und Betriebsräte. Wenn Sie die Lohnbewegungen in den letzten Wochen und Monaten verfolgen, so werden Sie gefunden haben auf der einen Seite die Gewerkschaften und Unternehmer und auf der anderen Seite die Betriebsräte und die Arbeiter. Wir wollen daher die Betriebsräte fördern und stützen und sind der Überzeugung, daß sie das Werk der Bekämpfung der Gewerkschaften auf das entschiedenste fortsetzen werden, daß wir aber nicht den Arbeitern die Bedingung stellen können: Du mußt, ehe Du bei uns betrittst, aus der Gewerkschaft ausscheiden. Der Spartakusbund will keine politische Einheitsorganisation in dem Sinne sein, daß wir die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe zu besorgen hätten. Wir sind eine politische Organisation und stützen die Betriebsräte, die die wirtschaftlichen Aufgaben durchzuführen haben.

Zweiter Verhandlungstag: Dienstag, den 31. Dezember 1918

Nachmittagssitzung

(Nach der Pause.) (Wiedereröffnung der Sitzung 2 1/2 Uhr.)

Vorsitzender *Walcher* (Stuttgart): Die Nachmittagssitzung ist eröffnet. Wir treten in die Tagesordnung ein. - Das Wort zur Geschäftsordnung hat Genosse Becker.

[Genosse] *Becker* [Dresden]: Genossen und Genossinnen! Ich möchte ein paar Worte zur Begrüßung der Internationalen Kommunisten ausführen. (Widerspruch.) - Ich bitte dann die Konferenz zu fragen, ob sie damit einverstanden ist. Es wird mir vom Vorstandstisch verweigert, eine Erklärung abzugeben, die von der Reichskonferenz der Internationalen Kommunisten beschlossen worden ist und sozusagen als Begrüßung des Spartakusbundes hier verlesen werden sollte. Ich bin der Überzeugung, daß dies geschehen muß, und ich bitte die Konferenz, darüber zu entscheiden, ob es geschehen kann oder nicht.

[Genosse] *Meyer*: Gestern abend hat der Vertreter der Internationalen Kommunisten Deutschlands eine Erklärung über die Auflösung seiner Organisation in den Spartakusbund abgegeben und die entsprechende Begrüßung der Konferenz vorgetragen, die von mir im Auftrage der Zentralleitung beantwortet worden ist. Eine weitere Erklärung ist uns bisher nicht vorgelegt worden (Widerspruch), und ich sehe die Notwendigkeit einer weiteren Erklärung der bereits aufgelösten Organisation an Sie nicht recht ein. Ich bitte Sie daher im Interesse unserer Verhandlungen, zu dem nächsten Punkt der Tagesordnung der Genossin Luxemburg das Wort zu erteilen und ihr Referat anzuhören.

Vorsitzender: Ich möchte dazu nur sagen: Die Erklärung, die der Genosse abzugeben beabsichtigt, soll er erst einmal vorlegen, dann kann die Versammlung nachher entscheiden, ob es notwendig ist, diesen Punkt noch einmal zu erörtern.

[Genosse] *Becker* [Dresden]: Genossen und Genossinnen! Diese Erklärung habe ich heute morgen dem Vorsitzenden, Genossen Pieck, übergeben; er hat sie gelesen. Mehr kann ich doch wohl nicht machen; und es ist mir gesagt worden, ich sollte sie heute verlesen. Es ist keine Erklärung der Konferenz, sondern eine Erklärung der Delegierten der Internationalen Kommunisten, die heute und schon gestern hier anwesend gewesen sind.

Vorsitzender: Das Mißverständnis beruht darauf, daß Pieck, dem wahrscheinlich die Erklärung vorgelegen hat, mich davon nicht in Kenntnis gesetzt hat. Ich schlage Ihnen vor, wir treten jetzt in die Tagesordnung ein, und die Erklärung kann später erledigt werden.

[Genosse] *Meyer*: Genossen und Genossinnen! Wir können doch jetzt nicht eine Debatte darüber entfesseln, ob diese Erklärung verlesen werden soll oder nicht. Ich bitte Sie, einfach den Vorschlag, den wir Ihnen machen, anzunehmen, daß der Geschäftsführung diese Erklärung übermittelt wird. Sie wird Ihnen ja dann darauf antworten, und es wird sich herausstellen, ob es notwendig ist, nochmals eine Erklärung der bereits aufgelösten Organisation hier zur Kenntnis zu nehmen. Ich bitte Sie dringend, nicht weiter darüber zu debattieren, sondern zunächst das Referat der Genossin Luxemburg zu hören.

Vorsitzender: Genossen, ich möchte Ihnen mitteilen, daß die Erklärung, die gestern von den Genossen aus der bisherigen kommunistischen Partei hier abgegeben worden ist, auf einer Vereinbarung mit unserer Zentralstelle beruhte. Es ist möglich - ich weiß nicht, ob es der Fall ist - , daß, wenn jetzt noch eine neue Erklärung von diesen Genossen abgegeben wird, dann auch die Genossen aus der Zentralstelle das Bedürfnis empfinden, ihrerseits eine Erklärung herauszugeben. Jedenfalls glaube ich, daß eine Debatte über diesen Punkt uns augenblicklich gar keinen Nutzen bringt, daß sie die gestern vollzogene Einigung vielleicht stören könnte, wogegen sich aber, wenn Sie meinem Vorschlage zustimmen, jetzt das Referat der Genossin Luxemburg entgegenzunehmen und nachher, nachdem diese Erklärung auch der Zentralstelle, dem Präsidium vorgelegen hat, die Sache zur Kenntnis zu nehmen, die Frage ohne weiteres und ganz glatt erledigt.

Ein Delegierter: Wenn der Vorsitzende die Erklärung ruhig hätte verlesen lassen, wäre die Sache bereits erledigt. Es soll ja keine Debatte über diese Erklärung stattfinden, sie soll lediglich verlesen werden. Wäre keine Diktatur seitens des Vorstandes hier ausgeübt, dann wären wir schon damit fertig.

[Genosse] *Meyer*: Es scheint doch ein Mißverständnis vorzuliegen. Da diese Erklärung, die die aufgelöste Organisation hier abzugeben beabsichtigt, der Zentralleitung noch nicht zur Kenntnis gelangt ist (Zurufe), so besteht die Gefahr, daß diese Erklärung hier Gegenerklärungen hervorrufen kann; und das wollen wir vermeiden.

Eine Debatte wird gerade da durch hervorgerufen, daß die Genossen der aufgelösten Organisation auf Verlesung der Erklärung bestehen. Wenn entsprechend dem Vorschlage des Vorsitzenden Walcher verfahren wird, dann ist damit nicht gesagt, daß die Erklärung nicht zu Ihrer Kenntnis kommt, sondern es wird vermieden, daß eine Debatte über die Erklärung entsteht.

[Genosse] *Rieger* [Berlin]: Ich stelle den Antrag, diese Erklärung sofort entgegenzunehmen. Es ist sicher nicht beabsichtigt, aber durch diese merkwürdige Behandlung der Angelegenheit wird der Argwohn erweckt, als ob hier irgend etwas nicht in Ordnung ist; und ich glaube, dies kann von seiten der Genossen von der Zentrale doch wirklich nicht beabsichtigt sein. Was kann denn weiter werden? Wir sind doch hier ganz anderen Tobak gewöhnt, glaube ich.

[Genosse] *Seidel* [Düsseldorf]: Parteigenossen! Es ist üblich, daß zu einem Geschäftsordnungsantrag höchstens einer für und einer gegen spricht. Ich kann tatsächlich die Geschäftsführung nicht verstehen, daß hier stundenlang Geschäftsordnungsdebatten geführt werden, so daß wir in unserer Tagesordnung nicht fortfahren können. Ich beantrage deshalb, daß jetzt darüber abgestimmt wird, ob die Genossin Luxemburg das Wort erhalten soll, wie vorhin vorgeschlagen worden ist, oder ob etwas anderes in die Tagesordnung eingeschoben wird.

Vorsitzender: Sie haben den Antrag gehört. Wer dafür ist, daß wir entsprechend meinem Vorschlage jetzt erst das Referat der Genossin Luxemburg entgegennehmen und nachher Ihnen die Erklärung zur Kenntnis geben, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Zurufe.) Ich habe den Antrag, den der Genosse soeben gestellt hat, die Geschäftsordnungsdebatte abubrechen und in die Tagesordnung einzutreten, wie sie vom Präsidium vorgeschlagen ist, zur Kenntnis gegeben. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Ich danke Ihnen. Gegenprobe!
(Die Gegenprobe erfolgt.)

Das letzte ist die Mehrheit. Also ich fasse die Abstimmung so auf, daß die, die dagegen stimmten, zunächst diese Erklärung zur Kenntnis nehmen wollten. Also bitte!

[Genosse] *Becker* [Dresden]: Genossen und Genossinnen! Zunächst begrüße ich herzlich die Genossen vom früheren Spartakusbund. Wir erwidern den Willkommensgruß, der uns gestern hier entgegengerufen wurde, mit der Versicherung, daß wir nun hoffentlich zusammenarbeiten werden zum Wohle der Revolution, zum Wohle der ganzen Arbeiterklasse.

Die gestrige **Konferenz der Internationalen Kommunisten Deutschlands** hat nun eine kurze Erklärung beschlossen, die sozusagen den Übergang in die neue Organisation klarlegt, in der besonders auseinandergesetzt wird, was uns bis her getrennt hat, und in der zum Schluß unser Bündnis besiegelt wird. **Die Erklärung lautet:**

Der Zusammenschluß der beiden linksradikalen Gruppen zur Kommunistischen Partei war eine politische Notwendigkeit. Die revolutionäre Bewegung duldet nicht das Nebeneinander zweier Gruppen, die auf demselben revolutionären Boden stehen.

In der Zeit der illegalen Arbeit war es unvermeidlich, daß von verschiedenen Zentren aus die Vorbereitung der Revolution einsetzte und, bedingt durch die Verschiedenheit des politischen und wirtschaftlichen Charakters der einzelnen Arbeitsgebiete, grundsätzliche und taktische Differenzen aufkommen mußten. Von unten herauf wuchsen und entwickelten sich die Organisationen der IKD, von oben wurde die illegale Organisation des Spartakusbundes geleitet. Die IKD erklärten sich von Anfang an grundsätzlich für die Spaltung sowohl der alten Sozialdemokratischen Partei als auch der USPD. Der Spartakusbund machte es sich zur Aufgabe, die alten Parteien von innen heraus zu zersetzen.

Das war die Ursache einer Reihe von Gegensätzen auf den Tagungen der werdenden III. Internationale (Zimmerwald und Kienthal), in der Frage der Konferenzen der 11. Internationale (Stockholm). Das erheischte bis zuletzt ein getrenntes Marschieren.

Diese Gegensätze sind heute verschwunden. Beide Richtungen sind durch das Feuer der Revolution zusammengeschweißt worden. Sie marschieren beide auf dem von der Zimmerwalder Linken vorgezeigten Wege dem gemeinsamen Ziele zu.

Im Rahmen der gemeinsamen Kommunistischen Partei werden wir uns mit allen Kräften für die rücksichtslose Durchführung der proletarischen Revolution einsetzen und für eine klare, prinzipielle Politik der Partei wirken. (Beifall.)

Vorsitzender: Genossen, Sie haben die Erklärung zur Kenntnis genommen, und ich denke, daß dieser Punkt

damit erledigt ist.

Das Wort hat die Genossin Luxemburg zu ihrem Referat: Das politische Aktionsprogramm.

3. Punkt der Tagesordnung:

Unser Programm und die politische Situation

[Genossin] *Rosa Luxemburg*: Parteigenossen und -genossinnen! Wenn wir heute an die Aufgabe herantreten, unser Programm zu besprechen und es anzunehmen, so liegt dem mehr als der formale Umstand zugrunde, daß wir uns gestern als eine selbständige neue Partei konstituiert haben und daß eine neue Partei offiziell ein Programm annehmen müsse; der heutigen Besprechung des Programms liegen große historische Vorgänge zugrunde, nämlich die Tatsache, daß wir vor einem Moment stehen, wo das sozialdemokratische, sozialistische Programm des Proletariats überhaupt auf eine neue Basis gestellt werden muß. Parteigenossen, wir knüpfen dabei an den Faden an, den genau vor 70 Jahren Marx und Engels in dem Kommunistischen Manifest gesponnen hatten. Das Kommunistische Manifest behandelte den Sozialismus, die Durchführung der sozialistischen Endziele, wie Sie wissen, als die unmittelbare Aufgabe der proletarischen Revolution. Es war die Auffassung, die Marx und Engels in der Revolution von 1848 vertraten und als die Basis für die proletarische Aktion auch im internationalen Sinne betrachteten. Damals glaubten die beiden und mit ihnen alle führenden Geister der proletarischen Bewegung, man stünde vor der unmittelbaren Aufgabe, den Sozialismus einzuführen; es sei dazu nur notwendig, die politische Revolution durchzusetzen, der politischen Gewalt im Staate sich zu bemächtigen, um den Sozialismus unmittelbar zu Fleisch und Blut zu machen. Nachher wurde, wie Sie wissen, von Marx und Engels selbst eine durchgreifende Revision dieses Standpunktes vorgenommen. In der ersten Vorrede zum Kommunistischen Manifest vom Jahre 1872, die noch von Marx und Engels gemeinsam unterzeichnet ist (abgedruckt in der Ausgabe des K. M. von 1894), sagen die beiden über ihr eigenes Werk: "Dieser Passus" - das Ende von Abschnitt 11, nämlich die Darlegung der praktischen Maßnahmen zur Durchführung des Sozialismus - "würde heute in vieler Beziehung anders lauten. Gegenüber der immensen Fortentwicklung der großen Industrie in den letzten fünfundzwanzig Jahren und der mit ihr fortschreitenden Parteiorganisation der Arbeiterklasse, gegenüber den praktischen Erfahrungen, zuerst der Februarrevolution und noch weit mehr der Pariser Kommune, wo das Proletariat zum erstenmal zwei Monate lang die politische Gewalt innehatte, ist heute dies Programm stellenweise veraltet. Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen kann'."

Und wie lautet dieser Passus, der für veraltet erklärt wurde? Das lesen wir in dem Kommunistischen Manifest auf Seite 23 folgendermaßen:

"Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, (i. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren. Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermitteltst despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind.

Diese Maßregeln werden natürlich je nach den verschiedenen Ländern verschieden sein.

Für die fortgeschrittensten Länder werden jedoch die folgenden ziemlich allgemein in Anwendung kommen können:

1. Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben.
2. Starke Progressivsteuer.
3. Abschaffung des Erbrechts.
4. Konfiskation des Eigentums aller Emigranten und Rebellen.
5. Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol.
6. Zentralisation des Transportwesens in den Händen des Staats.
7. Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan.
8. Gleicher Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau.
9. Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie, Hinwirken auf die allmähliche Beseitigung des Unterschieds von Stadt und Land.
10. Öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder. Beseitigung der Fabrikarbeit der Kinder in ihrer

heutigen Form. Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion usw."

Wie Sie sehen, sind das mit einigen Abweichungen dieselben Aufgaben, vor denen wir heute unmittelbar stehen: die Durchführung, Verwirklichung des Sozialismus. Zwischen der Zeit, wo jenes als Programm aufgestellt wurde, und dem heutigen Moment liegen 70 Jahre kapitalistischer Entwicklung, und die historische Dialektik hat dahin geführt, daß wir heute zu der Auffassung zurückkehren, die Marx und Engels nachher als irrümliche aufgegeben hatten. Sie hatten sie mit gutem Grunde damals als eine irrümliche aufgegeben. Die Entwicklung des Kapitals, die inzwischen vor sich gegangen ist, hat uns dahin gebracht, daß das, was damals Irrtum war, heute Wahrheit geworden ist; und heute ist unmittelbare Aufgabe, das zu erfüllen, wovon Marx und Engels im Jahre 1848 standen. Allein zwischen jenem Punkte der Entwicklung, dem Anfange, und unserer heutigen Auffassung und Aufgabe liegt die ganze Entwicklung nicht bloß des Kapitalismus, sondern auch der sozialistischen Arbeiterbewegung und in erster Linie derjenigen in Deutschland als des führenden Landes des modernen Proletariats. Die Entwicklung hat in einer eigenartigen Form stattgefunden. Nachdem von Marx und Engels nach den Enttäuschungen der Revolution von 1848 der Standpunkt aufgegeben wurde, daß das Proletariat unmittelbar, direkt in der Lage sei, den Sozialismus zu verwirklichen, entstanden in jedem Lande sozialdemokratische, sozialistische Parteien, die einen ganz anderen Standpunkt einnahmen. Als unmittelbare Aufgabe wurde erklärt der tägliche Kleinkampf auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete, um nach und nach erst die Armeen des Proletariats heranzubilden, die berufen sein werden, wenn die kapitalistische Entwicklung heranreift, den Sozialismus zu verwirklichen. Dieser Umschwung, diese völlig andere Basis, auf die das sozialistische Programm gestellt wurde, hat namentlich in Deutschland eine sehr typische Form erhalten. In Deutschland war ja für die Sozialdemokratie bis zu ihrem Zusammenbruch am 4. August das Erfurter Programm maßgebend, in dem die sogenannten nächsten Minimalaufgaben auf dem ersten Plan standen und der Sozialismus nur als der Leuchtstern in der Ferne, als das Endziel hingestellt wurde. Es kommt aber alles darauf an, nicht, was im Programm geschrieben steht, sondern wie man das Programm lebendig erfährt; und für diese Auffassung des Programms war maßgebend eine wichtige geschichtliche Urkunde unserer Arbeiterbewegung, nämlich jene Vorrede, die Friedrich Engels im Jahre 1895 zu den "Klassenkämpfen in Frankreich" geschrieben hat.

Parteigenossen, ich gehe auf die Fragen ein nicht aus bloßem historischen Interesse, sondern es ist eine rein aktuelle Frage und eine historische Pflicht, die vor uns steht, indem wir unser Programm heute auf den Boden stellen, auf dem einst 1848 Marx und Engels standen. Mit den Veränderungen, die die historische Entwicklung inzwischen herbeigeführt hat, haben wir die Pflicht, ganz klar und bewußt eine Revision vorzunehmen gegenüber der Auffassung, die in der deutschen Sozialdemokratie bis zum Zusammenbruch am 4. August maßgebend war. Diese Revision soll hier offiziell vorgenommen werden.

Parteigenossen, wie hat Engels die Frage aufgefaßt in jener berühmten Vorrede zu den Klassenkämpfen in Frankreich" von Marx, die er im Jahre 1895, also schon nach dem Tode von Marx, geschrieben hatte? Er hat zuerst, rückblickend bis zum Jahre 1848, dargelegt, die Auffassung sei veraltet, daß man unmittelbar vor der sozialistischen Revolution stehe.

Dann fährt er in seiner Schilderung fort:

"Die Geschichte hat uns und allen, die ähnlich dachten, unrecht gegeben. Sie hat klargemacht, daß der Stand der ökonomischen Entwicklung auf dem Kontinent damals noch bei weitem nicht reif war für die Beseitigung der kapitalistischen Produktion; sie hat dies bewiesen durch die ökonomische Revolution, die seit 1848 den ganzen Kontinent ergriffen und die große Industrie in Frankreich, Österreich, Ungarn, Polen und neuerdings Rußland erst wirklich eingebürgert, aus Deutschland aber geradezu ein Industrieland ersten Ranges gemacht hat - alles auf kapitalistischer, im Jahre 1848 also noch sehr ausdehnungsfähiger Grundlage."

Dann entwickelt er, wie sich seit jener Zeit alles verändert hat, und kommt auf die Frage zu sprechen, wie in Deutschland die Aufgaben der Parteien liegen:

"Der Krieg von 1870/71 und die Niederlage der Kommune hatten, wie Marx vorhergesagt, den Schwerpunkt der europäischen Arbeiterbewegung einstweilen von Frankreich nach Deutschland verlegt. In Frankreich brauchte es selbstverständlich Jahre, bis man sich von dem Aderlaß des Mai 1871 erholt hatte. In Deutschland dagegen, wo die obendrein von dem französischen Milliardensegens geradezu treibhausmäßig geförderte Industrie sich immer rascher entwickelte, wuchs noch weit rascher und nachhaltiger die Sozialdemokratie. Dank dem Verständnis, womit die deutschen Arbeiter das 1866 eingeführte allgemeine Stimmrecht benutzten, liegt das staunenerregende Wachstum der Partei in unbestreitbaren Zahlen offen vor aller Welt."

Dann kommt die berühmte Aufzählung, wie wir wuchsen von Reichstagswahl zu Reichstagswahl bis in die Millionen, und daraus schließt Engels folgendes:

"Mit dieser erfolgreichen Benutzung des allgemeinen Stimmrechts war aber eine ganz neue Kampfweise des Proletariats in Wirksamkeit getreten, und diese bildete sich rasch weiter aus. Man fand, daß die

Staatseinrichtungen, in denen die Herrschaft der Bourgeoisie sich organisiert, noch weitere Handhaben bieten, vermitteltst deren die Arbeiterklasse diese selben Staatseinrichtungen bekämpfen kann. Man beteiligte sich an den Wahlen für Einzellandtage, Gemeinderäte, Gewerbevereine, man machte der Bourgeoisie jeden Posten streitig, bei dessen Besetzung ein genügender Teil des Proletariats mitsprach. Und so geschah es, daß Bourgeoisie und Regierung dahin kamen, sich weit mehr zu fürchten vor der gesetzlichen als vor der ungesetzlichen Aktion der Arbeiterpartei, vor den Erfolgen der Wahl als vor denen der Rebellion."

Und hier knüpft Engels eine ausführliche Kritik des Wahnes an, als könnte überhaupt in den modernen Verhältnissen des Kapitalismus das Proletariat auf der Straße durch die Revolution irgend etwas erreichen. Ich glaube, daß es heute angesichts dessen, daß wir mitten in der Revolution, in einer Straßenrevolution mit allem, was dazugehört, stehen, Zeit ist, sich mit der Auffassung auseinanderzusetzen, die in der deutschen Sozialdemokratie offiziell bis zur letzten Stunde gang und gäbe war und die mit dafür verantwortlich ist, daß wir den 4. August 1914 erlebt haben. ("Sehr richtig!")

Ich will damit nicht sagen, daß Engels sich persönlich durch diese Ausführungen zum Mitschuldigen an dem ganzen Gange der Entwicklung in Deutschland gemacht hat; ich sage nur: Hier ist ein klassisch zusammengefaßtes Dokument für die Auffassung, die in der deutschen Sozialdemokratie lebendig war, oder vielmehr: die sie totmachte. Hier, Parteigenossen, legt Ihnen Engels dar mit aller Sachkenntnis, die er auch auf dem Gebiete der Militärwissenschaften hatte, daß es ein purer Wahn ist zu glauben, das arbeitende Volk könnte bei der heutigen Entwicklung des Militarismus, der Industrie und der Großstädte Straßenrevolutionen machen und dabei siegen. Diese Entgegenstellung brachte zweierlei mit sich. Erstens wurde dabei der parlamentarische Kampf als Gegensatz zur direkten revolutionären Aktion des Proletariats und geradezu als das einzige Mittel des Klassenkampfes betrachtet. Es war der reine Nur-Parlamentarismus, der sich aus dieser Kritik ergab. Zweitens wurde merkwürdigerweise gerade die gewaltigste Organisation des Klassenstaates - der Militarismus, die Masse der in die Kommißröcke gesteckten Proletarier als von vornherein immun und unzugänglich gegenüber der sozialistischen Einwirkung hingestellt. Und wenn die Vorrede davon spricht, bei der heutigen Entwicklung der Reiserarmeen sei es ein Wahnwitz zu denken, das Proletariat könnte mit diesen mit Maschinengewehren und mit den neuesten technischen Kampfmitteln ausgerüsteten Soldaten fertig werden, so geht sie offenbar von der Voraussetzung aus, daß, wer Soldat ist, von vornherein und ein für allemal eine Stütze der herrschenden Klassen bleiben müsse - ein Irrtum, der, vom Standpunkt der heutigen Erfahrung beurteilt und bei einem Manne, der an der Spitze unserer Bewegung stand, geradezu unbegreiflich wäre, wenn man nicht wüßte, unter welchen tatsächlichen Umständen das angeführte historische Dokument entstanden war. Zu Ehren unserer beiden großen Meister und namentlich des viel später verstorbenen Engels, der mit die Ehre und die Ansichten von Marx vertrat, muß festgestellt werden, daß Engels diese Vorrede beinahe unter dem direkten Druck der damaligen Reichstagsfraktion geschrieben hat. Das war zu jener Zeit, wo in Deutschland - nach dem Fall des Sozialistengesetzes im Anfange der neunziger Jahre - sich innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung eine starke linksgerichtete radikale Strömung bemerkbar machte, die die Parteigenossen vor einem völligen Aufgehen in dem reinen parlamentarischen Kampfe bewahrt wissen wollte. Um die radikalen Elemente theoretisch zu schlagen und praktisch niederzuhalten, um sie durch die Autorität unserer großen Lehrmeister aus der Beachtung der breiten Masse auszuschalten, haben Bebel und Genossen - das war ja damals auch für unsere Zustände bezeichnend: Die parlamentarische Reichstagsfraktion entschied, geistig und taktisch, über die Geschicke und Aufgaben der Partei -, haben Bebel und Genossen Engels, der im Auslande lebte und sich auf ihre Versicherungen verlassen mußte, dazu gedrängt, jene Vorrede zu schreiben, da es jetzt die dringendste Notwendigkeit sei, die deutsche Arbeiterbewegung vor anarchistischen Entgleisungen zu retten. Von nun an beherrschte diese Auffassung tatsächlich die deutsche Sozialdemokratie in ihrem Tun und Lassen, bis wir das schöne Erlebnis am 4. August 1914 gehabt haben. Es war die Proklamierung des Nichts-als-Parlamentarismus. Engels hat ja die Ergebnisse, die praktischen Folgen dieser Anwendung seiner Vorrede, seiner Theorie nicht mehr erlebt. Ich bin sicher: Wenn man die Werke von Marx und Engels kennt, wenn man den lebendigen revolutionären, echten, unverfälschten Geist kennt, der aus allen ihren Lehren und Schriften atmet, so muß man überzeugt sein, daß Engels der erste gewesen wäre, der gegen die Ausschweifungen, die sich aus dem Nur-Parlamentarismus ergeben haben, gegen diese Versumpfung und Verlotterung der Arbeiterbewegung, wie sie in Deutschland Platz ergriffen hat schon Jahrzehnte vor dem 4. August - da der 4. August nicht etwa vom Himmel gefallen ist als eine unverhoffte Wendung, sondern eine logische Folge dessen war, was wir Tag für Tag und Jahr für Jahr vorher erlebt haben - ("Sehr richtig!"), daß Engels und, wenn er gelebt hätte, Marx die ersten gewesen wären, um mit aller Kraft hiergegen zu protestieren und mit mächtiger Hand den Karren zurückzureißen, daß er nicht in den Sumpf hinabrollte. Aber Engels starb im gleichen Jahre, als er sein Vorwort schrieb. Im Jahre 1895 haben wir ihn verloren; seitdem ging leider die theoretische Führung aus den Händen von Engels in die Hände eines Kautsky über, und da erleben wir die Erscheinung, daß jede Auflehnung gegen den Nur-Parlamentarismus, die Auflehnung, die auf jedem Parteitag von links kam, getragen von einer größeren oder kleineren Gruppe von Genossen, die in zähem Kampfe gegen die Versumpfung standen, über deren drohende Folgen sich jeder klarwerden mußte - daß jede solche Auflehnung als Anarchismus, Anarchosozialismus,

mindestens aber Antimarxismus gestempelt wurde. Der offizielle Marxismus sollte als Deckmantel dienen für jede Rechnungsträgerei, für jede Abschwenkung von dem wirklichen revolutionären Klassenkampf, für jede Halbheit, die die deutsche Sozialdemokratie und überhaupt die Arbeiterbewegung, auch die gewerkschaftliche, zu einem Dahinsiechen im Rahmen und auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft verurteilte, ohne jedes ernste Bestreben, die Gesellschaft zu erschüttern und aus den Fugen zu bringen.

Nun, Parteigenossen, heute erleben wir den Moment, wo wir sagen können: Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner. Wenn wir heute in unserem Programm erklären: Die unmittelbare Aufgabe des Proletariats ist keine andere als - in wenigen Worten zusammengefaßt - den Sozialismus zur Wahrheit und Tat zu machen und den Kapitalismus mit Stumpf und Stiel auszurotten, so stellen wir uns auf den Boden, auf dem Marx und Engels 1848 standen und von dem sie prinzipiell nie abgewichen waren. Jetzt zeigt sich, was wahrer Marxismus ist und was dieser Ersatz- Marxismus war ("Sehr gut!"), der sich als offizieller Marxismus in der deutschen Sozialdemokratie so lange breit machte. Ihr seht ja an den Vertretern dieses Marxismus, wohin er heutzutage geraten, als Neben- und Beigeordneter der Ebert, David und Konsorten. Dort sehen wir die offiziellen Vertreter der Lehre, die man uns jahrzehntlang als den wahren, unverfälschten Marxismus ausgegeben hat. Nein, Marxismus führte nicht dorthin, zusammen mit den Scheidemännern konterrevolutionäre Politik zu machen. Wahrer Marxismus kämpft auch gegen jene, die ihn zu verfälschen suchten, er wühlte wie ein Maulwurf in den Grundfesten der kapitalistischen Gesellschaft, und er hat dazu geführt, daß heute der beste Teil des deutschen Proletariats unter unserer Fahne, unter der Sturmflagge der Revolution marschiert und wir auch drüben, wo die Konterrevolution noch zu herrschen scheint, unsere Anhänger und künftigen Mitkämpfer besitzen.

Parteigenossen, wir stehen also heute, wie ich schon erwähnt habe, geführt durch den Gang der historischen Dialektik und bereichert um die ganze inzwischen zurückgelegte 70jährige kapitalistische Entwicklung, wieder an der Stelle, wo Marx und Engels 1848 standen, als sie zum erstenmal das Banner des internationalen Sozialismus aufrollten. Damals glaubte man, als man die Irrtümer, die Illusionen des Jahres 1848 revidierte, nun habe das Proletariat noch eine unendlich weite Strecke Wegs vor sich, bis der Sozialismus zur Wirklichkeit werden könnte. Natürlich, ernste Theoretiker haben sich nie damit abgegeben, irgendwelchen Termin für den Zusammenbruch des Kapitalismus als verpflichtend und sicher anzugeben; aber ungefähr dachte man sich die Strecke noch sehr lang, und das spricht aus jeder Zeile gerade der Vorrede, die Engels 1895 geschrieben hat. Nun, jetzt können wir ja die Rechnung zusammenfassen. War es nicht im Vergleich zu der Entwicklung der einstigen Klassenkämpfe ein sehr kurzer Zeitabschnitt? 70 Jahre der großkapitalistischen Entwicklung haben genügt, um uns so weit zu bringen, daß wir heute Ernst damit machen können, den Kapitalismus aus der Welt zu schaffen. Ja noch mehr. Wir sind heutzutage nicht nur in der Lage, diese Aufgabe zu lösen, sie ist nicht bloß unsere Pflicht gegenüber dem Proletariat, sondern ihre Lösung ist heute überhaupt die einzige Rettung für den Bestand der menschlichen Gesellschaft. (Lebhafte Zustimmung.)

Denn, Parteigenossen, was hat dieser Krieg anderes von der bürgerlichen Gesellschaft zurückgelassen als einen gewaltigen Trümmerhaufen? Formell liegen noch sämtliche Produktionsmittel und auch sehr viele Machtmittel, fast alle ausschlaggebenden Machtmittel, in den Händen der herrschenden Klassen: Darüber täuschen wir uns nicht. Aber was sie damit ausrichten können, außer den krampfhaften Versuchen, die Ausbeutung durch Blutbäder wiederaufzurichten, ist nichts als Anarchie. Sie sind so weit, daß heutzutage das Dilemma, vor dem die Menschheit steht, heißt: entweder Untergang in der Anarchie oder die Rettung durch den Sozialismus. Aus den Ergebnissen des Weltkrieges können die bürgerlichen Klassen unmöglich auf dem Boden ihrer Klassenherrschaft und des Kapitalismus irgendeinen Ausweg finden. Und so ist es gekommen, daß wir die Wahrheit, die gerade Marx und Engels zum erstenmal als wissenschaftliche Basis des Sozialismus in der großen Urkunde, in dem Kommunistischen Manifest, ausgesprochen haben: Der Sozialismus wird eine geschichtliche Notwendigkeit werden, in des Wortes genauester Bedeutung heute erleben. Der Sozialismus ist Notwendigkeit geworden nicht bloß deshalb, weil das Proletariat unter den Lebensbedingungen nicht mehr zu leben gewillt ist, die ihm die kapitalistischen Klassen bereiten, sondern deshalb, weil, wenn das Proletariat nicht seine Klassenpflichten erfüllt und den Sozialismus verwirklicht, uns allen zusammen der Untergang bevorsteht. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun, Parteigenossen, das ist die allgemeine Grundlage, auf der unser Programm aufgebaut ist, das wir heute offiziell annehmen und dessen Entwurf Sie ja in der Broschüre "Was will der Spartakusbund?" kennengelernt haben. Es befindet sich im bewußten Gegensatz zu dem Standpunkt, auf dem das Erfurter Programm bisher steht, im bewußten Gegensatz zu der Trennung der unmittelbaren, sogenannten Minimalforderungen für den politischen und wirtschaftlichen Kampf von dem sozialistischen Endziel als einem Maximalprogramm. Im bewußten Gegensatz dazu liquidieren wir die Resultate der letzten 70 Jahre der Entwicklung und namentlich das unmittelbare Ergebnis des Weltkrieges, indem wir sagen: Für uns gibt es jetzt kein Minimal- und kein Maximalprogramm; eines und dasselbe ist der Sozialismus; das ist das Minimum, das wir heutzutage durchzusetzen haben. ("Sehr gut!")

Über einzelne Maßnahmen, die wir in unserm Programmentwurf Ihnen vorgelegt haben, werde ich mich hier nicht verbreiten, denn Sie haben ja die Möglichkeit, dazu im einzelnen Stellung zu nehmen, und es würde zu weit führen, wenn wir das detailliert hier besprechen wollten. Ich betrachte es als meine Aufgabe, nur die allgemeinen, großen Grundzüge, die unsere programmatische Stellungnahme von der bisherigen, der sogenannten offiziellen deutschen Sozialdemokratie unterscheiden, hier zu kennzeichnen und zu formulieren. Dagegen halte ich es für wichtiger und dringender, daß wir uns darüber verständigen, wie die konkreten Umstände zu bewerten sind, wie die taktischen Aufgaben, die praktischen Lösungen sich gestalten müssen, die sich aus der politischen Lage, aus dem bisherigen Verlauf der Revolution und aus den vorauszusehenden weiteren Richtlinien ihrer Entwicklung ergeben. Wir wollen die politische Situation gemäß der Auffassung besprechen, die ich zu kennzeichnen versucht habe - vom Standpunkt der Verwirklichung des Sozialismus als der unmittelbaren Aufgabe, die jeder Maßnahme, jeder Stellungnahme unsererseits voranzuleuchten hat.

Genossen, unser heutiger Parteitag, der ja, wie ich glaube mit Stolz sagen zu dürfen, der konstituierende Parteitag der einzigen revolutionären sozialistischen Partei des deutschen Proletariats ist, dieser Parteitag fällt zusammen durch Zufall oder vielmehr, wenn ich eigentlich recht sagen soll, nicht durch Zufall mit einem Wendepunkt in der Entwicklung der deutschen Revolution selbst. Man kann behaupten, daß mit den Vorgängen der letzten Tage die Anfangsphase der deutschen Revolution abgeschlossen ist, daß wir jetzt in ein zweites, weiteres Stadium der Entwicklung treten, und es ist unser aller Pflicht und zugleich die Quelle einer besseren, tieferen Erkenntnis für die Zukunft, Selbstkritik zu üben, eine nachdenkliche kritische Prüfung des Geleisteten, Geschaffenen und Versäumten vorzunehmen, um die Handhaben für unser weiteres Vorgehen zu gewinnen. Wir wollen einen prüfenden Blick auf die eben abgeschlossene erste Phase der Revolution werfen!

Ihr Ausgangspunkt war der 9. November. Der 9. November war eine Revolution voller Unzulänglichkeiten und Schwächen. Das ist kein Wunder. Es war die Revolution, die nach den vier Jahren des Krieges gekommen ist, nach den vier Jahren, in denen das deutsche Proletariat dank der Erziehungsschule der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften ein solches Maß von Schmach und Verleugnung seiner sozialistischen Aufgaben an den Tag gelegt hat, wie sich dafür in keinem anderen Lande uns ein Beispiel bietet. Man kann nicht erwarten, wenn man auf dem Boden historischer Entwicklung steht - und das tun wir gerade als Marxisten und Sozialisten -, daß man in dem Deutschland, das das furchtbare Bild des 4. August und der vier Jahre darauf geboten hat, plötzlich am 9. November 1918 eine großartige, klassen- und zielbewußte Revolution erlebt; und was wir am 9. November erlebt haben, war zu drei Vierteln mehr Zusammenbruch des bestehenden Imperialismus als Sieg eines neuen Prinzips. (Zustimmung.)

Es war einfach der Moment gekommen, wo der Imperialismus wie ein Koloß auf tönernen Füßen, innerlich morsch, zusammenbrechen mußte; und was darauf folgte, war eine mehr oder weniger chaotische, planlose, sehr wenig bewußte Bewegung, in der das einigende Band und das bleibende, das rettende Prinzip nur in der Losung zusammengefaßt war: die Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte. Das ist das Stichwort dieser Revolution, das ihr sofort das besondere Gepräge der proletarischen, sozialistischen Revolution gegeben hat - bei allen Unzulänglichkeiten und Schwächen des ersten Moments, und wir sollen es nie vergessen, wenn man uns mit den Verleumdungen gegen die russischen Bolschewisten kommt, darauf zu antworten: Wo habt Ihr das ABC Eurer heutigen Revolution gelernt? Von den Russen habt Ihr's geholt: die Arbeiter- und Soldatenräte (Zustimmung); und jene Leutchen, die heute als ihr Amt betrachten, an der Spitze der deutschen sogenannten sozialistischen Regierung die russischen Bolschewisten zu meucheln, Hand in Hand mit den englischen Imperialisten, sie fußen ja formell gleichfalls auf Arbeiter- und Soldatenräten, und sie müssen damit bekennen: Die russische Revolution war es, die die ersten Losungen für die Weltrevolution ausgegeben hat. Wir können sicher sagen - und das ergibt sich aus der ganzen Lage von selbst - : In welchem Lande auch nach Deutschland die proletarische Revolution zum Durchbruch kommt, ihre erste Geste wird die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten sein. ("Sehr richtig!")

Gerade darin haben wir das einigende internationale Band unseres Vorgehens, das ist das Stichwort, das unsere Revolution vollständig von allen früheren bürgerlichen Revolutionen scheidet, und es ist sehr charakteristisch für die dialektischen Widersprüche, in denen sich diese Revolution, wie alle Revolutionen übrigens, bewegt, daß sie schon am 9. November, als sie ihren ersten Schrei, gewissermaßen ihren Geburtsschrei ausstieß, das Wort gefunden hat, das uns fort leitet bis in den Sozialismus: Arbeiter- und Soldatenräte, dieses Wort, um das sich alles gruppierte - und daß die Revolution dieses Wort instinktiv gefunden hat, trotzdem sie am 9. November so sehr zurück war, daß sie vor Unzulänglichkeiten, vor Schwächen, vor Mangel an eigener Initiative und Klarheit über ihre Aufgaben es fertiggebracht hat, beinahe am zweiten Tage nach der Revolution die Hälfte der Machtmittel sich wieder aus der Hand entgleiten zu lassen, die sie am 9. November erobert hatte. Darin zeigt sich einerseits, daß die heutige Revolution unter dem übermächtigen Gesetz der historischen Notwendigkeit steht, welches die Bürgerschaft enthält, daß wir Schritt um Schritt an unser Ziel gelangen werden trotz aller

Schwierigkeiten, Verwickelungen und eigener Gebrechen; andererseits aber muß man sagen, wenn man diese klare Losung mit der unzulänglichen Praxis vergleicht, die sich an sie geknüpft hat: Es waren eben die ersten Kindschritte der Revolution, die noch Gewaltiges zu leisten und einen weiten Weg zu gehen hat, um heranzuwachsen zur völligen Verwirklichung ihrer ersten Losungen.

Parteigenossen, die erste Phase vom 9. November bis zu den letzten Tagen ist charakterisiert durch Illusionen nach allen Seiten hin. Die erste Illusion des Proletariats und der Soldaten, die die Revolution gemacht haben, war: die Illusion der Einigkeit unter dem Banner des sogenannten Sozialismus. Was kann charakteristischer sein für die innere Schwäche der Revolution des 9. November als ihr erstes Ergebnis, daß an die Spitze der Bewegung Elemente getreten sind, die zwei Stunden vor Ausbruch der Revolution ihr Amt darin erblickten, gegen sie zu hetzen („Sehr richtig!“), sie unmöglich zu machen: die Ebert- Scheidemann mit Haase! Die Idee der Vereinigung der verschiedenen sozialistischen Strömungen unter dem allgemeinen Jubel der Einigkeit, das war das Motto der Revolution vom 9. November - eine Illusion, die sich blutig rächen sollte und die wir erst in den letzten Tagen ausgelebt und ausgeträumt haben; eine Selbsttäuschung auch auf seiten der Ebert- Scheidemann und auch der Bourgeois auf allen Seiten. Ferner eine Illusion der Bourgeoisie in diesem abgeschlossenen Stadium, daß sie vermittels der Kombination Ebert- Haase, der sogenannten sozialistischen Regierung, in Wirklichkeit die proletarischen Massen im Zügel halten und die sozialistische Revolution werde erdrosseln können, und die Illusion auf seiten der Regierung Ebert- Scheidemann, daß sie mit Hilfe der soldatischen Massen von den Fronten die Arbeitermassen in ihrem sozialistischen Klassenkampfe niederhalten könnte. Das waren die verschiedenartigen Illusionen, aus denen sich auch die Vorgänge der letzten Zeit erklären lassen. Sämtliche Illusionen sind in nichts zerfallen. Es hat sich gezeigt, daß die Vereinigung von Haase mit Ebert- Scheidemann unter dem Schilde des "Sozialismus" in Wirklichkeit nichts anderes bedeutete als ein Feigenblatt auf eine rein konterrevolutionäre Politik, und wir haben erlebt, daß wir von dieser Selbsttäuschung geheilt wurden wie in allen Revolutionen. Es gibt eine bestimmte revolutionäre Methode, das Volk von seinen Illusionen zu kurieren, diese Kur wird aber leider mit dem Blute des Volkes erkaufte. Genau wie in allen früheren Revolutionen so auch hier. Es war das Blut der Opfer in der Chausseestraße am 6. Dezember, es war das Blut der gemordeten Matrosen am 24. Dezember (27), das die Erkenntnis und die Wahrheit für die breiten Massen besiegelt hat: Was Ihr da zusammengeleimt habt als eine sogenannte sozialistische Regierung, ist nichts anderes als eine Regierung der bürgerlichen Konterrevolution, und wer diesen Zustand weiter duldet, der arbeitet gegen das Proletariat und gegen den Sozialismus. ("Sehr gut!")

Parteigenossen, zerronnen ist aber auch die Illusion der Herren Ebert- Scheidemann, daß sie mit Hilfe der Soldaten von der Front imstande wären, das Proletariat dauernd niederzuhalten. Denn welches Ergebnis hat der 6. und der 24. Dezember gezeitigt? Wir alle haben eine tiefgehende Ernüchterung der Soldatenmassen wahrnehmen können und den Beginn einer kritischen Stellungnahme ihrerseits denselben Herren gegenüber, die sie als Kanonenfutter gegen das sozialistische Proletariat haben gebrauchen wollen. Auch dies steht unter dem Gesetz der notwendigen objektiven Entwicklung der sozialistischen Revolution, daß die einzelnen Trupps der Arbeiterbewegung nach und nach durch eigene bittere Erfahrung dazu gebracht werden, den richtigen Weg der Revolution zu erkennen. Man hat nach Berlin frische Soldatenmassen eingeführt als Kanonenfutter, das die Regungen des sozialistischen Proletariats unterdrücken sollte - man hat erlebt, daß heute aus verschiedenen Kasernen die Nachfragen nach den Flugblättern des Spartakusbundes kommen. Parteigenossen, das ist der Abschluß der ersten Phase. Die Hoffnungen der Ebert- Scheidemann auf die Beherrschung des Proletariats mit Hilfe der rückständigen Soldaten sind zum großen Teil bereits erschüttert. Was sie in nicht zu fernere Zeit zu gewärtigen haben, das ist eine immer klarere revolutionäre Auffassung auch in der Kaserne und dadurch Vergrößerung der Armee des kämpfenden Proletariats, Schwächung des Lagers der Konterrevolution. Daraus ergibt sich aber, daß noch jemand seine Illusionen verlieren mußte, und das ist die Bourgeoisie, die herrschende Klasse. Wenn Sie die Zeitungen der letzten Tage nach den Ereignissen des 24. Dezember lesen, so merken Sie einen sehr deutlichen, klaren Ton der Enttäuschung, der Entrüstung: Die Knechte da oben haben sich als untauglich erwiesen. („Sehr gut!“)

Man erwartete von Ebert- Scheidemann, daß sie sich als die starken Männer erweisen würden, um die Bestie niederzuhalten. Und was haben sie ausgerichtet? Sie haben ein paar unzulängliche Putsche gemacht, aus denen umgekehrt die Hydra der Revolution noch entschlossener den Kopf erhebt. Also eine gegenseitige Desillusion nach allen Seiten! Das Proletariat hat jede Illusion verloren über die Verkoppelung von Ebert- Scheidemann- Haase als sogenannte sozialistische Regierung. Ebert- Scheidemann haben die Illusion verloren, mit Hilfe des Proletariats im Soldatenrock die Proletarier in der Arbeiterbluse auf die Dauer niederhalten zu können, und die Bourgeoisie hat die Illusion verloren, vermittels Ebert- Scheidemann- Haase die ganze sozialistische Revolution in Deutschland um ihre Ziele zu betrügen. Es ist nichts als negatives Konto, lauter Fetzen von vernichteten Illusionen. Aber gerade daß nur solche zerrissenen Fetzen nach der ersten Phase der Revolution zurückbleiben, ist für das Proletariat der größte Gewinn; denn es gibt nichts, was der Revolution so schädlich ist als Illusionen, es gibt nichts, was ihr so nützlich ist wie die klare, offene Wahrheit. Ich kann mich da

auf die Meinung eines Klassikers des deutschen Geistes berufen, der kein Revolutionär des Proletariats, aber ein geistiger Revolutionär der Bourgeoisie war: Ich meine Lessing, der in einer seiner letzten Schriften als Bibliothekar in Wolfenbüttel die folgenden, für mich sehr interessanten und sympathischen Sätze geschrieben hat:

"Ich weiß nicht, ob es Pflicht ist, Glück und Leben der Wahrheit aufzuopfern ... Aber das, weiß ich, ist Pflicht, wenn man Wahrheit lehren will, sie ganz, oder gar nicht, zu lehren; sie klar und rund, ohne Rätsel, ohne Zurückhaltung, ohne Mißtrauen in ihre Kraft und Nützlichkeit, zu lehren ... Denn je gröber der Irrtum, desto kürzer und gerader der Weg zur Wahrheit: dahingegen der verfeinerte Irrtum uns auf ewig von der Wahrheit entfernt halten kann, je schwerer uns einleuchtet, daß er Irrtum ist ... wer nur darauf denkt, die Wahrheit unter allerlei Larven und Schminke an den Mann zu bringen, der möchte wohl gern ihr Kuppler sein, nur ihr Liebhaber ist er nie gewesen."

Parteigenossen, die Herren Haase, Dittmann usw. haben unter allerlei Larven und Schminken die Revolution, die sozialistische Ware an den Mann bringen wollen, sie haben sich als Kuppler der Konterrevolution erwiesen: Heute sind wir frei von diesen Zweideutigkeiten, die Ware steht vor der Masse des deutschen Volkes in der brutalen, vierschrotigen Gestalt des Herrn Ebert und Scheidemann da. Heute kann auch der Blödeste nicht verkennen: Das ist Konterrevolution wie sie leibt und lebt.

Was ergibt sich nun als weitere Perspektive der Entwicklung, nachdem wir ihre erste Phase hinter uns haben? Selbstverständlich kann es sich nicht darum handeln zu prophezeien, sondern nur darum, die logischen Konsequenzen aus dem bisher Erlebten zu ziehen und auf die voraussichtlichen Wege der bevorstehenden Entwicklung zu schließen, um danach unsere Taktik, unsere eigene Kampfweise zu richten. Parteigenossen, wohin führt der Weg weiter? Eine gewisse Andeutung darüber haben Sie schon in den letzten Äußerungen der neuen Regierung Ebert-Scheidemann in reiner, unverfälschter Couleur. Wohin kann sich der Kurs der sogenannten sozialistischen Regierung bewegen, nachdem, wie ich gezeigt habe, sämtliche Illusionen verschwunden sind? Diese Regierung verliert mit jedem Tage mehr den Rückhalt in den großen Massen des Proletariats, es sind neben dem Kleinbürgertum nur noch Reste, traurige Reste der Proletarier, die hinter ihr stehen, von denen es aber sehr unklar ist, wie lange sie noch hinter Ebert-Scheidemann stehen werden. Sie werden immer mehr den Rückhalt in den Soldatenmassen verlieren, denn die Soldaten haben sich auf den Weg der Kritik, der Selbstbesinnung begeben, ein Prozeß, der zwar vorerst noch langsam geht, jedoch keinen Halt machen kann bis zur vollen sozialistischen Erkenntnis. Sie haben den Kredit verloren bei der Bourgeoisie, weil sie sich nicht stark genug erwiesen. Wo kann also ihr Weg weitergehen? Mit der Komödie der sozialistischen Politik werden sie sehr schnell völlig aufräumen; und wenn Sie das neue Programm dieser Herren lesen, dann werden Sie sehen, daß sie in die zweite Phase die der entschleierte Konterrevolution, ja, ich möchte das formulieren: in die Restauration der früheren, vorrevolutionären Verhältnisse mit Volldampf hinaussegeln. Was ist das Programm der neuen Regierung? Es ist die Wahl eines Präsidenten, der eine Mittelstellung zwischen dem englischen König und dem amerikanischen Präsidenten hat ("Sehr gut!"), also beinahe ein König Ebert; und zweitens Wiederherstellung des Bundesrats. Sie konnten heute die selbständig gestellten Forderungen der süddeutschen Regierungen lesen, die den bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches unterstreichen. Die Wiederherstellung des alten braven Bundesrats und natürlich seines Anhängsels, des Deutschen Reichstags, ist nur noch eine Frage von wenigen Wochen. Parteigenossen, die Ebert-Scheidemann begeben sich damit auf die Linie der einfachen Restauration der Verhältnisse, wie sie vor dem 9. November bestanden. Aber damit haben sie sich selbst auf eine schiefe Ebene begeben, um mit zerschmetterten Gliedern auf dem Boden des Abgrunds liegen zubleiben. Denn die Wiederaufrichtung der Verhältnisse vor dem 9. November war schon am 9. November überholt, und heute ist Deutschland meilenweit von dieser Möglichkeit entfernt. Die Regierung wird, um ihren Rückhalt bei der einzigen Klasse, deren wirkliche Klasseninteressen sie vertritt, bei der Bourgeoisie, zu stärken - den Rückhalt, der ja durch die letzten Vorgänge merklich geschwunden ist -, sich gezwungen sehen, eine immer gewaltsamere konterrevolutionäre Politik zu treiben. Aus diesen Forderungen der süddeutschen Staaten, die heute in den Blättern von Berlin veröffentlicht sind, spricht deutlich der Wunsch heraus, eine, wie es heißt, verstärkte Sicherheit des Deutschen Reiches herbeizuführen, auf gut deutsch heißt das: den Belagerungszustand gegen die anarchistischen, putschistischen, "bolschewistischen", also sozialistischen Elemente durchzusetzen. Ebert-Scheidemann werden durch die Verhältnisse dahin gestoßen, zur Diktatur mit oder ohne Belagerungszustand zu greifen. Daraus ergibt sich aber, daß wir gerade durch die bisherige Entwicklung, durch die Logik der Ereignisse selbst und durch das Gewalttätige, das über den Ebert-Scheidemann lastet, dazu kommen werden, in der zweiten Phase der Revolution eine viel verschärfte Auseinandersetzung, viel heftigere Klassenkämpfe zu erleben ("Sehr richtig!"), als das vorhin der Fall war; eine viel schärfere Auseinandersetzung nicht bloß deshalb, weil die politischen Momente, die ich bisher aufgezählt habe, dahin führen, ohne Illusionen, Brust an Brust, Auge in Auge den Kampf zwischen der Revolution und der Konterrevolution aufzunehmen, sondern deshalb, weil ein neues Feuer, eine neue Flamme immer mehr aus der Tiefe in das Ganze hineingreift, und das sind die wirtschaftlichen Kämpfe.

Parteigenossen, es ist sehr charakteristisch für die erste Periode der Revolution, man kann sagen, bis zum 24. Dezember, die ich geschildert habe, daß sie - wir müssen uns das mit vollem Bewußtsein klarmachen - eine noch ausschließlich politische Revolution war; und darin liegt das Anfängliche, das Unzulängliche, das Halbe und Bewußtlose dieser Revolution. Das war das erste Stadium einer Umwälzung, deren Hauptaufgaben auf ökonomischem Gebiete liegen: Umschwung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Sie war unbefangen, bewußtlos wie ein Kind, das hinaustappt, ohne zu wissen, wohin, sie hatte noch, wie gesagt, einen rein politischen Charakter. Erst in den letzten Wochen haben ganz spontan die Streiks angefangen sich bemerkbar zu machen. Wir wollen es nunmehr aussprechen: Es liegt gerade in dem ganzen Wesen dieser Revolution, daß die Streiks sich mehr und mehr auswachsen, daß sie immer mehr zum Mittelpunkt, zur Hauptsache der Revolution werden müssen. ("Sehr richtig!") Das ist dann eine ökonomische Revolution, und damit wird sie eine sozialistische Revolution. Der Kampf um den Sozialismus kann aber nur durch die Massen, unmittelbar Brust an Brust mit dem Kapitalismus ausgefochten werden, in jedem Betriebe, von jedem Proletarier gegen seinen Unternehmer. Nur dann wird es eine sozialistische Revolution sein.

Gedankenlosigkeit freilich stellte sich den Gang anders vor. Man dachte, es ist nur nötig, die alte Regierung zu stürzen, eine sozialistische Regierung an die Spitze zu stellen, dann werden Dekrete erlassen, die den Sozialismus einführen. Das war wiederum nichts als eine Illusion. Der Sozialismus wird nicht gemacht und kann nicht gemacht werden durch Dekrete, auch nicht von einer noch so ausgezeichneten sozialistischen Regierung. Der Sozialismus muß durch die Massen, durch jeden Proletarier gemacht werden. Dort, wo sie an die Kette des Kapitals geschmiedet sind, dort muß die Kette zerbrochen werden. Nur das ist Sozialismus, nur so kann Sozialismus gemacht werden.

Und wie ist die äußere Form des Kampfes um den Sozialismus? Es ist der Streik, und deshalb haben wir gesehen, daß die ökonomische Phase der Entwicklung jetzt in der zweiten Periode der Revolution in den Vordergrund getreten ist. Ich möchte auch hier betonen, wir können es mit Stolz sagen, und das wird niemand bestreiten: Wir im Spartakusbund, die Kommunistische Partei Deutschlands, sind die einzigen in ganz Deutschland, die auf Seite der streikenden und kämpfenden Arbeiter stehen. ("Sehr richtig!") Sie haben gelesen und gesehen bei allen Gelegenheiten, wie sich die Unabhängige Partei den Streiks gegenüber verhalten hat. Es war durchaus kein Unterschied zwischen der Stellung des "Vorwärts" und der der "Freiheit". Es wurde gesagt: Ihr müßt fleißig sein, Sozialismus heißt viel arbeiten. Und das sagt man, so lange noch das Kapital das Heft in den Händen hat! Damit macht man keinen Sozialismus, sondern nur durch energischste Bekämpfung des Kapitalismus, dessen Ansprüche verteidigt werden von den äußersten Scharfmachern bis zur Unabhängigen Partei, bis zur "Freiheit", allein ausgenommen unsere Kommunistische Partei. Deshalb ist es schon durch diese Darstellung gesagt, daß heute gegen die Streiks restlos alles in schärfster Weise ankämpft, was nicht auf unserem revolutionär-kommunistischen Boden steht.

Daraus ergibt sich: In der kommenden Phase der Revolution werden sich die Streiks nicht nur immer mehr ausdehnen, sondern sie werden im Mittelpunkt, im entscheidenden Punkt der Revolution stehen, zurückdrängend die rein politischen Fragen. So werden Sie einsehen, daß eine ungeheure Verschärfung der Lage im wirtschaftlichen Kampfe eintreten wird. Denn damit kommt die Revolution an die Stelle, wo die Bourgeoisie keinen Spaß versteht. Die Bourgeoisie kann sich Mystifikationen leisten auf politischem Gebiet, wo eine Maskerade noch möglich ist, wo noch Leute wie Ebert-Scheidemann mit sozialistischen Aufschriften auftreten können, aber nicht da, wo es um den Profit geht. Da wird sie die Regierung Ebert-Scheidemann vor die Alternative stellen: entweder mit den Streiks ein Ende zu machen, die ihr drohende Erdrosselung durch die Streikbewegung zu beseitigen, oder aber die Herren Ebert-Scheidemann werden ausgespielt haben. Ich glaube auch, daß schon ihre politischen Maßnahmen dazu führen werden, daß sie sehr bald ausgespielt haben. Die Ebert-Scheidemann empfinden es besonders schmerzlich, daß sie bei der Bourgeoisie nicht viel Vertrauen gefunden haben. Die Bourgeoisie wird es sich überlegen, ob sie den Hermelin auf die derbe Parvenügestalt des Ebert legen können. Wenn es soweit kommt, dann wird es schließlich heißen: Es genügt hierzu nicht Blut an den Fingern, sondern er muß blaues Blut in den Adern haben ("Sehr gut!"), wenn es soweit kommt, dann wird es heißen: Wenn wir einen König haben wollen, brauchen wir keinen Emporkömmling, der sich nicht mal als König benehmen kann. (Heiterkeit.)

So, Parteigenossen, drängen die Herren Ebert-Scheidemann dazu, daß sich eine konterrevolutionäre Bewegung breit macht. Sie werden mit den emporlodernnden Flammen des ökonomischen Klassenkampfes nicht fertig werden, und sie werden der Bourgeoisie mit ihren Bestrebungen doch nicht Befriedigung schaffen. Sie werden untertauchen, um entweder einem Versuch der Konterrevolution Platz zu machen, die sie zusammenrafft zu einem verzweifelten Kampf um einen Herrn Groener oder zu einer ausgesprochenen Militärdiktatur unter Hindenburg, oder aber sie werden anderen konterrevolutionären Mächten weichen müssen.

Genaueres läßt sich nicht bestimmen, es können keine positiven Aussagen gemacht werden über das, was kommen muß. Aber es kommt ja gar nicht auf die äußeren Formen an, auf den Moment, wann dieses oder jenes

eintritt, uns genügen die großen Richtlinien der Weiterentwicklung, und die führen dahin: Nach der ersten Phase der Revolution, der des vorwiegend politischen Kampfes, kommt eine Phase des verstärkten, gesteigerten, in der Hauptsache ökonomischen Kampfes, wobei in kurzer oder vielleicht etwas längerer Zeit die Regierung Ebert-Scheidemann in den Orkus verschwinden muß.

Was aus der Nationalversammlung in der zweiten Phase der Entwicklung wird, ist gleichfalls schwer vorauszusagen. Es ist möglich, daß, wenn sie zustande kommt, sie eine neue Schule der Erziehung für die Arbeiterklasse sein wird, oder aber, das ist ebenso nicht ausgeschlossen, es kommt überhaupt gar nicht zu der Nationalversammlung, voraussagen läßt sich nichts. Ich will nur in Klammern hinzufügen, damit Sie verstehen, von welchem Standpunkte wir gestern unsere Position verteidigten: Wir waren nur dagegen, unsere Taktik auf die eine Alternative zu stellen. Ich will hier nicht von neuem Diskussionen anschneiden, sondern dies nur sagen, damit nicht etwa jemand von Ihnen beim flüchtigen Zuhören auf die Idee kommt: Aha, jetzt kommen andere Töne. Wir stehen geschlossen vollkommen auf demselben Boden wie gestern. Wir wollen unsere Taktik gegenüber der Nationalversammlung nicht auf die Möglichkeit einstellen, die wohl eintreten kann, aber nicht muß, daß nämlich die Nationalversammlung in die Luft fliegt, sondern wir wollen sie einstellen auf die Eventualitäten, auch auf die revolutionäre Ausnutzung der Nationalversammlung, wenn sie zustande kommt. Ob sie zustande kommt oder nicht, ist gleichgültig, die Revolution kann auf alle Fälle mir gewinnen.

Und was bleibt dann der abgewirtschafteten Regierung Ebert-Scheidemann oder irgendeiner anderen sozialdemokratisch genannten Regierung, die am Ruder ist, noch übrig? Ich habe gesagt, das Proletariat als Masse ist bereits ihren Händen entschlüpft, die Soldaten sind gleichfalls nicht mehr als konterrevolutionäres Kanonenfutter zu gebrauchen. Was bleibt diesen armen Leuten dann überhaupt noch übrig, um ihre Situation zu retten? Es bleibt ihnen nur noch eine Chance, und wenn Sie, Parteigenossen, heute die Pressenachrichten gelesen haben, werden Sie sehen, wo die letzten Reserven stehen, die die deutsche Konterrevolution gegen uns ins Feld führen wird, wenn es hart auf hart gehen soll. Sie haben alle gelesen, daß die deutschen Truppen bereits in Riga Arm in Arm mit den Engländern gegen die russischen Bolschewiki vorgehen. Parteigenossen, ich habe da Dokumente in den Händen, durch die wir das, was jetzt in Riga ausgetragen wird, überblicken können. Die ganze Sache geht aus von dem Oberkommando der VIII. Armee, Arm in Arm mit Herrn August Winnig, dem deutschen Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer. Man hat es immer so hingestellt, als seien die armen Ebert-Scheidemann die Opfer der Entente. Es war aber eine Taktik des "Vorwärts" schon seit Wochen, seit dem Anfang der Revolution, es so hinzustellen, als sei die Erdrosselung der Revolution in Rußland der aufrichtige Wunsch der Entente, und dadurch wurde der Entente selbst erst der Gedanke hieran nahegelegt. Wir haben hier dokumentarisch festgestellt, wie das auf Kosten des russischen Proletariats und der deutschen Revolution gemacht wurde. In einem Telegramm vom 26. Dezember gibt der Oberstleutnant Buerkner, Chef des Generalstabs der VIII. Armee, von den Verhandlungen Kenntnis, die zu dieser Abmachung in Riga führten. Das betreffende Telegramm lautet: "Am 23.12. fand Besprechung zwischen Reichsbevollmächtigten Winnig und englischem Regierungsvertreter, früherem Generalkonsul in Riga, Monsanquet, an Bord englischen Schiffes "Prinzeß Margret" statt, zu welcher auch Beteiligung des deutschen Oberbefehlshabers oder seines Vertreters erbeten war. Ich wurde zur Teilnahme bestimmt.

Zweck der Besprechung:

Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen.

Verlauf der Besprechung:

Engländer: Hier liegende Schiffe sollen Ausführung der Bedingungen überwachen. Auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen wird folgendes gefordert:

1. Daß die Deutschen eine genügende Streitmacht in diesem Bezirk zu halten haben, um die Bolschewisten in Schach zu halten und ihnen nicht zu erlauben, über ihre gegenwärtigen Stellungen heraus vorzudringen."Ferner:

"3. Eine Aufstellung der gegenwärtigen Dispositionen für die Truppen, welche gegen die Bolschewisten fechten, sowohl der deutschen wie der lettischen, sollen an den britischen militärischen Stabsoffizier gesandt werden zur Kenntnis für den ältesten Marineoffizier. Alle künftigen Dispositionen hinsichtlich der Truppen, welche zum Kampf gegen die Bolschewisten bestimmt sind, sollen durch denselben Offizier mitgeteilt werden.

4. Eine genügende Streitkraft muß an den folgenden Punkten unter Waffen gehalten werden, um ihre Einnahme durch die Bolschewisten oder deren Vordringen in eine allgemeine Linie, welche nachfolgende Plätze verbindet, zu verhindern: Walk, Wolmar, Wenden, Friedrichstadt, Pensk, Mitau.

5. Die Eisenbahn von Riga nach Libau soll gegen bolschewistische Angriffe gesichert werden, und alle britischen Vorräte und Post, welche auf dieser Strecke fahren, sollen Vorzugsbehandlung genießen."

Dann folgt eine weitere Reihe von Forderungen. Und nun die Antwort des deutschen Bevollmächtigten, Herrn

Winnig: Zwar sei es ungewöhnlich, eine Regierung zwingen zu wollen, einen fremden Staat besetzt zu halten, in diesem Falle aber wäre es unser eigenster Wunsch, das sagt Herr Winnig, der deutsche Gewerkschaftsführer! - da es gelte, deutsches Blut zu schützen - die baltischen Barone - , und wir uns auch für moralisch gebunden hielten, dem Lande zu helfen, das wir aus seinem früheren staatlichen Zusammenhange frei gemacht hätten. Unsere Bestrebungen würden aber erschwert, erstens durch den Zustand der Truppen, die unter dem Einfluß der Wirkung der Waffenstillstandsbedingungen nicht mehr kämpfen, sondern heim wollten, die außerdem aus alten, kriegsinvaliden Leuten beständen; zweitens durch das Verhalten der hiesigen Regierungen - gemeint sind die lettischen - , die die Deutschen als ihre Unterdrücker hinstellen. Wir wären bemüht, freiwillige, kampfbereite Verbände zu schaffen, was zum Teil schon gelungen sei.

Das ist Konterrevolution, was hier gemacht wird. Sie haben vor einiger Zeit von der Bildung der Eisernen Division gele sen, die ausdrücklich zur Bekämpfung der Bolschewisten in den baltischen Ländern geschaffen wurde. Es war nicht klar, wie sich die Ebert- Scheidemann- Regierung dazu stellt. Jetzt wissen Sie, daß es diese Regierung selbst war, die den Vor schlag dazu gemacht hat.

Parteigenossen, noch eine kleine Bemerkung über Winnig. Wir können es ruhig aussprechen, daß die deutschen Ge werkschaftsführer - es ist kein Zufall, daß ein Gewerkschaftsführer solche politischen Dienste leistet - , daß die deutschen Gewerkschaftsführer und die deutschen Sozialdemokraten die infamsten und größten Halunken, die in der Welt gelebt haben, sind. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Wissen Sie, wohin diese Leute, Winnig, Ebert, Scheidemann, gehören? Nach dem deutschen Strafkodex, den sie ja selbst in voller Gültigkeit erklären und nach dem sie selbst Recht sprechen lassen, gehören diese Leute ins Zuchthaus! (Stürmische Zurufe und Händeklatschen.) Denn nach dem deut schen Strafkodex wird mit Zuchthaus bestraft, der es unternimmt, deutsche Soldaten für ausländische Dienste zu wer ben. Und heute haben wir - das können wir ruhig heraus sagen - an der Spitze der "sozialistischen Regierung« nicht bloß Leute, die Judasse der sozialistischen Bewegung, der proletarischen Revolution sind, sondern auch Zuchthäusler, die überhaupt nicht in eine anständige Gesellschaft hineingehören. (Stürmische Zustimmung.)

Ich werde Ihnen im Zusammenhang mit diesem Punkt zum Schluß meines Referats eine Resolution vorlesen, zu der ich Ihren einstimmigen Beifall erwarte, damit wir mit nötigem Nachdruck gegen diese Leute auftreten können, die die Ge schicke Deutschlands nunmehr leiten.

Genossen, um jenen Faden meiner Darlegungen wieder aufzunehmen: Es ist klar, daß alle diese Machenschaften, die Bildung eiserner Divisionen und namentlich das erwähnte übereinkommen mit dem englischen Imperialismus nichts an deres bedeuten als die letzten Reserven, um die deutsche sozialistische Bewegung zu erdrosseln, damit ist aber auch die Kardinalfrage, die Frage in bezug auf die Friedensaussichten, aufs engste verknüpft. Was sehen wir in diesen Abma chungen anders als die Wiederentfaltung des Krieges? Während diese Halunken in Deutschland eine Komödie auffüh ren, daß sie alle Hände voll zu tun hätten, den Frieden herzustellen, und daß wir die Leute, die Störenfriede seien, die die Unzufriedenheit der Entente erregen und den Frieden hinauszögen, bereiten sie mit eigenen Händen das Wiederauf flammen des Krieges, des Krieges im Osten vor, dem der Krieg in Deutschland auf dem Fuße folgen wird. So haben Sie auch hier wieder die Situation, die dazu führt, daß wir uns in eine Periode der scharfen Auseinandersetzung begeben müssen. Wir werden zusammen mit dem Sozialismus und den Interessen der Revolution auch die Interessen des Welt friedens zu verteidigen haben, und dies ist gerade die Bestätigung der Taktik, die wir Spartakusleute wiederum als die einzigen während des ganzen vierjährigen Krieges bei jeder Gelegenheit vertreten haben. Friede bedeutet Weltrevolu tion des Proletariats! Es gibt keinen anderen Weg, den Frieden wirklich herzustellen und zu sichern, als den Sieg des sozialistischen Proletariats. (Lebhafte Zustimmung.)

Parteigenossen, was ergibt sich für uns daraus als allgemeine taktische Richtlinie für die Situation, in der wir in nächster Zeit stehen? Das nächste, was Sie daraus schließen werden, ist wohl die Hoffnung, daß nun der Sturz der Ebert- Scheidemann- Regierung erfolgt und daß sie durch eine ausgesprochen sozialistisch- proletarisch- revolutionäre Re gierung ersetzt werden müßte. Allein, ich möchte Ihr Augenmerk nicht nach der Spitze, nach oben richten, sondern nach unten. Wir dürfen nicht die Illusion der ersten Phase der Revolution, der des 9. November, weiterpflegen und wiederho len, als sei es überhaupt für den Verlauf der sozialistischen Revolution genügend, die kapitalistische Regierung zu stür zen und durch eine andere zu ersetzen. Nur dadurch kann man den Sieg der proletarischen Revolution herbeiführen, daß man umgekehrt anfängt, die Regierung Ebert- Scheidemann zu unterminieren durch einen sozialen, revolutionären Mas senkampf des Proletariats auf Schritt und Tritt, auch möchte ich Sie hier an einige Unzulänglichkeiten der deutschen Re volution erinnern, die nicht mit der ersten Phase überwunden worden sind, sondern deutlich zeigen, daß wir leider noch nicht soweit sind, um durch den Sturz der Regierung den Sieg des Sozialismus zu sichern. Ich habe Ihnen darzulegen versucht, daß die Revolution des 9. November vor allem eine politische Revolution war, während sie doch in der Haupt sache noch eine ökonomische werden muß. Sie war aber auch nur eine städtische Revolution, das flache Land ist bis

jetzt so gut wie unberührt geblieben. Es wäre ein Wahn, den Sozialismus ohne Landwirtschaft zu verwirklichen. Vom Standpunkt der sozialistischen Wirtschaft läßt sich überhaupt die Industrie gar nicht umgestalten ohne die unmittelbare Verquickung mit einer sozialistisch umorganisierten Landwirtschaft. Der wichtigste Gedanke der sozialistischen Wirtschaftsordnung ist Aufhebung des Gegensatzes und der Trennung zwischen Stadt und Land. Diese Trennung, dieser Widerspruch, dieser Gegensatz ist eine rein kapitalistische Erscheinung, die sofort aufgehoben werden muß, wenn wir uns auf den sozialistischen Standpunkt stellen. Wenn wir Ernst machen wollen mit einer sozialistischen Umgestaltung, müssen Sie Ihr Augenmerk ebenso auf das flache Land richten wie auf die Industriezentren, und hier sind wir leider noch nicht einmal beim Anfang des Anfangs. Es muß jetzt Ernst damit gemacht werden, nicht bloß aus dem Gesichtspunkt heraus, weil wir ohne Landwirtschaft nicht sozialisieren können, sondern auch, weil, wenn wir jetzt die letzten Reserven der Gegenrevolution gegen uns und unsere Bestrebungen aufgezählt haben, wir eine wichtige Reserve noch nicht aufgezählt haben, das Bauerntum. Gerade, weil es bis jetzt unberührt geblieben ist, ist es noch eine Reserve für die konterrevolutionäre Bourgeoisie. Und das erste, was sie tun wird, wenn die Flamme des sozialistischen Streiks ihr auf den Fersen brennt, ist die Mobilisierung des Bauerntums, des fanatischsten Anhängers des Privateigentums. Gegen diese drohende konterrevolutionäre Macht gibt es kein anderes Mittel, als den Klassenkampf aufs Land hinauszutragen, gegen das Bauerntum das landlose Proletariat und das Kleinbauerntum mobil zu machen. ("Bravo!" und Händeklatschen.)

Daraus ergibt sich, was wir zu tun haben, um die Voraussetzungen des Gelingens der Revolution zu sichern, und ich möchte unsere nächsten Aufgaben deshalb dahin zusammenfassen: Wir müssen vor allen Dingen das System der Arbeiter- und Soldatenräte, in der Hauptsache das System der Arbeiterräte in der Zukunft ausbauen, nach allen Richtungen hin. Was wir am 9. November übernommen haben, sind nur schwache Anfänge und nicht bloß das. Wir haben in der ersten Phase der Revolution sogar große Machtmittel wieder verloren. Sie wissen, daß ein fortgesetzter Abbau des Arbeiter- und Soldatenrätesystems durch die Gegenrevolution vorgenommen worden ist. In Hessen sind die Arbeiter- und Soldatenräte durch die konterrevolutionäre Regierung überhaupt aufgehoben worden, an anderen Stellen werden ihnen die Machtmittel aus der Hand gerissen. Wir müssen deshalb nicht bloß das Arbeiter- und Soldatenrätesystem ausbauen, sondern auch die Landarbeiter und Kleinbauern in dieses System der Räte einführen. Wir müssen die Macht ergreifen, wir müssen uns die Frage der Machtergreifung vorlegen als die Frage: Was tut, was kann, was soll jeder Arbeiter- und Soldatenrat in ganz Deutschland? ("Bravo!") Dort liegt die Macht, wir müssen von unten auf den bürgerlichen Staat aushöhlen, indem wir überall die öffentliche Macht, Gesetzgebung und Verwaltung nicht mehr trennen, sondern vereinigen, in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte bringen.

Parteigenossen, das ist ein gewaltiges Feld, das zu beackern ist. Wir müssen vorbereiten von unten auf, den Arbeiter- und Soldatenräten eine solche Macht geben, daß, wenn die Regierung Ebert- Scheidemann oder irgendeine ihr ähnliche gestürzt wird, dies dann nur der Schlußakt ist. So soll die Machteroberung nicht eine einmalige, sondern eine fortschreitende sein, indem wir uns hineinpressen in den bürgerlichen Staat, bis wir alle Positionen besitzen und sie mit Zähnen und Nägeln verteidigen. Und der ökonomische Kampf, auch er soll nach meiner Auffassung und der Auffassung meiner nächsten Parteifreunde durch die Arbeiterräte geführt werden. Auch die Leitung der ökonomischen Auseinandersetzung und die Hinüberleitung dieser Auseinandersetzung in immer größere Bahnen soll in den Händen der Arbeiterräte liegen. Die Arbeiterräte sollen alle Macht im Staate haben. Nach dieser Richtung hin haben wir in der nächsten Zeit zu arbeiten, und daraus ergibt sich auch, wenn wir uns diese Aufgabe stellen, daß wir mit einer kolossalen Verschärfung des Kampfes in der nächsten Zeit zu rechnen haben. Denn hier gilt es, Schritt um Schritt, Brust an Brust zu kämpfen in jedem Staat, in jeder Stadt, in jedem Dorf, in jeder Gemeinde, um alle Machtmittel des Staates, die der Bourgeoisie Stück um Stück entrissen werden müssen, den Arbeiter- und Soldatenräten zu übertragen.

Dazu müssen aber auch unsere Parteigenossen, dazu müssen die Proletarier erst geschult werden. Auch dort, wo Arbeiter- und Soldatenräte bestehen, fehlt noch das Bewußtsein dafür, wozu die Arbeiter- und Soldatenräte berufen sind. ("Sehr richtig!") Wir müssen die Massen erst darin schulen, daß der Arbeiter- und Soldatenrat der Hebel der Staatsmaschinerie nach allen Richtungen hin sein soll, daß er jede Gewalt übernehmen muß und sie alle in dasselbe Fahrwasser der sozialistischen Umwälzung leiten muß. Davon sind auch noch diejenigen Arbeitermassen, die schon in den Arbeiter- und Soldatenräten organisiert sind, meilenweit entfernt, ausgenommen natürlich einzelne kleinere Minderheiten von Proletariern, die sich ihrer Aufgaben klar bewußt sind. Aber das ist nicht ein Mangel, sondern das ist gerade das normale. Die Masse muß, indem sie Macht ausübt, lernen, Macht auszuüben. Es gibt kein anderes Mittel, ihr das beizubringen. Wir sind nämlich zum Glück über die Zeiten hinaus, wo es hieß, das Proletariat sozialistisch schulen. - Diese Zeiten scheinen für die Marxisten von der Kautskyschen Schule bis auf den heutigen Tag noch zu existieren. Die proletarischen Massen sozialistisch schulen, das heißt: ihnen Vorträge halten und Flugblätter und Broschüren verbreiten. Nein, die sozialistische Proletarierschule braucht das alles nicht. Sie werden geschult, indem sie zur Tat greifen. ("Sehr richtig!") Hier heißt es: Im Anfang war die Tat; und die Tat muß sein, daß die Arbeiter- und Soldatenräte sich

berufen fühlen und es lernen, die einzige öffentliche Gewalt im ganzen Reiche zu werden. Nur auf diese Weise können wir den Boden so untermünern, daß er reif wird zu dem Umsturz, der dann unser Werk zu krönen hat. Und deshalb, Parteigenossen, war es auch nicht ohne klare Berechnung und ohne klares Bewußtsein, wenn wir Ihnen gestern ausführten, wenn ich speziell Ihnen sagte: Machen Sie sich den Kampf nicht weiter so bequem! Von einigen Genossen ist es falsch dahin aufgefaßt worden, als hätte ich angenommen, sie wollten bei der Boykottierung der Nationalversammlung mit verschränkten Armen stehen. Nicht im Traum ist mir das eingefallen. Ich konnte bloß nicht mehr auf die Sache eingehen; in dem heutigen Rahmen und Zusammenhang habe ich die Möglichkeit. Ich meine, die Geschichte macht es uns nicht so bequem, wie es in den bürgerlichen Revolutionen war, daß es genügte, im Zentrum die offizielle Gewalt zu stürzen und durch ein paar oder ein paar Dutzend neue Männer zu ersetzen. Wir müssen von unten aufarbeiten, und das entspricht gerade dem Massencharakter unserer Revolution bei den Zielen, die auf den Grund und Boden der gesellschaftlichen Verfassung gehen, das entspricht dem Charakter der heutigen proletarischen Revolution, daß wir die Eroberung der politischen Macht nicht von oben, sondern von unten machen müssen. Der 9. November war der Versuch, an der öffentlichen Gewalt, an der Klassenherrschaft zu rütteln ein schwächerer, halber, unbewußter, chaotischer Versuch. Was jetzt zu machen ist, ist, mit vollem Bewußtsein die gesamte Kraft des Proletariats auf die Grundfesten der kapitalistischen Gesellschaft zu richten. Unten, wo der einzelne Unternehmer seinen Lohnsklaven gegenübersteht, unten, wo sämtliche ausführenden Organe der politischen Klassenherrschaft gegenüber den Objekten dieser Herrschaft, den Massen, stehen, dort müssen wir Schritt um Schritt den Herrschenden ihre Gewaltmittel entreißen und in unsere Hände bringen. Wenn ich es so schildere, nimmt sich der Prozeß vielleicht etwas langwieriger aus, als man geneigt wäre, ihn sich im ersten Moment vorzustellen. Ich glaube, es ist gesund für uns, wenn wir uns mit voller Klarheit alle Schwierigkeiten und Komplikationen dieser Revolution vor Augen führen. Denn ich hoffe, wie auf mich, so wirkt auch auf keinen von Euch die Schilderung der großen Schwierigkeiten, der sich auftürmenden Aufgaben dahin, daß Ihr etwa in Eurem Eifer oder Eurer Energie erlahmt; im Gegenteil: je größer die Aufgabe, um so mehr werden wir alle Kräfte zusammenfassen; und wir vergessen nicht: Die Revolution versteht ihre Werke mit ungeheurer Geschwindigkeit zu vollziehen. Ich übernehme es nicht zu prophezeien, wieviel Zeit dieser Prozeß braucht. Wer rechnet von uns, wen kümmert das, wenn nur unser Leben dazu ausreicht, es dahin zu bringen! Es kommt nur darauf an, daß wir klar und genau wissen, was zu tun ist; und was zu tun ist, hoffe ich mit meinen schwachen Kräften Ihnen einigermaßen in den Hauptzügen dargelegt zu haben. ("Stürmischer Beifall!")

Die Genossin Luxemburg unterbreitet dem Parteitag folgende Resolution:

Die Reichskonferenz nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Vorgehen der deutschen Regierung im Osten. Das Zusammengehen deutscher Truppen mit denen baltischer Barone und englischer Imperialisten bedeutet nicht nur einen niederträchtigen Verrat an den russischen Proletariern und an der russischen Revolution, es bedeutet auch die Besiegelung des Weltbundes der Kapitalisten aller Länder gegen das kämpfende Proletariat der ganzen Welt. Der Parteitag erklärt angesichts dieser Ungeheuerlichkeiten aufs neue: Die Regierung Ebert-Scheidemann ist der Todfeind des deutschen Proletariats. Nieder mit der Regierung Ebert-Scheidemann!

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Vorsitzender: Es ist ein von 16 Genossen unterzeichneter Antrag eingegangen, die Rede der Genossin Luxemburg als Agitationsbroschüre möglichst bald erscheinen zu lassen. (Lebhafter Beifall.) Diesem Verlangen wird, sobald es technisch möglich ist, entsprochen werden.

Dann sind zu dem Punkt der Tagesordnung, den wir jetzt beraten, noch folgende Anträge eingegangen: Der Parteitag begrüßt die Arbeit der Freien Jugend und wünscht ihre Förderung. Er empfiehlt zur Aufnahme in das Parteiprogramm das Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht und Verwaltungsrecht der arbeitenden Jugend. Fränkel (Königsberg).

Außerdem ist ein Antrag eingegangen von demselben Unterzeichneten, der besagt: Zur Festlegung des Programms der Kommunistischen Partei wird ein Aktionsausschuß gewählt. Dieser hat einem spätestens in drei Monaten zu berufenden Parteitag die Ausarbeitung des Programms vorzulegen, das in seinen wichtigsten Punkten in der Broschüre "Was will der Spartakusbund?" festgelegt ist. Es ist hierbei besonders die Vernachlässigung der Agrarfrage und der Schul- und Hochschulreform zu vermeiden.

Dann liegt ein weiterer Antrag vor, der verlangt, daß eine Kommission eingesetzt wird, die sämtliche Fragen der Sozialisierung der Industrie und Landwirtschaft bearbeitet.

Ein anderer Antrag verlangt die Einsetzung einer Agrarkommission, einer Kommission, die alles Material, das sich

auf diese Materie bezieht, sammeln soll.
Wir treten nun in die Diskussion ein.

[Diskussion]

[Genosse] *Frölich* (Hamburg): Genossen, es fällt mir schwer, nach diesen glänzenden Ausführungen der Genossin Luxemburg, die ich Wort für Wort unterschreibe, hier Worte der Kritik aussprechen zu müssen, einer Kritik, die sich auf das uns vorgelegte Programm bezieht, das in der Broschüre enthalten ist "Was will der Spartakusbund?" Wir sind uns in den Grundzügen vollkommen einig, und deshalb kann es sich nicht um grundlegende Differenzen dabei handeln; aber ich bin der Meinung, daß wir uns über alle Dinge vollständig klarwerden müssen und daß deshalb auch Differenzen, die für den ersten Blick nicht tiefer Natur zu sein scheinen, ausgetragen werden müssen. Wir wollen uns dabei vor allen Dingen auf das Wort Lessings berufen, das die Genossin Luxemburg hier vorgetragen hat: Wenn wir schon die Wahrheit sagen wollen, dann die ganze Wahrheit.

Genossen, da muß ich sagen: Ich finde in dem Programm eine Stelle, die mir doch bedenklich erscheint und bei der ich vermute, daß da etwas Schüchternheit vorgelegen hat, als man sie schrieb. Auf Seite 4 finden Sie den Abschnitt III, in dem es heißt:

"In den bürgerlichen Revolutionen waren Blutvergießen, Terror, politischer Mord die unentbehrliche Waffe in der Hand der aufsteigenden Klassen.

Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte."

Genossen, gegen diese Fassung habe ich Schwerwiegendes einzuwenden. Zunächst bedeutet diese Fassung eine scharfe Kritik an der Taktik der Bolschewiki (Widerspruch), die ganz offen erklärt haben: jawohl, wir müssen zum Terror greifen. Nun, Genossen, das kann uns natürlich nicht abhalten, unsre Wege zu gehen, wenn die Bolschewiki andre Wege gegangen sind. Aber wenn wir diese Kritik an der russischen Revolution üben, dann müssen wir uns darüber klarwerden, ob sie berechtigt ist, dann müssen wir untersuchen, ob die ganze Situation nicht dazu gedrängt hat, wirklich auch zu den Mitteln des Terrors zu greifen. Genossen, wenn Ihr Euch den ungeheuer scharfen Bürgerkrieg klarmacht, der da drüben geführt wird, dann werdet Ihr Euch auch klarwerden, daß er mit allen Mitteln geführt werden muß, die zu Gebote stehen; und dazu gehören auch die Mittel des Terrors. Wenn wir uns weiter über die Tatsache klarwerden sollten, die ich für sicher halte, daß bei uns in Deutschland die revolutionären Kämpfe eine noch viel größere Heftigkeit annehmen werden als in Rußland, und zwar deshalb, weil wir einen viel fester fundierten Kapitalismus haben als die Russen und weil uns die außerordentlich scharfe Waffe der revolutionären Bauernschaft fehlt, wir im Gegenteil, wie die Genossin Luxemburg sehr richtig betont hat, mit einer ganz entschiedenen und bewußten Gegenrevolution in unserm Bauerntum zu rechnen haben, dann scheint es mir ganz sicher zu sein, daß wir hier in Deutschland auch einen viel schärferen Klassenkampf zu führen haben werden. Aber worauf kommt es dabei an? In all diesen Kämpfen ist das wesentlichste, die eigene Organisation so straff als möglich zu machen, den Feind aber zu desorganisieren. Und, Genossen, bei uns liegen die Dinge so, daß, wenn man uns die Köpfe abschlägt, sofort aus den Massen wieder die nötigen Leute hervorkommen, die dann die Dinge in die Hand nehmen.

Beim Bürgertum aber liegen die Dinge anders. Da handelt es sich in der Tat im wesentlichen um eine Organisation, die von einzelnen hervorragenden Köpfen geleitet wird, und da ist es notwendig, diesen Kopf der Organisation abzuschlagen; nicht physisch schließlich; physisch, wenn man dazu gezwungen ist. Aber man muß ihn herausnehmen aus der Organisation der Gegenrevolution, und, Genossen, wir haben die Tatsache zu verzeichnen, daß auch darin unsre ganze Revolution bisher ihren Säuglingscharakter, möchte ich sagen, gezeigt hat. Wir haben in Hamburg ganz ausgesprochene und gut organisierte gegenrevolutionäre Bewegungen gehabt, die nur zur rechten Zeit entdeckt worden sind. Was haben wir gesehen? Unsre Herren Unabhängigen haben die wichtigsten Leute, auf die es dabei ankam, sofort wieder auf freien Fuß gesetzt. Ein Dr. Blunck, ein Reichstagsabgeordneter, der sich an konterrevolutionären Bewegungen beteiligte, geht nicht mehr in die Öffentlichkeit, und ich gebe die Versicherung: Hätten wir die Dinge in der Hand gehabt, hätten wir zu entscheiden gehabt, er wäre niemals wieder freigekommen, bis die Revolution gesichert war; und ebenso wären die Herrschaften vom Hamburger Senat, die von der Gegenrevolution gewußt haben und nichts dagegen taten und den Arbeiter- und Soldatenrat nicht davon unterrichteten, auch dorthin gebracht worden, wo viele von unsern Genossen lange Zeit geschmachtet haben. („Bravo!") Genossen, das ist der Terror, den wir durchführen müssen, solange wir nicht zu noch schärferen Mitteln gezwungen werden. Diese Leute hatten wir als Geiseln zu halten, und wenn dennoch die Gegenrevolution aufgetreten wäre, nun gut, dann hätten diese Herrschaften das Schicksal der Geiseln erleiden müssen. Darüber müssen wir uns klar sein.

Im übrigen ist die Sache so: Wenn man die Dinge nicht klar ausspricht, um die es sich handelt - den Feind täuscht man niemals darüber. Der Feind weiß in jeder Situation, was ihm blüht. Geht die revolutionäre Bewegung weiter - und das tut sie - , dann werden wir ganz sicher zu einem ganz außerordentlich verschärften Kampf kommen, und die Bourgeoisie ist sich ganz klar dessen bewußt, daß es dann hart auf hart geht und keine Rücksicht von keiner Seite genommen wird.

Genossen, ich bin deshalb gegen die Fassung, die hier beliebt worden ist. Wir müssen unsern Genossen gegenüber ganz klar aussprechen, was wir wollen, damit sie eine Richtschnur haben für das Handeln, wenn sie vor gewisse bestimmte Tatsachen gestellt werden.

Etwas anderes ist noch in den eigentlichen Forderungen, die hier aufgestellt worden sind, und zwar etwas, worüber ich mir nicht ganz klar geworden bin. Es heißt da in den Forderungen unter III [B] "Auf politischem und sozialem Gebiete", Nr. 1: "Abschaffung aller Einzelstaaten; einheitliche deutsche sozialistische Republik."

Genossen, ich bin mir nicht ganz klar, was damit gemeint ist. Handelt es sich um das letzte Ziel der Bewegung, handelt es sich darum, wenn wir den Sozialismus wirklich erreicht haben, dann eine einheitliche deutsche Republik bestehen zu lassen? Da, glaube ich, ist es notwendig, uns doch ein wenig klar darüber zu werden, wie die Dinge wohl verlaufen werden. Bei dem Fortschreiten der Revolution wird es sich ganz offenbar herausstellen, daß unsere Partei, daß die Arbeitermasse, die sich auf den Boden der entschiedenen Revolution stellt, nicht sofort im ganzen Reiche die Macht in die Hände nehmen kann, sondern daß sich gewisse Bezirke zuerst vom Kapitalismus frei machen werden, insoweit, als sie imstande sind, die Diktatur des Proletariats für ihren Bezirk sicher durchzuhalten; und da, Genossen, glaube ich, daß zu nächst eine Reihe von Republiken entstehen, die einfach auf dieser Grundlage aufgebaut sind. Diese Republiken werden wir doch nicht als einen Widerspruch ansehen zu unserer Forderung einer einheitlichen deutschen Republik; denn diese Republiken sind einfach der Weg zu unserem Ziele. Also wir müßten das von vornherein unterscheiden.

Ich glaube dann allerdings weiter, daß in ganz kurzen Epochen sich diese Bewegung durchsetzen wird und daß wir dann zu einer einheitlichen deutschen Republik kommen werden. Aber dann fragt es sich, ob das wirklich das endgültige Resultat ist; und da, Parteigenossen, habe ich sehr große Zweifel. Es kommt für uns nicht darauf an, hier doktrinär etwas festzusetzen, etwa. So wird es gemacht, sondern es kommt darauf an, zu erkennen, wie die Entwicklung weiter fortschreiten wird; und da sind wir uns heute darüber klar, wie wir uns früher klar waren, daß die russische Revolution nur durch die Weltrevolution gerettet werden kann, sind wir uns heute darüber klar, daß die Weltrevolution jetzt unvermeidlich ist, daß sie unbedingt kommen wird. Wie liegen dann die Dinge? Genossen, dann muß eine ganz andere Organisation unsres gesamten Wirtschaftslebens durchgeführt werden, als sie bisher ist; und ob dann Einzelstaaten in dem alten Sinne der festen Grenzen, der geschlossenen Einheit des gesamten Volkslebens möglich sind, das bezweifle ich sehr.

Nur einige Beispiele will ich Ihnen anführen, die Ihnen die Dinge beweisen sollen. Wir haben einen ungeheuer starken Weltverkehr, der heute schon unter dem Kapitalismus stark international vertrustet ist. Es kommt darauf an, diesen Weltverkehr zu organisieren, und er kann meines Erachtens nur organisiert werden auf der Weltgrundlage.

Ein anderes! Wir haben das große Minette- und Kohlengebiet an der deutsch-französischen Grenze. Es ist selbstverständlich: Behalten wir die feste Staatsgrenze bei, dann müssen wir das Selbstbestimmungsrecht der Völker durchführen. Aber da wird es offenbar so werden, daß die Bevölkerungsschichten, die zu Deutschland gehörten, sich nicht nach Frankreich abwenden werden und umgekehrt, daß also wiederum dieses große, einheitliche Wirtschaftsgebiet zerrissen wird. Das kann und darf nicht geschehen, wenn eine einheitliche Organisation der Arbeit möglich sein soll; und es wird nicht möglich sein, nun durch besondere Verhandlungen zwischen den einzelnen Staaten immer zu versuchen, die Einheit herbeizuführen, sondern in demselben Maße, wie in Rußland drüben die ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht auf der rein staatlichen Grundlage aufgebaut sind, sondern wie da eine Reihe von Räten für alle möglichen Dinge entstehen, die dort von selber entscheiden, so wird wahrscheinlich das ganze wirtschaftliche Gebiet auch auf ähnliche Weise in der Zukunft organisiert werden müssen ohne Rücksicht auf die Staatsgrenzen, und Staatsgrenzen würden vielleicht nur noch insofern eine Bedeutung haben, als sich eine besondere Kulturarbeit unbedingt auf die Sprachzugehörigkeit der einzelnen Völker aufbauen muß.

Parteigenossen, wenn wir diese Dinge so betrachten, dann werden wir finden, daß dann von einer einheitlichen deutschen Republik in Wirklichkeit nur ein ganz kleiner Rest bleibt. Ich will jetzt nicht entschieden gegen diese Fassung auftreten; aber ich möchte nur die Gedanken einmal in die Debatte hineinwerfen, um dann zu sehen, wie weit wir kommen, wenn wir uns von diesem Gesichtspunkt aus die Dinge betrachten.

[Genosse] *Fränkel* (Königsberg) (zur Geschäftsordnung): Ich bin der Ansicht, daß eine Diskussion die ausgezeichnete Rede der Genossin Luxemburg nur abschwächen kann ("Sehr richtig!") und daß es auch unmöglich ist, auf alle Einzelheiten des Programms einzugehen. Da gibt es ja, man kann sagen, Hunderte von Punkten; ich erinnere zum Beispiel daran, daß die Jugend überhaupt nicht erwähnt worden ist. Ich schlage Ihnen daher vor, die Debatte zu schließen, nach dem uns ein Vertreter der Zentralleitung gesagt hat - es liegt ja hier ein Vorschlag vor, eine Kommission von 25 Mitgliedern einzusetzen - , wie die Parteileitung sich die Arbeit dieser Kommission denkt.

Vorsitzender: Genossen, ich möchte mitteilen, daß ein Antrag vorliegt, der sachlich dasselbe verlangt wie der Redner, der eben gesprochen hat, und der von 16 Genossen unterzeichnet ist. Gegen diesen Antrag wünscht Genosse Meyer zu sprechen.

[Genosse] *Meyer*: Genossen und Genossinnen! So gutgemeint mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit der vom Genossen Fränkel befürwortete Antrag ist, so ist er doch unmöglich durchzuführen. Wir haben zwar einen gedruckten Programmwurf in der Broschüre "Was will der Spartakusbund?", und wir haben die Ausführungen der Genossin Luxemburg, und gewiß stehen uns die Verhandlungen in einer Kommission bevor, die über diese Fragen noch weiter sprechen wird. Aber wir können nicht die Basis unserer ganzen Existenz, die Frage unseres Programms, einer Kommission von 25 Personen überlassen, sondern die Zentrale, und ich glaube, Sie alle legen Wert darauf, daß wir aus Ihrer Mitte als Vertreter der verschiedenen Mitgliedschaften hören, welche Wünsche und Anregungen Sie zur Ausgestaltung des Programms haben. Ich bitte Sie daher, den Antrag Fränkel abzulehnen.

Vorsitzender: Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag Fränkel ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Bevor wir in der Diskussion fortfahren, möchte ich noch mitteilen, daß von den Genossen Frölich und Rühle beantragt ist, aus dem Referat der Genossin Luxemburg den Teil, der sich mit dem Hochverrat von August Winnig befaßt, als Flugblatt herauszugeben. ("Sehr gut!")

Ich setze das Einverständnis der Kommission voraus; dem Antrage wird entsprochen werden.

Nun fahren wir in der Diskussion fort.

[Genosse] *Bäumer* [Worpswede]: Ich möchte zu den Ausführungen der Genossin Luxemburg und gleichzeitig zu den Ausführungen des Genossen Frölich einige Worte sagen.

Zunächst möchte ich mich gegen die Begründung der Ablehnung der in dem Parteiprogramm des Spartakusbundes vorgetragene Sätze durch den Genossen Frölich wenden. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß der Bürgerkrieg und der Terror zunächst eine rein bürgerliche Angelegenheit ist, die sich aus der Entwicklungsgeschichte der kapitalistischen Bourgeoisie an sich mit lapidarer Selbstverständlichkeit ergibt. Ich halte es für wichtig, daß wir der kapitalistischen Bourgeoisie kein überflüssiges Agitationsmaterial in die Hände geben; und darum, wenn hier steht: "

In den bürgerlichen Revolutionen waren Blutvergießen, Terror, politischer Mord die unentbehrliche Waffe in der Hand der aufsteigenden Klassen", so ist das eine Selbstverständlichkeit.

"Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord." Auch das ist eine Selbstverständlichkeit. Aber wenn die kapitalistische Bourgeoisie den Bürgerkrieg und den Terror propagiert, so ist eine Reaktion auf Bürgerkrieg und Terror ebenfalls eine Selbstverständlichkeit, und wir befinden uns so lange im Zustande der von Bürgerkrieg und Terror Bedrohten, als die Machtmittel zur überwiegenden Mehrheit auf der Seite des bürgerlichen Terrors liegen. Im Augenblick der gleichen Verteilung der Machtmittel oder im Augenblick des Übergangs der Machtmittel an das sozialistische Proletariat hört vielleicht der Bürgerkrieg auf, vielleicht auch nicht, immerhin stehen wir dann immer auf dem Boden, daß wir, provoziert, lediglich reagiert haben. Infolgedessen bleibt Bürgerkrieg und Terror eine rein bürgerliche Angelegenheit.

Auf die doktrinär genannten Ausführungen der Genossin Rosa Luxemburg weiter einzugehen erübrigt sich wohl. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß am wichtigsten ist, aus der geschichtlichen Tradition des Kapitalismus, die gleichzeitig die geschichtliche Tradition der Revolution ist, durch eine absolute Klarstellung dieser geschichtlichen Entwicklungsstadien die aus dieser Entwicklung hervorströmende Fülle revolutionärer Energien für uns und die Sache des sozialistischen Proletariats geltend zu machen. Wenn wir als Ursache des

Weltkrieges die kapitalistische Wirtschaftsform, wenn wir die Weltrevolution als eine Wirkung der kapitalistischen Wirtschaftsform immer wieder festnageln auf Grund der uns zur Verfügung stehenden evidenten Tatsachen, so haben wir damit eine fundamentale Basis der Propaganda geschaffen, auf der nicht das brutale Agitationsmittel der Verhetzung nötig erscheint, sondern wo jeder einzelne in die Lage versetzt wird, von sich aus den revolutionären Entschluß zu fassen und durchzuführen: das sozialistische Programm des Spartakusbundes oder jetzt der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Genossen, wenn wir gegen das Privateigentum, gegen den Privatbesitz sind, wenn wir als Kommunistische Partei die Enteignung des Privateigentums, des Privatbesitzes propagieren, so dürfen wir nicht haltmachen vor dem Kleinbesitzer, denn enteignen wir, so haben wir radikal zu enteignen. Enteignen wir nur den Großbesitz und lassen eine gewisse Summe kleinen Kapitals bestehen, so schließen wir einen Kompromiß mit dem Kapitalismus, dessen Spitze sich letzten Endes gegen uns richten wird und muß, und unser ganzer Sozialismus ist kapitalistisch kompromittiert. ("Sehr richtig!")

Parteigenossen, wir haben leider gestern an der Sitzung nicht teilnehmen können, sondern erst heute an der Schlußsitzung. Ich bedaure es auf das bitterste, daß es gestern überhaupt zu einer Aussprache über die Stellung zur Nationalversammlung gekommen ist. Für uns Kommunisten gibt es keine Nationalversammlung, sie ist und bleibt eine bürgerliche Illusion, zu der wir keine Beziehung haben. Wenn heute bereits die bürgerliche Presse gesagt hat: Liebknecht ein Opfer, oder Liebknechts Niederlage auf der Reichskonferenz des Spartakusbundes, so ist das eine Folge, die wir uns selbst zuschreiben haben, so haben wir der Bourgeoisie selbst Agitationsmaterial geliefert. Wir haben zur Nationalversammlung keine Beziehung. Wir haben das Agitationsmittel des Kampfes gegen die Nationalversammlung, wir brauchen uns aber auf dieses Programm nicht festzulegen, denn wie auch früher schon gesagt worden ist, ist jede Agitation ein Kampf gegen die Nationalversammlung. ("Bravo!")

[Genosse] *Leviné* (Neukölln): Genossen und Genossinnen, ich habe Ihnen im Namen einiger Parteifreunde, mit denen wir eine Besprechung abgehalten haben, einige Vorschläge zur Ergänzung und Abänderung des Programms zu machen. Vorher möchte ich erklären, daß wir im großen und ganzen das Gesamtprogramm annehmen und auch mit den Ausführungen der Genossin Luxemburg aus ganzem Herzen einverstanden sind. Unsere Vorschläge beziehen sich darauf, daß einige Punkte des Programms näher ausgeführt werden sollen, um gleichzeitig der Agitation eine Handhabe zu bieten und nicht nur in formulierten Schlagworten, sondern in konkreten Richtlinien festzulegen, was wir wollen.

So wollen wir nicht sagen in dem zweiten Teil von Punkt [III B] 7 "einschneidende soziale Gesetzgebung", sondern konkret anführen, worin diese einschneidende soziale Gesetzgebung bestehen soll. Ebenso würden wir vorschlagen, sich bei Punkt [III B] 8 nicht damit zu begnügen, sofort gründliche Umgestaltung des Wohnungs-, Gesundheits- und Erziehungswesens usw. im Sinne und Geiste der proletarischen Revolution zu fordern. Es kommt uns darauf an zu sagen, was im Sinne und Geiste der proletarischen Revolution ist. Zum Teil ist es ausgeführt in dem Artikel der zur Einführung und Begründung der programmatischen Forderung dient, zum Teil aber nicht. Man ist gewöhnt, die Wohnungsfrage von der Bourgeoisie dadurch lösen zu lassen, daß man bestimmte Bauten ausführen läßt, sie durch die Kommunen unterstützt, während wir selbstverständlich als Kommunisten auf dem Boden der Rationierung der Wohnungen stehen. Ebenso erscheint es uns nötig, darzulegen, in welcher Weise wir als Kommunisten das Erziehungswesen umgestalten wollen. Das brauchte ja nicht länger ausgeführt zu werden, sondern es handelt sich bei jedem Punkt nur um zwei bis drei Zeilen.

Gleichzeitig möchten wir bei [III A] 7 auch die Erfahrungen der Revolution uns zunutze machen und das Revolutionstribunal nicht nur darauf beschränken, einzelne Schuldige am Kriege aburteilen zu lassen. Wir halten es auch nicht für zweckmäßig, gleich Namen zu nennen, denn das Revolutionstribunal wird das erst feststellen und den Kreis weiter ziehen, sich nicht auf diese vier Leute beschränken. Es soll auch zur Aburteilung der Gegenrevolutionäre dienen.

Ebenso möchten wir aber auch ausdrücklich betont haben, umsomehr, da die Ebert-Haase-Regierung die richterlichen Institute intakt gelassen hat, daß wir das ganze Gerichtswesen umändern wollen, daß wir die Gerichte durch Volksgerichte ersetzen wollen, sowohl die Strafgerichte wie die bürgerlichen Gerichte, denen wir gegebenenfalls Rechtsgelehrte als beratende Kräfte begeben wollen.

Dann möchten wir ausdrücklich hervorgehoben haben, daß wir eine berufsmäßige Staatsanwaltschaft und Rechtsanwaltschaft ausgeschaltet wissen wollen. Das sind alles Forderungen, die für uns alle selbstverständlich sind, aber nicht selbstverständlich für die Massen, an die wir herantreten.

Es würde ferner Mißverständnisse vermeiden, wenn wir in Punkt [III A] 6 statt aller Organe und politischen Behörden" sagen würden "aller politischen Organe und Behörden", damit man nicht denkt, daß das Wort "politische" sich nur auf Behörden bezieht. Wir sind doch einstimmig dafür, daß die Behörden alle durch gewählte

Vertreter besetzt werden. Ebenso wären wir dafür zu betonen, daß die Roten Garden aus revolutionären, klassenbewußten Proletariern gebildet werden sollen.

Das sind alles Anträge, die wir formuliert der Kommission übergeben haben, aber wir wollten sie kurz vortragen, damit die Genossen informiert sind.

Es ist dann auch wichtig, wenn wir an die Ausführung der Genossin Luxemburg denken, daß der Ausbau von unten beginnen müsse, daß neben die Betriebsräte auch Arbeitslosenräte treten müssen, weil wir damit zu rechnen haben, daß Millionen unserer Kampfgenossen ohne Arbeit sein werden, und ihnen Gelegenheit gegeben werden soll, an dem Aufbau des sozialistischen Staates mitzuarbeiten.

Nun kommt aber auch noch eine Differenz, und das ist die Lösung der Agrarfrage. Es ist eine Differenz insofern, als wir uns nicht mit dem einverstanden erklären können, was in dem Programm festgelegt wird. Die Frage ist außerordentlich kompliziert, und daher würde es sich auch empfehlen, eine besondere Agrarkommission zu wählen. Es ist auch von der Genossin Luxemburg mit vollem Recht betont worden, wie wichtig für die Lösung der Revolution es ist, wenn sie im Rahmen einer rein proletarischen [Revolution] auch die rein proletarischen Kräfte des Landes mit umgreift. Wir müssen die ländliche arbeitende Bevölkerung auf unsere Seite bringen, wenn wir den sozialen Aufbau gestalten wollen, und um die ländliche Bevölkerung auf unsere Seite zu bringen, ist das Hineintragen des Klassenkampfes auf das flache Land notwendig. Es wird uns hier gesagt, daß man die Groß- und Mittelbetriebe expropriieren solle, aber gleichzeitig wird erklärt, die bäuerlichen Kleinbesitzer bleiben in Besitz ihres Eigentums bis zu ihrem freiwilligen Anschluß an die sozialistische Gesellschaft.

Ich schließe mich dem Genossen von der früheren kommunistischen Partei an, der erklärte, alles müsse sozialisiert werden, alles müsse enteignet werden, die kleinen Vermögen müßten aber bis zu einer bestimmten Höhe während der Übergangszeit ihren Besitzern belassen werden. Etwas anderes dagegen ist es mit dem landwirtschaftlichen Besitz. Wir haben gerade in Rußland die Erfahrung gemacht, daß die Bourgeoisie gezwungen war, sich durch die Macht der Arbeiter auf die Sozialisierung der Industrie festzulegen, daß dann aber auch die Sozialisierung der Landwirtschaft notwendig war mit dem Grundsatz: Land und Boden hört auf, Privatbesitz zu sein, ist unverkäuflich, unvererblich, er wird nur den Einzelnen zur Bearbeitung überlassen, und die Lohnarbeit auf dem Lande ist nicht gestattet. Wesentlich ist nun die Frage: Können wir diesen Grundsatz in Deutschland durchführen? Man wird uns sagen: In Rußland waren die Voraussetzungen durch die kommunistischen Bauerngemeinden, in den sogenannten Mir, vorhanden, in Deutschland haben wir das nicht. Wir sehen aber, daß in Deutschland die Unzufriedenheit über den Bodenwucher außerordentlich überhandnimmt, daß gerade auch auf dem flachen Lande in den Wohngemeinden die Arbeiter, die zum Teil in der Landwirtschaft tätig sind, sich der sogenannten Heimstättenbewegung, der Bodenreformbewegung usw. angeschlossen haben, was der Unzufriedenheit über die Lösung der Agrarfrage entstammt. Genauso wissen wir auch, daß die Bauern in Pommern daran denken, den Grundbesitz aufzuteilen. Wollen wir das chaotische Aufteilen verhindern, was nur die Schaffung eines neuen Großbauerntums, eines neuen Großunternehmertums bedeuten würde, so müssen wir mit einem klaren Programm vor die Öffentlichkeit treten. Wir wollen das Kleinbauerntum für uns gewinnen, aber nicht, indem wir seinen privatkapitalistischen Interessen Rechnung tragen, sondern indem wir den Zwergbauern noch Land zur Bearbeitung übergeben, indem wir eben an die Aufteilung des Großgrundbesitzes und Großbauerntums gehen.

Ich würde also entschieden raten, diese Frage aus dem Komplex der andern Fragen herauszuschälen und eine besondere Agrarkommission zu bilden, die in kürzester Zeit Material beschaffen, in sachkundigster Weise die Frage klären soll. Einer unserer Anträge will deshalb, daß die Organisationskommission Fachleute heranzieht oder besondere Kommissionen einsetzt. Denn gerade bei den Kommunalverwaltungen ist die Frage außerordentlich brennend, weil die Arbeiter- und Soldatenräte wissen wollen, nach welchen Grundsätzen sie zu arbeiten haben.

[Genosse] Meyer: Genossen und Genossinnen, Genosse Bäumer hat es bedauert, daß wir gestern eine Debatte über die Nationalversammlung gehabt haben. Er hat befürchtet, daß durch die Ausführungen, die unter anderem vom Genossen Liebkecht gemacht worden sind, bereits eine Selbstkompromittierung der jungen Partei eingetreten ist. Genossen und Genossinnen, dieser Auffassung müssen wir mit aller Entschiedenheit entgegentreten. Es war unsere Stärke bis zum heutigen Tage - und ich hoffe, daß es unsere Stärke erst recht in der Zukunft sein wird -, daß wir nicht in kleinen Kontingenzen solche Fragen vorher erledigen, sondern in aller Öffentlichkeit die Angelegenheiten diskutieren. Gerade unsere Partei, die sich an die Aktivität der Masse wendet, kennt keine Fragen, die nicht in den Massen selbst diskutiert werden sollen, bis die Einheitlichkeit der Auffassungen über die Einheitlichkeit der Aktion erzielt worden ist. Gerade das ist unsere Stärke, daß wir das, womit wir an die Öffentlichkeit treten, vor der Öffentlichkeit ohne jeden Rückhalt verhandeln. Die Frage der Nationalversammlung soll keineswegs heute in der Diskussion über das Programm der jungen

Partei von neuem erörtert werden. Aber, da die Frage gestreift worden ist, möchte ich Sie doch darauf hinweisen, daß, wenn von uns die Beteiligung empfohlen wurde, es gerade deshalb geschah, um auch die Kreise, die uns jetzt noch fern stehen, in absehbarer Zeit zu uns heranzuziehen. Sowohl von der Genossin Luxemburg wie von Diskussionsrednern ist hervorgehoben worden, daß wir auf dem flachen Lande noch keinen starken Anhang haben, und die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung, die Veranstaltung von Versammlungen dort, die Beteiligung an den von anderen Parteien einberufenen Wahlversammlungen wären ein sehr geeignetes Mittel dafür.

Wir müssen natürlich jeden Weg zu beschreiten suchen, trotz der Ablehnung der Wahlbeteiligung. Wir stehen da vor einer besonders schwierigen Situation. Man hat uns seit den ersten Tagen der Revolution an vorgeworfen, daß wir die Diktatur einer Minderheit verlangten. Nichts ist falscher als diese Auffassung. Im Gegenteil und mit aller Schärfe muß gesagt werden, was wir wollen: Wir wollen eine Herrschaft der Mehrheit, eine Diktatur der Mehrheit. Von diesem Ziele sind wir noch weit entfernt infolge der besonderen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Deutschlands, wo wir einerseits eine stark entwickelte Industrie haben mit erheblich fortgeschrittenem Proletariat, wo es aber andererseits noch große Teile des Reiches gibt, namentlich auf dem Lande, die noch nicht das Selbstbewußtsein des industriellen Proletariats besitzen. Daher müssen wir versuchen, diese Kreise in unsere Ideenwelt einzubeziehen. Ich hatte vor kurzem Gelegenheit, einige Bezirke Ostelbiens zu besuchen, und war erschrocken über die offene gegenrevolutionäre Stimmung, die dort verbreitet war, bis in große Schichten des Kleinbürgertums hinein, wo man offen im Eisenbahnwagen, in Cafés und Restaurants davon spricht, daß man es den Berlinern zeigen müsse und alles das, was am 9. November erschüttert worden ist, in alter Stärke wiederherstellen müsse. Fast noch erschrockener war ich darüber, daß auch die Arbeiter in den Städten selbst noch nicht das Verständnis dafür hatten, was in dieser Situation notwendig ist. Deshalb müssen wir die Agitation nicht nur auf dem flachen Lande, sondern auch in den Klein- und Mittelstädten mit aller Macht in die Wege leiten.

Damit im Zusammenhang steht auch die Frage, welche Gestaltung man dem Deutschen Reich, der sozialistischen Republik, wie sie heute bereits genannt wird, geben soll, und von verschiedenen Genossen, insbesondere vom Genossen Frölich, ist die Frage ausgesprochen worden, ob man nicht die Möglichkeit schaffen wolle, durch besondere proletarische Republiken die Kräfte zusammenzufassen und erst allmählich zu einer einheitlichen deutschen Republik zu schreiten. Ich muß Sie dringend bitten, diesen Gedanken entschieden abzulehnen und entschieden zu bekämpfen. ("Sehr richtig!")

Es ist geradezu typisch für die konterrevolutionären Bestrebungen, daß sie die Möglichkeit von selbständigen Republiken propagieren, worin sich nichts anderes äußert als der Wunsch, Deutschland in verschiedene Bezirke zu zerteilen, die sozial voneinander abweichen, oder die sozial rückständigen Gebiete dem Einfluß der sozial fortgeschrittenen Gebiete zu entziehen. Würden wir in irgendeiner Form diesen Bestrebungen zustimmen, so würden wir uns selbst den schwersten Schaden tun und der Verbreitung unserer Ideen die größten Hindernisse bereiten.

Vorsitzender: Ich habe Ihnen folgendes Schreiben zur Kenntnis zu bringen:

An die Zentralstelle der Kommunistischen Partei Deutschlands, hier.

Werte Genossen, gestern abend hat sich ein Bund kommunistischer Studenten und Akademiker an der Universität gebildet. Er soll keine übliche akademische Sonderorganisation darstellen - denn wir meinen, daß gesinnungsgenössische Akademiker sich hauptsächlich in den allgemeinen proletarischen Organisationen zu betätigen haben -, nein, es soll lediglich eine Geschäftsstelle der kommunistischen Bewegung auf der Universität errichtet werden. Sie erhält aus äußeren Gründen die Formen eines Vereins.

Wir bitten alle Genossen, besonders auch die aus dem Reich, Adressen und Material zu richten an Genossen Peter Maslowski, Redaktion der "Roten Fahne".

Mit Parteigruß
gezeichnet Maslowski.

[Genosse] *Leviné* (Neukölln) (zur Geschäftsordnung): Genossen, ich möchte nur darauf hinweisen, daß ich es nicht für richtig halte, wenn die Versammlungsleiter die Reihenfolge der Redner ohne deren Einwilligung umändern. Sollte der Redner, der an der Reihe ist, nicht sprechen wollen oder nicht anwesend sein, so könnte er auf sein Wort verzichten oder sich am Ende eintragen lassen. Es ist aber unzulässig, ohne Einwilligung der anderen Redner die Reihenfolge abzuändern.

Vorsitzender: Ich werde dem Wunsche Rechnung tragen. Ich halte es für zulässig, daß ein Genosse später aufs neue eingetragen wird.

[Genosse] *Fränkel* (Königsberg). Genossen, der Brief, den der Vorsitzende eben verlesen hat, freut mich ganz außerordentlich, denn er liegt in der Richtung des Antrags, den ich Ihnen hier namens der Gruppe Königsberg vorzulegen habe, nämlich des Antrags, daß die Versammlung auch die Schul- und Hochschulreform berücksichtige. Sowohl die Schulen wie die Hochschulen waren bisher Hochburgen der Reaktion. Die gesamte Wissenschaft, kann man sagen, hatte sich in den Dienst der Reaktion gestellt. Das ist die natürliche Entwicklung, die Folge davon, daß die sogenannte voraussetzungslose Wissenschaft bisher nicht voraussetzungslos war, sondern als Voraussetzung den kapitalistischen Staat hatte. Ich möchte des näheren nicht darauf eingehen, ich bin der Ansicht, daß diese Frage einer sehr gründlichen Beratung bedarf.

Nur auf das eine in dem Antrage, der Ihnen vorhin vorgelesen wurde, möchte ich noch hinweisen. Wir schlagen Ihnen vor, daß die Kommission - wir haben in dem Antrage das Wort "Kommission" vermieden, weil das Wort "Kommission" an so etwas wie "ehrliches Begräbnis" erinnert - , daß die Kommission möglichst schnell arbeiten und in spätestens drei Monaten dem Parteitag Material zur Kenntnis vorlegt. Wir bedürfen dieses Materials aus agitatorischen Gründen so schnell wie möglich. Daß der neue Parteitag in spätestens drei Monaten berufen wird, auch das halte ich im Interesse unserer agitatorischen Arbeit sowohl nach außen wie nach innen für dringend notwendig.

[Genosse] *Levien* (München): Genossen, Genosse Frölich hat im vierten Absatz dieser Zusammenstellung "Was will der Spartakusbund?" diesen Satz beanstandet:

"In den bürgerlichen Revolutionen waren Blutvergießen, Terror, politischer Mord die unentbehrliche Waffe in der Hand der aufsteigenden Klassen.

Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord", und er hat sich da auf die Bolschewisten berufen. Das ist ein Mißverständnis. Es gibt keine revolutionäre Partei, die gegen den Terror, der hier gemeint ist, energischer gekämpft hat wie gerade die Bolschewisten. Der Genosse kennt die Geschichte der russischen Revolution nicht. Wenn er sie kannte, dann wüßte er, daß niemand energischer gegen die Sozialrevolutionäre gekämpft hat, die bekanntlich die Attentate gegen einzelne Persönlichkeiten und auch die Bekämpfung einzelner Personen propagieren. Ich habe vor zehn Jahren Gelegenheit gehabt, in der "Neuen Zeit" gegen Trotzki aufzutreten, der den Sozialrevolutionären von 1909 wegen ihrer terroristischen Haltung Vorwürfe machte. Er sagte, es gab eine Periode der Klassiker, das sind alle, die an der Ermordung Alexanders II. beteiligt waren, dann eine Periode der Epigonen, deren Haupttat die Ermordung Plehwas war, und schließlich die Periode der Dekadenten, deren Dekadenz hauptsächlich dadurch entstanden war, daß sich bei ihnen Agents provocateurs einschmuggelten usw. Ich habe damals gegen Genossen Trotzki Front gemacht, ich war damals selbst Sozialrevolutionär. Ich stammte aus Kleinbürgerkreisen, und die Ideologie der Sozialrevolutionäre war immer die Ideologie der Kleinbürger, die glaubten, die Aufmerksamkeit des Proletariats hinsichtlich der Verfolgung ihrer persönlichen Interessen durch einzelne terroristische Akte abzulenken. Ich betone also wiederum, die Bolschewisten sind in energischster Weise Gegner des Terrors gewesen und sind's auch heute. Was sie treiben, ist höchstens Konterterror.

Was aber die russischen Verhältnisse mit sich brachten: Die Schärfe des Klassenkampfes wird nicht angegeben durch die Menge Blutes, die fließt, auch nicht durch die Zahl der Anwendung terroristischer Mittel, sondern durch die Schnelligkeit, mit der sich ein Umsturz vollzieht, und der Umsturz kann ganz blutlos vor sich gehen, wenn der Boden genügend vorbereitet ist. Also, die Schärfe des Klassenkampfes hängt nicht von der Anzahl der Liter Blut ab, Blut darf nicht vergossen werden. Selbstverständlich ist dieser Satz nicht so gemeint, daß wir uns, wenn man uns angreift, nicht wehren werden. Selbstverständlich ist auch eine gewisse Initiative darin enthalten, die sich aus der Situation ergibt, für Anwendung terroristischer Mittel. Ich möchte aber ganz besonders bitten, daß man gerade an dieser Formulierung festhält, denn diese Formulierung schließt jede Anwendung individueller terroristischer Akte aus.

Marx hat einmal gesagt, die Revolution sei die Lokomotive der Geschichte. ja, die Revolution ist nur dann die Lokomotive der Geschichte, wenn sie von dem Massenwillen und den Massenaktionen getragen ist. Alles, was die Massen von diesem Wege abführen kann, was in ihnen Illusionen wecken kann, als wenn einzelne Persönlichkeiten etwas für sie tun könnten und einzelne Persönlichkeiten an einem System schuld wären, alles das gehört zu den Illusionen, die die Bewegung hemmen. Selbstverständlich schließt das nicht aus, sondern schließt im Gegenteil ein, daß wir die Wirkung einzelner Persönlichkeiten auf die Massen unter dem konterrevolutionären System gegenwärtig richtig einschätzen, und ich bin der erste, der bereit ist, wenn ein Revolutionstribunal Scheidemann und Ebert zum Aufknüpfen verurteilt, Bravo zu rufen. Das ist Sache des Revolutionstribunals, und das Revolutionstribunal wird aus der Situation heraus zu beurteilen haben, mit was für Maßnahmen es vorzugehen hat. Die Maßnahmen diktiert hier wirklich nicht mehr unser Wille und auch nicht, ich möchte sagen, unser impulsives Empfinden und der Wunsch, eine Carmagnole zu tanzen.

Ich möchte noch zur Frage der Bundesstaaten erwähnen Genosse Meyer hat schon mit Recht darauf hingewiesen, wie schlimm es wäre, wenn wir uns etwa auf eine - wie soll ich sagen - Kantonisierung der Revolution einließen. Die Revolution bekommt ihre Macht nur dadurch, daß sie überall in einen großen Strom geleitet wird. Diese Leitung in einen großen Strom ist bei der Zersplitterung, die die bundesstaatliche Aktion mit sich bringen wird, unmöglich. Ich will darauf nicht eingehen - die Zeit ist zu kurz -, was alles daraus entspringt und wie wir in Bayern, speziell in München, ungeheuer unter diesem bundesstaatlichen Separatismus zu leiden haben. Dieser bundesstaatliche Separatismus ist die größte Schwierigkeit gerade für uns in Bayern. Es kann gar keine Rede sein von einer Schaffung von kleinen Republiken und von einer Art Übertragung der bürgerlichen Auffassung vom Selbstbestimmungsrecht in die revolutionäre Sprache.

Hier möchte ich auch auf etwas eingehen, was vielleicht im Anschluß an die Rede der Genossin Rosa Luxemburg mißverständlich gedeutet werden könnte. Die Genossin Luxemburg hat von dem Rätssystem gesprochen. Nun ist ja das Rätssystem wohl gegenwärtig in der Zeit des Kohlenmangels das beste Heizmaterial für die Lokomotive der Geschichte, für die Revolution. Aber ich glaube, daß da Mißverständnisse insofern entstehen können, als wir vergessen, daß die Machtergreifung die Ergreifung auch der Macht in der Zentrale bedeutet. Die Genossin Rosa Luxemburg hat gesagt: Die Revolution wird nicht dadurch gemacht, daß man bloß anstelle von Ebert-Scheidemann sie und den Genossen Liebknecht hinsetzt. Sehr richtig; das wäre natürlich wieder eine Illusion, das wäre wieder dieselbe Illusion wie mit dem Terrorismus. Natürlich kann der Genosse Liebknecht nicht über seinen eigenen Schatten springen, und er könnte auch keine Wunder wirken, wenn die Verhältnisse dafür nicht geschaffen sind. Aber ich möchte doch hier auch wieder an das anknüpfen, was die Genossin Rosa Luxemburg in bezug auf die Nationalversammlung gesagt hat: Wir müssen uns alle Eventualitäten sichern und auf alle Eventualitäten acht haben. Nun, ich glaube auch, wir müssen mit der Eventualität rechnen, daß, wenn unsere Aktionen wuchtig genug verlaufen, eines Tages die ganze Geschichte zusammenstürzt und wir vor die Frage gestellt werden, die Zentralgewalt zu übernehmen. Wenn wir die Zentralgewalt übernehmen, werden wir den Sozialismus nicht in der Form dekretieren, wie sich die Ebert und Scheidemann das so im Andante-Tempo vorstellen, sondern wir werden dann der Generalstab für die Revolution sein, die in den Massen vor sich geht, und werden das zu formulieren haben, dem Ausdruck zu geben haben, was sich auf dem Lande sowohl wie in den Städten außerhalb der Zentrale vollzieht.

In Rußland war die Sache insofern anders, als Rußland von unten bereits bei der Übernahme der Zentralgewalt reif war. Denn als die Bolschewiki am 7. November die Zentralgewalt an sich rissen, da krächte der rote Hahn schon auf den Guts herrenhöfen in ganz Rußland beinahe. Hier ist es anders. Hier müßte eventuell die Zentralgewalt allerdings mit einer gewissen Initiative vorgehen. Sie müßte der unten noch nicht vollzogenen Revolution wesentlich auf die Beine helfen. Ich glaube also, wir müssen die Frage der Zertrümmerung der Staatsmaschinerie nicht außer acht lassen, die Zertrümmerung der Staatsmaschinerie durch eine eventuelle Besitzergreifung der Zentralgewalt. Die Diktatur des Proletariats heißt noch nicht die Festsetzung an der Spitze und Dekretierung; das heißt sie überhaupt nicht; aber die Diktatur des Proletariats schließt sie nicht aus; und das haben uns die Bolschewiki glänzend gezeigt. In Rußland war sie vorgeschrieben. Es kann eine Situation eintreten, wo sie auch bei uns vorgeschrieben ist, und es wäre dankbar zu begrüßen, wenn die Genossin Luxemburg sich darüber äußern würde, ob sie sich mit meinen Ausführungen solidarisch erklärt und ob sie nicht etwa die Auffassung hat, daß sie bei der Notwendigkeit der Übernahme der Zentralgewalt hier sich dessen weigern würde. Ich glaube, daß das gänzlich ausgeschlossen ist.

[Genosse] *Liebknecht*: Genossen, in dem Programmwurf sind zahlreiche Einzelforderungen enthalten. Es wird der Eindruck erweckt, als ob dieser Programmwurf in politischer, wirtschaftlicher, sozialer Beziehung ein vollständiges Bild derjenigen Forderungen geben sollte, die wir durchzusetzen wünschen. Das ist nicht richtig. Diese Forderungen, die unter 1, 2, 3, 4 und 5 in diesem Programmwurf auf Seite 6 und 7 enthalten sind, sind nur dazu bestimmt, dem Proletariat die Erfüllung dieser Aufgaben zu ermöglichen, wie eingangs gesagt ist. Sie sind also nur als vorbereitende Maßregeln gedacht. Sie sollen kein erschöpfendes Bild von der künftigen Gestaltung der Gesellschaft geben. Es wird unterschieden zwischen den sofortigen Maßnahmen zur Sicherung der Revolution und dann ein scharfer Unterschied gemacht zwischen den Maßnahmen auf politischem und sozialem Gebiet und denen auf wirtschaftlichem Gebiet. Wir müssen die politischen, die wirtschaftlichen und die sozialen Machtpositionen der herrschenden Klasse unterscheiden, und alle diese Machtpositionen müssen wir zu beurteilen suchen. Erst dann können wir davon sprechen, daß wir die gesamte Macht der Gesellschaft im Staate besitzen.

Zu den Machtpositionen auf sozialem Gebiete gehört das Erziehungswesen, das Schulwesen. Das ist eine der wichtigsten Machtstellungen der herrschenden Klasse, eine um so wichtigere, als sie nicht im Handumdrehen erobert werden kann, als die Heranbildung eines geschulten Proletariats lange Zeit in Anspruch nimmt. Es ist eine der größten Schwierigkeiten, diese Machtposition der herrschenden Klasse zu erobern, und die Erfahrungen der russischen Revolution lehren uns, daß uns auf Schritt und Tritt durch Boykott, durch Sabotage seitens der

herrschenden Klasse, seitens der Inhaber der formalen Bildung, die in den Klassenschulen verliehen worden ist, alle erdenklichen Hemmnisse beseitigt werden können. Aus der Kürze, in der in diesem Entwurf vom Erziehungswesen die Rede ist, ist keineswegs zu schließen, daß wir nicht das allergrößte Gewicht auf diesen Punkt legen, und ich bin gewiß, daß die Programmkommission ein eingehendes Schulerziehungsprogramm ausarbeiten wird. Es sind auch andere Anregungen gegeben worden, die zweifellos von großer Bedeutung sind und die bei den weiteren Erörterungen berücksichtigt werden sollen.

Von einem der Genossen ist moniert worden, daß man vor den Kleinbesitzern haltgemacht habe. ja, Genossen, bedenken Sie: Es handelt sich um nächste wirtschaftliche Forderungen. Es handelt sich nicht um die Durchführung der sozialistischen Gesellschaft, sondern nur um diejenigen ersten Maßnahmen, die dem Proletariat die Macht geben sollen, den Sozialismus durchzuführen, und die diese Durchführung selbst vorbereiten sollen. Aus diesem Gesichtspunkt müssen wir uns auf die ersten Forderungen beschränken, deren Durchsetzung wir als unser Programm aufstellen, darum ist eine gewisse Grenze gezogen, und diese Grenze ist auch aus dem Gesichtspunkt gezogen, daß wir gewisse Teile der Bevölkerung, die für die Arbeit der vollkommenen Sozialisierung gegenwärtig noch nicht reif sind, im Verlaufe der allmählich durchzuführenden Arbeit für die Sozialisierung gewinnen und reif machen. Das ist eine besonders schwierige Arbeit bei dem Kleinbauernum. Von anderer Seite ist gemeint worden, daß gerade hier ein Fehler vorliege, daß wir nicht auch den Kleinbauern sofort ans Leder gehen wollen, ihr Eigentum konfiszieren wollen und ihnen bloß die Bearbeitung des Landes künftig überlassen wollen. Ja, Genossen, es ist ein Übergangsvorschlag, der Ihnen hier gemacht worden ist. Es ist der Gedanke zugrunde gelegt, daß auf dem Lande das Genossenschaftswesen im sozialistischen Sinne sich entwickeln soll und daß in der Entwicklung dieser sozialistischen Landgenossenschaften nach und nach die Kleinbauern selbst die Zweckmäßigkeit solcher Einrichtungen erkennen werden und so für die Sozialisierung auch ihres Besitzes gewonnen werden. Im Grunde genommen sind ja die Kleinbauern nichts anderes als verkappte Proletarier, die nur einer eigentümlichen Psychologie unterliegen infolge der Tatsache, daß sie einen Scheinbesitz haben.

Genossen, natürlich ist die Frage des Agrarprogramms für uns von außerordentlicher Bedeutung. Ich glaube nicht, daß es notwendig sein wird, jetzt sofort eine besondere Agrarkommission einzusetzen. Ich denke, daß wir zunächst einmal auch diese Angelegenheit der allgemeinen Kommission überweisen und abwarten, ob danach die Möglichkeit besteht, noch eine Spezialkommission für die Agrarfragen einzusetzen. Selbstverständlich ist das Hinaustragen des Klassenkampfes auf das Land das Entscheidende für uns. Diesen Klassenkampf wollen wir aber gerade auf das Land hinaustragen, indem wir die gesamte Armut auf dem Lande, das Landproletariat und die Kleinbauern, an uns ketten als Kämpfer für den Sozialismus, für die Durchführung der sozialen Revolution gewinnen, jedenfalls nicht gegen uns aufzubringen suchen.

Genossen, von einem der Redner ist gemeint worden, daß die Programmkommission rasch arbeiten solle, in drei Monaten solle sie fertig sein, in drei Monaten müßten wir einen neuen Parteitag haben, um über das Programm zu beraten. Genossen, ich lebe der frohen Hoffnung, daß uns diese Arbeit erspart bleiben wird ("Sehr richtig!"), daß diese Zukunftspläne über künftige Parteitage in drei Monaten usw. durch die Ereignisse überholt werden, deren rapide Entwicklung durchaus meiner Auffassung entspricht. Wenn wir gestern - ich greife hier auf die Debatte zurück, die von einigen Rednern wieder angeschnitten worden ist - , wenn ich speziell gestern mich für die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ausgesprochen habe, so um deswillen, weil ich, wie bereits von einem Redner gesagt worden ist, die Möglichkeit einer langwierigen oder länger dauernden Entwicklung nicht von der Hand weisen möchte. Aber meine persönliche Überzeugung geht durchaus dahin, daß wir mit einer ganz rapiden Entwicklung zu rechnen haben, daß wir alles darauf gefaßt zu machen haben; und um deswillen kann von irgendeiner inneren Differenz zwischen uns und der Mehrheit der Delegierten gar keine Rede sein. Sie dürfen nicht empfindlich sein, wenn die bürgerliche Presse lügt, daß wir hier eine Niederlage erlitten hätten. Die Lügen, die die bürgerliche Presse über uns verbreitet, sind doch wahrlich zahlreich genug, und wir sind dermaßen abgehärtet dagegen, daß wir uns auch in diesem Falle wahrlich nicht nervös zu zeigen brauchen.

Genossen, von dem Genossen Frölich ist Kritik geübt worden an dem einen Passus, der sich gegen den Terror als Kampfmittel der proletarischen Revolution richtet. Genosse Levien hat sich bereits gegen diese Ausführungen gewandt. Ich möchte noch darauf hinweisen: Es ist hier ganz deutlich zum Ausdruck gebracht, in welchem Sinne dieser Protest gegen den Terror als proletarisches Kampfmittel gemeint ist. Es ist gesagt: Das Proletariat als solches, wenn es nach seinem Willen geht, es wünscht keinen Terror, es braucht keinen Terror. Es ist aber weiter gesagt, daß wir zu gewärtigen haben, daß die herrschenden Klassen mit Zähnen und Nägeln ihre Machtstellungen verteidigen, und daß die Aufgabe des Proletariats ist, diesen Widerstand der herrschenden Klassen und alle gegenrevolutionären Versuche mit aller Rücksichtslosigkeit, mit eiserner Faust niederzuwerfen. ("Sehr richtig!" "Bravo!") Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß wir nicht eine Limonadenrevolution zu machen gedenken ("Sehr gut!"), sondern daß wir entschlossen sind, die eiserne Faust zu erheben und auf jeden niederschmettern, der der sozialen Revolution des Proletariats Widerstand entgegensetzt. (Lebhafter Beifall.)

Genossen, die Internationalisierung des Bürgerkrieges, das ist es, was wir als die weitere Phase der Revolution zu gewärtigen haben. Die Internationalisierung des Bürgerkrieges ist bereits in der Entwicklung begriffen, in Rußland, jetzt in den baltischen Provinzen. Wir haben uns mit diesem infamen Vorgange dort vorhin befaßt. Lesen Sie den Abend- "Vorwärts", lesen Sie die "Deutsche Tageszeitung", das agrarische Organ und das Organ der Ebert- Scheidemann: Beide triumphieren über den Beschluß der Entente, deutsche Truppen gemeinsam mit englischen und baltischen Truppen, Truppen der baltischen Barone, gegen die Bolschewiki und weiterhin auch gegen die deutschen Revolutionäre anzuwenden. Genossen, was wir dazu zu sagen haben, erschöpft sich nicht darin, daß wir gegen diese Infamie der deutschen Regierung protestieren. ("Sehr richtig!") Wir haben mit der Tatsache zu rechnen, wir stehen vor der Tatsache, daß deutsche Proletarier im Waffenrock in den baltischen Provinzen und in andern Teilen Rußlands sich befinden und zum Niederwerfen der dortigen Revolution mißbraucht werden. ("Sehr richtig!") Ich halte es für meine Pflicht, hier offen auszusprechen, daß wir von den deutschen Proletariern in diesen Gebieten Rußlands fordern, daß sie sich nicht nur diesem infamen Ansinnen widersetzen, sondern daß sie sich aktiv mit den Bolschewikitruppen in diesen Gebieten solidarisieren und alle verbrecherischen Offiziere und Gegenrevolutionäre auf's Korn nehmen und niederwerfen mit der Kraft, die wir von dem revolutionären Proletariat erwarten. (Stürmischer Beifall.) Genossen, es ist uns durch den Mund des Genossen Radek die Solidarität der russischen Räterepublik mitgeteilt worden, die uns von neuem die Bruderhand gereicht hat. Es besteht für das deutsche Proletariat schon gegenwärtig die Möglichkeit, auch durch die Tat seine Solidarität mit der russischen Bruderrepublik, der russischen Sowjetrepublik, zu beweisen, und diese Tat muß sein: der gemeinsame Kampf deutscher proletarischer Soldaten in Rußland gegen die deutschen und englischen Entente- Gegenrevolutionäre. (Er neuer stürmischer Beifall.) Ich freue mich, daß Sie dieser Auffassung zustimmen. Dies mag unsern russischen Freunden als Beweis dafür gelten, daß im deutschen Proletariat die Entschlossenheit vorhanden ist, den Kampf, vor dem wir stehen, mit derselben Kraft und Rücksichtslosigkeit durchzuführen, die wir an unsern Brüdern in Rußland bewundern. (Lebhafter Beifall.)

[Genosse] *Rieger* [Berlin] (zur Geschäftsordnung): Genossen, es ist jetzt bereits 1/2 6 Uhr, die Zeit ist so vorgeschritten, daß es wirklich am Platze wäre, mit der Diskussion über diesen Punkt Schluß zu machen. Wir müssen doch vor allen Dingen den beiden übrigen Punkten noch einige Zeit widmen, besonders dem Punkt über unsere Organisation, der außerordentlich wichtig ist. Hingegen wird es vollkommen genügen, wenn wir diesen Erklärungen im großen, ihrem Geiste nach, unsere Zustimmung geben und im übrigen der einzusetzenden Programmkommission das Weitere vorbehalten beziehungsweise durch Erledigung der Anträge unsere Meinung zum Ausdruck bringen. Ich bitte also um Schluß der Debatte.

Vorsitzender: Wünscht jemand gegen diesen Antrag zu sprechen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Schluß der Debatte ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Ich danke Ihnen. Das ist die Mehrheit; die Debatte ist geschlossen. Die Genossin Luxemburg ist leider nicht in der Lage, das Schlußwort zu halten, da sie körperlich unpaßlich ist.

[Genosse] *Frölich* (Hamburg) (persönliche Bemerkung): Der Genosse Liebnecht hat mich viel besser verstanden als Genosse Levien. Es ist ganz klar, daß ich gegen einen Individualterror bin, gegen Attentate und dergleichen Mittel, darüber besteht gar kein Streit, und wir haben gerade anlässlich des Attentats des Genossen Adler in Wien uns über diese Frage ganz offen in der "Arbeiterpolitik" ausgesprochen. Aber wenn jetzt so ganz ohne weiteres von Terror gesprochen wird, dann denkt kein Mensch an Attentate mehr, sondern da denkt jeder Mensch an gewisse Formen, in denen sich die Diktatur in Rußland durchsetzen muß; und darauf kommt es an, hier eine scharfe Grenzlinie zu ziehen. Da muß eine Formulierung gefunden werden, die diese beiden Dinge scharf auseinanderhält: Individualterror und diesen Terror, der sich notwendig aus der Entwicklung ergibt.

Vorsitzender: Wir kommen nun zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Ich schlage Ihnen vor, zunächst über die Resolution der Genossin Luxemburg abzustimmen, dann sich darüber schlüssig zu werden, ob wir die vorliegenden Anträge der Kommission überweisen, dann darüber, ob eine besondere Agrarkommission neben der vorgeschlagenen Kommission eingesetzt werden soll, und dann im Anschluß daran die vorgeschlagenen Kandidaten zur Diskussion zu stellen. - Widerspruch erhebt sich nicht. Dann nehme ich Ihr Einverständnis an.

(Die Resolution Luxemburg wird vom Vorsitzenden unter dem Beifall der Versammlung noch einmal verlesen.)

Wer für diese Resolution ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)
Ich danke. Gegenprobe! (Die Gegenprobe erfolgt.)
Die Resolution ist einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zu den Anträgen. Der eine Antrag, der vom Genossen Fränkel (Königsberg) gestellt ist, verlangt, daß spätestens in drei Monaten ein neuer Parteitag zusammenberufen werden sollte, daß die Programmkommission sich auch mit der Schul- und Hochschulreform und mit der Agrarfrage beschäftigen sollte. Außerdem ein Antrag desselben Antragstellers, der sich für das Selbstbestimmungsrecht der Jugend und das Recht der Selbstverwaltung ins Zeug legt. Ich glaube, daß sich irgendein Widerspruch gegen die Tendenz dieser Anträge nicht erhebt, und es wird zweckmäßig sein, wenn wir diese Anträge, die als Material für die Kommission gedacht sind, der Kommission überweisen. (Zwischenruf: "Auch über die Dreimonatsfrist?")

Der Zeitpunkt von drei Monaten ist ja etwas lang gesteckt, und wenn es möglich ist, daß die Kommission früher mit ihren Arbeiten zu Ende ist, wird sie auch früher die Genossen zusammenberufen müssen, weil wir natürlich gerade jetzt ein Programm notwendiger brauchen als das liebe Brot.

Nun kommen wir zu dem Antrage des Genossen Leviné (Berlin[- Neukölln]) und anderer, die eine besondere Agrarkommission beantragen. Genossen, ich bin der Auffassung, daß die Kommission, die hier vorgeschlagen ist, die 25 Mitglieder stark ist, wohl in der Lage wäre, Unterkommissionen zu bilden, die im speziellen dann diese Aufgabe zu erledigen hätten. Ich weiß nicht, ob es zweckmäßig ist, eine besondere Kommission mit dieser Aufgabe zu betrauen.

[Genosse] *Kahlert* [Berlin]: Ich schlage vor, der Fünfundzwanziger-Kommission das Recht der Kooptation zu geben.

[Genosse] *Jacob* [Berlin]: Ich bin der Meinung, die Agrarfrage ist eine ganz bedeutende Frage, eine Lebens- und Kardi nalfrage für unsre ganze Agitation und Organisation ("Sehr richtig!"), und ich möchte wünschen, daß eine besondere Kommission dafür gebildet wird, und zwar zusammengesetzt aus Mitgliedern, die die ländlichen Verhältnisse kennen. ("Sehr richtig!")

Genosse *Pieck*: Ich möchte gegen die letztere Ausführung nur sagen, daß dieser Vorschlag vollständig erledigt ist durch den Antrag Kahlert, daß der Kommission das Recht der Kooptation gegeben wird. Die Kommission kann sich die Kräfte besser auswählen, als die Gesamtkörperschaft hier das tun kann. Ich möchte Sie also bitten, den Antrag Kahlert anzunehmen, daß man dieser Kommission das Recht gibt, daß sie sich geeignete Fachwissenschaftler kooptieren kann.

[Genosse] *Leviné* [Neukölln]: Eine Reihe von Genossen, die unterschrieben haben, können sich, glaube ich, mit dem Antrage einverstanden erklären, daß diese Kommission das Recht der Kooptation haben soll. Es wäre dann nur wünschenswert, daß die Mitglieder der Kommission sich sofort orientierten, wer von den anwesenden Delegierten aus den ländlichen Kreisen und speziell Agrarkreisen ist, damit man ihn dann durch Kooptation berufen kann.

Vorsitzender: Also die Antragsteller sind mit der vorgeschlagenen Regelung einverstanden? - Damit ist diese Frage gegenstandslos.

[Genosse] *Liebknecht* (zur Geschäftsordnung): Ich möchte die Genossen, die mit den ländlichen Verhältnissen besonders vertraut sind und besondere Wünsche in dieser Beziehung für das Programm haben, dringend bitten, den Inhalt von Anträgen, auch wenn Sie sie noch nicht formuliert haben, in wenigen Zeilen, so kurz wie möglich, im Telegrammstil vorzulesen und der Kommission zu überweisen. Das ist von allergrößtem Werte. Sonst werden wir vielleicht das Material, das hierzu vorliegt, verlieren, wenn der Kongreß auseinandergeht.

Vorsitzender: Wir kommen nun zu der Kandidatenliste, die Ihnen vorgeschlagen ist. Da möchte ich bemerken, daß auf der Liste nur 24 Namen enthalten sind, nicht 25. Es ist von einigen Genossen vorgeschlagen worden, den Genossen Leviné als Fünfundzwanzigsten mit auf die Liste zu nehmen.

[Genosse] *Dannat* [Bremen]: Genossen, die alte IKD ist aufgegangen in die gemeinsame Partei der Kommunisten Deutschlands; damit dieses auch in intensivster Weise geschieht, damit die Verschmelzung auch derart chemisch vor geht, daß irgendwelche Gegensätze nicht weiterbestehen, wie sie früher vielleicht bestanden haben - Gegensätze pro grammatischer Art bestanden an sich eigentlich nicht, es waren meist Gegensätze organisatorischer Art - , würden wir Ihnen vorschlagen, die Kommission aus folgenden Genossen zusammenzusetzen: Krüger (Berlin) . . . , Schmidt (Hannover). Genossen, ich bitte Euch, im gemeinsamen Interesse der Stärkung unserer neuen Kommunistischen Partei Deutschlands diesem Vorschlage zuzustimmen.

Weiter! Wir sind der Meinung, daß die neue Situation, die die Verschmelzung gebracht hat, es wohl erforderlich

macht, wenn dieser jetzige Parteitag - so dürfen wir die Konferenz nennen - , unter Berücksichtigung dieser neuen Verhältnisse, die Zentrale auch neu wählt. Es könnte ja gesagt werden, warten wir bis zum nächsten Parteitag. Aber jeder kommende Tag kann uns vor neue Aufgaben stellen, wo irgendwelche Reibungen nicht vorhanden sein dürfen. Es muß auch eine innere Verschmelzung stattfinden, und deshalb erlauben wir uns, Euch folgenden Vorschlag zu machen: erstens, die Zentrale heute neu zu wählen, zweitens, folgende Personen zu wählen: Luxemburg ... Sturm. Dann wäre die Zentrale aus 9 Personen zusammengesetzt.

Außerdem, Genossen, hat die alte, IKD einen Organisationsvorschlag ausgearbeitet, den wir wohl nicht zu verlesen brauchen. Wir werden ihn der neuen Kommission als Material übergeben.

Vorsitzender: Es steht jetzt nicht die Wahl der Zentrale zur Besprechung, sondern nur die Wahl der Kommission.

[Genosse] *Pieck*: Genossen, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß diese Liste, die hier verteilt worden ist, Vertreter der verschiedensten Landesteile Deutschlands enthält. Ich mache Sie ferner darauf aufmerksam, daß beim Übertritt der Kommunisten vereinbart war, daß sie einen Vertreter in dieser Kommission erhalten. (Widerspruch.)

Es ist mir so vom Genossen Leo [Jogiches] mitgeteilt worden, daß eine solche Vereinbarung getroffen ist. Entsprechend dieser Vereinbarung ist der Vorschlag gemacht worden. Ich bitte Sie nun: da die [Internationalen] Kommunisten selber erklären, daß grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den ehemaligen Spartakusleuten und den ehemaligen Internationalen Kommunisten nicht bestehen, daß Sie diese Vorschläge, wie sie gemacht sind, annehmen. Wir würden uns dann das schwerfällige Stimmzettelverfahren ersparen und die Zeit, die uns noch zur Verfügung steht, benutzen können, um die übrigen Punkte der Tagesordnung zu erledigen. Ich glaube, auch die Internationalen Kommunisten können sich mit der Besetzung, wie sie vorgeschlagen ist, einverstanden erklären, so daß grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten nicht bestehen.

[Genosse] *Meyer*: Genossen und Genossinnen, dem Genossen Pieck ist ein Irrtum unterlaufen. Die Verabredung mit den ehemaligen Internationalen Kommunisten ging dahin, daß auf Vorschlag von der Zentrale eine Erweiterung der Zentrale stattfindet, indem mindestens ein Vertreter der ehemaligen Internationalen Kommunisten in diese Zentrale hineingenommen wird. Das war ein Vorschlag, den Ihnen die Zentrale hier vortragen sollte. Die Frage, wie die Zentrale erweitert wird, nach welchen Gesichtspunkten, steht jetzt nicht zur Debatte. Ich bitte Sie daher, diesen Punkt ausschalten zu wollen.

Zum Punkte "Organisation" steht zur Debatte zunächst nur der Vorschlag der Bildung einer Programm- und Organisationskommission. Wenn Genossen andere Namen vorschlagen und die Vorschlagsliste erweitern wollen, so ist das ihr gutes Recht. Ich bitte aber die Genossen, das nicht damit zu begründen, daß früher eine andere Organisation bestanden hätte, die jetzt hier vertreten sein müßte. Das ist eine rein organisatorische Frage und hat hiermit nichts zu tun. Wenn Sie die Verschmelzung so innig machen wollen, wie Sie wünschen, dann erwähnen Sie nicht fortgesetzt Genossen, die einer nicht mehr bestehenden Organisation angehören. Wenn Sie wünschen, daß noch fünf Genossen hineinkommen, dann machen Sie Vorschläge; das hat aber mit den Internationalen Kommunisten nichts zu tun.

[Genosse] *Widmann* (Frankfurt [a.M.]): Ich weiß nicht, nach welchen Grundsätzen die Liste zusammengesetzt ist. Unser Bezirk soll zu Erfurt geschlagen werden, davon weiß aber kein Mensch etwas. Auch das Verhältnis zu Mannheim ist ganz unklar. Wir hätten nun den Wunsch, daß wir bald darüber Klarheit erhalten und daß auch die Vertreter der einzelnen Bezirke genügend berücksichtigt werden.

[Genosse] *Eberlein* [Berlin Zentrale]: Parteigenossen, ich glaube, eine Diskussion darüber ist doch völlig überflüssig (Widerspruch), wenn die Genossen aus den einzelnen Bezirken, die sich benachteiligt fühlen, einzelne Vorschläge machen, aus welchen Bezirken noch Delegierte hinzukommen sollen. Die Aufstellung ist so vorgenommen, daß ganz Deutschland in neun Bezirke gegliedert ist, aus denen ein Delegierter gewählt wird: Es ist in diesem Moment nicht möglich, daß man die Landkarte so genau gliedert, um alle Wünsche berücksichtigen zu können.

Wir kämen weiter besser zu Rande, wenn wir die Wahlen dieser Vorschlagsliste bis zum nächsten Punkt der Tagesordnung verschieben, da es ja gleichzeitig ein Programm- und Organisationspunkt ist. Bei der Diskussion über die Organisationsfragen wird man sich sowieso mit diesen Dingen beschäftigen.

Ein Redner: Genossen, ich bin der Meinung, daß wir die Wahlen sofort vornehmen müssen. Beim nächsten Punkt würde die Frage doch nicht geklärt werden können.

Vorsitzender: Gegen den Vorschlag des Genossen Eberlein ist Widerspruch erhoben worden. Wir kommen zur

Abstimmung.

Wer für den Vorschlag des Genossen Eberlein ist, den bitte ich, die Hand zu erheben.
(Geschieht.)

Der Antrag ist abgelehnt. Wir fahren also in der Diskussion fort.

[Genosse] *Globig* [Berlin]: Die Konferenzleitung hat mich als Vertreter der Jugend vorgeschlagen. Ich werde die Wahl annehmen, aber unter Vorbehalt. Es muß die gesamte Jugend dazu Stellung nehmen, weil wir uns nicht in direkter Verbindung mit dem Spartakusbund oder der Kommunistischen Partei befinden.

[Genosse] *Frölich* (Hamburg): Irgendwelche Vereinbarungen über die Zusammensetzung dieser Kommission sind bei den Einigungsverhandlungen nicht gemacht worden. Es ist deshalb auch nicht gesagt worden, daß ein Vertreter der [Internationalen] Kommunisten in diese Kommission hinein soll. Es sind nur gewisse allgemeine Erklärungen über die Wahl der Zentrale, die nicht fixiert worden sind, als Übergangsbedingungen abgegeben worden. Die kommen aber hier nicht in Betracht. Ich halte überhaupt das Verfahren, das hier eingeschlagen worden ist, daß die Zentrale uns einen Vorschlag macht, ja für sehr einfach, aber doch nicht für recht taktvoll. Man hätte es doch den Delegierten überlassen sollen, die Genossen zu bestimmen, die in die Kommission kommen sollen. Zweitens halte ich es nicht für richtig, daß die ganze Zentrale in die Kommission hineinkommt, da dann die Zentrale unter Umständen die ganze Kommission majorisieren kann. Ich bitte deshalb, die Sache so zu machen, daß die Zentrale beauftragt wird, sagen wir, fünf Genossen in die Kommission zu entsenden, die dann Sitz und Stimme in der Kommission haben. Dann könnte die Zentrale die Leute auswählen, die für die zur Verhandlung stehenden Fragen am geeignetsten sind. Dann kommen wir am besten zu Rande, und dann ist von einer Majorisierung durch die Zentrale nicht mehr die Rede.

[Genosse] *Tetens* [Wilhelmshaven]: Gestern sind wir zum Zusammenschluß der linksradikalen Gruppen gekommen. Das will sehr viel heißen. Wir ziehen nicht mehr an verschiedenen Strängen, sondern gehen einig zusammen. Meiner Ansicht nach steht aber dieser Zusammenschluß bis jetzt nur auf dem Papier. Mir scheint, als ob hier gewissermaßen Parteibürokratie getrieben wird. Als ich heute die Liste durchlas, sagte ich mir, daß tüchtige Köpfe daran gearbeitet haben. Ich fordere, daß wir tüchtige Genossen hineinwählen und auch die [Internationalen] Kommunisten nicht vor den Kopf stoßen. Da sind auch tüchtige Köpfe vorhanden, über die man nicht hinweggehen soll. Deshalb muß die Liste vollkommen neu aufgestellt werden. Es darf nicht sein, daß man die alten drauf stehen läßt und die neuen beiseite schiebt.

Vorsitzender: Aus der Tatsache, daß hier neue Vorschläge gemacht worden sind, ergibt sich, daß wir eine Wahl vornehmen müssen. Sämtliche Mitglieder der Kommission müssen durch Stimmzettel gewählt werden. Ich sehe nicht ein, was eine weitere Diskussion noch nutzen könnte. Die weitere Erörterung könnte sich nur noch um einzelne Personen drehen.

[Genosse] *Becker* (Dresden): Genossen und Genossinnen, die Vorschläge auf Abänderung der Vorschlagsliste sind aus der Auffassung entstanden, daß es taktlos ist, daß die alte Zentrale des Spartakusbundes in die neue Kommission hineingeht. Wir sind der Meinung, daß einige der Genossen aus der Zentrale gestrichen werden müssen. Es sind außerdem neue Vorschläge gemacht worden, die ich bei der Abstimmung zu berücksichtigen bitte.

[Genosse] *Meyer*: Genossen und Genossinnen, diese Liste enthält nur Vorschläge und nicht bereits gewählte Personen, wie offenbar mißverstanden ist. Daß es das Recht der Zentrale ist, Ihnen Vorschläge zu machen, wird keiner bestreiten können. Die Liste steht jetzt zur Diskussion, und Sie sind aufgefordert worden, weitere Namen zu nennen. Gegen eine weitere Nennung von Namen hat niemand von uns etwas eingewendet, nur habe ich gegen die Auffassung gesprochen, daß in diese Kommission bestimmte Genossen hineinkommen müßten, weil sie früher einer andern Organisation angehört haben. Das ist eine Begründung, die nach der Verschmelzung nicht mehr stichhaltig ist. Ich wiederhole, es hat sich niemand von der Zentrale dagegen gewendet, daß die Liste erweitert wird oder Namen gestrichen werden.

Im Namen der Zentrale habe ich zu erklären, daß wir damit einverstanden sind, daß nur 5 von uns in die Kommission hineinkommen und 20 Mitglieder aus Ihrer Mitte gewählt werden.

[Genosse] *Walk* (zur Geschäftsordnung): Ist es nicht gleichgültig, ob die Kommission aus 25 oder 30 Mitgliedern zusammengesetzt ist? Nehmen wir zu den 25 Mitgliedern noch fünf Mitglieder hinzu, dann werden alle zufrieden sein.

[Genosse] *Rieger* [Berlin] (zur Geschäftsordnung): Ich möchte vorschlagen, daß über die ersten 14 Namen zuerst

mal abgestimmt wird. Dann sind wir uns zunächst darüber mal einig.

[Genosse] *Hirsch* [Cuxhaven] (zur Geschäftsordnung): Wenn eventuell bei dem nächsten Punkt "Organisation" eine Erweiterung der Zentrale vorgenommen werden soll, dann würde sich diese Frage dadurch erledigen.

Vorsitzender: Dadurch, daß Sie dem Antrag des Genossen Frölich zugestimmt haben, daß die Zentrale nur 5 Mitglieder in die Kommission entsenden darf, entfällt doch die andere Streitfrage. Es würden doch dadurch sofort 5 Mandate frei, und wir haben nicht darüber zu entscheiden, welche Mitglieder die Zentrale in die Kommission entsendet. Das liegt allein bei der Zentrale.

Wenn andere Vorschläge nicht gemacht werden, ist die Sachlage ganz einfach. Es werden einfach 25 Leute gewählt, und die Genossen, die hier vorgeschlagen sind, würden durch die andern Vorschläge ergänzt.

[Genosse] *Leviné* (Neukölln): Genossen, über den Antrag Frölich ist ja noch nicht abgestimmt worden. Das wäre notwendig, um über die Frage Klarheit zu gewinnen, ob die Zentrale mit bestimmten-ernannten Mitgliedern oder nur mit einer bestimmten Zahl von Mitgliedern vertreten sein soll.

Vorsitzender: Ich halte die Anregung für zweckmäßig und schlage vor, zunächst über den Antrag Frölich abzustimmen, der also der Zentrale das Recht gibt, fünf Mitglieder in die Kommission zu entsenden. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, die Hand zu erheben.

(Geschieht.)

Ich danke; die Gegenprobe.

(Geschieht.)

Das erstere ist die große Mehrheit. Dann wäre also jetzt beschlossen, daß die Zentrale nur 5 Mitglieder in die Kommission entsenden darf. Dadurch ist die Sachlage wesentlich vereinfacht. 6 Mitglieder der Zentrale scheidet also aus der Vorschlagsliste aus. Ich werde sämtliche Genossen, die auf der Vorschlagsliste stehen, verlesen. - Werden noch weitere Vorschläge gemacht?

Ein Delegierter: Ich sehe, daß der Bezirk Königsberg Norden und Nordosten gar nicht berücksichtigt worden ist.

Vorsitzender: Werden noch weitere Vorschläge gemacht?

[Genosse] *Kahlert* [Berlin]: Die Verhältnisse liegen doch nicht so grundverschieden. ("Sehr richtig!") Mit diesen fortwährenden Vorschlägen kommen wir nicht weiter. Die große Anzahl der Vorschläge verbessert die Sache nicht.

[Genosse] *Tittel* [Stuttgart]: Ich möchte auch bitten, nach dem Vorschlage zu verfahren, daß bloß über 20 Genossen per Akklamation abgestimmt wird, und zwar über jeden Genossen einzeln. So kommen wir nicht zum Ziel. So wichtig ist doch die Frage nicht. Wenn mehr als 20 Genossen vorgeschlagen werden, dann kommen eben die 20 Genossen in die Kommission hinein, die die meisten Stimmen haben.

[Genosse] *Tetens* [Wilhelmshaven]: Sechs Namen sind gestrichen worden, es sind also sechs Plätze frei. 29 Kommunisten sind zu uns übergetreten und sind mit darin. Ich glaube, es ist nicht zuviel, wenn fünf sich hier bei uns erst einarbeiten.

[Genosse] *Meyer*: Genossinnen und Genossen! Wenn ich in der Unruhe recht verstanden habe, soll von neuem das Verfahren eingeschlagen werden, daß eine nicht mehr bestehende Organisation ihrerseits Vorschläge macht. ("Sehr richtig!")

Ich bitte Sie dringend, Ihre Kandidaten, die allein für die Wahl noch in Frage kommen können, nach dem Gesichtspunkt vorzuschlagen - nachdem es nur noch in jedem Orte eine Ortsgruppe gibt und die verschiedenen Orte zu Bezirken zusammengeschlossen sind - , daß entsprechend dem Prinzip unsrer Vorschlagsliste Vertreter der verschiedenen Bezirke vorgeschlagen werden. Welche Vertreter Sie aus diesen Bezirken haben wollen, das ist Ihre Sache; aber es geht nicht, wie wir es jetzt haben. Ich glaube, es sind bereits 50 Genossen benannt, das heißt, die Hälfte der hier anwesenden Delegierten sind für die Kommission vorgeschlagen worden. Niemand von Ihnen und auch wir in der Zentrale können nicht beurteilen, ob alle diese Genossen gerade für diese Wahl geeignet sind; sondern Sie, die Sie zu einem Bezirk oder in einem größeren Ort zu einer größeren Organisation zusammengeschlossen sind, werden wissen, welcher Genosse, mit dem Sie jahrelang zusammenarbeiten, für diese Wahl in die Organisations- und Programmkommission am meisten geeignet ist. Ich bitte Sie also, im Prinzip bei unsrer Vorschlagsliste zu bleiben: 25 Genossen, fünf von der Zentrale, 20 aus Ihrer Mitte.

Ich bitte Sie weiter, bei dem Prinzip zu bleiben, daß diese 20 Genossen, abgesehen von den Vertreterinnen der Frauen, den Vertretern der Jugend und des Roten Soldatenbundes, nach verschiedenen Bezirken gewählt werden, so daß auf jeden Bezirk etwa ein bis zwei Genossen je nach der Wichtigkeit kämen. Also es kämen zum Beispiel für Berlin ein bis zwei Genossen, für Schlesien ein Genosse, für Braunschweig einer, für Hamburg einer, für Essen, also Rheinland- Westfalen, vielleicht zwei Genossen, für Mitteldeutschland einer, für Süddeutschland, getrennt nach Bayern, Württemberg und Baden, ein bis zwei Genossen und für Sachsen auch einer; und dann einigen Sie sich unter sich nach den verschiedenen Bezirken, welcher Genosse das meiste Vertrauen bei Ihnen besitzt. Dann haben wir nicht eine Abstimmung über 50 Namen; eine Abstimmung per Akklamation, wo 50 Vorschläge vorliegen, ist natürlich ausgeschlossen, dann müßte eine Zettelwahl eintreten. Also machen Sie Vorschläge von ein bis zwei Genossen aus Ihren Bezirken - Sie sitzen ja zusammen -, und niemand wird dann Widerspruch gegen eine so zusammengesetzte Liste erheben.

Ich erhebe das zum Antrage und bitte, zunächst im Prinzip festzusetzen: 25 Mitglieder der Kommission, fünf aus der Zentrale, fünf aus Frauen, Jugend und Rotem Soldatenbund und zehn aus Ihrer Mitte für die wichtigsten Bezirke Deutschlands. Lassen wir zunächst darüber prinzipiell abstimmen, und dann einigen sich die Bezirke auf die zehn oder 15 Namen, die dann noch in Frage kommen.

Vorsitzender: Sie haben den Antrag des Genossen Meyer gehört. Genosse Becker will dagegen sprechen.

[Genosse] *Becker* [Dresden]: Genossen und Genossinnen! Ich möchte gegen einen Punkt in diesem Antrage sprechen, nämlich gegen dieses Verfahren nach Bezirken. Die Dinge liegen so, daß wir sehr wohl per Akklamation darüber abstimmen können; denn andernfalls wird die Wahl hinausgezögert. Die Bezirke sind doch noch nicht formiert; die Organisation ist ja noch nicht geschaffen, es kann sich höchstens um die Vertreter der freien Städte drehen, und das würde einen Kuddelmuddel sondergleichen geben. Die Konferenz wird soviel Einsicht haben, daß sie diejenigen Genossen und Genossinnen kennt, die befähigt sind, die Arbeiten in dieser Kommission zu leisten, und daß sie durch Akklamation eben diejenigen Genossen wählen wird nach den 20 Vorschlägen, die außer der Zentrale gemacht worden sind, die wirklich dazu geeignet sind. Ich bin deshalb dafür, daß über die 20 Mitglieder per Akklamation abgestimmt wird.

Vorsitzender: Gegen den Antrag Meyer ist Widerspruch erhoben worden. Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich schlage vor, daß wir über die einzelnen Punkte getrennt abstimmen, zunächst darüber, ob wir zu den fünf, die die Zentrale delegiert, 20 oder, wie vorgeschlagen ist, 25 Genossen hinzuwählen wollen. (Zurufe.) Also damit kein Mißverständnis besteht: Im ganzen soll die Kommission auf 25 oder auf 30 Mitglieder festgesetzt werden. Fünf schlägt die Zentrale vor; ein Genosse hat beantragt, 30 Mitglieder in diese Kommission zu delegieren. Nun lasse ich darüber abstimmen. Wer dafür ist, daß die Kommission auf die Zahl 25 begrenzt wird, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Ich danke Ihnen; das ist angenommen.

Nun kommen wir zu dem Vorschlage des Genossen Meyer, es den Bezirken zu überlassen, ihre Vertreter zu wählen. Können wir vielleicht auch die Vertreter der Frauen, der Jugend und des Roten Soldatenbundes gleich ausscheiden, in dem wir sie jetzt zur Wahl stellen? (Zustimmung.)

Andre Vorschläge liegen für diese speziellen Kandidaten nicht vor. Es sind für die Frauen: Minna Naumann (Dresden) und Rosi Wolfstein (Düsseldorf), für die Jugend: Fritz Globig (Berlin) mit dem Vorbehalt, den er hier bekanntgegeben hat, und für den Roten Soldatenbund: Karl Schulz (Berlin). Wer für diese Kandidaten ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Ich danke Ihnen.

[Genosse] *Ertinger* (Bremen): Parteigenossen, auf dieser Vorschlagsliste, die nach Bezirken eingeteilt ist, vermisste ich den Bezirk Bremen. Wir haben in Bremen über 5000 Mitglieder in unserer Organisation vereinigt; da ist es wohl zweckentsprechend - das sage ich nicht als ehemaliger Internationaler Kommunist, sondern als Mitglied der neuen Partei -, daß eine so große Lokalorganisation nicht ausgeschaltet wird. ("Sehr richtig!")

Ich möchte hier besonders betonen, daß die Genossin Luxemburg vorhin gesagt hat: Der Betriebsarbeiterrat ist die kleinste Zelle der neuen Bewegung. Demgemäß möchte ich auch hier betonen, daß die Lokalorganisationen

die kleinsten Zellen der Bewegung sein müssen.

Vorsitzender: Ertinger (Bremen) ist hier vorgeschlagen. Wir kommen zur Abstimmung über die Frage, die fehlenden Delegierten selbst in die Kommission zu wählen oder das den Bezirken zu überlassen. Man sprach von im ganzen 9 Bezirken, die hier in Frage kommen sollten, wie es hier auf der Vorschlagsliste steht. Da nun die Kommission ausgeschaltet ist, können wir ja 14 Bezirke nehmen, die allerdings schwer zu begrenzen sind. Genossen, ich überzeuge mich, daß es nicht möglich ist, nach Bezirken abzustimmen, daß wir um eine Zettelwahl gar nicht herumkommen; und deshalb, da die Vorschlagsliste jetzt als geschlossen anzusehen ist, wird es zweckmäßig sein, Sie schreiben sich die Namen sämtlicher vorgeschlagener Kandidaten auf, und darin können wir nachher die Zettel einsammeln während des Referats, das der Genosse Eberlein halten wird. In diese Kommission sind jetzt noch 16 Mitglieder zu wählen.

Vorgeschlagen sind also die Genossen:

1. Krüger (Berlin).
2. Chmiel (Bismarckhütte).
(Schlich (Breslau) verzichtet.)
3. Gehrke (Braunschweig).
4. Frölich (Hamburg).
5. Becker (Dresden).
6. Sturm (Hamburg).
7. Ertinger (Bremen).
8. Möller (Berlin).
9. Schmidt (Hannover).
10. Rühle (Pirna).
11. Hammer (Essen).
12. Klein (Erfurt).
13. Levien (München).
14. Walcher (Stuttgart)
15. Leviné (Berlin [- Neukölln])
16. Springer (Hanau).
17. Tetens (Wilhelmshaven).
18. Hentschel (Leipzig).
(Bäumer [Worpswede] verzichtet.)
19. Seidel (Düsseldorf).
20. Hirsch (Cuxhaven).
21. Sommer (Frankfurt).
22. Fister (München).
23. Müller (Brandenburg).
24. Rogg (Duisburg).
25. Dattan (Elberfeld).

Ich möchte nun fragen, ob ich vielleicht einen Zuruf über hört habe. - Das scheint nicht der Fall zu sein.

[Genosse] Meyer: Genossinnen und Genossen! Wir haben eine große Zahl von Vorschlägen, und Sie werden selbst zugestehen, daß es Ihnen schwerfallen wird, einen geeigneten Genossen aus dieser großen Zahl von Personen herauszufinden. Ich selbst für meine Person muß gestehen, daß es mir schwerfallen würde, wirklich die geeignetsten zu finden. Nun haben wir von der Zentrale Ihnen neun Genossen vorgeschlagen, von denen einer allerdings davon Abstand nimmt, sich hineinwählen zu lassen. Diese Genossen kennen wir und halten wir für diese Tätigkeit für geeignet.

Es kam dann eine zweite Vorschlagsliste, die von dem Genossen Becker vorgetragen worden war, wonach noch weitere fünf Genossen: Becker (Dresden), Sturm (Hamburg), Ertinger (Bremen), Möller (Berlin) und Schmidt (Hannover) hinzu zuwählen sind; das wären weitere fünf Genossen, die, soweit ich aus der Begründung entnehmen konnte, das besondere Vertrauen derjenigen Genossen genießen, die bisher der Organisation der Internationalen Kommunisten angehörten. Ich nehme an, daß diese Vorschlagsliste der Zahl von 30 bis 35 Delegierten dieser aufgelösten Organisation entspricht. Ich mache Ihnen also erneut den Vorschlag, zunächst die Liste, die die Zentrale Ihnen vorgeschlagen hat, und die Liste, die Ihnen der Genosse Becker oder der andere Genosse vorgeschlagen hat, gemeinsam anzunehmen. Natürlich ist das nur möglich, wenn niemand einen Widerspruch erhebt. Wenn Widerspruch erhoben wird, müßte eine Zettelwahl stattfinden. Wenn Sie meinen Antrag annehmen würden, dann hätten wir neun plus fünf, also 14 Genossen. Dann war wohl noch Leviné vorgeschlagen.

[Genosse] *Rieger* [Berlin]: Ich schlage vor, die Genossen Rühle (Pirna) und Springer (Hanau) zu wählen. Das wären dann die fehlenden 16 Personen.

Vorsitzender: Es wird wesentlich zur Vereinfachung unsrer Geschäftsführung beitragen, wenn wir jetzt über diesen Antrag abstimmen lassen. Es handelt sich also darum, daß Sie dem Vorschlage der Zentrale Ihre Zustimmung geben sollen, wie Sie auch dem Vorschlage, den der Genosse Becker eingereicht hat, zustimmen sollen. Außerdem ist noch vorgeschlagen der Genosse Springer (Hanau) und der Genosse Rühle (Pirna). Wenn Sie die Genossen, die hier vorgeschlagen sind, wählen, so haben Sie die erforderliche Zahl, und wir sind über alle Schwierigkeiten hinweg. (Zustimmung.)

Sind Sie mit diesem Vorschlage einverstanden, dann bitte ich Sie, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Ich danke Ihnen. Das ist die Mehrheit. - Damit ist dieser Punkt erledigt.

Die Kommission besteht aus 25 Mitgliedern und wurde wie folgt zusammengesetzt: Die Zentrale entsendet in sie 5 Mitglieder, die von ihr selbst zu bestimmen sind. Ferner gehören der Kommission an: als Vertreter des Roten Soldatenbundes der Genosse Karl Schulz (Berlin), als Vertreter der Frauen Genossin Minna Naumann (Dresden), Genossin Rosi Wolfstein (Düsseldorf), als Vertreter der Jugend Genosse Fritz Globig (Berlin) und folgende 16 Vertreter: Krüger und Möller (Berlin), Chmiel (Bismarckhütte), Gehrke (Braunschweig), Frölich und Sturm (Hamburg), Ertinger (Bremen), Schmidt (Hannover), Hammer (Essen), Klein (Erfurt), Levien (München), Springer (Hanau), Walcher (Stuttgart), Becker (Dresden), Rühle (Pirna), Heckert (Chemnitz).

Wir kommen nun zum 4. Punkt unsrer Tagesordnung: Unsere Organisation.

[4. Punkt der Tagesordnung: Unsere Organisation]

Dazu hat das Wort der Genosse Hugo Eberlein.

[Genosse] *Eberlein*: Nach den interessanten Vorträgen und den lebhaften Diskussionen des heutigen Tages ist es außerordentlich schwierig, nun jetzt zu beginnen, über Mitgliedsbücher und Beitragsmarken zu sprechen. Aber es ist doch notwendig, daß wir uns auf eine kurze Spanne Zeit auch mit diesen Dingen beschäftigen, und ich bitte um Ihr Gehör.

Die Sache an und für sich wäre ja sehr leicht, wenn wir einfach die Mitgliedsbücher der alten Organisationen übernehmen könnten, so wie es meinetwegen die Unabhängigen von den Abhängigen genommen haben. Aber heute liegen die Verhältnisse doch anders, und die Aufgaben unsrer Organisation sind völlig andere als die Aufgaben der alten Organisationen, aus denen wir hervorgegangen sind. Die alten Organisationen waren schon ihrem Namen und ihrer ganzen Tätigkeit nach Wahlvereine. Die neue Organisation soll nicht ein Wahlverein, sondern eine politische Kampforganisation werden, und es ist einfach die Frage zu stellen: Wollen wir wie bisher ein Wahlverein sein, oder wollen wir in Zukunft wirklich das werden, was wir uns als Ziel gesteckt haben: eine revolutionäre Kampforganisation? Wenn wir diese Frage bejahen, dann müssen wir von vornherein alles ausscheiden, was bisher an organisatorischen Grundlagen vorhanden gewesen ist, wir müssen beginnen, von Grund auf neu aufzubauen und der Organisation ein Fundament zu schaffen, das ermöglicht, den neuen Aufbau derart zu gestalten, daß die einzelnen Mitgliedschaften wie die Gesamtorganisationen auch in der Lage sind, den ihnen gestellten Aufgaben gerecht zu werden.

Wie war es bisher? Die sozialdemokratischen Organisationen waren Wahlvereine. Ihre ganze Organisation beruhte darauf, die Vorarbeiten und die Agitation zu den Wahlen einzuleiten und durchzuführen, und es war faktisch so, daß ein bißchen Leben in den Organisationen auch nur dann vorhanden war, wenn man vor Wahlen oder mitten in den Wahlen stand. Die übrige Zeit war es in den Organisationen öde und ausgestorben. Man suchte nach allen möglichen Mitteln, um die Zwischenzeiten zwischen den Wahlen auszufüllen. Man kam im Laufe der Jahre mehr und mehr dazu, die Organisationen der sozialdemokratischen Partei zu Bildungsorganisationen umzugestalten, um etwas zu haben, was man in diese leere Zeit zwischen den verschiedenen Wahlperioden hineinschieben kann. Aber wir haben gesehen, daß auch die Bildungsarbeiten in den Organisationen außerordentlich mangelhaft gewesen sind, daß sie jedenfalls keineswegs den Zweck erfüllt haben, die Arbeiter zu bewußten Klassenkämpfern zu erziehen. Wir haben erlebt, daß das, was in den Organisationen den Arbeitern als Bildung übermittelt wurde, nichts anderes war als eine Art Firnis, der beim ersten stürmischen Regen abgewaschen worden ist; und als der erste stürmische Regen im August 1914 kam, mußten wir erleben, daß von all den Lehren des Sozialismus bei den Mitgliedern der Organisationen verdammt wenig

übriggeblieben ist. Mit Begeisterung zogen sie dem Banner des Imperialismus, dem Banner der herrschenden Klassen nach, sie hatten alles vergessen, was ihnen vom Sozialismus in den Organisationen gelehrt und gepredigt worden ist.

Die Einrichtungen der Organisationen waren ferner derart, daß sich im Laufe der Jahre ein Bürokratismus innerhalb der Organisationen herausgebildet hatte, der ein wachsendes geistiges Leben und ein Interesse an der Tätigkeit der Organisation völlig ersticken ließ. Die Wahlvereine wurden mehr und mehr zu Kontrollinstituten, die wohl das Recht hatten, an dem, was von seiten der Leitung und von seiten der Vorstände und Zentralen getan war, Kritik zu üben - und es wurde oft sehr lebhaft Kritik geübt an dem, was die Vorstände in den alten Organisationen getan hatten - , aber der Schlußeffekt war immer der, daß man sagte: Es ist ja vorbei, Ihr könnt jetzt Kritik daran üben, Ihr könnt Euch über das aufregen, was geschehen ist, aber geschehen ist es nun einmal, es ist von den Vorständen, von den Zentralen beschlossen und durchgeführt worden. Man hat, um die Genossen zu beruhigen, ihnen gesagt: In Zukunft werden wir es besser machen, und in der Folge war es immer wieder dasselbe, daß die Beschlüsse der Zentralen, der Mitgliedschaftsvorstände tatsächlich durchgeführt waren, wenn die Mitglieder die Möglichkeit hatten, Stellung zu diesen Dingen zu nehmen.

Der Apparat der Organisationen war auch so schwerfällig, daß es nicht möglich war, schnell und rasch irgendwelche Operationen, irgendwelche Aktionen des Proletariats durchzuführen. Wir wissen alle, wie es in den Organisationen zu ging: Wenn einmal ein neuer Gedanke hineingetragen wurde, wenn einmal eine Frage auf der Tagesordnung stand, die schnell durchzuführen war, es waren immer Wochen notwendig, um zu einem Resultat zu kommen, um auch tatsächlich etwas zu tun, und gewöhnlich war es dann zu spät. Also das alles, was wir in der alten Organisation erlebt haben, dürfen wir nicht in die neue Organisation übernehmen. Weder die Form noch die Tätigkeit noch den Inhalt dieser Organisation können wir nun einfach schematisch auf die neue Organisation übertragen, wir müssen die neue Organisation den Bedürfnissen des Tages anpassen, müssen sie beweglich machen, müssen sie kampffähig machen, müssen sie bereit machen für die Aktionen der Zukunft. Dazu ist notwendig, daß wir ein organisatorisches Fundament schaffen, das diesen Ansprüchen auch genügt.

Parteigenossen, die neue Organisation der Kommunistischen Partei ist gestern früh gegründet worden. Sie werden von mir nicht verlangen, daß ich Ihnen heute ein ausgearbeitetes Organisationsstatut vorlege; Sie werden nicht annehmen, daß ich auch nur eine Stunde Zeit dazu übrig habe, Ihnen ausführlich die einzelnen Paragraphen des neuen Organisationsstatuts vorzutragen. Wir stehen jetzt innerhalb der Aktionen, wir stehen mitten drin im politischen Kampf, da ist zu Paragrafenfucherei keine Zeit, und niemand von der Zentrale hat die Möglichkeit, solche Vorarbeiten jetzt zu leisten und durchzuführen. Sie haben soeben eine Kommission gewählt, die das Programm beraten soll, und haben gleichzeitig dieser Kommission den Auftrag gegeben, auch das Organisationsstatut zu beraten. Es wird geschehen müssen, leider geschehen müssen. Wir werden dazu Zeit gebrauchen müssen, um diese Arbeiten zu leisten, wenn es auch in dieser bewegten Zeit außerordentlich schwerfallen wird, das durchzuführen. Aber, Parteigenossen, die Hauptsache ist doch, daß wir uns zuerst einmal selbst nicht nur in der Zentrale, sondern auch in den einzelnen Mitgliedschaften, in den einzelnen Orten klar sind, wie die neue Organisation ungefähr gestaltet werden könnte und müßte. So soll es meine Aufgabe sein, Ihnen kurz und bündig einige Anregungen zu geben, die Sie in Ihre Orte mitnehmen sollen, die Sie mit Ihren Mitgliedern diskutieren sollen; und wir verlangen von Ihnen, daß Sie dann auf Grund dieser Diskussion, auf Grund Ihres eigenen Überlegens dieser gewählten Kommission so schnell wie möglich Ihre Vorschläge machen. Die Kommission hat dann die Aufgabe, diese Vorschläge zu prüfen und aus ihnen das zu kristallisieren, was notwendig ist, um die neue Organisationsform zu finden.

Also keine feststehenden Vorschläge will ich Ihnen machen. Ich will Ihnen nichts weiter sagen als das, was ich mir so zu sagen als Grundlage für den Aufbau der neuen Organisation denke. Ich habe Ihnen kurz zu schildern versucht, daß die Formen der alten Organisation für uns unmöglich geworden sind, daß wir das alte Organisationsstatut überhaupt nicht mehr zur Hand zu nehmen brauchen, um uns das herauszuklauben, was auf uns übertragen werden könnte. Wir müssen also die Organisation neu aufbauen, müssen sie den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen anpassen, müssen sie den Dingen anpassen, die sich in der nächsten Zeit nach unserer Auffassung ereignen müssen.

Eine weitere Frage ist nun ja, wie sollen wir uns diese Organisation bauen, und da wäre natürlich der erste Gedanke, daß wir das bisherige Organisationsverhältnis des Spartakusbundes uns vor Augen führen und uns fragen, ob wir auf dieser Grundlage vielleicht weiterbauen können. Aber auch das wird sich bald als fast unmöglich herausstellen. Wie war die Organisation des Spartakusbundes bisher? Sie wissen, daß wir jahrelang eine illegale Tätigkeit ausüben mußten, daß auf Grund dieser illegalen Tätigkeit eine feste Organisationsform nicht möglich war. Der Genosse Meyer hat Ihnen gestern geschildert, wie der Spartakusbund seit Anfang des Krieges zustande gekommen ist. Wir hatten in diesen vier Jahren keine Zeit, uns zu überlegen, wie wir uns organisieren wollten. Wir wurden in diesen vier Jahren einfach von Tag zu Tag vor Tatsachen gestellt und mußten

auf Grund der feststehenden Tatsachen entscheiden, ohne zu fragen, ob dabei ein Organisationsstatut geschaffen werden kann.

Nachdem also im Jahre 1914 eine kleine Gruppe von Genossen in Berlin sich zu der Anschauung des Spartakusbundes bekannt hatte, wurde sofort versucht, mit allen Orten des Reiches in Verbindung zu treten und mit den Genossen, die unsere politische Anschauung teilten, in Berührung zu kommen. Es war möglich, über kurz oder lang in zirka 140 Städten und Gemeinden mit Genossen, die ebenfalls so wie wir in Berlin sich zusammengeschlossen hatten, Fühlung zu nehmen und mit ihnen in Verbindung zu bleiben. Die Aufgabe der Zentrale, die sich uns in diesen Tagen herausgebildet hatte, war es, die politische und geistige Leitung zu übernehmen, den Genossen mit Agitationsmaterial zur Hand zu sein, ihnen Flugblätter, Flugschriften und alles Agitationsmaterial, das notwendig ist in der illegalen Zeit, zu liefern. Aber auch diese Arbeit konnte natürlich nicht planmäßig geschehen, denn die Genossen aus der Zentrale wurden alle ohne Ausnahme abgelöst. Sie kamen in die Gefängnisse, Zuchthäuser oder Schützengräben. Aber sobald jemand sich wieder befreit hatte aus dem unfreiwilligen Urlaub, hatte er seine Tätigkeit ohne weiteres wieder aufgenommen.

Da gestatten Sie mir einige Worte über die Zentrale. Sie ist heute und auch gestern nicht gut weggekommen, Sie hatten so mancherlei an ihr auszusetzen. Wie liegen aber die Dinge in Wirklichkeit? Es wäre uns natürlich lieber gewesen, wenn wir aus der Provinz von den Genossen Unterstützung bekommen hätten, nicht bloß finanziell, sondern auch geistig, durch Material usw. Aber in den ganzen vier Jahren sind nur außerordentlich wenige von den Genossen der Provinz zu uns gekommen und haben gesagt: Hier habt Ihr geistige Anregung, hier stelle ich mich zur Verfügung, wir wollen mit Euch den Kampf gegen die Reaktion führen. ja, die Genossen kamen, aber sie wollten von uns haben, sie wollten Flugblätter, Agitationsmaterial haben, sie wollten alles mögliche haben, aber gebracht haben sie uns nichts. Und wenn heute nun die Zeit gekommen ist, wo wir öffentlich auftreten können, wo wir öffentlich zu all den Dingen Stellung nehmen können, so bitte ich Sie, dabei zu berücksichtigen, welche außerordentlich schwierige Arbeit die Zentrale in diesen Jahren geleistet hat, mit welchen Schwierigkeiten sie in diesen vier Jahren kämpfen mußte, wo zuweilen nur ein oder zwei Mitglieder der Zentrale zur Verfügung gestanden haben und mit anderen Genossen gesessen haben. Und wenn diese wenigen Genossen die Arbeit gemacht haben, ist es leicht, mit Kritik an ihre Tätigkeit heranzutreten. Wir fürchten die Kritik nicht und sind überzeugt, daß wir der Sache des Proletariats gedient haben, aber unberechtigte Angriffe auf die Zentrale möchte ich doch zurückweisen. Wenn heute verlangt worden ist, daß die Zentrale geändert werden müsse, und wenn ein junger Genosse sagte, daß diese Männer aus der Zentrale entfernt werden müßten, daß sofort andere Männer hineingewählt werden müßten, so frage ich diesen jungen Genossen: Was habt Ihr geleistet in diesen vier Jahren, wenn Ihr die Entfernung der Genossen fordert, die sich in diesen vier Jahren für die Sache herumgeschlagen haben? Wenn wir das berücksichtigen, was wir getan haben, dann muß es uns doch kränken, wenn ein junger Genosse hierherkommt und sagt: Die Leute sind unfähig, sie müssen herausgeworfen werden, und an ihre Stelle müssen andere hinein.

Parteigenossen, wir sind selbstverständlich Ihrer Wahl unterworfen, Sie sind in der Lage, die Zentrale abzusetzen, die Ihr Vertrauen nicht hat, aber vergessen Sie die Umstände nicht! Deshalb bitte ich, sich vor den Neuwahlen die Genossen anzusehen, die Sie in die Zentrale wählen wollen und die Sie als Ihre Führer vor der Öffentlichkeit bezeichnen wollen. Das ist gerade in einer Zeit wichtig, wo wir einer Reihe von fortwährenden Entwicklungen entgegengehen und wo die Lage sich täglich umgestalten kann. Sie haben gehört, daß erst gestern im Vollzugsrat die Rede davon gewesen ist, den Belagerungszustand über Berlin wieder zu verhängen. Was wird die Folge sein? Daß die Genossen, die hier die Tätigkeit und die Leitung übernommen haben, eines Tages wieder die Zuchthäuser und Gefängnisse füllen werden. Deshalb müssen Sie doppelt und dreifach die Genossen ansehen, die Sie mit der Führung der Geschäfte jetzt in dieser schweren Zeit betrauen wollen.

Die Organisation des Spartakusbundes konnte allerdings in diesen vier Jahren nur eine außerordentlich lose sein. Wir haben überall versucht, Verbindung mit den Genossen anzuknüpfen, haben sie unterstützt, soweit es möglich war. Die Genossen hatten die Aufgabe, die Organisation in den anderen Orten durchzuführen. Da konnte es nicht darauf ankommen, nun in den einzelnen Teilen des Landes darauf zu dringen, daß sie soviel wie möglich Mitglieder heranziehen, da konnten wir nicht sagen: Sorgt zuerst dafür, daß Ihr Mitgliedsbuch und Beitragsmarken habt, sondern daß Flugblätter, Broschüren usw. so schnell wie möglich unter die Genossen gebracht wurden, daß sich Genossen fanden, die beherzt genug waren, das Material zu verbreiten. Wir haben oft erlebt, daß die Genossen das Material zurückgegeben haben, weil sie nicht die Courage hatten. Da nutzte uns ein Mitgliedsbuch nichts. Heute kann es anders sein. Heute ist es nicht mehr so gefährlich, heute wird mancher den Mut haben, der noch vor einem halben Jahre die Courage nicht hatte. Heute können wir darangehen, eine feste Organisation zu gründen und Mitglieder für unsere Organisation zu gewinnen und in der Mitgliedschaft die Tätigkeit fortzuführen.

Parteigenossen, ich will Ihnen mit dem Belagerungszustand nicht bange machen. Wir fürchten ihn nicht, wir haben uns nicht gefürchtet, als es daranging, den Kampf zu führen gegen die Kapitalistenklasse, gegen die

Bourgeoisie, und wir werden nicht zurückschrecken, wenn es geht gegen die Scheidemänner und Konsorten, die heute die Herrschaft in Händen haben. Ich führe das nur an, um zu zeigen, daß auch die Organisationsformen des Spartakusbundes in ihrer bisherigen Art nicht die Grundlage für die neue Organisation, die geschaffen werden soll, bilden können.

Wenn wir also einesteils die alten Wahlvereine nicht als Grundlage nehmen können, andererseits auch die bisherigen Organisationsformen des Spartakusbundes nicht nehmen können, so müssen wir uns fragen, was für eine Organisationsform denn nun die geeignete ist. Da möchte ich auf eins hinweisen. Es ist von der Genossin Luxemburg heute mit Recht darauf hingewiesen worden, daß seit der Revolution ganz neue Gebilde entstanden sind, die die Macht übernommen haben. Ich denke da in erster Linie an die Arbeiter- und Soldatenräte. Da wird es notwendig sein, daß wir uns reiflich überlegen, wenn wir auf der einen Seite die Arbeiterräte unterstützen, wenn wir verlangen, daß sie die gesamte ökonomische und politische Macht in die Hand nehmen sollen, ob es nicht zweckmäßig ist, im Anschluß an diese Arbeiter- und Soldatenräte auch die Organisationsform zu finden, die für uns das beste und wünschenswerteste ist. Wir verlangen von den Arbeitern, daß sie Werkstattsräte, Betriebsräte und Industrieräte bilden sollen, die sich mit der gesamten Betriebsverwaltung beschäftigen sollen, die in die Lage kommen sollen, bei der kommenden Umgestaltung des gesamten Staatsorganismus die Industrie zu übernehmen, und nicht nur dies: die auch politisch die Aufgabe haben, die Macht in die Hand zu nehmen, um die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten und die Forderungen der Arbeiterklasse durchzuführen. Wäre es da vielleicht nicht zweckmäßig, daß wir unser Augenmerk darauf richten, ob es nicht möglich ist, unsere Parteiorganisation darauf aufzubauen, daß wir die Mitglieder nicht mehr allein nach dem Wohnsitz organisieren, sondern in den Großbetrieben, in den Werkstätten, in der ganzen Industrie vielleicht die Parteiorganisation einführen, daß wir in den Betrieben unsere Vertrauensleute wählen und die Vertrauensleute die Mitglieder in den Betrieben zu Gemeinschaften, zu Vereinen innerhalb des Betriebes zusammenzuschließen suchen?

Das hat meiner Meinung nach einen ganz kolossalen Vorteil gegen die bisherigen Formen der Organisation dadurch, daß man die Arbeiter alle zusammen im Betriebe hat, leicht alles übersehen kann, wer alles organisiert ist, daß man durch die organisierten Genossen einen großen Einfluß auf die einzelnen Arbeiter im Betriebe hat, daß man leicht zu Besprechungen zusammenkommen kann. Die Vertrauensleute der Werke, besonders aus den kleineren und mittleren Städten, haben sich dann zu Funktionärkonferenzen zusammenzuschließen, zu denen die Werke, die in einem Orte vorhanden sind, ihre Delegierten entsenden, die einen Vorstand bilden, der den Ortsvorstand darstellt. Es ist natürlich selbstverständlich, daß nicht nur in Großbetrieben diese Organisationsform geschaffen wird, sondern daß auch die Parteigenossen aus Kleinwerkstätten, aus Kleinbetrieben sich zu organisierten Gruppen zusammenschließen, die dann ebenfalls wieder ihre Funktionäre in den Vorstand entsenden. Es ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß auch diejenigen, die nicht in diesen Betrieben arbeiten, Gelegenheit haben, sich zu organisieren und der Gesamtorganisation im Orte anzuschließen. Man könnte in den größeren Orten besondere Zusammenkünfte der Arbeitslosen schaffen, sie gleichfalls zusammenfassen, und dort, wo keine Fabrikbetriebe vorhanden sind, wo reine Wohngemeinden vorhanden sind, die Organisationsform der Wohnbezirke heranziehen. Es kommt gar nicht darauf an, ob dieser oder jener Genosse die Möglichkeit hat, an den Veranstaltungen der Organisation im Betriebe teilzunehmen oder in den Wohnbezirken tätig zu sein. Aber auf diese Weise wäre es möglich, die gesamte Arbeiterschaft in den Orten besser zusammenzufassen, besser organisieren zu können, eine Übersicht zu haben über das, was organisiert innerhalb des Ortes zusammengerafft werden kann, und, was das wichtigste ist, eine Organisationsform gewinnen zu können, die auch aktionsfähig ist. Man hat die Möglichkeit, zu jeder Zeit an die Genossen heranzukommen, sie schnell zusammenzufassen, wenn sie in Großbetrieben zusammen tätig sind, sie schnell herauszuholen. Das ist natürlich besser, wenn es gilt, irgendeine Tätigkeit der Organisation durchzuführen, als wenn man darauf angewiesen ist, wie bei der alten Organisation der Wohnbezirke, sie erst tagelang vorher einzuladen.

Aber diese Organisationsform darf nicht auf alle Orte schematisch übertragen werden. Wir haben in den großen Orten, wo Industriestädte neben Wohngemeinden vorhanden sind, ganz verschiedene Organisationsmöglichkeiten. In Berlin haben wir Orte, wo nichts wie große Fabriken vorhanden sind, in denen aber die Arbeiter nicht wohnen, zu denen die Arbeiter des Morgens hinfahren und die sie des Abends verlassen, um nach andern Orten in ihre Wohnungen zu fahren, und wir haben andererseits Orte, in denen Unmassen von Arbeitern wohnen, wo aber keine Fabriken vorhanden sind. Wir können daher da, wo die Großbetriebe zusammenliegen, die Betriebsorganisation durchführen, in Orten aber, wo die Arbeiter wohnen und nicht arbeiten, die Organisation nach Wohnbezirken gliedern.

Das wäre, Parteigenossen, nach meiner Meinung die Grundlage, auf der wir unsere Organisation aufbauen können.

Es wäre notwendig, daß bei dieser Organisationsform den einzelnen Orten von seiten der Gesamtorganisation die

weit mögliche Freiheit gelassen wird, daß nicht von oben herunter schematisch verordnet wird: Ihr müßt so oder so handeln und das oder das tun, und daß den einzelnen Betrieben und Orten die Möglichkeit gegeben werde, die Organisationsformen zu finden, die für ihre speziellen Verhältnisse notwendig sind, und daß als Grundlage nur das eine gilt: daß der gesamte Apparat der Organisation elastisch ist, daß die gesamten Arbeiter so schnell wie möglich zusammengefaßt werden können, daß die Aktionsfähigkeit durch die Form der Organisation gewahrt wird.

Wir sind weiter der Meinung, daß das alte System der Unterordnung der einzelnen Orte unter die Zentrale aufhören muß, daß die einzelnen örtlichen Organisationen, die einzelnen Betriebsorganisationen eine völlige Autonomie haben müssen. Sie müssen selbständig sein in ihrer Tätigkeit, sie dürfen nicht immer auf das warten, was von oben herunter angeordnet wird, sie müssen die Möglichkeit haben, selbst in die Aktion einzutreten, ohne daß die Zentrale immer das Recht hat zu sagen: Das dürft Ihr tun, oder das dürft Ihr nicht tun. Aber von diesen Organisationsformen hat sich bisher verdammt wenig gezeigt. Die Orte, die bisher auf eine selbständige Tätigkeit ausgegangen sind, sind äußerst gering, und ich könnte sie Ihnen an den fünf Fingern herzählen. Wir hätten uns sehr gefreut, wenn wir aus den einzelnen Orten und Bezirken gehört hätten, was sie getan haben, als daß man nur immer herantritt mit der Frage an uns: Was sollen wir tun, oder schickt uns mal ein Flugblatt oder dies und jenes. Wir sind also keineswegs so gewalttätig, wie man uns heute hier geschildert hat, daß wir als Zentralrat eine autokratische Gewalt ausüben wollen, und nehmen Sie es mir deshalb nicht übel, wenn ich erregt geworden bin auf Grund der Vorwürfe, die man uns vollkommen unberechtigt gemacht hat. Es bestand eben keine andere Möglichkeit, als Diktaturgewalt auszuüben, weil die Genossen in der Provinz verdammt wenig getan haben.

Wir erwarten, daß unsere neue Organisationsform die Autonomie der einzelnen Bezirke gewährleisten wird, daß die Zentrale in der Hauptsache die Aufgabe hat, die geistige und politische Leitung zu übernehmen und das zusammenzufassen, was draußen im Lande vor sich geht, die Organisation im Lande zu belehren und zu unterstützen, soweit es mit den in der Zentrale vorhandenen Kräften möglich ist. Es war unser Bestreben seit jeher, die besten Köpfe nach Berlin zu ziehen, die besten Köpfe der Partei, die besten Theoretiker an unserer Arbeit mitarbeiten zu lassen, um auch tatsächlich in der Lage zu sein, die politische und die geistige Leitung der Bewegung zu übernehmen. Und sind in dieser Beziehung Ihre Wünsche nicht befriedigt, sind Sie der Meinung, daß diese besten Köpfe draußen in der Provinz sind, so schicken Sie sie nach Berlin und wählen Sie sie in die Zentrale.

Wir sind weiter der Meinung, daß die Frage der Presse nicht zentral geregelt werden kann, daß die örtlichen Organisationen überall die Möglichkeit haben müssen, eigene Zeitungen zu gründen, eigene Flugblätter, eigene Broschüren herauszugeben. Es hat sich aber in der Tat gezeigt, daß leider nicht einmal ein bißchen Verständnis unter den Genossen dafür vorhanden ist. Einige Genossen haben uns angegriffen und uns gesagt: Ihr gebt eine Zeitung heraus, was sollen wir damit machen, wir können sie nicht gebrauchen, wir geben selbst eine Zeitung heraus. Und als sie eine Zeitung herausgegeben hatten, zeigte sich, daß das keine Zeitung, sondern höchstens ein Wurstzettel war, denn die Bevölkerung wünscht eine Tageszeitung, nicht ein Blatt Papier, auf dem ein theoretischer Artikel steht. Oder wenn sie eine Zeitung selbst gegründet hatten, dann kamen sie zu uns: Hier ist die Rechnung, nun bezahlt mal, ja, Parteigenossen, wenn wir die Mittel alle bekommen hätten, die wir bekommen haben sollen, dann wäre es möglich, die Summen zur Verfügung zu stellen, die gewünscht worden sind.

Die einzelnen Orte, die ihre Mitgliedschaften jetzt so schnell wie möglich schaffen müssen, müssen sich zusammenschließen zu Bezirken, und diese Bezirke wieder werden ihre Vertreter in die Zentrale wählen, die mit den Genossen der Zentrale einen erweiterten Parteivorstand bilden, der häufig zusammenzukommen hat, um die Möglichkeit zu haben, die gemeinschaftlichen Fragen, die die Gesamtlage betreffen, zu regeln.

In bezug auf die Bezirkseinteilung kann und will ich Ihnen heute keine bestimmten Vorschläge machen. Sie haben vorhin bei der Wahl der Programmkommission erklärt, daß Sie kein Gewicht auf die Bezirkseinteilung legen. Das ist vielleicht richtig in bezug auf die Programmkommission. Da aber die Programmkommission gleichzeitig eine Organisationskommission ist, so hätte ich doch gewünscht, daß mein Vorschlag, den ich vorhin machte, angenommen worden wäre. Denn bei der Organisationsfrage ist es tatsächlich wichtig, daß die Vertreter der Landesbezirke in der Kommission vertreten sind, erstens mal, um eine vernünftige Gliederung der Bezirke zu finden, dann aber auch, um besonders die speziellen Verhältnisse der einzelnen Bezirke zur Berücksichtigung bei der Schaffung des Organisationsstatuts in der Kommission vorzutragen. Allerdings stelle ich mir das Organisationsstatut nicht vor wie die bisherigen Organisationsstatute, mit vielleicht 300 oder 350 Paragraphen, sondern ich wünsche, daß den einzelnen Orten und einzelnen Bezirken die weitmögliche Freiheit gegeben wird und daß wir nicht von der Organisationskommission nun langatmige Bedingungen vorgelegt bekommen, in denen die Bezirks- und Ortsvereine nur eine Bindung, nicht eine Befreiung von Fesseln sehen.

Es ist vielleicht richtig, daß die Bezirke sich nach den verschiedenen Landesteilen gliedern und daß vielleicht Ostpreußen und Westpreußen einen Bezirk bilden, dann vielleicht die Wasserkante mit Hannover, das frühere Herzogtum Braunschweig, dann Brandenburg und die Provinz Sachsen, das ehemalige Königreich Sachsen, dann Mitteldeutschland, Bayern, Württemberg und Baden einen Bezirk für sich. Das sind nur unverbindliche Vorschläge, um Ihnen zu zeigen, wie die Bezirkseinteilung möglich ist. Die Festlegung ist Sache der Kommission, aber da Sie heute gerade zusammen sind, werden Sie wahrscheinlich wünschen, daß Sie sich jetzt schon mit den Genossen aus den Bezirken in Verbindung setzen, und dazu könnte mein Vorschlag von Nutzen sein.

Das wäre im großen und ganzen alles, was ich Ihnen vorzutragen hätte. Ich denke mir also unsere Organisation so, daß die einzelnen Bezirke ihre Vertreter wählen, daß die Zentrale ihren Sitz in Berlin hat und daß in diese Zentrale die Vertreter der einzelnen Bezirke hineingewählt werden, die dann mit den Mitgliedern der Zentrale den erweiterten Vorstand bilden, der vielleicht alle vier Wochen zusammentritt, natürlich öfter zusammentreten muß, wenn die Notwendigkeiten vorhanden sind. Der erweiterte Vorstand, die Mitglieder der Zentrale würden also eine Körperschaft bilden, die die Möglichkeit hat, momentan wenigstens, für die Zeit, bis wir wieder weiterblicken können, bis wir die politische Situation weiter überblicken, als wir augenblicklich in der Lage sind, andere Organisationsformen zu finden.

Ich weiß nicht, ob ich mich heute darauf einlassen soll, Ihnen noch eingehende weitere Schilderungen zu machen, Ihnen die Bezirkskonferenzen, die Parteitage, die Parteitagsprogramme und alles, was dazu gehört, zu schildern. Sie wissen alle, daß wir in unserm Optimismus der Auffassung sind, daß die kommenden Wochen und Monate uns Dinge bringen werden, die alle diese Diskussionen überflüssig machen können. Deshalb will ich bei der vorgeschrittenen Zeit, die uns heute noch zur Verfügung steht, Sie nicht weiter aufhalten. Ich bitte nur darum, das hier Ausgeführte mit auf den Heimweg zu nehmen, sich die Dinge durch den Kopf gehen zu lassen und uns so schnell wie möglich Ihre speziellen Vorschläge zu unterbreiten, damit die Kommission so bald wie möglich in Funktion treten kann.

Einen Passus bin ich beauftragt, Ihnen noch vorzutragen. Es betrifft die Vereinbarungen mit den ehemaligen Internationalen Kommunisten; und da die Genossen darauf Gewicht legen, will ich den Wortlaut vortragen. Er lautet:

In bezug auf ihre Publikationen sind die Ortsgruppen des Spartakusbundes autonom. Die Zentrale... Einspruch zu erheben. [Der volle Wortlaut fehlt]

Das wäre also das, was die Genossen gewünscht haben. Sie haben gehört, daß ich in meinen Ausführungen weiter gegangen bin, als die Genossen selbst wünschen, und es werden in der Kommission sobald wie möglich Wege zu finden sein, eine Organisationsform zu schaffen, wie wir sie brauchen. Aber es ist doch zu berücksichtigen, daß wir in diesen Tagen unser Hauptgewicht nicht auf diese kleinen Dinge der Organisation legen dürfen und sollen. Wir wollen, soweit es möglich ist, in den nächsten Wochen und Monaten Ihnen in den Orten das alles selbst überlassen. Warten Sie also nicht, bis von seiten der Zentrale nun die Verfügung kommt: Ihr müßt das Mitgliedsbuch so oder so gestalten, sondern gehen Sie jetzt in Ihre Orte zurück, sammeln Sie die Mitglieder um sich, geben Sie Mitgliedskarten heraus und Marken und Sammelisten oder wie Sie sich das denken. Genossen, darauf kommt es in der Hauptsache in diesem Moment gar nicht an. Die Hauptsache ist - und ich wiederhole das am Schlusse meiner Ausführungen - jetzt nicht ein schönes gedrucktes Mitgliedsbuch, die Hauptsache ist nicht, daß wir ein Mitgliedsbuch haben, in dem die Marken recht schön glatt eingeklebt sind, wie das früher der Fall war - die Hauptsache ist, daß wir jetzt eine Organisation schaffen, in der wir Mitglieder bekommen, die überzeugt sind von den Lehren des Sozialismus, die überzeugte Anhänger unserer Partei sind, die aber auch in der Lage und befähigt und gewillt sind, uns zur Seite zu stehen, und die für die kommenden Tage der Aktionen bereit sind, die ihre ganzen Gedanken auf die Aktionen der nächsten Zeit lenken. Dann werden wir über die kleinen Schwierigkeiten der Organisation und der Organisationsform leicht hinwegkommen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender *Pieck*: Genossen und Genossinnen! Es sind Bestrebungen hier in der Berliner Arbeiterbewegung, und zwar in den aktivsten Teilen der Arbeiterbewegung, im Gange, neben der von uns jetzt gebildeten kommunistischen Partei eine eigene Partei zu bilden. Diese Bestrebungen gehen aus von dem Kreis der revolutionären Obleute. Dieser Kreis ist an uns herangetreten mit dem Ersuchen, mit ihnen eine Verhandlung aufzunehmen über eine eventuelle Einigung, die zwischen ihren Bestrebungen und der von uns gebildeten kommunistischen Partei herbeigeführt werden soll. Die revolutionären Obleute sind zusammen, sie wünschen eine sofortige Verhandlung. Wir schlagen Ihnen deshalb vor, unsere Beratungen auf eine halbe Stunde zu unterbrechen. Wir werden ohnehin ja noch längere Zeit tagen müssen, wenn wir die Tagesordnung heute erledigen wollen. Ich glaube, den Delegierten wird eine halbstündige Erholungspause erwünscht sein, und ich hoffe, daß wir danach nicht nur Ihnen das Resultat mitteilen können, daß dieser Kreis der revolutionären Obleute mit uns zu einer Einigung gelangt ist, sondern daß wir dann auch den übrigen Teil der Tagesordnung heute noch

erledigen können, damit die Delegierten dann wenigstens morgen früh in ihre Heimat zurückkehren können. Sind Sie mit dieser halbstündigen Unterbrechung einverstanden? (Zustimmung.)

Widerspruch erhebt sich nicht; dann ist die Sitzung um eine halbe Stunde vertagt, und ich bitte Sie, um 3/4 8 Uhr hier wieder zur Stelle zu sein. (Die Sitzung wird vertagt.)

Vorsitzender: Genossen und Genossinnen! Wir haben der Körperschaft, mit der wir soeben verhandelt haben, den Vorschlag gemacht, um eine Einigung herbeizuführen, daß wir ihnen die Möglichkeit geben, mit 3 Mitgliedern in die eingesetzte Programm- und Organisationskommission einzutreten, indem wir ihnen erklärten, daß sowohl das Programm wie die Organisation in ihren Einzelheiten auf diesem Kongreß nicht festgelegt wird, sondern daß es der Beratung dieser Kommission vorbehalten bleibt, einem demnächst einzuberufenden Parteitag Bericht zu erstatten, und daß schließlich in dieser Kommission den Berliner revolutionären Obleuten die Möglichkeit gegeben ist, in ihrem Sinne dort zu wirken.

Die Genossen selbst führten als Differenzpunkte für die Einigung an, daß der beschlossene Wahlboykott zur Nationalversammlung einer der Punkte sei; der andre Punkt der Name der neugegründeten Partei. Wir haben ihnen erklärt, daß an diesen Beschlüssen der Konferenz sowohl hinsichtlich des Wahlboykotts wie des Namens nichts zu ändern sei, sondern daß dies schließlich dem nächsten Parteitag vorbehalten sei, wenn die Programm- und Organisationskommission auf Grund ihrer Beratungen zu andern Vorschlägen kommen sollte. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, sie werden von einem Teil der Zentrale weiter geführt. Ich weiß nicht, wie die Verhandlungen auslaufen werden. Wir werden also in Kürze den Bericht erhalten.

Soviel über die Gründe der eben eingetretenen Unterbrechung der Tagung. Ich bedaure, daß sich unsere Reihen infolge dieser Verhandlungen so gelichtet haben; aber wir müssen doch versuchen, unsere Tagesordnung heute noch zu Ende zu führen. Um das möglich zu machen, bitte ich Sie, daß wir von einer Diskussion über die Organisation Abstand nehmen, daß wir genauso wie bei den Vorschlägen zum Programm auch sämtliche Vorschläge zur Organisation der Kommission überweisen, in der ja doch nicht nur die Bezirke, sondern auch die meisten Sprecher, die hier in der Konferenz sich zu den Fragen geäußert haben, vertreten sind. Ich glaube auch, eine weitere Beratung der Organisationsvorschläge würde uns nicht weiter führen, weil wir endgültige Beschlüsse hier zu fassen kaum in der Lage sind, um so weniger, als unsere Reihen sehr gelichtet sind. Ich würde Ihnen also empfehlen, daß wir die vorliegenden Anträge zur Organisation der gewählten Organisations- und Programmkommission überweisen. Erhebt sich gegen diesen Vorschlag Widerspruch?

[Genosse] *Becker* [Dresden]: Ja, Genossen, ich bin auch dafür, daß wir die Vorschläge, die hier gemacht werden, alles das, was als Material überwiesen wird, nicht mehr behandeln; aber ich bin doch der Auffassung, daß man über die Wahl der Zentrale noch spricht und Entscheidung herbeiführt. Diese Zentrale wird ja allerdings nur eine Zentrale sein, die bis zum nächsten Parteitag funktionieren wird; aber wir sind der Auffassung, daß sie trotzdem einer Ergänzung bedarf und daß wenigstens eine gewisse Änderung da eintritt.

Vorsitzender: Zunächst handelt es sich bei den Organisationsvorschlägen nicht um die Wahl der Zentrale, sondern nur um die Organisationsvorschläge, mit deren Überweisung an die Kommission ja Genosse Becker einverstanden ist.

[Genosse] *Jacob* [Berlin]: Genossen, so notwendig wie es wäre, über die Organisationsform oder Organisation im allgemeinen zu sprechen, so ist es doch sehr bedauerlich, daß die Versammlung sich bereits so gelichtet hat. Ich meine, notwendig ist unbedingt, vor allem für die Berliner, eine einheitliche Organisation in Bezirken und Gruppen herbeizuführen. Bedauerlich ist ja eben, daß die meisten Delegierten schon nach Hause gegangen sind.

[Genosse] *Rieger* [Berlin]: Genossen, ich stelle mir die Organisation Berlins, wenigstens die Vorarbeiten, so vor: Wir werden ja jetzt sofort die Beschlüsse auszuführen haben hinsichtlich der Trennung. Jeder einzelne Bezirk hat seinen Beirichterstätter. Dann wird zu der Organisationsfrage Stellung genommen, und dann kommen die Vertreter der Bezirke zusammen und sprechen über die einheitliche Organisation für Berlin.

Vorsitzender: Wir kommen zur Abstimmung darüber, ob Sie damit einverstanden sind, daß wir alle gemachten Organisationsvorschläge der eingesetzten Programm- und Organisationskommission überweisen und damit von jeder weiteren Debatte Abstand nehmen. Wer dafür ist, den ersuche ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Ich danke Ihnen. Ich bitte um die Gegenprobe! (Die Gegenprobe erfolgt.)

Gegen zwei Stimmen angenommen.

[Genosse] *Tetens* [Wilhelmshaven] (persönliche Bemerkung): Genossen, ich möchte mich kurz zu den Auslassungen des Genossen Eberlein äußern, in denen eine Sinnentstellung an meinen Worten vorgenommen worden ist: Ich hätte der Zentrale hier mein Mißtrauen ausgesprochen - oder wie es von Genossen Eberlein ausgedrückt wurde. Ich stelle hier fest, daß, wenn einer Hochschätzung vor den Leuten hat, die unsrer Bewegung vorgekämpft, haben, ich eine solche Hochschätzung hege.

Dann fragte Genosse Eberlein, wo ich, der junge Genosse, denn gewesen wäre - das fragte er viermal in etwas zynischem Tone - , wo denn da die jungen Genossen gewesen waren. Genosse Eberlein, ich möchte Ihnen die Antwort darauf nicht schuldig bleiben. Ich habe mich hier in der Jugendbewegung betätigt. Im Jahre 1917 wurde mir meine Stellung unmöglich gemacht, so daß ich aus Berlin heraus mußte und mich nach Süddeutschland wenden mußte. Dann war meine Zeit soweit, daß ich zum Militär einrücken mußte. Da machte ich die Bekanntschaft einiger kommunistischer Genossen, die brachten meine Legitimationspapiere in den Stand, daß ich mich ein ganzes Jahr davon drücken konnte, als Schaffobjekt, als Kanonenfutter für den Kapitalismus in den Schützengraben zu ziehen. Dann war ich in Frankreich in einer Reparaturwerkstätte beschäftigt, da habe ich mich gegen die elenden Arbeitszustände gewandt und bin dagegen eingeschritten; da wurde ich ausgewiesen. Dann ging ein Telegramm nach Freiburg hinter mir her, wo ich festgehalten werden sollte; da war meine Zeit gekommen, daß ich nach Wilhelmshaven gehen mußte. - Es hätte also leicht kommen können, daß ich in den Schützengraben gekommen wäre, wo ich vielleicht auf Nimmerwiedersehen verschwunden wäre.

Dann halte ich es nicht für fein, jugendlichen Genossen in der Weise entgegenzutreten, wie es Genosse Eberlein getan hat. Nicht all und jeder Genosse von 17, 18 und 19 Jahren kann schon so für unsre Bewegung gearbeitet und gelitten haben, wie es unsre Vorkämpfer Liebknecht und Luxemburg getan haben. Das berechtigt aber Genossen Eberlein noch nicht zu seiner Stellung gegen meine Person. Ich halte es für wichtig, das hier festzustellen: und wenn diese Duschete was kalt ist, Genosse Eberlein, so ist es meine Ansicht, daß auf einen groben Klotz auch ein derber Keil gehört.

[Genosse] *Erlinger* [Bremen] (tatsächliche Richtigstellung): Parteigenossen, den vortrefflichen Ausführungen des Genossen Eberlein betreffs der Organisationsform usw. kann ich nur beipflichten. Ich kann aber nicht verstehen und muß hier mein Bedauern zum Ausdruck bringen, daß gerade Genosse Eberlein, der für das Zusammenarbeiten aller revolutionären Parteigenossen und Gruppen aufs wärmste eingetreten ist, es sich nicht hat verkneifen können, von einem Blatte zu sprechen in dem Sinne, daß Leute, die sehr stark nach links drängen und sehr stark den zentralen Charakter der ehemaligen Spartakusgruppe angreifen, ein Blatt herausgegeben haben, das eine Tageszeitung werden sollte, aber nachher ein Wurstblatt geworden ist. Das hat der Genosse Eberlein hier tatsächlich gesagt. Ich muß das ganz entschieden zurückweisen. Gemeint ist der "Kommunist", der in Bremen herausgegeben worden ist. Der "Kommunist" in Bremen wird aber auf jeden Fall mit dem den Vergleich aushalten, was in Berlin von den Genossen herausgegeben worden ist: Ich meine die "Rote Fahne". (Zuruf: "Als Flugblatt sehr gut, als Tageszeitung nicht zu gebrauchen!")

Es ist keine Tageszeitung gewesen, sollte nie eine Tageszeitung sein, sondern der "Kommunist" war nur eine Flugzeitung, und was den Inhalt dieser Flugzeitung betrifft, so ist von allen Genossen anerkannt worden, daß diese Flugzeitung redaktionell wie theoretisch sehr gut geleitet gewesen ist. ("Sehr richtig!")

Dies muß ich hier feststellen.

[Genosse] *Prudlo* [Beuthen] (zur Geschäftsordnung): Diese Fragen, die wir hier debattieren, sind unnütz. Wir haben in Oberschlesien eine ungeheure Masse hinter uns. Wir haben uns in vier Tagen so organisiert, daß wir darauf rechnen, daß wir in einigen Tagen auf Hunderttausende zählen könnten; und unsereiner ist damit zufrieden, was von der Zentrale ausgegeben worden ist. Wir sind in der ganzen Arbeiterschaft Oberschlesiens mit dem, was der Spartakusbund will, voll und ganz einverstanden, und wir gedenken das auch durchzuführen. Aber diese Streitigkeiten hier sind unnütz. Ich bitte die Genossen, überhaupt über diese Sachen nicht mehr zu debattieren.

Vorsitzender: Damit sind die persönlichen Bemerkungen erledigt. Wir kämen jetzt zur Wahl der Zentraleitung. In der Zentraleitung waren bisher Genossin Luxemburg, die Genossen Liebknecht, Levi, Thalheimer, Lange, Duncker, Pieck, Eberlein, Leo [Jogiches], Meyer, Käthe Duncker. Es sind jetzt hier vorgeschlagen Liebknecht, Luxemburg, Levi, Thalheimer, Pieck, Eberlein, Leo [Jogiches], Frölich und Käthe Duncker. Danach sind also einige Genossen der bisherigen Zentraleitung ausgeschaltet worden.

[Genosse] *Meyer*: Genossinnen und Genossen! Ich muß noch einmal auf die Verhandlungen mit den früheren Internationalen Kommunisten zurückkommen. In diesen Verhandlungen wurde verabredet, daß auf der heutigen Reichskonferenz des Spartakusbundes die Zentrale ohne weiteres durch Vertreter aus den verschiedenen Bezirken ergänzt werden soll, und zwar sollte dieser Vorschlag von uns, von der Zentrale gemacht werden. Ich bin daher verpflichtet, entsprechend der Verabredung, die mit den früheren Internationalen Kommunisten getroffen worden ist, Ihnen diesen Vorschlag zu unterbreiten, und zwar tue ich das nicht nur, weil das einer Verabredung entspricht, sondern weil das selbst unserm Wunsche entspricht, daß die Zentrale durch einen Reichsausschuß ergänzt wird, und zwar möglichst nach 9 bis 10 Bezirken. Diese Bezirke sind, ohne daß sie im einzelnen genannt werden, in der Vorschlagsliste enthalten, die wir Ihnen zu dem vorhergehenden Punkt der Tagesordnung vorlegten. Es waren: Berlin, Schlesien, Braunschweig (Mitteldeutschland), Hamburg (Wasserkante), Hessen, Rheinland-Westfalen, Erfurt (Mitteldeutschland), München (Bayern), Stuttgart (Württemberg), Chemnitz (Sachsen). Es käme noch hinzu ein Bezirk Ost- und Westpreußen, und ich bitte Sie, entsprechend diesem Vorschlage, dem ja damals auch die Kommunisten zustimmten, die Zentrale dahin zu ergänzen, daß neben ihr ein Reichsausschuß zusammentritt. Auch jetzt schon für die Übergangszeit scheint mir das notwendig. Wir wollen nicht warten, bis der nächste Parteitag zusammentritt und dann endgültig diese Dinge vorlegt; wir halten es für zweckmäßig, schon jetzt in der Übergangszeit einen solchen Reichsausschuß zu schaffen, so daß Vertreter der 10 Bezirke Deutschlands Gelegenheit haben, mindestens alle zwei bis drei oder vier Wochen hier in Berlin zusammenzutreten und mit der Zentrale alle wichtigen politischen und taktischen Fragen zu beraten. Es ist das besonders notwendig, weil - darin werden Sie mir zustimmen - die Situation in den allernächsten Tagen, mindestens aber Wochen, sich aufs äußerste verschärfen kann, so daß die Zentrale Wert darauf legt, in diesen schwierigen Situationen eine enge Fühlung mit Vertretern der verschiedenen Bezirke zu haben.

Nun kommt nur die eine Schwierigkeit hinzu, die wir schon beim vorigen Punkt der Tagesordnung hatten: Am zweckmäßigsten wäre es, wenn diese Vertreter von den Bezirken oder Gauen selbst gewählt werden, damit sie wirklich den Wunsch und Willen der Bezirke selbst vertreten und nicht durch eine Zufallswahl Genossen, wenn auch aus den verschiedenen Bezirken, hier hereinkommen, ohne daß sie das besondere Vertrauen ihrer Bezirke genießen. Es wäre ja immerhin möglich, daß der Gesamtkonferenz noch ein Einspruchsrecht gegen irgendeinen bestimmten Vorschlag eines besonderen Bezirks gewahrt bleibt. Das wäre möglich; aber ich glaube, das wird keine besondere praktische Rolle spielen. Dagegen würde ich Sie im Auftrage der Zentrale dringend bitten, schon heute Ihrerseits - die Zahl der Teilnehmer ist ja leider keine sehr große, so daß die Verständigung leicht sein wird - Vertreter Ihrer Bezirke uns vorzuschlagen, so daß in diesem Falle nur eine Bestätigung durch die Konferenz zu erfolgen hätte. Wie gesagt, das ist ein Vorschlag für die Übergangszeit. Die endgültige Stellung der Zentrale und des Reichsausschusses und überhaupt der Zentralleitung und der besonderen Organisationsformen bliebe dann dem nächsten Parteitag vorbehalten, der ja nach unserm aller Wunsch möglichst bald zusammentreten soll.

Genosse *Becker* [Dresden]: Genossen, ich bin der Auffassung, daß die jetzige Zentrale ja doch nicht etwa wie die englischen Lords ein Erbrecht hat und daß jedenfalls neun Personen für die Zentrale vollkommen genügen werden. Der praktische Verlauf wird ferner der sein, daß auf dem nächsten Parteitag ja erst die eigentliche organisatorische Grundlage der Partei geschaffen wird und dann erst gesehen wird, wie die ganze Leitung der Partei sich zusammensetzen wird, und daß dann auch eine entsprechende Neuwahl stattzufinden hat.

Protestieren muß ich gegen den Vorschlag des Genossen Meyer, einen solchen Reichsausschuß zu bilden, Genossen und Genossinnen, das würde genau so ein Gebilde werden wie früher der Parteiausschuß in der alten Sozialdemokratie. Der war ein Anhängsel der Parteileitung oder Zentrale, die ihn dann benutzte, wenn sie etwas machen wollte, was nach außen hin größer aussehen sollte.

Dann bin ich dafür, daß wir heute den Zustand so lassen, wie er ist, daß wir eine Zentrale wählen, wie sie war, und es dem nächsten Parteitag überlassen - wie er auch eine vollkommen neue Organisation schaffen wird - , so auch eine vollkommen neue Parteileitung zu schaffen. Auf diesem Parteitag wird auch die ganze organisatorische Frage gelöst werden müssen, die Frage, ob man einen Reichsausschuß oder dergleichen haben muß oder will. Wenn sich der Genosse Meyer auf die Verhandlungen mit der Kommission der Internationalen Kommunisten beruft, so versichere ich ihm, daß diese Dinge ja nun erledigt sind in dem Moment, wo der heutige Parteitag anders beschließt, und ich stehe da gar nicht an zu erklären, daß wir diesen Vorschlag, aus jedem Bezirk schon jemanden zu diesem jetzigen Zentralvorstand zu delegieren, gern zurückziehen würden, weil wir eben sehen, daß tatsächlich noch keine Bezirke da sind und daß diese ganze Geschichte in der Luft hängt, solange wie eben die Organisationskommission tatsächlich noch keine Organisation geschaffen hat, tatsächlich noch keine wirkliche Bezirkseinteilung vorgenommen hat, auf deren Grundlage dann Beisitzer oder überhaupt gleichberechtigte Mitglieder einer Zentrale gewählt werden könnten. Denn wir dürfen auf keinen Fall darauf

hinarbeiten, daß diejenigen Genossen und Genossinnen, die von den einzelnen Bezirken delegiert werden, so eine Art Reichsausschuß oder Mitglieder der Zentrale zweiter Klasse werden. Ich bin der Auffassung, daß sämtliche Mitglieder der Zentrale, mögen sie nun in Berlin wohnen oder mögen sie Vertreter der Bezirke sein, vollkommen gleichberechtigte Mitglieder sein müssen, sie müssen ihre Lebensweise eben so einrichten, daß sie an der Arbeit der Zentrale immer teil nehmen können, wenn es notwendig ist; und wir haben ja auch einen diesbezüglichen Vorschlag, überhaupt einen ganzen Organisationsvorschlag von der Fünferkommission der IKD damals erhalten, und er liegt ja der Organisationskommission als Material vor, um mit dem andern Material zusammen bearbeitet zu werden.

Also Genossen, ich bin dafür, daß man heute eine Zentrale wählt, die so weiterarbeitet wie bisher, natürlich den neuen Verhältnissen entsprechend, und dann auf dem nächsten Parteitag die vollkommene organisatorische Grundlage und auch die neue Parteileitung schafft und von der Vertretung der Bezirke nur dann schon Gebrauch macht, wenn tatsächlich diese Bezirkseinteilung geschaffen worden ist und diese Sache auch wirklich eine reale Grundlage hat.

[Genosse] *Meyer* (tatsächliche Feststellung): Ich habe zu den Erklärungen des Genossen Becker folgendes festzustellen. Dieses Wort "Reichsausschuß" lag vor in der Erklärung und dem Wunsche, den die Internationalen Kommunisten uns selbst ausgesprochen haben ("Hört! Hört!"), und zwar war das gedacht - vielleicht habe ich mich mißverständlich ausgedrückt - als eine Zentrale, genannt Reichsausschuß, gebildet aus der Zentrale, die in Berlin sitzt, und den Vertretern der verschiedenen Gaue. Der zweite Vorschlag, daß diese Mitglieder der Zentrale, genannt Reichsausschuß, von den Bezirken selbst gewählt werden, war ebenfalls ein Vorschlag der Internationalen Kommunisten.

[Genosse] *Walcher* [Stuttgart]: Genossen, ich möchte Sie bitten, sowohl den Vorschlag des Genossen Meyer, der Ihnen die Einsetzung eines Reichsausschusses empfiehlt, wie auch den Antrag, der eine Änderung in der Zusammensetzung der Zentrale bezweckt, abzulehnen. Ein Reichsausschuß mag notwendig sein oder nicht: Für die Zeit, für die die Zentrale noch die Geschäfte zu führen hat, geht es jedenfalls ohne weiteres so, wie es bisher gegangen ist. ("Sehr richtig!")

Es hat ja gar keinen Zweck, sich über diese Frage jetzt lange zu unterhalten, wo wir vor der Tatsache stehen, daß in vier oder sechs Wochen ein Parteitag zusammentritt. Nun, den Genossen, die während des Krieges unter den größten persönlichen Opfern die Geschäfte geführt haben, sollen wir heute, wo wir das erste Mal zusammentreten, ein Mißtrauensvotum ausstellen und erklären: Ihr seid nicht mehr würdig, bis zur nächsten Konferenz die Geschäfte zu führen? Das geht doch nicht. Es ist gewiß richtig, wenn Genosse Meyer sagt, daß man angesichts der raschen Zuspitzung der politischen Situation mit den Genossen in der Provinz Fühlung nehmen müsse; aber diese notwendige Fühlung ist in ausreichendem Maße durch die Programmkommission hergestellt, die doch auch ihre Arbeiten aufnehmen muß und hier zusammentritt.

Ich möchte Sie also bitten, beide Anregungen abzulehnen und einfach den Zustand so lange zu belassen, vier oder sechs Wochen, bis eben der Parteitag zusammentritt. Das wäre der Konferenz unwürdig, wenn sie den Genossen jetzt in dieser Form ein Mißtrauensvotum ausstellen wollte.

[Genosse] *Hirsch* [Cuxhaven] (zur Geschäftsordnung): Parteigenossen, ich schließe mich den Ausführungen des Vorredners an. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir gar keinen Beschluß fassen können. Wir sind nicht beschlußfähig, weil wir nicht auf Grund eines geordneten und anerkannten Wahlverfahrens hier zusammen sind. So sind zum Beispiel aus Cuxhaven nicht weniger als vier Delegierte anwesend das richtet sich natürlich nicht gegen die betreffenden Herren - , aber so wird es überall sein. Wenn die Mandatsprüfungskommission auch heute die Prüfung nach den Grundsätzen vorgenommen hätte, die bei ordnungsmäßig übertragenen Mandaten maßgebend sind, so würde die Mehrzahl der anwesenden Genossen nicht berechtigt sein, an den Beschlüssen teilzunehmen.

Vorsitzender: Damit die Zeit nicht durch diese beiden Fragen unnötig in Anspruch genommen wird, will ich den Vorschlag machen, daß wir die Zentrale lassen, wie sie ist ("Sehr richtig!"), und daß gemäß den Vereinbarungen, die mit den Internationalen Kommunisten getroffen sind, ein Mitglied der Kommunisten hineingewählt wird. Dafür ist Genosse Frölich vorgeschlagen. Ich glaube, damit unterbinden wir alle weiteren unbrauchbaren Diskussionen, die naturgemäß aus solchen Personenfragen entstehen. Die Zentrale hat die Geschäfte bisher zur Zufriedenheit der Mitglieder des Spartakusbundes geführt, und es liegt kein Grund vor, jetzt drei Mitglieder ausscheiden zu lassen, wo wir mit der Tatsache zu rechnen haben, in kurzer Zeit einen Parteitag, der ordnungsgemäß auf Grund der vorgenommenen Wahlen stattfindet, zu haben, der dann bindende Beschlüsse für die Zukunft fassen kann.

Wer damit einverstanden ist, daß wir so verfahren, den ersuche ich, die Hand zu erheben.

(Geschieht.)

Ich danke; die Gegenprobe.
(Die Gegenprobe erfolgt.)

Der Antrag ist gegen zwei Stimmen angenommen.

Die Zentrale besteht demnach aus folgenden 12 Genossen: Hermann Duncker, Käte Duncker, Eberlein, Frölich, Lange, Jogiches, Levi, Liebknecht, Luxemburg, Mayer, Pick, Thalheimer.

[Genosse] *Becker* (Dresden): Ich möchte nur sagen, daß der Antrag auf Verminderung der Zentrale durchaus nicht aus Mißtrauen gegen irgendwelche Mitglieder der Zentrale erfolgt ist. Dann hätten wir ganz andere Personen ausscheiden lassen, als es tatsächlich geschehen ist. Wir sind nur überzeugt, daß die Zentrale nicht so groß zu sein braucht, wie sie bisher war. Aber da der nächste Parteitag die Entscheidung treffen kann, wird man sich mit der vorläufigen Regelung einverstanden erklären können.

Der Genosse Meyer hat sich geirrt, wenn er sagte, daß wir einen Reichsausschuß vorgeschlagen hätten. Mit dem Wort "Zentralausschuß" ist die Zentrale gemeint, nicht ein Reichsausschuß.

Vorsitzender: Damit ist wohl diese Auseinandersetzung erledigt.
Es ist jetzt die Kommission, die mit den revolutionären Obleuten verhandelt hat, zurückgekehrt. Dazu wird Liebknecht das Wort nehmen.

[Genosse] *Liebknecht*: Genossen, Sie haben durch Ihre Zustimmung zu der kurzen Vertagung und durch die Freude, die Sie bei der Mitteilung von dem Vorschlag der revolutionären Obleute zeigten, deutlich zum Ausdruck gebracht, daß Sie Gewicht darauf legen, wenn es irgend möglich ist, mit den revolutionären Obleuten Hand in Hand zu gehen. ("Sehr richtig!")

Wir haben jetzt Verhandlungen gepflogen, die zu einem Ergebnis noch nicht führen konnten. Die Zeit reichte naturgemäß nicht aus, um dasjenige, was zur Grundlage der Verhandlungen dienen kann, vollständig klarzustellen und insoweit zu erledigen, daß wir einen Beschluß fassen konnten. Es ist nun von den revolutionären Obleuten, die noch im Hause versammelt sind, die Bitte an den Kongreß gerichtet, er möge sich heute bis auf morgen 11 Uhr vertagen. Inzwischen sollen die Verhandlungen gepflogen und womöglich zu Ende geführt werden.

Mit Rücksicht auf die große Wichtigkeit der Angelegenheit glaube möchte ich - und ich glaube, im Namen aller zu sprechen die als Vertreter des Kongresses unten gewesen sind - diesen Wunsch der Obleute befürworten. Wir können noch in keiner Weise andeuten, ob die Verhandlungen zu einem Resultat führen werden oder nicht. Indessen ist die Sache von solcher Wichtigkeit, daß sie es rechtfertigt, wenn der Kongreß noch einen Tag länger zusammenbleibt. Ich bitte Sie, in diesem Sinne zu beschließen. Unter Umständen könnten wir, wenn Sie Lust haben, noch den letzten Punkt der Tagesordnung erledigen, so daß wir morgen nichts weiter zu tun haben, als den Bericht der Kommission entgegenzunehmen. Wir können natürlich auch sofort auseinandergehen.

Vorsitzender: Wenn sich kein Widerspruch gegen die Vertagung erhebt, können wir sofort darüber beschließen.

Wer damit einverstanden ist, daß wir morgen früh um 11 Uhr wieder zusammenkommen, den bitte ich, seine Hand zu erheben.
(Geschieht.)

Ich danke, ich bitte um die Gegenprobe.
(Die Gegenprobe erfolgt.)

Der Vorschlag ist angenommen.

[Genosse], *Heckert* (Chemnitz) (zur Geschäftsordnung): Parteigenossen, ich halte es natürlich für selbstverständlich, daß dann alle Delegierten dableiben. Ich möchte Sie dann bitten, doch heute mit der Tagesordnung abzubrechen und morgen früh um 9 Uhr wieder zu beginnen. Wir haben dann bis um 11 Uhr Zeit, den letzten Punkt der Tagesordnung ordnungsgemäß zu erledigen.

Vorsitzender: Ich kann Ihnen mitteilen, daß Genosse Duncker sich außerordentlich beschränken wird. Ich glaube, wir können das Referat noch heute abend entgegennehmen.

Ein Redner: Parteigenossen, ich möchte Sie doch ersuchen, diesen Punkt heute noch zu erledigen. Wir wissen nicht, welche Zeit diese Frage morgen in Anspruch nimmt. Wir legen doch Wert darauf, daß wir morgen wenigstens abreisen können.

Vorsitzender: Ich bitte dann das eine zu berücksichtigen. Der Genosse Duncker erklärt, daß er ungefähr zehn Minuten zu der Frage reden und dann eine Resolution vorlegen wird. Es ist doch zweckmäßig, auch für die Presse, wenn wir heute unsere Besprechung abschließen gemäß der Tagesordnung und morgen die andere Angelegenheit erledigen, inwieweit wir mit der Deputation zusammenwirken können. Ich bitte Sie daher, das Referat entgegenzunehmen. Ich halte es für richtig, daß wir im Interesse der Geschlossenheit der Versammlungen die Sache heute zu Ende führen.

Ein Redner: Ich mache darauf aufmerksam, daß ein Teil der Genossen jetzt schon fortgegangen ist und die anderen Genossen wahrscheinlich auch nicht mehr lange bleiben werden.

Dann zu der Sache selbst. Über die Frage des internationalen Kongresses wird man nicht so glatt hinweggehen können. Wir werden die Debatte doch morgen haben. Wir wissen ja, wie so etwas geht. Dann müssen wir morgen doch weiter verhandeln. Also lassen Sie den Genossen Duncker das Referat morgen halten.

Vorsitzender: Ich lasse darüber entscheiden. Wer dafür ist, daß wir das kurze Referat des Genossen Duncker noch heute entgegennehmen, den bitte ich, die Hand zu erheben.
(Geschieht.)

Ich danke; ich bitte um die Gegenprobe.
(Die Gegenprobe erfolgt.)

Die Mehrheit ist dafür, das Referat des Genossen Duncker noch heute entgegenzunehmen.

[6. Punkt der Tagesordnung: Internationale Konferenz]

[Genosse] *Duncker* [Berlin Zentrale]: Es handelt sich bei dieser Frage wohl um eine Frage, bei der wir mit Einstimmigkeit zu einem Beschlusse kommen werden. Wir haben bei anderen Fragen, die wir dem Kongreß vorgelegt haben, verschiedene Meinungen sein können, aber in dieser Sache gibt es nur eine Meinung, und ich kann Ihnen ganz kurz die Resolution vorlegen, ein paar Worte dazu sagen, und Sie werden sehen, daß wir uns sehr schnell darüber einigen können:

Der Parteitag weist es ab, in einer internationalen Konferenz der Sozialpatrioten, wie sie jetzt von der britischen Arbeiterpartei einberufen und von den Scheidemännern mit "tiefer Genugtuung" begrüßt worden ist, eine Körperschaft des internationalen Sozialismus zu sehen.

Diese Konferenz zum Zwecke des gegenseitigen Verzeihens des millionenfachen Brudermordes und des Versuchs der Ausöhnung der gegenseitigen kapitalistischen Interessen kann den tatsächlichen Zusammenbruch der II. Internationale nicht verschleiern. Die Verräter vom 4. August 1914, die in den vier Kriegsjahren als Zuhälter des nationalen Kapitals den Klassenkampf erdrosselt und die sozialistische Idee geschändet haben, haben das Recht verwirkt, im Namen der Arbeiter-Internationale zu sprechen und zu handeln.

Die Kommunistische Partei fordert alle sozialistischen und revolutionären Elemente auf, in ihren Ländern für die rascheste Abrechnung mit dem Imperialismus und für die Bildung von A.- und S.-Räten zu wirken, damit der Weltfriede unter dem Banner des internationalen Sozialismus durch die Aktion des Weltproletariats herbeigeführt wird.

Der Parteitag erblickt darin den einzigen wirksamen Weg zum Ausbau einer neuen Internationale, in der von nun an der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats liegen muß und die nicht eine Internationale der Konferenzen und Resolutionen, sondern der revolutionären Tat sein muß.

Genossen, ich glaube, diese Resolution gibt klipp und klar den Standpunkt, von dem wir ganz allein die Dinge betrachten können. Was ist das für eine Internationale, die da zusammentreten soll, zu der von dem "Vorwärts" unter dem 22. Dezember eingeladen wird? Sie ist einberufen von den Sozialisten in England, sie wenden sich an die Scheidemänner, an die Leute, die gleichzeitig Bündnis machen gegen unsere proletarischen Brüder im Osten. Es ist wirklich so, wie ... einmal gesagt hat: Eine bürgerliche honette Ehe setzt sich zusammen aus zwei Prostitutionen: Die Frau prostituiert sich, um den Namen des Mannes zu bekommen, und der Mann prostituiert sich, um das Geld der Frau zu bekommen. So ist es auch hier: Die honette Internationale setzt sich zusammen aus der sozialistischen Partei Deutschlands und den Sozialisten der Entente. Wir können an einer

Zusammenkunft derartig kompromittierter Leute nicht teilnehmen. Es kann nur eine Geste dabei geben, mit der wir diese Dinge wegwischen vom Tisch. Man tut der Sache zuviel Ehre an, über sie viel Worte zu machen. Wir werden deshalb für die wirkliche Internationale sorgen müssen. Im übrigen steht nichts im Wege, daß die Presse sich mit der Sache beschäftigt und den Verrat der deutschen Sozialisten, dieser Mehrheitsleute, festlegt. Dann wird der Kongreß auch in der breiten Öffentlichkeit ohne weiteres gerichtet sein.

Dann ist noch folgendes charakteristisch: In dem Artikel, mit dem der "Vorwärts" diese Einladung begleitet, heißt es zum Schluß: "Wir vertrauen auf den Weltsozialismus, nicht des Bolschewismus, sondern der friedlichen Arbeiterdemokratie, der früher oder später kommen und aller Ungerechtigkeit zwischen den Völkern ein Ende machen wird." (Lachen.)

Damit wird ausgedrückt, daß der Kongreß als gegen den Bolschewismus gerichtet gedacht ist, und in einer anderen bald darauf erschienenen Notiz des "Vorwärts" wird ausgeführt. "Wir sind die Freiheit den westlichen Demokratien schuldig, die hier durch den Bolschewismus vergiftet wird." [Am Rande des Protokoll-Manuskripts stehen hier zwei Fragezeichen]

Sie sehen also, dieser Kongreß wird zu nichts anderem dienen sollen, als die Brüder im Auslande aufzuputzen gegen den Bolschewismus. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

[Genosse] *Levien* (München): Genossen, mit der Tatsache der Ablehnung dieses Kongresses ist die Sache noch nicht gemacht. Es ist selbstverständlich, daß wir den Kongreß nach den Proben von den Aufgaben, die ihm bevorstehen, ab lehnen. Aber ich möchte es doch der Zentrale nahelegen, ob es nicht möglich ist, mit den Genossen, die auf dem bolschewistisch-kommunistischen Boden stehen, Fühlung zu nehmen. Denn es ist wohl möglich, daß doch linksgerichtete Elemente auf diesem Kongreß vertreten sein werden. Vielleicht wäre es möglich, die Stellung dieser Genossen zu stärken, und es wäre auch gut, wenn eine internationale Besprechung zwischen diesen auf dem Boden des Bolschewismus stehenden Genossen der Entente und uns herbeigeführt werden könnte. Ich möchte bitten, daß die Zentrale darauf hin wirkt, daß in allernächster Zeit eine solche Besprechung stattfindet. Die Frage der Beteiligung an der Konferenz wird durch den Umstand, daß dort vielleicht linksgerichtete Elemente vertreten sein werden, nicht berührt.

Vorsitzender: Wünscht sonst noch jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen über die Resolution Duncker.

Wer damit einverstanden ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Ich danke; die Gegenprobe. (Die Gegenprobe erfolgt.)

Die Resolution ist einstimmig angenommen.

Damit wären wir am Schluß der heutigen Sitzung angelangt. Ich bitte Sie, morgen früh pünktlich 11 Uhr wieder hier zu sein.

[Dritter Verhandlungstag: Mittwoch, den 1. Januar 1919]

Um 11 Uhr eröffnet Genosse Walcher die Sitzung ...

Vorsitzender [*Walcher* Stuttgart]: Ich habe Ihnen mitzuteilen, daß sich die Verhandlungen mit den Obleuten noch etwas verzögern. Mit den Beauftragten der Vertrauensleute, mit denen die Besprechung geführt war, ist eine Einigung bisher nicht erzielt. Unsere Genossen werden also jetzt mit den Obleuten direkt verhandeln, und es ist anzunehmen, daß diese Verhandlung etwa eine Stunde in Anspruch nehmen wird. Aus diesem Grunde schlagen wir vor, die Verhandlung eine Stunde auszusetzen.

[Genosse] *Meyer*: Genossen und Genossinnen, ich schlage Ihnen vor, diese Stunde zu benutzen, um entsprechend dem Vorschlage, der ja aus Ihrer Mitte selbst gekommen ist, kleine Besprechungen zwischen den Delegierten der verschiedenen Bezirke abzuhalten. Sie werden gewiß eine Reihe von Angelegenheiten untereinander zu besprechen haben. Soweit es gewünscht wird, daß Mitglieder der Zentrale dabei sind oder bestimmte Auskunft geben sollen, sind wir gern bereit, diesen Wünschen zu entsprechen.

[Genosse] *Widmann* (Frankfurt [a. M.]): Genossen, dem könnte ich beipflichten. Aber ich möchte Sie doch darauf hinweisen, daß dann doch die Bezirke einigermaßen abgegrenzt sein müssen. Die Unklarheit hierüber ist gestern schon besprochen worden. Meiner Ansicht nach gehören wir nach Erfurt, aber doch keineswegs nach

dem Münchener Bezirk. Da wäre es doch notwendig, daß man wenigstens in Grundrissen angibt, wie man die Bezirke einteilt.

Genosse *Meyer*: Genossen und Genossinnen, die Abgrenzung der Bezirke soll ja durch die Organisationskommission geschehen. Heute kann es sich nur darum handeln, daß die Vertreter einiger größerer Bezirke zu einer unverbindlichen Rücksprache zusammentreten, und da würde ich vorschlagen, folgende Gruppen zu nehmen: einmal Ostpreußen, Westpreußen, Schlesien und Pommern, eventuell noch Posen, ferner die Berliner Genossen, dann die sächsischen Genossen, die Genossen aus Mitteleuropa - wo Frankfurt hinzutreten will, muß den beiden Frankfurter Genossen selbst überlassen werden -, ferner Rheinland-Westfalen, ein Bezirk Wasserkante, ein Bezirk Süddeutschland; hier würden die bayerischen mit den badischen und württembergischen Genossen zusammengehen. Aber man könnte ja auch noch weiter teilen. Es handelt sich eben nicht um eine endgültige Abgrenzung der Bezirke, die dem nächsten Parteitag vorbehalten bleibt, sondern nur um eine Verständigung der hier anwesenden Delegierten zu einer Besprechung.

Vorsitzender: Sie haben den Vorschlag des Genossen Meyer gehört. - Wortmeldungen liegen nicht vor. Also kann ich Ihr Einverständnis damit voraussetzen. Die Genossen könnten sich also jetzt zusammensetzen, um Erfahrungen auszutauschen, vielleicht auch Berichte über den Stand der Bewegung geben.

(Pause.)

Um 1.30 Uhr eröffnet Genosse *Pieck* die Sitzung ...

Vorsitzender [*Pieck*]: Genossen und Genossinnen, wir haben entsprechend dem gestrigen Beschluß die Konferenz auf 11 Uhr heute morgen einberufen. Der pünktliche Beginn der Tagung war aber nicht möglich, weil sich die Verhandlungen mit den revolutionären Obleuten dermaßen hingezogen haben, daß wir jetzt erst in so später Stunde die Verhandlungen eröffnen können. Ich bedaure sehr, daß sich die Reihen so gelichtet haben, ich hoffe aber, daß im Laufe der Verhandlungen noch ein Teil der Genossen zurückkehren wird.

Zur Berichterstattung über diese Verhandlungen hat der Genosse *Liebknecht* das Wort.

[Genosse] *Liebknecht*: Genossen, wir wurden gestern gebeten, mit einer Kommission, die die revolutionären Obleute und Vertrauensleute der Großbetriebe Berlins gewählt hatten, zu verhandeln. Diese Kommission bestand, wenn ich nicht irre, aus sieben Mitgliedern. Zu diesen Mitgliedern gehörten unter andern Ledebour, Richard Müller, Däumig, Nowakowski, Eichen, Eckert und Scholze. Es wurde gleich zu Eingang von Genossen Däumig gesagt, daß eine Hauptdifferenz, die sie vermuteten, nämlich die Frage der Beteiligung an den Nationalversammlungswahlen, aus der Welt geschafft sei, weil für sie die Frage dieser Beteiligung auch ausgeschlossen sei. ("Bravo!")

Es wurde vom Genossen Ledebour der weitere Widerspruch erhoben und mit Energie betont, daß er seinerseits doch an der Beteiligung [an] den Nationalversammlungswahlen festhalte. Es wurde nun weiter erörtert, ob ein Zusammengehen weiter möglich sei, und von einzelnen Mitgliedern der Kommission betont, es bestehe ja überhaupt kein taktischer und prinzipieller Unterschied, folglich würde ein Nichtzusammengehen eine große Störung der revolutionären Arbeit bedeuten, das Zusammengehen ist geboten. Indem wir das unterstellten, machten wir den Vorschlag, es sollten in die Programm- und Organisationskommission, die ja gestern bereits von Ihnen gewählt worden ist, noch eine Anzahl von Vertretern der revolutionären Vertrauensleute und Obmänner hineingewählt werden. Wir schlugen vor, fünf Vertreter zu entsenden, und machten darauf aufmerksam, daß in dieser Kommission alles das, was bei allgemeiner Übereinstimmung in Taktik und Prinzip noch der Erörterung bedürftig sein könnte, ja ohne weiteres geregelt werden könnte und daß dieser Einfluß durch diese fünf Mitglieder gewährleistet sei. Dabei wurde klargestellt, daß die Entsendung von fünf Vertretern der revolutionären Obleute folgendes bedeuten würde: Die revolutionären Obleute sind Berliner, Vertreter eines großen Teils der Berliner Arbeiterschaft. Hier handelt es sich aber um eine Vertretung des ganzen Reiches. Von den Vertretern der Kommission sind bisher schon eine ganze Anzahl - ich glaube, es sind acht - Berliner. Wenn diese fünf noch hinzukämen, würden 13 Vertreter Berliner sein. Wenn man die Zentrale mitrechnet, dann würde das gegenüber den nun übrig bleibenden 16 aus dem Reiche ein so starker Einfluß von Berlin sein, daß die Zusage wohl, wie wir annehmen, von dem Kongreß noch gebilligt werden würde, aber kaum überschritten werden könnte.

Nunmehr wurden weitere Erörterungen hierüber gepflogen, in deren Verlauf plötzlich der Genosse Richard Müller sich erhob und erklärte: Nach seiner Überzeugung sei ein Zusammengehen mit uns aber nur unter der Voraussetzung möglich, daß wir unsere bisherige Putschistentaktik aufgeben, nicht fortgesetzt Demonstrationen machen und dergleichen mehr. Ich sagte dem Genossen Richard Müller, er scheine ein Sprachrohr des

"Vorwärts" zu sein ("Sehr gut!"), er gebe in diesem Falle eine Darstellung, die den Tatsachen in der schroffsten Weise widerspreche. Wir seien weit von Putschen entfernt. Alle Demonstrationen, die wir veranstaltet hätten, seien allein auf Beschluß der revolutionären Obleute und Vertrauensleute durchgeführt worden. Nach dieser Bemerkung von Richard Müller scheint es so, daß allerdings sich nun plötzlich, entgegen der vorausgegangenen optimistischen Bemerkung von Däumig, ein sehr starker taktischer und prinzipieller Gegensatz auftat. Es wurde von jener Seite erklärt, daß sie mit einer Vertretung von fünf Mitgliedern in der Kommission nicht einverstanden sein würden, sie würden volle Parität fordern, und zwar allenthalben, und von uns wurde gesagt: Wir werden alles tun, um eine Einigung herbeizuführen. Wir wüßten, daß unsere Konferenz auch bereit sein werde zu allem, was die revolutionäre Bewegung fördern könne, und daß der Kongreß eine Einigung begrüßen würde. Wir halten es jedoch für ausgeschlossen, daß der Kongreß den Beschluß auf Ablehnung der Wahlbeteiligung an der Nationalversammlung jetzt wieder aufheben wird, nach der ganzen Art, wie der Kongreß seine Haltung dazu eingenommen hat.

Genossen, es wurde nun an uns die Bitte gerichtet, da wir nicht fertig wurden, wir möchten hier vorschlagen, den Kongreß zu vertagen, heute früh zu weiteren Verhandlungen wieder zusammenzukommen. Sie haben, wie Ihnen ja bekannt ist, gestern diesem Vorschlag entsprochen und damit Ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht, zur Einigkeit mit allen revolutionären Elementen der Arbeiterschaft zu kommen. Es war ein sehr großes Entgegenkommen, das der Kongreß damit gezeigt hat ("Sehr richtig!"), und es kann keinem Berliner Arbeiter und keinem wirklich revolutionären Proletarier in Deutschland verborgen bleiben - es mögen Mißdeutungen so viel hinausgestreut werden, soviel sie wollen - , daß dieser Kongreß gerade durch diese Handlung in der denkbar deutlichsten Weise seinen Einigungswillen gezeigt hat. Das halte ich für nötig, in der Öffentlichkeit zu betonen.

Als wir nun heute früh um 9 Uhr erschienen, waren von der Kommission nur zwei Mitglieder da, die übrigen Mitglieder fanden sich erst sehr spät ein. Der Genosse Ledebour, als letzter, kam erst gegen 1/4 11 Uhr hierher ("Hört! Hört!"), so daß wir wiederum, indem wir pünktlich da waren, gezeigt hatten, daß wir willens waren, bald zum Ziele zu kommen, während auf jener Seite die Zeit uns genommen wurde.

Nachdem wir zusammengetreten waren, erklärte uns die Kommission, sie wolle sich zunächst einmal zurückziehen und ihren Standpunkt skizzieren. Es dauerte wiederum längere Zeit, so daß es wieder kurz vor 11 Uhr war, als wir in irgend eine Verhandlung eintreten konnten. Die Kommission kam dann zurück und legte uns folgende fünf Forderungen vor:

1. Sie stellte das Ersuchen an den Kongreß, den Beschluß in bezug auf den grundsätzlichen Antiparlamentarismus im allgemeinen und in bezug auf eine Nichtbeteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung aufzuheben. (Lachen.)
2. Volle Parität innerhalb der Organisation, in der Zusammensetzung des Vorstandes und in allen Kommissionen, Programmkommission usw. Sie wollten überall die Hälfte der Mitglieder haben ("Hört! Hört!"), und es wurde von einem der Mitglieder erklärt, diese Hälfte müßten sie zum mindesten haben.
3. Es soll mit den Obleuten eine Präzisierung unserer Straßentaktik vereinbart und in Berlin keine Aktion ohne Verständigung mit den Obleuten unternommen werden.
4. Sie forderten vollen, entscheidenden Einfluß auf unsere Presse und die Flugblätter der Partei.
5. Der Name müsse geändert werden, das Wort "Spartakus" müsse ausgelöscht werden. ("Hört! Hört!")

Genossen, wir haben - ich brauche die Einzelheiten hier nicht weiter zu erörtern - alsbald erklärt: Wir seien der Überzeugung, daß diese Stellungnahme nicht der Auffassung der Obleute selbst entsprechen könne, und daß wir nun zu den Obleuten selbst hinausgehen und dort die weiteren Verhandlungen pflegen würden.

Unser Standpunkt gegenüber diesen Forderungen ist folgender gewesen: Wir haben gesagt, einen Beschluß über grundsätzlichen Antiparlamentarismus haben wir überhaupt nicht gefaßt. Wir haben einen Beschluß gefaßt, der die Beteiligung an den Nationalversammlungswahlen ablehnt, und daß dieser Beschluß nach allem menschlichen Ermessen nicht geändert werden würde, hatte ich der Kommission bereits am Tage vorher mitgeteilt gehabt. Wenn sie nun heute früh als ersten Punkt ihrer Forderungen Aufhebung unseres Beschlusses hierüber verlangten, so könnten wir das nur so verstehen, daß sie geradezu uns den Stuhl vor die Tür setzen und keinerlei Verhandlungen mit uns ernstlich fortführen wollten.

Weiterhin haben wir erklärt, eine volle Parität könne doch kaum ernstlich in Frage kommen, weil es sich nur um eine Berliner Organisation handle, nicht um ganz Deutschland. Weiterhin können wir doch nicht ohne weiteres sagen, daß diese Vertrauensleute, deren Bedeutung wir wahrlich nicht unterschätzen, organisatorisch für uns so ungeheuer entscheidend ins Gewicht fallen würden - ich betone organisatorisch - , daß sich etwa daraus die Forderung der Parität erklären lassen könnte. Wir wiesen darauf hin, daß - all ihre Aktionskraft und ihre bisherige revolutionäre Tätigkeit in Ehren - , wenn es sich darum handeln würde, nunmehr in die neue Kommunistische Partei einzutreten, es sehr zweifelhaft sei, wie weit ihr Einfluß auf die hinter ihnen stehenden

Arbeiter reichen würde. Es sei gewiß, daß sie diese Arbeiter zu Aktionen bewogen hätten und sie auf diese auch sonst gewaltigen Einfluß ausübten, aber es befinden sich unter den Arbeitern, die ihnen auch zu den Aktionen gefolgt wären, eine große Menge, die organisatorisch noch an der Mehrheitspartei klebe, eine große Menge, die zu der USP gehöre, die sich meiner Ansicht nach vorläufig nicht aus der USP herausholen lassen würde, und außerdem auch Nichtorganisierte. Kurzum, wieviel sie gegebenenfalls zu unserer Organisation bringen könnten, sei noch in der Schwebe, und - all ihren Einfluß und ihre Bedeutung in Ehren - es könne doch nicht unterstellt werden, daß sie in dieser organisatorischen Beziehung, die doch hier zugrunde zu legen sei, gewissermaßen die sämtlichen Arbeiter, die sie bei Demonstrationen auf die Beine gebracht hätten, hier verträten, daß also die Forderung von der Parität doch entschieden eine übertriebene Forderung sei.

Wir haben weiterhin gesagt, daß über die Namensfrage usw. schließlich geredet werden könne. Das sei eine Sache, die wir Ihrer Entscheidung unterbreiten würden. Das Wort "kommunistische" würden Sie sich allerdings nach der Vorgeschiede des Namens nicht entreißen lassen. An irgendwelchen kleinen Änderungen aber solle die Sache nicht scheitern.

Dann wurde aber von uns hervorgehoben, daß die Bedingungen zu 3 und 4, über die Änderung unserer Straßentaktik und die Beaufsichtigung unserer Presse und unserer Flugblätter, ein solch ungeheures Mißtrauen gegen unsere bisherige Taktik zum Ausdruck brächten, daß damit gleichsam die Voraussetzung aufgehoben erscheine, auf der die Verhandlung basiere, nämlich die Voraussetzung, daß man wirklich auf der gleichen politischen Basis stehe. ("Sehr richtig!") Es würde vielmehr daraus hervorgehen, daß man sich in sehr erheblichen Gegensätzen in Taktik und im Prinzip befinde und das habe ich allerdings mit voller Deutlichkeit erklärt, daß wir entscheidendes Gewicht darauf legten, daß wir eines Sinnes sind, daß die Hemmungen, die durch ernsthafte taktische und prinzipielle Differenzen in die Organisation der Partei hineingetragen würden, in dieser Zeit nicht ertragen werden könnten. Wir wollen eine Partei von wirklicher Einmütigkeit in allen entscheidenden Fragen, da sie nur dann die Stoßkraft entfalten kann, die sie gerade gegenwärtig absolut braucht. Genossen, es hat eine längere Debatte unter den revolutionären Obleuten stattgefunden, in deren Verlauf vom Genossen Däumig betont wurde, ebenso wie von verschiedenen anderen, daß allerdings wirkliche Gegensätze in taktischer und politischer Hinsicht bestünden. Däumig, der zu dieser Kommission hinzugezogen worden ist, ebenso wie wir hinzugezogen worden sind, gehörte zu den ruhigeren unter den Nichtspartakusleuten, im Gegensatz zu Ledebour, der geradezu ein fanatischer Feind der Spartakisten ist, geradezu verhängnisvoll in seiner Wirksamkeit unter den revolutionären Obleuten. Ich halte es für nötig, das hervorzuheben; es fällt mir nicht leicht, denn mich verbindet seit einem Menschenalter die innigste wahre Freundschaft mit Ledebour, aber ich muß doch sagen, daß er in dieser Körperschaft geradezu wie ein Sprengpulver wirkt. Die guten Eigenschaften des Genossen Ledebour in allen Ehren - niemand kennt sie besser als ich -, wenn er sie nicht besäße, müßte man sich sämtliche Haare ausraufen, soweit man noch welche hat. Es wurde also vom Genossen Däumig und von einigen Rednern betont, daß allerdings wirkliche Gegensätze in Taktik und Prinzip zwischen ihnen und uns bestünden, es wurde von einigen Rednern sogar mit einer gewissen Energie darauf hingewiesen, namentlich wie Richard Müller es getan hat, von Putschen geredet und dergleichen mehr, also ganz à la "Vorwärts". Aber, Genossen, ich betone, daß das in keiner Weise der wirklichen Auffassung der revolutionären Obleute entspricht. ("Sehr richtig!") Ich kenne diese Genossen aus einer langen Zusammenarbeit unter den schwierigsten Umständen vor der Revolution und nach der Revolution. Wenn sie derartige Äußerungen getan haben, so sind das nur zufällige Tageserscheinungen.

Nach einer Debatte, die sich längere Zeit hinzog, wurde dann abgestimmt, und zwar über die einzelnen Fragen getrennt. Für das Ersuchen um Abändern des Beschlusses bezüglich des grundsätzlichen Antiparlamentarismus ergab sich eine Majorität. Wir erklärten sofort: Ihr kämpft gegen Windmühlen, ein solcher Beschluß liegt nicht vor. Die Beteiligung an der Nationalversammlung wurde mit 26 gegen 16 Stimmen beschlossen. Aber unter der Minderheit befanden sich unter anderen die Vertreter der äußerst wichtigen Spandauer Betriebe, die allein 60 000 Mann hinter sich haben. Sie sind also für unsern Beschluß auf Ablehnung der Wahlbeteiligung. Es haben nicht nur abgestimmt die Obleute der Betriebe, sondern nach einem ausdrücklichen Vorschlage alle diejenigen, die irgendwelchen Einfluß auf die Arbeiterschaft kraft ihrer Stellung besitzen. Nicht abgestimmt haben zum Beispiel wir, Däumig, Ledebour, die unmittelbar nicht in organisatorischer Verbindung mit der Arbeiterschaft stehen.

Dann wurde über die Parität abgestimmt. Die Parität wurde gefordert mit allen gegen sieben Stimmen. Gleichfalls angenommen wurden die andern Bedingungen, gegen eine Anzahl von Genossen, die sich der Stimme enthielten. Ich forderte nun eine Abstimmung darüber, wieviel Genossen sich auf den Boden unseres Vorschlages stellen würden, fünf Genossen in die Kommission hineinzunehmen. Es haben sich auf diesen Boden acht gestellt gegen 34. Aber dabei hebe ich wiederum hervor, daß unter diesen acht die Vertreter der großen Fabriken sind, der Waffen- und Munitionsfabriken, die die energischste Arbeiterschaft in Berlin haben, Schwartzkopff usw. Kurz und gut, es sind die Vertreter der fortgeschrittensten Teile der Berliner Arbeiterschaft,

die sich hinter uns gestellt haben.

Genossen, ich habe noch ein Wort zu sagen über das Ergebnis dieser Verhandlungen mit den revolutionären Obleuten und Vertrauensleuten. Ich habe bereits hervorgehoben, daß diese Genossen nach meinem Dafürhalten die besten und tatkräftigsten Elemente des Berliner Proletariats im allgemeinen verkörpern. Wenn es sich um Aktionen gehandelt hat, waren sie natürlich nicht immer sofort für das Äußerste zu haben, aber im großen und ganzen haben sie das geleistet das können wir sagen - , was man eben bei dem Charakter des deutschen Proletariats erwarten kann. Sie stehen - das hebe ich hervor - himmelhoch über den üblichen Organisationsbonzen der USP in Berlin, dem Großberliner Zentralverband der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Das ist ein Unterschied, der mit Worten gar nicht ausgedrückt werden kann. Sie sind also aller Anerkennung wert, und unsere Zusammenarbeit - das hebe ich noch einmal hervor - gehört für mich zu den erfreulichsten Kapiteln meiner ganzen Parteitätigkeit. Trotzdem wollen wir uns darüber nicht täuschen, daß sie nicht allesamt mit vollem Bewußtsein, mit voller Entschiedenheit auf dem äußersten radikalen Flügel stehen und daß sie vielfach organisatorisch noch fest mit der USP verknüpft sind und ihnen eine gewisse Abneigung gegen Spartakus und Kommunismus und dergleichen noch stark im Blute liegt. Diese Abneigung ist geschürt worden - auch das hebe ich nochmals hervor - von einigen Genossen, die einen starken Einfluß unter ihnen besitzen, darunter besonders Ledebour, dem Spartakus schon längst vor der Revolution ein Dorn im Auge gewesen ist. ("Sehr richtig!")

Ich schätze das nicht sehr ernst ein, nur wenn es sich um eine Organisationsfrage handelt, wie die jetzt zu erörternde, erklärt es sich, daß sie noch zu einem großen Teile zurückschrecken und sich nicht ohne weiteres dem Spartakusbund anschließen wollen. Es bestehen außerdem sachliche Differenzen - ich habe das hervorgehoben - auch ernstlicher Art in bezug auf die Taktik, trotz alledem, besonders in bezug auf die Demonstrationstaktik, die direkte Aktion. Aber auch da ist die heutige Abstimmung eine Zufallsabstimmung, denn wir haben jetzt eine große Zahl großer Aktionen hinter uns, und die Aktionen haben eine gewisse Mattigkeit in der Arbeiterschaft der Betriebe zeitweilig hervorgerufen. Es wurde uns bereits früher von ihnen mitgeteilt, daß man für weitere Demonstrationen mit einer gewissen Vorsicht operieren müsse. Niemals haben wir daran gedacht, Demonstrationen zu veranstalten, die nicht durch die politische Lage geboten waren, die nicht eine wirkliche Aktion gewesen sind, und ich bin nicht einen Augenblick im Zweifel, daß, wenn die politische Situation eine Demonstration fordert, dann auch die revolutionären Ob- und Vertrauensleute wieder bereit sein würden, mitzumachen. ("Sehr richtig!") Aber als sie sich in diesem Augenblick jetzt theoretisch entscheiden sollten, ob sie noch weiter "törichte" Demonstrationen mitmachen sollten so töricht und falsch wurde die Frage von einer Seite gestellt - , da kamen ihnen allerhand Bedenken, und sie sagten: Solche Taktik wollen wir nicht haben. Sie verstehen also, wie gerade aus der gegenwärtigen Situation heraus sich die Stellungnahme dieser Genossen zu dieser Frage erklärt, daß sie also ein Zufallsprodukt ist, auch zurückzuführen darauf, daß ein Mann wie Richard Müller, der sich sehr lange von den Sitzungen ferngehalten hatte und jetzt, nach der veränderten politischen Situation, nachdem der Vollzugsrat von Berlin nicht mehr Zentralrat für Deutschland ist, wieder an den Sitzungen teilnahm, seinen Einfluß gegen uns ausgeübt hat. Es kommt weiter hinzu, daß einzelne der Obleute und Vertrauensleute zwar die Arbeiterschaft von Berlin in ihrem verhältnismäßig besten Teil repräsentieren, aber natürlich längst nicht alle Arbeiter, weil eine große Zahl der Arbeiter bei der Mehrheitspartei steht.

Wie haben wir nun das Ergebnis unserer Verhandlungen zu werten? Eine Minderheit von sieben Ob- und Vertrauensleuten hat den Entschluß zum Ausdruck gebracht, sich zu uns zu stellen. Diese Minderheit wird - daran zweifle ich nicht einen Augenblick - alle Folgerungen sofort ziehen, und zwar ihre Folgerung nicht nur für sich persönlich, sondern auch die Folgerung, daß sie die hinter ihr stehenden Arbeiter öffentlich und mit allen Mitteln zu bestimmen versuchen wird, in unsere Partei einzutreten. Wenn wir bedenken, daß dazu die Waffenfabriken von Ludwig Loewe gehören und andre der allergrößten Fabriken, so ist das von unschätzbarem Wert für uns. Eine eigentliche Organisation sind ja die Ob- und Vertrauensleute überhaupt nicht; sie sind ja nur eine Verbindung, eine Zusammenkunft von Vertretern der verschiedenen Betriebe und von andern irgendwie mit den Arbeitern in Verbindung stehenden Genossen. Also das ist der eine Gewinn.

Im übrigen haben die Genossen abgelehnt, sich auf diesen Boden zu stellen. Aber, Genossen, das kann von uns nicht als eine Niederlage empfunden werden. Zunächst einmal kommt es uns ja doch, so wert und lieb uns diese Genossen von den Vertrauensleuten sind, nicht auf sie allein an, sondern auf die Massen, die hinter ihnen stehen ("Sehr richtig!"), und diese Massen werden - davon bin ich überzeugt - , soweit sie irgendwie revolutionär durchgebildet sind, soweit sie uns irgendwie in der Agitation erreichbar sein werden, zu einem sehr großen Teile zu uns kommen, selbst wenn die Obleute ihrerseits nicht übertreten. Das ist das eine. Andererseits werden diese Obleute selbst - davon bin ich auch überzeugt - in aller Kürze vor die Notwendigkeit gestellt werden, weitere Entscheidungen zu fällen. Diese Ablehnung ist ja nur ein Provisorium, die Leute müssen sich positiv entscheiden, was sie tun wollen, und um deswillen, weil sie das Empfinden haben: Mit der bisherigen USP geht's nicht weiter. Deshalb haben sie ja diese gemeinsame Verhandlung gefordert oder angeregt.

Nun ist bei ihnen der Gedanke aufgetaucht, eventuell noch eine eigene Partei zu gründen. (Lachen. - Rufe: "Noch eine?") Ich bin überzeugt, daß dieser Versuch, wenn er unternommen werden sollte, nicht allzuviel Erfolg haben dürfte. Ich bin aber auch überzeugt, daß es, selbst wenn ihr Versuch einen gewissen Erfolg haben würde, nicht lange dauern würde, bis die wirklich revolutionären Elemente der Arbeiterschaft auf unserm Boden stehen werden. Es liegt im Grunde genommen nur an verhältnismäßig wenigen Personen und im übrigen an der mangelnden Aufklärung in den Massen, wenn wir nicht gleich heute sagen können, daß sie allesamt zu uns herübergekommen sind. Die Wahrscheinlichkeit, daß eine neue Partei von ihnen gegründet werden wird, ist unsrer Auffassung nach nicht allzu groß. (Zuruf.)

Schön, wenn keine neue Partei von den revolutionären Ob- und Vertrauensleuten gegründet wird, dann ist es klar, daß diese Genossen in aller Kürze entweder zu uns kommen werden oder aber sich auf den Boden der Haase-Taktik werden stellen müssen. So findet die reinliche Scheidung statt. Wir haben keine andre Möglichkeit, als auf diesen Klärungsprozeß jetzt zu warten. Wir können unmöglich - so war unsre Auffassung - diese fünf Forderungen der revolutionären Ob- und Vertrauensleute bewilligen. Das hieße das ganze Werk dieses Kongresses am Schlusse wieder vernichten ("Sehr richtig!"), das hieße unsre ganze Partei wieder preisgeben und natürlich uns dem Gespött der Welt aussetzen. Ich meine, wir haben unsre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen und Vereinigungen in der deutlichsten Weise zum Ausdruck gebracht; demagogische Versuche, uns anzuschwärzen, als ob wir als Quertreiber diese Einigung verhindert hätten, werden auf keinen fruchtbaren Boden fallen. Ich habe um deswillen auch diese ausführlichen Darlegungen gemacht. Die Massen werden für uns gewonnen werden können. Der Gewinn von acht der besten dieser revolutionären Ob- und Vertrauensleute fällt sehr erheblich in die Waagschale. Die übrigen werden noch zu uns kommen. Es ist also alles in allem ein Ergebnis, das vielleicht einige Illusionen zerstreut über den Grad der revolutionären Entwicklung in dem Kreis der revolutionären Ob- und Vertrauensleute. Aber auch die Zerstörung von Illusionen ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für jede politische Leistung; das, was ist, festzustellen, ist der erste Schritt zur Klärung von Taktik und Programm, und so ist das ein Vorteil für uns, wenn wir auch im ersten Augenblick vielleicht lieber gesehen hätten, daß wir eine möglichst große Portion sofort herüberbekommen würden.

Aber im übrigen gibt uns gerade das Resultat dieser Verhandlungen die neue Lehre: Es ist von uns noch nicht genug gearbeitet worden, es ist von uns noch nicht genug getan zur Klärung und Revolutionierung der Massen. Es ist unsre Aufgabe, mit allen unsern Kräften an dieses Werk zu gehen, und ich bin überzeugt, daß gerade die Arbeit dieses Kongresses im allgemeinen dazu beigetragen hat, die Begeisterung für die Ziele, für die Aufgaben, die wir zu erfüllen haben, in ganz Deutschland zu erhöhen, daß die Arbeitskraft, die Energie, die Leidenschaftlichkeit, die Zähigkeit, mit der wir an die Arbeit gehen werden, verstärkt ist, wenn es überhaupt möglich ist, und daß wir auf diesem Kongreß die wichtigste Arbeit geleistet haben, um uns die Kraft, die wir vielleicht in diesem Augenblick noch nicht besitzen, in Bälde zu schaffen.

Ich möchte Sie, Genossen, bitten, sich darüber zu äußern, ob Sie mit der Tätigkeit, die wir bei den Verhandlungen gepflogen haben, einverstanden sind, ob Sie irgendwelche Aussetzungen zu machen haben, ob irgendeiner von Ihnen meint, daß man doch auf die Bedingungen der revolutionären Ob- und Vertrauensleute eingehen könnte. Von dieser Haltung, von Ihrer Auffassung darüber wird natürlich das Weitere abhängen. Nicht das, was wir in der Kommission vertreten haben, ist entscheidend, sondern Ihr Wille ist es, der für das Schlußergebnis der Verhandlungen mit dieser Körperschaft ganz allein maßgebend sein wird.

Vorsitzender: Es sind eine Reihe von Genossen zur Diskussion gemeldet: Sturm [Hamburg], Kahlert, Jacob und Rieger (Berlin).

Ferner ist folgende Resolution eingegangen:

Der erste Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands hat aus dem Bericht des Genossen Liebknecht mit Bedauern ersehen, daß einige sich radikal gebärdende Elemente der bankrotten USPD sich damit befassen, eine Verwirrung in die Reihen der revolutionären Ob- und Vertrauensleute Groß-Berlins zu tragen, die bis zuletzt treue Gefolgschaft leisteten in allen Aktionen des Spartakusbundes in Berlin. Unter verschiedenen, zum Teil anmaßenden, unzulässigen Vorwänden suchen diese Leute Kapital zu schlagen aus ihrem Einfluß unter den revolutionären ... Der Parteitag zweifelt nicht daran, daß die Massen des revolutionären Proletariats Groß-Berlins, vor die Wahl zwischen der KPD und der USPD gestellt, sich für die Kommunistische Partei Deutschlands entscheiden werden.

Genosse Sturm hat das Wort dazu.

[Genosse] Sturm [Hamburg]: Genossen, zu der eben verlesenen Resolution möchte ich nur ein paar Worte

hinzufügen. Es ist ja klar: Wenn der entschlossene Demokrat, aber unentwegte Sozialist Ledebour, dann der Schaukelmann Richard Müller und außerdem noch der Konfusionsrat und Prediger des Atheismus Däumig ihre Finger im Spiele haben, kann eigentlich nichts Rechtes herauskommen; und, Genossen, wenn diese Leute sich damit befassen, Konfusion zu treiben, so mögen sie sich doch auf ihre eigene Art und Weise blamieren. Wir brauchen diese Sache nicht eingehend zu behandeln. Ich stelle den Antrag, von einer Diskussion über diese außerordentlich klare Angelegenheit überhaupt Abstand zu nehmen ("Sehr richtig!"), die Resolution, die ich mit dem Genossen Becker mir hier einzubringen erlaubt habe, anzunehmen und die Sache als reine Berliner Angelegenheit den Berliner Genossen zur Erörterung und Erledigung zu übergeben. Denn damit wird ein für allemal der Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands sagen: Das Berliner Proletariat hat viel geleistet, es hat noch sehr viel zu leisten, aber Berlin ist nicht ganz Deutschland („Sehr richtig!"), und namentlich ist keineswegs ganz Deutschland oder gleich ganz Deutschland derjenige Teil der Obleute Groß-Berlins, der nur einen Teil der Arbeiter vielleicht hinter sich hat, eventuell auch das nicht, die aber versuchen, aus der ganzen Geschichte eine kleine Extrawurst für sich zu machen. ("Sehr richtig!")

[Genosse] *Rieger* [Berlin] (zur Geschäftsordnung): Ich schließe mich den Ausführungen des Genossen Sturm an, seinem Vorschlage, von einer weiteren Diskussion abzusehen, und ziehe infolgedessen meine Wortmeldung zurück.

Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit eine Anfrage an die Zentrale richten: ob damit zu rechnen ist, daß die beschlossenen Flugblätter, und zwar die Rede des Genossen Liebknecht und ein Teil der Rede der Genossin Luxemburg betreffend die Winnigsche Angelegenheit, so schnell hergestellt werden können, daß sie das Sprengpulver unwirksam machen.

Vorsitzender: Genossen, wir müssen zunächst darüber abstimmen, ob wir Schluß in der Debatte eintreten lassen wollen. Wünscht jemand gegen diesen Antrag auf Schluß der Debatte das Wort?

[Genosse] *Schubert* [Charlottenburg] (zur Geschäftsordnung): Ich möchte bloß dazu bemerken, daß die Fassung der Resolution etwas anders gehalten werden kann. - Sonst bin ich ebenfalls für den Schluß der Debatte.

[Genosse] *Hirsch* [Cuxhaven] (zur Geschäftsordnung): Die Ausführungen des Genossen Sturm habe ich vielleicht nicht ganz richtig verstanden. Nach meiner Meinung hat er folgendes ausgeführt: Die Resolution soll von uns angenommen werden und soll dann der Zentrale als eine Berliner Angelegenheit übergeben werden. (Widerspruch.) Ich möchte mich dafür aussprechen, daß die Frage, ob diese Resolution nun veröffentlicht werden soll oder nicht, der Zentrale überlassen wird, weil die Zentrale das als eine Berliner Angelegenheit besser beurteilen kann als wir in unsrer Gesamtheit.

Vorsitzender: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Schluß der Debatte. Wer für Schluß der Debatte ist, den er suche ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Ich danke! Ich bitte um die Gegenprobe. (Die Gegenprobe erfolgt.)

Es ist gegen zwei Stimmen angenommen.

Dann kämen wir zur Abstimmung über den Antrag, der hier gestellt worden ist. Haben die Genossen ihn bei der Verlesung alle verfolgt?

(Die Resolution wird von Genossen Liebknecht noch einmal verlesen.)

Ein Redner: Ich möchte meinerseits vorschlagen, dem Schlußsatz dieser Resolution folgenden Wortlaut zu geben:

Der Parteitag zweifelt nicht daran, daß die Massen des revolutionären Proletariats von Groß-Berlin, vor die Wahl zwischen der KPD und der USPD gestellt, sich für die Kommunistische Partei Deutschlands entscheiden werden.

Ein Redner: Ich möchte bemerken, daß die revolutionären Obleute sich nicht in der Gefolgschaft, sondern im Bunde mit dem Spartakusbunde befunden haben. Das Wort "Gefolgschaft" müßte daher durch ein anderes ersetzt werden.

[Genosse] *Liebknecht*: Ich möchte vorschlagen, statt "Gefolgschaft" dann "Kampfgemeinschaft" zu sagen.

Vorsitzender: Wir haben darüber abgestimmt, daß hier in eine Debatte über die Resolution nicht eingetreten werden soll, und ich glaube, daß das auch nicht notwendig ist, da die Resolution ja eigentlich der Extrakt der ganzen Darstellung des Genossen Liebknecht ist.

[Genosse] *Liebknecht*: Genossen, es liegt an der Abfassung der Resolution außerordentlich viel, und ich bitte, es mir nicht übelzunehmen, wenn ich die mir vorgelegte Resolution ein klein wenig mit der Lupe betrachte, da sie ja veröffentlicht werden muß, weil wir öffentlich verhandeln.

Gestatten Sie, daß wir uns zwei Minuten hier zurückziehen, damit wir uns ganz kurz noch einmal über den Wortlaut der Resolution verständigen.

Vorsitzender: Ich schlage Ihnen vor, inzwischen eine Reihe kleiner Angelegenheiten zu erledigen, die noch behandelt werden müssen.

[Genosse] *Hammer* [Essen]: Im Namen der Genossen von Rheinland und Westfalen möchte ich an die Zentrale folgende Anfrage richten: Wie stellt sich die Zentrale zu der Herausgabe von Flugblättern gegen Beteiligung an den Nationalversammlungswahlen? Sollen die von der Zentrale oder von den örtlichen Organisationen herausgegeben werden?

Weiter möchte ich fragen: Wie stellt sich die Zentrale zu der Herausgabe der russischen Broschüren, namentlich von Lenin, Trotzki usw.? Wir möchten beantragen, daß in nächster Zeit mehrere Broschüren von Lenin, Trotzki usw. von der Zentrale herausgegeben werden.

[Genosse] *Eberlein*: Parteigenossen, dazu kann ich bemerken, daß es selbstverständlich ist, daß in den nächsten Tagen bereits die Flugblätter gegen die Beteiligung an den Wahlen erscheinen und von der Zentrale herausgegeben werden. Es wird aber nicht möglich sein, für das gesamte Reich Flugblätter in dem Umfange herzustellen oder bei den heutigen Post- und Bahnverhältnissen den Genossen zuzusenden, wie es notwendig ist. Ich habe gestern bereits in meinen Ausführungen gesagt, daß wir wünschen, daß die örtlichen Mitgliedschaften und Bezirke in ihrer Tätigkeit autonom sein sollen. Es wäre also notwendig, daß auch in den Bezirken sofort Flugblätter der verschiedensten Art in unserem Sinne herausgegeben werden, so daß also einesteils von der Zentrale, andernteils von den Bezirken Flugblätter herausgegeben werden. Ich will gleich zur technischen Frage bemerken, daß, wenn irgendwo große Mengen von Flugblättern gebraucht werden, wir bereit sind, um die Unkosten zu mindern, Matrizen zur Verfügung zu stellen, die Ihr nur zu drucken braucht.

Zu der Herausgabe von Broschüren und dergleichen möchte ich bemerken, daß gleichfalls eine Anzahl Broschüren in Druck ist, die Herausgabe aber durch die Papierknappheit sehr erschwert wird. Die Broschüre von Lenin ist bereits erschienen; wir geben sie zum Preise von einer Mark ab. Sie können heute schon Exemplare von der Zentrale erhalten. Der Verkaufspreis wurde auf 2.00 Mark festgesetzt. Wir liefern sie für 1.00 Mark. Sie können den Preis für die Broschüre willkürlich festsetzen, sie auch verschenken.

Agitationsmaterial ist in Arbeit. Zur Zeit ist aber leider weiter nichts zur Hand als das, was Ihnen ausgehändigt worden ist. Soweit es möglich ist, mehr herzustellen, soll es geschehen. Ich sagte aber schon einmal, es liegt nicht an der Zentrale, es liegt daran, daß nicht genügend Papier vorhanden ist und wir die größten Schwierigkeiten haben, Papier zu beschaffen.

[Genosse] *Rieger* [Berlin]: Ich hatte die Anfrage an die Zentrale gerichtet, ob die Rede des Genossen Liebknecht über die Spaltung und die Ausführungen der Genossin Luxemburg über die Winnig-Schweineerei nicht recht bald als Flugblätter hinausgegeben werden können, damit wir in der Lage sind, diesen Spaltungs- und Quertreibereiversuchen einmal entgegenzutreten zu können.

[Genosse] *Eberlein*: Diese Flugblätter werden so schnell wie möglich erscheinen. Ich habe die Herren Stenographen bereits gebeten, mir die Übertragung so schnell wie nur irgend möglich zuzustellen. Aber die Übertragung einer so langen Rede nimmt doch immerhin Zeit in Anspruch. Sie wird so schnell in Druck gegeben werden, wie es möglich ist. Sie können sich darauf verlassen.

[Genosse] *Kahlert* [Berlin]: Ich möchte den Gedanken unterstützen, von den Flugblättern, die in größerer Menge gebraucht werden, Matrizen zu versenden. Die Genossen in der Provinz haben dann die Möglichkeit, sich selbst ihre Flugblätter zu drucken und zu verbreiten.

Vorsitzender: Es wird sich vielleicht ermöglichen lassen, daß wir von einigen Flugblättern Matrizen in die Provinzen den, damit sie dort unter Umständen gedruckt werden können. Im übrigen können alle diese Anfragen nur der Zentrale überwiesen werden. Wir können nicht mit Sicherheit versprechen, daß ihnen nachgekommen wird, weil manches, wie es Eberlein von dein Papier bereits gesagt hat, nicht von uns abhängt.

[Genosse] *Heckert* (Chemnitz): Parteigenossen und -genossinnen, ich möchte vorschlagen, daß die Zentrale ein Archiv anlegt, wo alle illegale Literatur, die während des Krieges erschienen ist, gesammelt wird. Die Zentrale hat schon damit angefangen, aber es werden noch Jahre vergehen, bis die Sammlung abgeschlossen ist.

Dann ist wichtig, daß da, wo Genossen tätig sind, ein kleiner Bericht über die illegale Tätigkeit und ihre Erfolge während des Krieges gemacht wird. Das wird dringend notwendig sein, um überhaupt einen gewissen Überblick über unsere Bewegung zu haben. Wir werden auch manche Erfahrungen zum Besten der Allgemeinheit verwenden können.

[Genosse] *Levien* (München): Ich unterstütze den Antrag des Genossen und wünsche, daß auch englische und französische Literatur, und zwar linksradikale Literatur, gesammelt wird, nicht bloß für das Archiv, sondern auch zur Verbreitung. Es werden sich eine Reihe von Genossen, die Englisch und Französisch können, vielleicht mit der Übersetzung befassen. Ich werde auch gern einen Teil übernehmen.

[Genosse] *Eberlein*: Die Zentrale hat schon vor einiger Zeit beschlossen, daß dieses illegale Material gesammelt und als Broschüre herausgegeben werden soll. Wenn uns von Genossen noch Material, das sie selbständig herausgegeben haben, zur Verfügung gestellt werden könnte, wäre es uns sehr erwünscht.

Vorsitzender: Dann habe ich noch bekanntzugeben, daß die Genossen von der Seeküste sich eine Stunde nach Schluß der heutigen Konferenz an der bekannten Stelle treffen möchten.

Weiter habe ich bekanntzugeben, daß die "Wirtschaftlichen Übergangsforderungen", die hier in Schreibmaschinenschrift herausgegeben worden sind, gedruckt worden sind. Aber es ist jetzt nicht festzustellen, wo sie sich befinden. Der Drucker behauptet, sie in unserem Zentralbüro abgegeben zu haben, dort sind sie aber nicht. Die Druckerei ist jetzt geschlossen, so daß wir nicht feststellen können, wo die 200 Exemplare geblieben sind. Wir werden uns aber bemühen, sie den Genossen in der Provinz sofort zuzustellen.

Dann ist noch folgendes **Telegramm** eingegangen, an Liebknecht, das aber unserer Sache dient:

Viel Glück und Gedeihen Ihrer gerechten Sache im neuen Jahr wünschen Ihnen im Namen vieler Kurt Twarz, Otto Krüger, Ernst Deutschmann, Erste Matrosendivision, 3. Zweigkompanie, Kiel.

("Bravo!")

Dann wird Prudlo noch ein Telegramm verlesen.

[Genosse] *Prudlo* [Beuthen]: Genossen und Genossinnen, gerade am Neujahrstage habe ich eine gute Nachricht aus Oberschlesien erhalten. Ich habe von meinem Genossen, der mich zur Zeit in Beuthen vertritt, da der erste, der sich mir angeschlossen hatte, infolge verschiedener Differenzen mit seiner Familie, seinem Vater vor allem, sich von mir trennte.. die Nachricht einhalten, daß bereits auf der Friedensgrube in Oberschlesien die Arbeiterschaft den Betrieb übernommen habe. Es funktioniert großartig. Daraus ist zu ersehen, daß wir in Oberschlesien trotz der kurzen Zeit sehr weit vorgeschritten sind, daß wir bereits die Sozialisierung der Betriebe so weit organisiert haben, daß die Arbeiterschaft aus sich selbst heraus die Betriebsräte gewählt hat, die auch imstande sind, den Betrieb zu übernehmen und weiterzuführen. Die Direktoren wurden abgesetzt, und die Arbeiter führen den Betrieb weiter. ("Bravo!" und Händeklatschen.)

Nun will ich noch folgendes bemerken: Die langen Diskussionen und Differenzen, die wir dieser Tage gehabt haben, haben uns sehr viel Zeit gekostet. Wir aus Oberschlesien sind darauf angewiesen, sobald wie möglich heimzukommen, unser wartet viel Arbeit, und wir haben viel zu tun, wenn wir den ganzen ober-schlesischen Grubenbezirk organisieren wollen. Aber die Vorwürfe von der Zentrale sind zu einem gewissen Teile unberechtigt gewesen. Wir haben aus eignen Mitteln gearbeitet, haben gar nichts von der Zentrale verlangt, haben uns einfach auf unsere eigenen Füße gestellt und haben uns auch organisiert.

Die Zentrale soll, wie bereits erwähnt wurde, zu groß sein. Nein, im Gegenteil, sie ist noch viel zu klein! Wir haben Referenten gebraucht aus Berlin, die uns in den ersten Tagen aushelfen konnten, weil wir allein nicht fertig werden konnten. Wir müssen einige Leute dazu haben, die uns auch unterstützen können, wir kriegen keinen

Referenten in Oberschlesien.

Dann wollte ich noch etwas erwähnen in bezug auf die Uneinigkeit. Wenn die Uneinigkeit hier so groß sein sollte, wie gestern zum Beispiel von dem einen der Internationalen Kommunisten ... (Unruhe. - Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender: Sie haben nur das Wort zur Verlesung eines Telegramms. Ich habe Ihnen sehr viel Freiheit gelassen; aber Sie überschreiten die Grenzen. - Die Sache ist erledigt, Dann werden die Genossen aus Danzig, Danzig- Ohra, Stettin, Dortmund, Herne, Göttingen, München, Nürnberg und die Genossen aus Oberschlesien ersucht, für eine kurze Besprechung nach Schluß der Konferenz an diesen Tisch zu kommen.

Ferner werden die Genossen, die im Kommunaldienst stehen, ersucht, ihre Adressen hier am Büro abzugeben. Dann wünscht der Genosse Heckert noch zu einer Anfrage das Wort.

[Genosse] *Heckert* [Chemnitz]: Ich möchte noch einen dringenden Appell an Sie richten. Die Deutschen haben eine sonderbare Eigenschaft. Sie fragen nicht: Was tut er, oder wie ist die Sache, sondern sie fragen immer: Wer ist das, wo kommt er her, was ist er? Und sie haben eine richtige Wut, Adressen zu sammeln. Wir leben noch nicht in den glücklichen Zeiten des Zukunftsstaates, wo jeder Mensch frei nach seinem eigenen Willen wird leben können, wir werden wahr scheinlich noch einmal eine Zeit des Belagerungszustandes bekommen, und dann möchte ich doch dringend bitten, die Adressensammelwut einzustellen. Wenn die Zentrale und die einzelnen Genossen des Bezirks die in Frage kommenden Adressen kennen, dann ist das genügend. Es muß nicht jeder Genosse ein ganzes Sammelalbum von Adressen haben, damit alle Kameraden vielleicht der Polizeibehörde wieder ausgeliefert sind, wenn wieder eine schlimme Zeit kommt. Wir sind schon sowieso in genügender Menge jetzt bekannt, und da brauchen die andern Adressen, die nicht bekannt sind, nicht auf einem Präsentierteller überreicht zu werden. Wenn Sie mit einer andern Gegend korrespondieren wollen, tun Sie das durch die Zentrale. ("Sehr richtig!")

[Genosse] *Globig* [Berlin Jugend]: Genossen, die revolutionäre Jugend besorgt ihre Arbeiten selber, und die Klärung in den einzelnen Orten ist soweit ganz gut gediehen, aber wir sind nicht mit allen Orten in Verbindung. Soweit an einem Orte die oppositionelle Jugend noch nicht organisiert ist oder aus ihrem ganzen Reinigungsprozeß noch nicht heraus ist, möchten wir die Parteigenossen, die Delegierten bitten, daß sie uns doch Adressen von jugendlichen Genossen aus dem Reich mitteilen. Ich habe gestern eine Adresse an die verschiedenen Delegierten abgegeben. Ich bitte, verfahren Sie danach, schicken Sie uns Adressen von jugendlichen oder geben Sie uns Berichte aus den Orten über die Jugendarbeit, soweit Sie dazu imstande sind. Die Arbeit ist um so notwendiger, weil am 25. Januar ein großer Kongreß der Jugend für Deutschland ist; und da möchte ich bitten, daß die Jugend aus allen Orten vertreten ist.

[Genosse] *Plättner* [Dresden]: Der stenographische Bericht über den Prozeß Friedrich Adler ist als Broschüre zum Preise von 20 Pfennigen erschienen. Wer gewillt ist, diese Broschüre zu verbreiten, der kann die Bestellung hier aufgeben oder sich an die Redaktion des "Kommunist" in Bremen wenden.

[Genosse] *Heckert* [Chemnitz]. Ich möchte den Genossen Plättner und seine Freunde, die noch im Besitz dieser Adler Broschüre sind, bitten, diese Broschüre der Zentrale zum Selbstkostenpreise zur Verfügung zu stellen, damit sie für das ganze Reich verteilt werden kann. Es sind in vielen Orten noch Genossen, die keine haben, und die Zentrale kann sie vielleicht dann umsonst verteilen.

[Genosse] *Plättner* [Dresden]: Dazu kann ich nur feststellen, daß wir diese Broschüre bereits der Expedition des "Kommunist" überwiesen haben. (Zuruf: "Das kann doch geändert werden!")

Die Dinge liegen so, daß wir infolge der damaligen Verhältnisse, da die Broschüre in 20 000 Exemplaren herausgekommen ist, sehr viel Schulden haben, und die müssen doch gedeckt werden. (Zurufe: "Selbstkostenpreis!" "Sollen doch bezahlt werden!")

Vorsitzender: Genossen, diese Sache können wir nicht hier im Plenum verhandeln; die Genossen mögen sich mit der Zentrale in Verbindung setzen. - Ich glaube, damit ist wohl dieser etwas bunte Teil unsrer Tagesordnung erledigt.

Zur Verlesung der Resolution in der Berliner Angelegenheit hat der Genosse Liebknecht das Wort. Ich bitte um etwas Ruhe.

[Genosse] *Liebknecht*: Genossen, die Resolution beginnt mit der Bemerkung: "Der erste Parteitag der

Kommunistischen Partei Deutschlands." Ich glaube, wir haben ein gutes Recht, diese Konferenz nachträglich als den ersten Parteitag zu taufen. (Zustimmung.) Ich finde Ihr Einverständnis und glaube, daß wir damit dem Kinde einen neuen Namen gegeben haben. **Die Resolution** lautet:

Der erste Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands hat aus dem Bericht des Genossen Liebknecht mit Bedauern ersehen, daß einige scheinradikale Mitglieder der bankrotten USPD versuchen, Verwirrung in die Reihen der revolutionären Ob- und Vertrauensleute Groß-Berlins zu tragen, die treue Kampfgemeinschaft der revolutionären Ob- und Vertrauensleute mit dem Spartakusbunde in Berlin zu stören und dem gedeihlichen Wirken unserer Partei in Berlin ein Hindernis in den Weg zu legen. Der Parteitag erklärt, daß die Kommunistische Partei Deutschlands sich durch diese Quertreibereien nicht beeinflussen lassen wird. Der Parteitag begrüßt diejenigen revolutionären Ob- und Vertrauensleute, die sich mitsamt ihren Wählern in geschlossenen Reihen unter die Fahne der Weltrevolution stellen, die allein von unserer Partei in Deutschland hochgehalten wird. Der Parteitag zweifelt nicht daran, daß die Massen des revolutionären Proletariats von Groß-Berlin, vor die Wahl zwischen der KPD und der USPD gestellt, sich für uns entscheiden werden.

Ich bitte außerdem noch, Ihre Einwilligung darin feststellen zu dürfen, daß von unsrer Seite auch in Zukunft alle weiteren Bemühungen unternommen werden sollen, um ein einmütiges Zusammenarbeiten, ein Zusammengehen und eine Verbindung mit den revolutionären Ob- und Vertrauensleuten, die bisher noch nicht zu uns gehören, vorzubereiten und durchzuführen. ("Sehr richtig!") Ich stelle fest, daß dies das Einverständnis des gesamten Parteitages hat. Wir werden unsere Bereitwilligkeit nicht irgendwie von Kleinigkeiten abhängig machen, wir werden zeigen, daß wir nicht kleinlich sind, wir werden zeigen, daß wir eine große Bewegung sind, und einzig die großen Gesichtspunkte bei den Verhandlungen mit diesen revolutionären Ob- und Vertrauensleuten in den Vordergrund stellen.

Vorsitzender: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über diese Resolution. Wer damit einverstanden ist, den ersuche ich, eine Hand zu erheben.,
(Geschieht.)

Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe.
(Die Gegenprobe erfolgt.)

Einstimmige Annahme.

[Genosse] *Wurm* [Berlin Roter Soldatenbund](zu einer Erklärung): Parteigenossinnen und -genossen! Bevor Sie wieder in die Heimat zurückgehen, möchte ich noch den herzlichen Appell an Sie richten, in Sachen des Roten Soldatenbundes mehr als bisher zu arbeiten. Sie alle wissen, wie ungeheuer schwierig es ist, in die Herzen der Frontsoldaten hineinzukommen; Sie alle wissen, wie es unsere höchste Aufgabe sein muß, sämtliche Soldaten für uns zu gewinnen, damit sie nicht gegenrevolutionären Bestrebungen nutzbar gemacht werden können. Soll uns diese Arbeit im Reiche gelingen, wie sie uns zum Teil bereits in Berlin gelungen ist, so bedarf es zunächst Ihrer Unterstützung, und ich bitte Sie im Interesse der allgemeinen Sache, im Interesse der Fortführung der revolutionären Ereignisse nochmals dringend, für die Sache des Roten Soldatenbundes im Reiche so gut wie überall, an allen Stellen zu arbeiten. ("Bravo!")

Vorsitzender: Genossen, damit scheint unsere Tagesordnung erschöpft zu sein. Ich möchte die Genossen ersuchen, Platz zu nehmen. Genosse Meyer wird noch einige Abschiedsworte an Sie richten.

[Genosse] *Meyer*: Genossinnen und Genossen! Wir haben in kurzer Zeit eine außerordentlich reiche Tagesordnung erledigt, und wir danken Ihnen, daß Sie diese Zeit mit uns zusammengearbeitet haben. Die Beschlüsse, die wir gefaßt haben, sind von außerordentlicher Wichtigkeit. Allerdings legen wir - und ich glaube Ihr Einverständnis dabei voraussetzen zu können - nicht besonderen Wert auf die Organisation als solche und auf die Form der Organisation, sondern das wichtige ist, daß jetzt unter neuen Verhältnissen diese neugeschaffene Organisation alles das in verstärktem, in erweitertem, in verbessertem Maße leistet, was wir bisher innerhalb der USPD oder der andern Organisation haben leisten müssen. Unsere Aufgabe ist - das ist aus den Referaten und aus den Diskussionen mit aller Deutlichkeit hervorgegangen -, die Revolution vorwärtszutreiben, sie zu einer wirklich sozialen Revolution zu machen; und wir haben unsere Tagung begonnen und beschließen sie mit dem Gelöbniß, was in unsern Kräften steht, dazu beizutragen, um dieses Ziel zu erreichen: die soziale Revolution in Deutschland und das Aufgehen der sozialen Revolution in der Weltrevolution, die uns den Sieg für immer bringen wird. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Genossen, ich glaube die Konferenz am besten zu schließen, wenn ich Sie auffordere, mit mir

einzustimmen in ein Hoch auf die internationale sozialistische Weltrevolution: Sie lebe hoch! (Die Versammlung stimmt in den dreimaligen Hochruf ein.)

Die Konferenz ist geschlossen. (Schluß 3 Uhr.)